

Stenographisches Protokoll

69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 30. November 1984

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985
Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik
Beratungsgruppe X: Verkehr

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 5959)
Entschuldigung (S. 5959)

Geschäftsbehandlung

Antrag der Abgeordneten Karas und Dr. Stummvoll gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung, dem Ausschuß für soziale Verwaltung zur Berichterstattung über den Antrag 108/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine Frist bis 23. Jänner 1985 zu setzen (S. 5959)

Durchführung einer Debatte über diesen Antrag gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 5959)

Redner:

Karas (S. 5959),
Cap (S. 5960),
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 5962),
Dr. Stummvoll (S. 5963),
Bundesminister Dallinger (S. 5964) und
Graf (S. 5965)

Ablehnung des Fristsetzungsantrages (S. 6069)

Tatsächliche Berichtigungen

Prechtl (S. 6049)
Heinzinger (S. 6056 und S. 6062)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 5959)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 d. B.)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatte: Parnigoni
(S. 5965)

Redner:

Dr. Keimel (S. 5966),
Hesoun (S. 5971),
Eigruber (S. 5977),
Lußmann (S. 5980),
Veleta (S. 5983),
Bundesminister Sekanina (S. 5986),
Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer
(S. 5989),
Vetter (S. 5989),
Haigermoser (S. 5993),
Ing. Helbich (S. 5996),
Remplbauer (S. 5997),
Hofer (S. 6000),
Dr. Fertl (S. 6002),
Strache (S. 6004) und
Schwarzenberger (S. 6006)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 6009)

Beratungsgruppe X: Kapitel 65: Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag), Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Spezialberichterstatte: Posch (S. 6009)

Redner:

Dkfm. DDr. König (S. 6010),
Prechtl (S. 6017),
Hintermayer (S. 6023),
Wimmersberger (S. 6025),
Rechberger (S. 6030),
Bundesminister Dkfm. Lacina (S. 6032 und S. 6060),
Dkfm. Gorton (S. 6035),
Kuba (S. 6038),
Dkfm. Löffler (S. 6040),
Probst (S. 6042),
Bergsmann (S. 6045),
Prechtl (S. 6049) (tatsächliche Berichtigung),

Fauland (S. 6049),
 Pranckh (S. 6052),
 Heinzinger (S. 6056 und S. 6062) (tatsächliche Berichtigungen),
 Reicht (S. 6056),
 Neumann (S. 6058),
 Resch (S. 6063) und
 Burgstaller (S. 6065)

Annahme der Beratungsgruppe X (S. 6069)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Dr. Schwimmer, Ingrid Tichy-Schreder, Maria Stangl, Karas und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Angehörigeneigenschaft von arbeitslosen Jugendlichen in der sozialen Krankenversicherung verlängert wird (119/A)

Heinzinger, Dr. Schüssel, Dr. Lanner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem eine Stiftung zum Schutze der Moorgebiete und Feuchtbiotope Österreichs errichtet wird (Feuchtbiotop-Stiftungsgesetz) (120/A)

Wimmersberger, Franz Stocker, Ing. Gassner, Burgstaller, Heinzinger und Genossen betreffend aktive Struktur-, Regional- und Technologiepolitik im Bereich der verstaatlichten Industrie (121/A)

Anfragen der Abgeordneten

Vonwald, Bergmann und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Abgas- und Abwasserbeeinträchtigung durch die Stickstoffwerke in St. Pölten (1021/J)

Heinzinger, Dr. Hafner, Karas und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Verstaatlichung der Müllentsorgung (1022/J)

Vonwald und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Luft- und Wasserverunreinigung durch das Glanzstoffwerk St. Pölten (1023/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Ausbau von Parkflächen bei den Bahnhöfen in Klosterneuburg (1024/J)

Dr. Höchtl und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Raumproblematik der Wirtschaftsuniversität (1025/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Systemerhalter (1026/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Gliederung der Zentralstelle (Bundesministerium für Landesverteidigung) und die

Führungsstruktur des Bundesheeres in Ergänzung der Beantwortung der Anfragen Nr. 762/J, 763/J, 764/J und 765/J (1027/J)

Hietl und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Erweiterung der Bahnunterführung der Landesstraße 7031 (1028/J)

Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die Wäsche von Straßentunnels (1029/J)

Dr. Lichal und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend aufklärungsbedürftige Vorgänge im Zusammenhang mit der Besetzung des Kommandanten des Gendarmeriepostens Blindenmarkt (1030/J)

Maria Stangl, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Burgstaller und Genossen an die Bundesregierung betreffend Förderung des Schutzraumbaus (1031/J)

Mag. Kabas, Dr. Stix und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Homöopathie (1032/J)

Dr. Jankowitsch, Dr. Rieder und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend österreichische Initiativen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (1033/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Zeitsoldaten (1034/J)

Dr. Ermacora, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Investitionsplan (1035/J)

Dr. Ermacora, Dr. Khol und Genossen an den Bundeskanzler betreffend die Kommission zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der österreichischen Rechtsordnung (1036/J)

Dr. Graff und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Versagung der Entbindung von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit durch das Bundesministerium für Justiz in einem Mordprozeß (1037/J)

Scheucher und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für das Bundesgestüt Piber im Bezirk Voitsberg in der laufenden Gesetzgebungsperiode (1038/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und Genossen (925/AB zu 941/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen (926/AB zu 957/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 67. Sitzung vom 28. November 1984 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete **Blenk**.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete **Deutschmann**.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 925/AB und 926/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz zur Durchführung des Europäischen Übereinkommens vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgerechts (457 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung der Leistung der Betriebshilfe (des Wochengeldes) an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, geändert wird (Novelle zum Betriebshilfegesetz) (465 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (9. Kraftfahrgesetz-Novelle) (466 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (12. Straßenverkehrsordnungs-Novelle) (467 der Beilagen).

Fristsetzungsantrag

Präsident: Vor Eingang in die Tagesordnung teile ich mit, daß die Abgeordneten **Karas** und Dr. **Stummvoll** beantragt haben, dem Ausschuß für soziale Verwaltung zur Berichterstattung über den Antrag 108/A der Abgeordneten Dr. **Mock** und Genossen betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine Frist bis 23. Jänner 1985 zu setzen.

Gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung wird der gegenständliche Antrag nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht werden.

Ferner ist beantragt, gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung umgehend eine Debatte über diesen Fristsetzungsantrag abzuführen. Nach dieser Bestimmung kann der Nationalrat auf Antrag eines Abgeordneten beschließen, daß über Anträge zur Geschäftsbehandlung — und als ein solcher muß der Antrag auf Fristsetzung jedenfalls angesehen werden — eine Debatte stattfindet.

Ich lasse daher zunächst darüber abstimmen, ob über den Fristsetzungsantrag eine Debatte stattfinden soll.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gehen daher in die Debatte ein.

Gemäß § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung beschränke ich die Redezeit in dieser auf 5 Minuten.

Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter **Karas**. Ich erteile es ihm.

9.04

Abgeordneter **Karas** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Jugendliche mit 15, 18 oder 20 Jahren hat ein großes Selbstverständnis, fast könnte man sagen, ein übersteuertes Selbstbewußtsein. Er befindet sich mitten im Ablösungsprozeß vom Elternhaus. Und da erlebt er folgendes: Du bist eigentlich der größte Dreck! Die Eltern sagen: Arbeite etwas, denn nur wenn du etwas arbeitest, bist du etwas wert! — So beschrieb im „profil“ vom 5. November 1984 der Leobner Psycho-

5960

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Karas

loge Dr. Franz Nechtlberger hautnah die Situation arbeitsloser Jugendlichen. Und in derselben Ausgabe des „profil“ ... (Abg. Wille: Sie sollten den Psychologen nicht alles glauben! Wenn einer arbeitslos ist, ist er noch lange kein Dreck!)

Dazu braucht man nicht nur Psychologen. (Zustimmung bei der ÖVP.) Im Gespräch mit arbeitslosen Jugendlichen merkt man genau, was die psychische, die physische, die menschliche, die familiäre, aber auch die demokratiepolitische Belastung von Arbeitslosigkeit für einen jungen Menschen bedeuten kann. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Sozialer Analphabetismus! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) So wie es diesen Menschen geht, die hier beschrieben worden sind, geht es 38 000 Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren. Die Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen hat um 5,7 Prozent zugenommen.

Die Gruppe der 19- bis 25jährigen liegt bei 6,5 Prozent — und das ist mehr als beunruhigend. Es zeigt, daß wir das Problem der Arbeitslosigkeit mit den bestehenden Maßnahmen nicht in den Griff bekommen haben (neuerliche Zustimmung bei der ÖVP) und daß wir nicht aufhören dürfen, über zusätzliche Maßnahmen zu reden.

Ganz besonders hart ist die Situation bei den 19- bis 25jährigen. Denken Sie doch darüber nach, daß wir 1981 im Jahresdurchschnitt 17 200 arbeitslose Jugendliche hatten! Diese Zahl stieg im Jahre 1984 laut Auskunft des Wirtschaftsforschungsinstitutes auf 42 000 an; dies trotz angeblichem Wirtschaftswachstum. Das zeigt uns, daß die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wenn sie von zusätzlichen finanzpolitischen Maßnahmen losgekoppelt sind, nicht ausreichen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei und unser Bundesparteibeamann Dr. Mock haben daher seit Jahren in regelmäßigen Abständen Anträge mit einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingebracht. Wir haben aber in diesem Haus, weil Sie das Gespräch mit uns nicht führten, seit dem September 1983, obwohl die Entwicklung dramatisch stieg und sich die Jugendarbeitslosigkeit im Prozentsatz von der Gesamtarbeitslosigkeit abkoppelte, nicht mehr über zusätzliche Maßnahmen diskutiert. Was soll sich hier ein junger arbeitsloser Mensch denken, wenn wir sagen: Du bist arbeitslos, aber wir denken gar

nicht darüber nach, was wir an zusätzlichen Maßnahmen noch verwirklichen können? (Beifall bei der ÖVP.)

Aus diesem Grund stellen die ÖVP-Abgeordneten Karas und Stummvoll heute diesen Fristsetzungsantrag, weil wir der Auffassung sind, daß unser Antrag sofort behandelt werden muß, wenn wir vor diesem Problem nicht kapitulieren wollen. Wir fordern in unserem Antrag finanzpolitische Maßnahmen neben arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Wir schlagen vor: Qualifizierungsmaßnahmen, steuerliche Maßnahmen, die Förderung der Information über Beschäftigungsmöglichkeiten, die Außerstreitstellung des dualen Berufsausbildungssystems, die Unterstützung des Trends zur neuen Selbstständigkeit, besondere Maßnahmen für Jungärzte, besondere Maßnahmen für Junglehrer.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind uns einig, daß es das Patentrezept nicht gibt. Aber wir sollten alles daransetzen, um über jeden neuen Vorschlag, über jede zusätzliche Maßnahme zu diskutieren, damit man spürt, daß wir vor den neuen Problemen dieser Zeit und vor der Arbeitslosigkeit nicht kapitulieren.

Wir von der Österreichischen Volkspartei haben alles auf den Tisch gelegt, was wir derzeit an Vorschlägen haben. Wir kapitulieren vor diesem Problem nicht, und wir erwarten uns, daß Sie die ausgestreckte Hand endlich annehmen und in sinnvolle und ehrliche Verhandlungen über die Maßnahmen der Österreichischen Volkspartei eintreten. (Beifall bei der ÖVP.) Wir erwarten uns das im Interesse der Betroffenen. Denken Sie heute an die Betroffenen und springen Sie über den Schatzen! Schlagen Sie das Gespräch nicht aus! (Beifall bei der ÖVP.) 9.09

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Cap.

9.09

Abgeordneter Cap (SPÖ): Herr Präsident! Ich glaube, daß es wirklich ein ernstes Thema ist, das wir heute diskutieren, und daß wir versuchen sollten, diese Diskussion in einem Klima der Gemeinsamkeit zu führen. Wenn es hier heißt, wir sollen den Schatten überspringen und endlich Gespräche führen, so muß ich dazu eines sagen: Die Gespräche gibt es ja! Es hat hier im Hohen Hause einen Unterausschuß schon gegeben, wo wir über Maßnahmen verhandelt und diskutiert haben und wo wir versucht haben, gemeinsame Wege zu finden.

Cap

Man soll aber eines hier nicht tun: Man soll nicht den Eindruck erwecken, als gäbe es in der Frage der Arbeitslosigkeit eine ausschließliche Schuldzuweisung an die Bundesregierung. Vergessen Sie eines nicht: Sie sind indirekt ebenfalls an der Regierung, indem Sie in den Ländern mitbestimmen, indem Sie in den Gemeinden mitbestimmen, indem Sie mächtige Einflüsse über die Handelskammer, über die Industrie und über die verschiedenen Institutionen haben. Entziehen Sie sich nicht der Verantwortung! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Und man soll ferner nicht so tun, als wäre nichts geschehen und als gäbe es nicht einen ganzen Maßnahmenkatalog, der hier versucht, die Frage wirklich einer Lösung zuzuführen.

Das ist eine internationale Entwicklung. Österreich ist nicht abkoppelbar. Aber mit den vorhandenen Instrumentarien und mit den vorhandenen programmatischen Vorstellungen, zum Beispiel des arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramms, wird wirklich mit größtmöglicher Intensität versucht, des Problems Herr zu werden.

Drei Länder im Vergleich, die mit der Arbeitslosenrate weit höher liegen als Österreich und die doch in den konservativen Diskussionen immer eine so entscheidende Rolle spielen:

Bundesrepublik Deutschland: 9,3 Prozent bei den Bis-Neunzehnjährigen, 10,9 Prozent bei den Bis-Vierundzwanzigjährigen;

Großbritannien: 17,6 Prozent, 17,1 Prozent — Thatcherland, Hoffnungspunkt vieler Konservativer;

oder Ronny in den USA (*Zwischenruf des Abg. Vetter*): 14,6 Prozent, 13,3 Prozent.

Das sind Zahlen, die man nicht einfach wegwischen kann und die man, wenn man fair diskutiert, hier ebenfalls nennen muß, damit man weiß, was die österreichische Bundesregierung hier geleistet hat. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir müssen uns alle Maßnahmen ansehen, die es hier gibt. Mir fehlt die Zeit, das alles aufzuzählen, ich habe eben eine Fünf-Minuten-Begrenzung. Ich möchte von den vielen Punkten, die in dem arbeitsmarktpolitischen Jugendprogramm enthalten sind, auf einen eingehen, weil wir ja erst vor wenigen Tagen

eine Umweltdebatte geführt haben und weil das so im Zentrum der Sensibilitäten steht:

Aktion 8 000 zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten. Das ist zum Beispiel eine Initiative, die nicht nur versucht, Beschäftigung für Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren zu finden, sondern die auch ganz konkret versucht, in diesen sensiblen Bereichen Arbeitsplätze zu schaffen, um also im Bereich „Umweltschutz“ einiges an Beiträgen zu leisten.

Und zu weiteren Überlegungen, die noch zusätzlich hier von Bedeutung wären: Da möchte ich mich bewußt von den bloßen Steuererleichterungs- und Gewinnerleichterungsvorschlägen der ÖVP oder den gesetzlichen Ansprüchen auf Prämien abheben, die mir viel zu unkonkret scheinen, die mir keinen Beitrag für die Lösung dieses Problems bedeuten.

Ich meine, man müßte sich doch überlegen, was die Arbeitszeitverkürzung bringen könnte, die 35-Stunden-Woche zum Beispiel. Es gibt ja eine Sozialpartnerschaftsstudie, die nachweist, daß es bis zum Jahre 1990, wenn wir wirklich Arbeitszeitverkürzung erreichen, um 60 000 Arbeitslose weniger gibt. Das heißt, das ist nicht eine Diskussion ins Leere, wenn man versucht, über Arbeitszeitverkürzung und 35-Stunden-Woche zu diskutieren, sondern das hat wirklich die Chance, konkret zu greifen. Und das sollte man, glaube ich, sehr ernst nehmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Weiters, meine ich, müßte man ernster über den Abbau von Überstunden diskutieren. Es werden wöchentlich regelmäßig 2,7 Millionen Überstunden geleistet. Das entspricht in etwa bei einer 40-Stunden-Woche 60 000 bis 65 000 Arbeitsplätzen. Wenn wir auch davon ausgehen, daß das nicht nur Jugendarbeitsplätze wären, so wäre das immerhin, gemessen an der absoluten Zahl der jungen Arbeitslosen, ein echter Beitrag, hier weitere Fortschritte zu erreichen.

Und letztendlich nenne ich den Berufsausbildungsfonds, der uns ebenfalls ein wesentliches Anliegen ist.

Das heißt, die Regierung hat wirklich etwas geleistet und sie hat auch Konzepte für die Zukunft. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 9.14

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Partik-Pablé.

Dr. Helene Partik-Pablé

9.14

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Es kann nicht geleugnet werden, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit wirklich ein sehr großes, ein sehr schweres Problem ist. Es ist aber auch klar, daß dieses Problem nicht auf Knopfdruck gelöst werden kann und daß ja die Gründe dafür auch international gesehen werden müssen.

Aber eines möchte ich heute schon anschnitten: Es ist ein Problem, das sicher nicht ohne die Mithilfe der Jugendlichen gelöst werden kann. Die Jugendlichen müssen von sich aus auch selbst mobiler werden, sie müssen vom Fachlichen her mobiler werden, sie müssen vom Räumlichen her mobiler werden.

Man muß teilweise feststellen, daß die Jugendlichen ihre Ausbildung furchtbar am Bedarf der Wirtschaft vorbeiplanen. Nach wie vor werden die Pädagogischen Akademien von Jugendlichen gestürmt, obwohl man weiß, daß es einen ungeheuren Überschuß an Lehrern gibt. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Nein, das stimmt eben nicht, Herr Kollege! Ich habe die Untersuchung auch gelesen. Nur an den Universitäten haben die Lehramtskandidaten abgenommen, nicht aber an den Pädagogischen Akademien; da hält nach wie vor der Andrang an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Handelsschulen werden gestürmt. Und der Output von Vorarlberger Handelsschülern würde genügen, ganz Österreich mit Handelsschülern zu versorgen! Aber in den anderen Bundesländern gibt es auch noch Absolventen.

Weiters in der Lehrausbildung: 95 Prozent der Mädchen werden in zehn Lehrberufen ausgebildet, wobei in erster Linie Bürotätigkeit angestrebt wird. 60 Prozent der Burschen werden in zehn Lehrberufen ausgebildet. Und wenn diese Jugendlichen dann mit allen möglichen Förderungen einen Lehrplatz bekommen, dann stehen sie gerade in der Altersgruppe mit 19 da und haben keinen Arbeitsplatz, während aber in anderen Berufssparten wieder die Facharbeiter fehlen. In Wien zum Beispiel zeigt sich schon ein Facharbeitermangel und in den anderen Bundesländern auch. Und auf der anderen Seite haben wir in einer anderen Berufssparte ein riesiges Überangebot.

Die Menschen müssen lernen, sich auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes einzustellen,

und das müssen auch die Jugendlichen lernen!

Viele junge Menschen suchen auch nach dem Traumjob. Das ist vielleicht möglich in einer Zeit, in der ein großes wirtschaftliches Wachstum da ist. Aber in der heutigen Zeit muß man sich danach richten, was der Arbeitsmarkt braucht.

Viele Menschen gehen nicht arbeiten, weil sie den Traumjob nicht haben.

Trotz der Kürze der Zeit möchte ich ein sehr signifikantes Beispiel anführen. Mir hat vor drei Tagen ein junges Mädchen von 22 Jahren geschrieben. Sie ist arbeitslos, sie hat als Krankenschwester gearbeitet, hat nicht die Prüfung gemacht, dann hat sie als Stationsgehilfin gearbeitet, hat nicht die Prüfung gemacht, und jetzt möchte sie Heilmasseurin werden. Da hätte sie auch schon einen Posten, sagt sie, aber sie müßte einen Kurs machen, der 20 000 S kostet. Die Arbeitsmarktverwaltung zahlt ihr die 20 000 S nicht, worüber sie sich sehr beklagt hat. Und da nimmt sie lieber in Kauf, arbeitslos zu sein.

Solche Beispiele könnte ich Ihnen viele aufzählen. Die jungen Menschen müssen, so wie andere Menschen auch, einen Beruf ergreifen, der halt nicht ihr Traumjob ist.

Die Wünsche nach Selbstverwirklichung, nach Kreativität — vor kurzem hat es eine Fernsehsendung gegeben, was sich die Jugendlichen vom Arbeitsplatz vorstellen — sind durchaus berechtigt. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, für wie viele Menschen gibt es denn die Chance, daß sie sich am Arbeitsplatz verwirklichen? — Ja wirklich nur für einen ganz geringen Prozentsatz! Die meisten Menschen arbeiten, weil sie ein Einkommen brauchen. Die Selbstverwirklichung, die Kreativität ist vom Staat her sehr schlecht zu beeinflussen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, daß sich die ÖVP ebenfalls mit der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Ich finde es aber nicht gut, daß sie das zum Mittel macht, Parteipropaganda zu betreiben, und daß Sie die Situation so darstellen, als ob nichts geschähe, wenn die Österreichische Volkspartei nicht initiativ würde.

Selbstverständlich wird auch ohne Entschließungsanträge der Österreichischen Volkspartei das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in die Hand genommen, die Beschäftigungsprogramme werden natürlich über-

Dr. Helene Partik-Pablé

dacht, ob sie auch ausreichend sind, und was noch gemacht werden kann.

Sie schaffen nur eine Klimaverschlechterung. Und ich glaube, daß gerade das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht in einem so schlechten Klima abgehandelt werden soll.

Ich glaube nicht, daß man die Jugendarbeitslosigkeit unter dem Druck einer Frist behandeln sollte. Selbstverständlich bin ich auch dafür, daß man sich damit auseinandersetzt. Ihr Antrag wird ja auch auf die Tagesordnung des Sozialausschusses gesetzt, und dann können wir in aller Ruhe über dieses schwierige Problem der Jugendbeschäftigung sprechen.

Wir lehnen den Antrag ab. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 9.19

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Stummvoll.

9.19

Abgeordneter Dr. **Stummvoll** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 17 000 arbeitslose Jugendliche 1981 — 42 000 arbeitslose Jugendliche prognostiziert im Jahresdurchschnitt 1984. Diese 42 000 arbeitslosen Jugendlichen gehören zweifellos zu jener Gruppe unserer Gesellschaft, die die Fehlentwicklungen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der letzten Jahre am härtesten zu verspüren bekommt, meine Damen und Herren! Da nützt jetzt keine rosarote Brille, da nützen keine internationalen Vergleiche, da nützen keine Zahlenspielerien, Herr Kollege Reinhart.

Diese 42 000 jungen Menschen spüren täglich die Konsequenzen der Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Sie spüren und erleben, daß alle bisherigen Rezepte der Arbeitsplatzsicherung: Arbeitsplatzsicherung durch Schuldenpolitik, Arbeitsplatzsicherung durch einseitige Förderung von Großprojekten, Arbeitsplatzsicherung durch Strukturkonservierung, Arbeitsplatzsicherung durch Arbeitsumverteilung, daß alle diese Rezepte in eine beschäftigungspolitische Sackgasse geführt haben. 42 000 junge arbeitslose Menschen spüren das täglich, meine Damen und Herren!

Es wäre aber ein schwerer Fehler, zu glauben, daß die Jugendbeschäftigung beziehungsweise die Jugendarbeitslosigkeit nur ein wirtschafts- und beschäftigungspolitisches Problem ist. Ich glaube, es geht hier letztlich auch um die Frage der Glaubwürdig-

keit unseres politischen Systems. Was haben Sie von der Regierung nicht alles angekündigt und versprochen? Was alles wurde nicht hier im Hohen Haus von Ihnen, Herr Sozialminister, erklärt? Ich zitiere: Eine „nationale Aktion“ zur Sicherung der Jugendbeschäftigung. „Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen.“ „Dem Ziel der Jugendarbeitslosigkeit müssen wir alle sonstigen Interessen unterordnen.“ — Das waren Ihre Worte, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien. Was sehen wir aber heute? — 42 000 arbeitslose Jugendliche im Vergleich zu 17 000 arbeitslosen Jugendlichen vor drei Jahren!

Wir haben immer wieder — Karas hat das bereits betont — Vorschläge vorgelegt. Auch die beiden Vorredner von der Regierungskoalition haben eine Reihe von Mißständen zugegeben. Warum setzen wir uns nicht zusammen? Warum reden wir nicht darüber? Warum ergreifen wir keine konkreten Maßnahmen für die arbeitslose Jugend, meine Damen und Herren? *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Wir setzen uns ja zusammen!)*

Nur, eines geht natürlich nicht: es sich so leicht zu machen, wie das der Herr Sozialminister vor genau zehn Tagen im Budgetausschuß getan und wie es heute leider auch der Herr Cap wieder versucht hat, indem er sagte: Die ÖVP-Vorschläge sind letztlich Steuergeschenke für die Unternehmer. Herr Kollege! Eine solche Argumentation ist unwürdig dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit gegenüber! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Cap. — Abg. Dr. Zittmayr: Keine Ahnung!)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte an Sie appellieren: Stellen Sie Ihre parteipolitischen Überlegungen zurück! Greifen Sie die Vorschläge der Opposition auf! Diese Vorschläge sind gut. Greifen Sie diese Vorschläge auf! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Wir als Opposition können nicht mehr tun, als Ihnen Vorschläge zu machen, Ihnen die Zusammenarbeit anzubieten, Ihnen zu sagen, daß wir Tag und Nacht bereit sind, mit Ihnen darüber zu reden. Jetzt sind Sie am Zug. Sie müssen zustimmen. Halten Sie die Sache aus dem Parteienstreit heraus! Reden wir konkret über unsere Vorschläge! Sie haben selbst eine Reihe von Mißständen zugegeben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 9.24

5964

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Präsident

Präsident: Zum Wort hat sich der Herr Sozialminister gemeldet.

9.24

Bundesminister für soziale Verwaltung
Dallinger: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon etwas eigenartig, wenn der Abgeordnete Dr. Stummvoll, der Führer der Mitarbeiter der Industriellenvereinigung ist, hier erklärt, er könne als oppositioneller Abgeordneter nichts anderes tun, als die Regierung zum Handeln aufzufordern. Als ob die Regierung die jungen Menschen in die Betriebe einstellen müßte, um ihnen Arbeit zu geben! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Mag. Minkowitsch: Rahmenbedingungen schaffen! — Abg. Dr. Keimel: Rahmenbedingungen!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist sehr richtig, daß ich am 5. Juli 1983 bei einer ausführlichen Debatte hier im Hohen Haus zu einer gemeinsamen nationalen Aktion aufgerufen und alle Parteien, alle gesellschaftlichen Institutionen zur Mitarbeit an der Lösung dieses Problems gebeten habe. Diese Bitte, dieser Aufruf ist nach wie vor gültig. *(Abg. Bergmann: Warum sperren Sie sich dann dagegen?)* Er ergeht an alle in diesem Land, denn das Problem der Jugendarbeitslosigkeit ist keines der Regierung oder der Opposition oder dieser oder jener Partei, sondern ein nationales Problem, das wir lösen müssen und das wir bis heute im Vergleich zu anderen Ländern in hervorragender Weise gelöst haben, obgleich — da gebe ich Ihnen recht — das keinem Jugendlichen hilft, der arbeitslos ist. Aber man soll doch anerkennen, daß es kein Land auf der ganzen Welt gibt, das dieses Problem in so guter Weise gelöst hat, wie das bei uns der Fall ist. Und jetzt gilt natürlich unsere Sorge denen, die nach wie vor arbeitslos sind! *(Abg. Bergmann: 42 000!)*

Dieser Hinweis, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen sei von 17 000 auf 42 000 gestiegen, ist doch völlig falsch, denn man kann doch immer nur die korrespondierenden Monate miteinander vergleichen. Da haben wir eine graduelle Zunahme, aber diese ist nicht so extrem, wie das hier dargestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 5. Juli 1983 hat mein Ministerium ein Bündel von Maßnahmen gesetzt in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, die ja im arbeitsmarktpolitischen Beirat meines Ministeriums Monat für Monat diese Fragen behandeln. Im Programm 1984/85 ist jetzt festgelegt, was zu geschehen hat.

In dem Zeitraum vom vorigen Jahr bis heuer hat die Bundesregierung aus Budgetmitteln 1 Milliarde Schilling aufgewendet, um die Jugendeinstellung zu fördern. Es ist uns auch in hohem Maße gelungen, eine Arbeitslosigkeit bei Lehrlingen zu verhindern. Wohl hat sich aber damit das Problem auf die 19- bis 25jährigen verlagert, weil zwar die Unternehmen, insbesondere die Klein- und Kleinstbetriebe, zusätzlich Lehrlinge aufgenommen, aber diese dann nach Absolvierung der Lehre freigesetzt, nicht weiterbeschäftigt haben und jetzt die ausgelernten Lehrlinge von ehemals auf den Arbeitsmarkt einströmen und zum Teil in sehr hohem Maße arbeitslos sind. Hier gilt es, all das umzusetzen, was wir an Vorschlägen haben. *(Abg. Bergmann: Warum lehnen Sie dann den Antrag ab?)* Weil wir glauben, daß steuerliche Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip nicht ausreichend sind, dieses Problem zu lösen, sondern nur punktuelle und genaue Maßnahmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Warum lehnen Sie das Gespräch ab?)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres, in diesen zehn Monaten, sind durch Sondermaßnahmen des Sozialministeriums 11 228 neue Arbeitsplätze geschaffen worden, darunter 70 Prozent für jugendliche Langzeitarbeitslose. In der Problemregion beziehungsweise im Problembundesland Steiermark wurden allein 5 000 zusätzliche Arbeitsplätze für Jugendliche durch Maßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung geschaffen. So löst man das Problem, aber nicht mit papierernen Anträgen, die man Jahr für Jahr wiederholt und in denen man steuerliche Gießkannenmaßnahmen verlangt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: 42 000 Arbeitslose!)*

Das Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wirklich viel zu ernst, um für irgendwelche oppositionelle Spektakel verwendet zu werden. Sie reden, Sie verlangen papierene Maßnahmen, wir handeln, wir versuchen, das Problem zu lösen. Aber das kann nicht ohne Mithilfe der Wirtschaft geschehen. Hier muß es zu einer Kooperation der Industrie, des Handels, des Gewerbes und aller anderen Gruppierungen kommen, wobei ich nicht versäumen möchte, darauf hinzuweisen, daß es eine Fülle von Hilfsmaßnahmen auch von seiten der Wirtschaft gibt und daß dort, wo ernsthaft die Zusammenarbeit gesucht wird, auch die Kooperation hundertprozentig klappt. *(Abg. Bergmann: Warum lehnen Sie das Gespräch ab?)* Ich möchte auch den guten Geist beziehungsweise die gute Stim-

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger

mung in den arbeitsmarktpolitischen Gremien meines Ministeriums hervorheben, wo die Sozialpartner darüber reden.

Aber ich sage noch einmal: Hier wird gehandelt! Sie reden und Sie wollen steuerliche Gießkannenmaßnahmen. Diese lehnen wir ab! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 9.28

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Robert Graf.

9.28

Abgeordneter **Graf (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nur zur Klärung der Situation, warum die Opposition entgegen der Vereinbarung noch einen Redner schickt, nämlich mich: Herr Minister! Wir haben Sie höflich ersucht, das Wort vor dem letzten Redner der Opposition zu nehmen. Sie hätten dasselbe sagen können, und wir hätten uns das erspart. Das ist der Grund. Die ÖVP hat überhaupt keine Vereinbarung gebrochen. Sie, Herr Minister, hielten sich nicht an die Spielregeln! (Beifall bei der ÖVP.)

Sehr geehrter Herr Minister! Natürlich ist auch uns die Sache ernst, und es ist etwas billig, wenn Sie hier erklären, wir machten ein Spektakel und es könne ohne die Wirtschaft nicht geschehen. Alle Jugendorganisationen, eigentlich auch jene, die Ihnen politisch nahestehen, arbeiten an diesem Problem. Wenn es ein nationales Anliegen ist, so besteht überhaupt kein Grund, diesen Antrag der ÖVP, der hier eingebracht wurde, nicht der Diskussion zuzuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Wirtschaft hat ihre Bereitschaft bekundet. Was wir auslösen wollen — und Sie verhindern das! —, ist eine Diskussion über dieses brennende Problem. Es ist nicht eine Idee der ÖVP, es ist eine Belastung für alle Jugendorganisationen. Vermutlich sind Sie selbst auch durch diesen Umstand belastet, und ich kann nicht verstehen, daß man das nur aus Prestigegründen, weil man eben die Mehrheit hat, ablehnt. Das wollte ich zur Steuerung der Entwicklung sagen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.) 9.30

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über den Fristsetzungsantrag ist hiemit geschlossen.

Wie ich bereits bekanntgegeben habe, wird der vorliegende Antrag gemäß § 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung zur Abstimmung gebracht.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe XIII**

Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Gegenstand der heutigen Verhandlung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen).

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Parnigoni. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte **Parnigoni:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 64 „Bauten und Technik“ (Beratungsgruppe XIII) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 in seiner Sitzung am 22. November 1984 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1985 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 27 946 921 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt 1 672 000 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1984 um 77 000 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 26 274 921 000 S, was gegenüber dem Jahre 1984 eine Erhöhung um 1 219 440 000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 5 216 181 000 S vorgeschätzt, sie sind somit um 135 654 000 S gegenüber dem Vorjahr geringer veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1985 es erfordert, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlages für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Schilling vorgesehen. Für den Fall

Parnigoni

einer notwendigen Konjunkturbelebung enthält die Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 660 Millionen Schilling.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 6 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1985 insgesamt 6 811 Planstellen zugrunde gelegt, das sind um zwölf Planstellen mehr als im Vorjahr.

Die Steigerung bei den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes gegenüber dem Vorjahr beträgt rund 1 219,4 Millionen Schilling. Die Erhöhungen ergeben sich bei den Förderungsansätzen (121,5 Millionen Schilling), beim Straßenbau (795,3 Millionen Schilling), beim Hochbau (284,8 Millionen Schilling) sowie bei den verschiedenen Dienststellen des Ressorts (32,5 Millionen Schilling). Demgegenüber ergeben sich Verminderungen bei der Liegenschaftsverwaltung (14,7 Millionen Schilling).

Für den Wasserwirtschaftsfonds sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Stabilisierungsquote Förderungskredite in Höhe von 200 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote von 60 Millionen Schilling enthalten.

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 64: Bauten und Technik samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Wenn das Wort gewünscht wird, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Keimel.

9.35

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir uns heute mit dem Kapitel Bauten und Technik befassen, so insbesondere unter zwei Gesichtspunkten: Zum einen ist dieses Kapitel natürlich in das Gesamtbudget eingebun-

den, es ist ja, wie wir immer sagen, die in Zahlen gegossene Regierungspolitik. Zum zweiten ist das ein Bereich, in dem wirtschafts- und beschäftigungspolitische, und zwar heimisch-autonome Gestaltungsmöglichkeiten ebenso enthalten sind beziehungsweise wären wie zum Beispiel wohnungspolitische, verkehrs- und energiepolitische, aber auch sehr stark umweltpolitische.

Die Baupolitik steht mitten in der Beschäftigungspolitik. Die Bauwirtschaft hält immer noch eine Schlüsselposition und das aus mehreren Gründen.

Zum einen: 1 Milliarde Bauumsatz stimuliert 1,6 Milliarden gesamtwirtschaftliche Leistung. Zum zweiten schafft sie damit 400 bis 2 500 Arbeitsplätze pro Milliarde, im Hochbau, in der Sanierung am meisten.

Und etwas ganz Wesentliches: Der Bedarf an Bauleistungen — in vielen Bereichen unserer Wirtschaft haben wir ja leider eine Sättigung — ist bis zum Jahr 2000 sogar besonders groß; im Wohnungsbereich mit der Wohnungsverbesserung, Stadt- und Dorferneuerung, im Verkehr, Straße, Schiene, in der Umwelt-, in der Energiewirtschaft und auch in der Wirtschaft, die einen Nachholbedarf hat.

Laut einer kürzlich erstellten Studie der Bauindustrie würde zwischen 1984 und 1994, in zehn Jahren also, ein Baubedarf von 1 750 Milliarden Schilling bestehen. 175 Milliarden pro Jahr, meine Damen und Herren, und davon zwei Drittel, über zwei Drittel im Hochbau, also besonders beschäftigungsintensiv.

Warum ist die Baupolitik so wichtig? Weil in Österreich eine Eigenheit besteht, das ist nicht in allen Ländern so! Über 80 Prozent des österreichischen Bauvolumens werden von der öffentlichen Hand, nicht nur des Bundes, direkt über Aufträge und/oder auch sehr stark indirekt bestimmt. Indirekt durch das Förderungssystem, denken wir an die Bausparkassen, durch die Steuerpolitik usw.

Der Baupolitik kommt also als umfassender Beschäftigungspolitik als Regierungsaufgabe eine Schlüsselposition zu, und der Bautenminister ist im Rahmen der Regierung dafür verantwortlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie sind dafür verantwortlich, Herr Bautenminister, nicht nur für Ihr — so würde ich sagen im Baubereich — Teilressort.

Dr. Keimel

Das Budget 1984 ist eines — wie wir es nennen — der versäumten Chancen. Als Folge der Budgetpolitik der vergangenen Jahre und völlig falscher Sanierungsansätze, nämlich immer über die Einnahmenseite, also Erhöhung von Steuern und Abgaben usw., ergibt sich im Budget 1985, im kommenden Jahr, wieder ein spannungsgeladener Widerspruch. Auf der einen Seite weiterhin ein explodierendes Defizit und damit verbundene neue Staatsverschuldung, auf der anderen Seite aber handelt sich um ein stark restriktives Budget. Also es gehen vom Budget keine Beschäftigungsimpulse aus.

Im Gegenteil. Eine Zahl: Vom Nettodefizit von über 60 Milliarden gehen über zwei Drittel, 68 Prozent oder 41 Milliarden, nur für den Zinsendienst, nicht vielleicht für Tilgung, der Staatsschuld auf statt für Investitionen.

Früher hat man ja Nettodefizite gemacht, Keynesianismus, damit Beschäftigungsimpulse gegeben werden. Heute braucht man fast 70 Prozent des Nettodefizits, nur um die Zinsen der Staatsschulden zu zahlen. Ohne Wende gäbe es hier ein recht bitteres Ende.

Das ist es, warum wir alle, auch Sie, einsehen müssen: Es bedarf einer „anderen Politik“. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe erwähnt, daß die Baupolitik eine umfassende Regierungsaufgabe ist. Aber sie wird seit vielen Jahren sträflich vernachlässigt, ja es werden negative Maßnahmen gesetzt. Denken wir an das Mietrechtsgesetz, welches privates Baukapital in diesem Bereich geradezu vertreibt, Halbierung des Bausparsystems, Finanzinfarkt im Straßenbau durch zweckwidrige Verwendung bauwirksamer Steuern und Abgaben.

Herr Minister! LKW-Steuer, 100prozentige Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, nicht ein Schilling für Ihr Ressort.

Im Wohnungsbereich 1,5 Milliarden Schilling pro Jahr, die ehemalige Wohnungsbeihilfe, die 30 S, wurde allen Arbeitnehmern gestrichen. Nicht einen Schilling für den Wohnungsbereich. Zuzufolge des hohen Bedarfes also, in allen Baubereichen, gibt es keine „Baukrise“, von der so oft gesprochen wird, sondern — unter Anführungszeichen — „nur“ eine Finanzierungskrise, und damit ist dies ein höchstpolitisches Problem der Prioritätensetzung der öffentlichen Ausgaben und Aufgaben.

Und hier liegt nun eben das Versagen der

sozialistischen Koalitionsregierung als politische Entscheidungskrise. Und vor diesem Hintergrund, den ich angedeutet habe, sind die restriktiven, also beschäftigungsabweisenden und die negativen Auswirkungen zu sehen, zum einen auf die Entwicklung der Bauindustrie etwa auch im ersten Halbjahr 1984. Das ist nur ein Teilbereich, aber es wurden 1 287 Arbeitsplätze wieder verloren, wie jedes Jahr. Und vor diesem Hintergrund ist auch das Bautenbudget 1985 zu sehen.

Nur ganz wenige Zahlen — Sie sind ja schwer zu merken — zur Illustration. 1985 im Ressort Gesamtausgaben von 27,947 Milliarden Schilling, heuer (1984) 26,650 Milliarden Schilling, das heißt eine Steigerung von nominell knapp 1,3 Milliarden Schilling oder 4,9 Prozent. Das bedeutet bei der Entwicklung der Baupreise eine Stagnation, meine Damen und Herren.

Wir sehen es auch im Vergleich mit den Gesamtausgaben des Budgets. Von 1984 auf 1985 steigen sie um über 6 Prozent, die Bauausgaben in Ihrem Ressort um nicht einmal 5 Prozent. Damit gehen die Ausgaben für das Bautenressort — wie das auch während der letzten Jahre der Fall war — an den Gesamtausgaben auch 1985 zurück. 1983 betrug der Anteil der Bautenausgaben 6,62 Prozent, 1984 6,1 Prozent, also ein Rückgang um 8 Prozent. Und 1985 ist der Anteil 6,03 Prozent, also wieder ein Rückgang um 1,2 Prozent. Also jährlich, Jahr für Jahr, ein Rückgang an den Gesamtausgaben.

Wenn wir jetzt die Gesamtausgaben noch mit den Sonderfinanzierungen außerhalb des Budgets, die Bauträgergesellschaften, die Sondergesellschaften des Straßenbaues und so weiter nehmen, dann haben wir nur im Sachaufwand ohne Personal 1984 35,131 Milliarden Schilling, für 1985 sind 34,275 Milliarden Schilling vorgesehen, also ein Rückgang um über 800 Millionen Schilling, um 2,4 Prozent nominell. Real also mit der Baupreisentwicklung ein Rückgang um 7 bis 8 Prozent.

Herr Minister! Ihr Ressort, das Bautenressort, verfällt seit vielen Jahren. Das sehen wir also ganz besonders eben auch in der Beschäftigungssituation im Baubereich. Und diese falsche Baupolitik der Bundesregierung setzt sich eben und leider auch 1985 fort, umfassend Investitions- und Steuerpolitik. Ich habe schon erklärt, die Baupolitik umfaßt nicht nur Ihr Ressort. Sie sollten Einfluß nehmen auf Impulse außerhalb, etwa in der Abschreibungspolitik, in der Förderungspolitik, das Mietrecht beeinflussen, daß privates

5968

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Dr. Keimel

Kapital angereizt wird. Eigentumsfeindliche Wohnbauförderung, totes Stadterneuerungsrecht und so weiter erwirken das Gegenteil.

Fast genau vor einem Jahr hat der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Dr. Kramer, wörtlich erklärt: Es bedürfte mehr Bewußtseins in Österreich.

Diese Baupolitik der sozialistischen Bundesregierung bedeutet die offenbar dümmste — Sie nehmen es in Kauf, weil Sie es ja wissen — und daher offenbar bewußte Vernichtung weiterer rund 10 000 Bauarbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Eine Fortsetzung dieser Politik während der nächsten Jahre würde auch gemäß der Vorschau des Bautenministeriums, Ihrer eigenen Vorschau, die Sie uns überlassen haben, bis 1990 die Bauwirtschaft stark schrumpfen lassen und jährlich weiterhin rund 2,5 Prozent Bauarbeitsplätze vernichten.

Herr Minister! Ist das eine positive Politik? Die Österreichische Volkspartei lehnt jedenfalls eine solche Entwicklung aus mehreren Gründen ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum ersten und wichtigsten: eben aus beschäftigungspolitischen Gründen. Wir können nicht den Verlust weiterer 5 000 bis 10 000 Arbeitsplätze jedes Jahr hinnehmen. Wir lehnen das ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum zweiten: aus wohnungspolitischen Gründen. Wir haben trotz der Wohnungssuche in den Ballungsgebieten — hier ist natürlich eine starke Verschiebung gegeben, Ost-West-Gefälle und so weiter, eine Verschiebung in die Ballungsgebiete herein — eine stark rückläufige Wohnbauleistung, sie liegt unter 35 000 Wohneinheiten per anno, obwohl wir während der nächsten etwa fünf, sechs Jahre ohne weiteres 50 000 brauchen und bauen könnten. Das neue Wohnbauförderungsgesetz 1984, das Wohnhaussanierungsgesetz, wie Sie es als Regierungskoalition beschlossen haben, ist eigentumsfeindlich. Sie wissen es.

Eine dritte Belastungswelle für die Wohnenden, und die Stadt- und Dorferneuerung bleibt ohne flankierende — guter Wille wieder aus Ihrem Ressort, ist anzuerkennen — steuerrechtliche und mietrechtliche Maßnahmen blockiert. Hier besteht Ihre Gesamtverantwortung in der Regierung.

Demgegenüber vertritt die Österreichische Volkspartei gerade in der Wohnungspolitik

breitgestreutes Eigentum mit der Hilfe zur Selbsthilfe. Daher wird die ÖVP ihr Modell der Individualförderung des einzelnen nach seiner Leistungsfähigkeit 1985 vorstellen. Wir hoffen — die Türen sind nicht zugeschlagen —, daß wir hier mit Ihnen in ein breites Gespräch eintreten können.

Meine Damen und Herren! Da sitzt der Herr Bundeskanzler dieser Regierung mit seinem eigenen Häuschen im Burgenland, der Herr Finanzminister mit seinem Haus in Wien — auch seine zwei Vorgänger hatten Häuser —, der Bautenminister mit seinem Haus in Niederösterreich, die Frau Staatssekretär für Wohnen mit Eigentumswohnungen in Oberösterreich und ihrem Häuschen in Oberösterreich.

Meine Damen und Herren! Warum erwähne ich das? Auch ich habe eines. Vorbilder sind sie für mich, Vorbilder im Streben und Schaffen von Eigentum am Wohnen.

Aber, meine Damen und Herren, reden Sie jetzt doch nicht mit unseren Bürgern über „Zersiedelung“. Sie reden ihnen Miet- und Gemeindewohnungen ein. Beschneiden Sie doch nicht immer drastischer den Eigenheimbesitz. Frau Staatssekretär Eypeltauer meinte seinerzeit in Vorarlberg, sie müsse den Bürger vor dem „Zwang zum Eigentum“ schützen, durch das Wohnbauförderungsgesetz „die Mieter entdiskriminieren“.

Ja, meine Damen und Herren, fragen Sie sich doch selbst: Was hat Sie eigentlich zur Schaffung von Eigentum bewogen? Darüber denken Sie doch einfach nach! Herr Bundeskanzler und alle, die ich jetzt aufgezählt habe! Denken Sie darüber nach, was Sie persönlich zur Schaffung von Eigentum bewogen hat, und handeln Sie danach! Dann kommen wir nämlich sehr rasch zum Konsens, zum breitgestreuten Eigentum in der Hand unserer Bürger statt anonymer Großhausherren etwa gemeinnütziger Bauunternehmen oder Gemeinden, mit Wien an der Spitze.

In Wien bestehen 91 Prozent aller österreichischen Gemeindewohnungen. Und genau von hier fliehen ja die Bürger hinaus in ihre kleine Freiheit, in das Eigentum in Niederösterreich, in ihr Häuschen, zu ihrem Stückchen Grund.

Statt dem also Rechnung zu tragen mit den Rahmenbedingungen: Wohnbauförderungsgesetz, Wohnhaussanierungsgesetz, Steuer- und Mietrecht, hat diese sozialistische Koalitionsregierung wieder genau das Gegenteil getan.

Dr. Keimel

Meine Damen und Herren! Ich erkläre Ihnen, die Volkspartei wird daher die Wohnungs- als Eigentumspolitik zu einem ihrer Hauptanliegen machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir lehnen die Entwicklung Ihrer Baupolitik aus einem dritten Grund ab, nämlich aus verkehrspolitischen Gründen. Es bedarf der Ortsentlastungen.

Es gibt in Österreich über 200 Gefahrenstellen, wo unentwegt und häufig Unfälle passieren. Seit Jahren fehlt das „Gesamtverkehrskonzept der Bundesregierung“; es wird uns ja Jahr für Jahr versprochen, ich glaube zehn Jahre schon.

Ohne dieses Gesamtverkehrskonzept sollen nun durch den Bundesminister wieder in seinem Ressortteilbereich durch Bundesstraßennovelle rund 60 km Autobahnen und 600 km Schnellstraßen gestrichen oder degradiert, abgemindert werden: die Schnellstraße zur Bundesstraße und so weiter, was zufolge des immer noch zunehmenden Verkehrs Lebens- und Gesundheitsgefährdung der Verkehrsteilnehmer bedeutet.

Sie, Herr Bautenminister, begründen das mit Umweltschutz. Sie sollten das nicht so billig machen, denn Sie diskriminieren dann dieses Hauptanliegen aller Parteien, wenn eine solche Begründung hervorgezogen wird für etwas ganz anderes, Sie streichen nämlich unter dem Diktat der leeren Kassen. Daher erklären Sie auch gleich in einem Atemzug: Damit sparen wir rund 50 Milliarden Schilling.

Herr Minister, eine eigenartige Logik. Mit dieser Logik von Ihnen: Da ersparen wir uns jetzt 50 Milliarden, hätte ich mir persönlich auch schon ein paar hundert Millionen Schilling erspart, weil ich sie nie hatte.

So ähnlich machen Sie es jetzt, indem Sie sagen, mit dem Streichen der Straßen ersparen wir an die 50 Milliarden Schilling. Sie haben sie eben nicht mehr!

Aber, meine Damen und Herren, der Bürger und jeder Verkehrsteilnehmer vom Fußgänger aufwärts hat das unverzichtbare Recht auf optimale Sicherheit. Die Bewohner haben das unverzichtbare Recht auf optimalen Umweltschutz, das heißt im Verkehrsbereich insbesondere Schutz vor Lärm und Abgasen. Das, Herr Bautenminister, sind die einzigen Kriterien, nach denen die Volkspartei Ihr „Streichkonzert“ gemäß Bundesstraßenge-

setz-Novelle werten wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Derzeit sind in diesem „Streichkonzert“ noch gräßliche Dissonanzen enthalten.

Wir lehnen Ihre Baupolitik aus einem vierten Grund ab: aus energiepolitischen Gründen, wobei im Mittelpunkt der Ersatz umweltschädlicher und auch stark auslandsabhängiger Energie und die Forcierung energiesparender Investitionen stehen. Daß Sie nicht einmal zu einem Regierungskonsens finden, beweist der vorliegende Energiebericht. Sie können sich als für die Bauwirtschaft insgesamt verantwortlich in der Regierung davor nicht drücken und sagen: Betrifft nicht mein Ressort!

Zum fünften: aus umweltpolitischen Gründen, wobei im Mittelpunkt der Ausbau der Wasserwirtschaftsfonds zu einem umfassenden Umweltfonds statt der Zersplitterung stehen sollte.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP hat im Jahr 1975 einen solchen Antrag gestellt, aus dem Wasserwirtschaftsfonds einen umfassenden Umweltfonds zu gründen und auszubauen.

Es gilt, die Chancen zu nützen.

In Kenntnis des sehr hohen Baubedarfs erhebt sich die Forderung nach einer neuen Baupolitik unter ganz bestimmten Grundsätzen und unter bestimmten Zielvorstellungen, nach denen dann die legislativen und die finanzpolitischen Maßnahmen auszurichten wären.

Die Zielvorstellungen sind einfach: Der hohe Bedarf ist durch die Baupolitik in Bau nachfrage umzusetzen. Das muß im Rahmen der Regierung Ihre Hauptaufgabe sein. Lösungsvorschläge sollten gemeinsam zwischen allen Gebietskörperschaften in Zusammenarbeit mit Bauträgern, mit dem Kapitalmarkt und so weiter erarbeitet werden.

Herr Bautenminister, Sie machen derzeit genau das Gegenteil, Sie setzen genau gegen teilige Initiativen der Zentralisierung und der Verunsicherung. Ich denke dabei an den Bundesbautenfonds, an das Bundesstraßengesetz.

Was machen Sie, Herr Minister? Ich sage ein Beispiel: Sie knallen ein Bundesbautenfondsgesetz auf die Tische verwunderter und dann verärgelter Betroffener: der Länder, der planenden Architekten, des Baugewerbes und

Dr. Keimel

so weiter unter dem Vorwand, wie es in Ihren Begründungen heißt, einer zweckdienlichen Organisationsform im Bereich des staatlichen Hochbaus und, wie Sie es nennen, der wirksamen Verlagerung von öffentlichen Aufträgen vom Straßenbau zum beschäftigungsintensiven Hochbau.

Ein paar Feststellungen dazu, Herr Minister. Trotz vielfacher Ausgliederungen — ich denke an die ASAG, an die ASFINAG, sie waren ein Hauptgründer von Sondergesellschaften und so weiter, der Flucht aus dem Ressort — hat sich der Personalstand laut Stellenplan binnen zwei Jahren in Ihrem Ressort um genau 125 Beamte, das sind 3,1 Prozent, erhöht, wozu dann noch das Personal der Sondergesellschaften kommt. Wo sehen Sie da eine Organisationseffizienz?

Auch der geplante Bundesbautenfonds sollte, wie Sie erklären, wieder anfänglich, 15 bis 20 Bedienstete umfassen. Vorgestern erst hat das Parlament einstimmig mehr Rechte für die Bundesländer beschlossen — ein erster zaghafter Schritt zu mehr Föderalismus —, wonach zum Beispiel im Bundesrat ein Gesetz erstmals einer Zweidrittelzustimmung dann bedarf, wenn Kompetenzen der Länder beschnitten werden sollen.

Wissen Sie, Herr Bautenminister, was zum Beispiel in der Stellungnahme der Tiroler Landesregierung zum Bundesbautenfonds-gesetz steht? Was gestern, gerade gestern, die Landeshauptleute in ihrer Konferenz auch besprochen haben? Wörtlich: „So stellt dies eine auf rechtlich unzulässigem Wege herbeigeführte Aushöhlung der durch die Verordnung BGBl. Nr. 344/1967 begründeten Zuständigkeit des Landeshauptmannes im Bereich des Bundeshochbaues dar.“

Wissen Sie, was in der Stellungnahme wörtlich steht? „2. Es ist als ein Affront der Länder anzusehen, wenn zu einem Zeitpunkt, in dem der Bund und die Länder in Verhandlungen über eine Erweiterung der Entscheidungsbefugnis des Landeshauptmannes in der Auftragsverwaltung ... sind, eine wesentliche Einschränkung der Zuständigkeit im Bereich des Bundeshochbaues in Aussicht genommen wird“, und:

„Die Länder müssen es geradezu als unerträglich empfinden ...“, daß eine solche Stellungnahme genau in diesem Zeitpunkt erfolgt. Soll das die neue Baupolitik sein, Herr Minister?

Und letztlich: 1990, in wenigen Jahren, wer-

den mehr als 10 Milliarden Schilling allein für die Erhaltung — nicht für den Bau, nur für die Erhaltung — der Bundesstraßen gebraucht werden, vom Schuldendienst ganz abgesehen.

Die ASFINAG hat dann einen Schuldendienst von 120 Milliarden Schilling abzuliefern, wahrscheinlich über Jahre hinaus, ein Schuldendienst, der alle Mittel auffressen wird. Es wird aus dem Straßenbaubudget kein Schilling mehr — nicht ein Schilling mehr! — für den Straßenbau vorhanden sein.

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Wie kommen Sie eigentlich zu der bewußt irreführenden Formulierung einer Verlagerung von Straßenbaumitteln zum Hochbau?

Im Bundesbautengesetz haben Sie auch nicht eine Andeutung eines Finanzierungskonzeptes gebracht.

Herr Bautenminister! Ich würde meinen, Sie sollten endlich einmal Ihr Ressort organisieren, und zwar so, wie Sie es jahrelang nannten: nach modernen Managementmethoden. Was Sie hier vorgaukeln — ich kann es nur in dieser Härte ausdrücken —, bedeutet in Wirklichkeit zum ersten die Schaffung zusätzlicher, aufwendigster Verwaltungen neben Ihrem Ressort — wieder eine Flucht aus dem Ressort, eine Flucht aus dem Budget! —, neben den Landesbaudirektionen.

Es bedeutet mehr Zentralismus mit der Gefahr der Ausschaltung regionalpolitischer Einflußnahmen, der Ausschaltung unserer Mittelbetriebe im Baubereich, der Ausschaltung der heimischen planenden Architekten und so weiter.

Dem steht gegenüber die Auszehrung des Bautenbudgets seit Ihrer Amtsübernahme. Herr Minister, Sie wissen es auch, die Zahlen sprechen für sich.

Unsere Grundsätze der Baupolitik lauten daher: Zum einen eine Absage an weitere Steuerbelastungen und verteuernde Schuldenpolitik des „Hinter-mir-die-Sintflut!“, das heißt einer weiteren Flucht aus dem Budget, aus dem Ressort, wie ASFINAG, Sondergesellschaften, geplanter Bundesbautenfonds und so weiter.

Zum zweiten: Ersatz der Zwangssysteme durch sozialmarktwirtschaftliche Anreizsysteme, insbesondere im Wohnungsbereich.

Wir wissen schon realistisch, daß

Dr. Keimel

während der nächsten Jahre aus dem Budget nichts kommen kann. Es wäre Ihre Aufgabe, einer neuen Baupolitik die Rahmenbedingungen zu schaffen, daß wir Milliarden an privatem Kapital anreizen für solche Investitionen, vor allem durch Förderung von Leistung und Privateigentum zur Mobilisierung dieses Baukapitals. Diskutieren Sie mit uns einmal das Eigentumsbildungsgesetz der ÖVP. Rückzahlungsbegünstigungsgesetz: Es stehen über 130 Milliarden Altdarlehen aus. Hier könnten wir doch etwas machen, wenn wir gemeinsam Anreizsysteme schaffen.

Und als letztes eine strenge Bindung zweckbestimmter Steuern und Abgaben im Baubereich, etwa im Verkehrsteuerbereich.

Meine Damen und Herren! Gerade der Baubereich wäre geeignet, die von außen kommende Konjunktur im Inland selbsttragend mitzugestalten. Wir haben leider in Österreich noch nicht die Sicherheit der selbsttragenden Konjunktur. Wir sind noch auslandsabhängig, und wir haben diese Chance, Gott sei Dank, auch ergriffen. Der Baubereich wäre genau der Bereich, der mithelfen könnte, diese Konjunktur in Österreich selbsttragend zu gestalten.

Mit Bedauern und Sorge stellt die Österreichische Volkspartei fest, Herr Minister, daß keine Ansätze für eine neue Baupolitik und eine neue Baugesinnung, wie es Dr. Kramer nannte, vorhanden sind. Auch das Bautenbudget ist ein Budget der versäumten Chancen. Daher, meine Damen und Herren, wird die Österreichische Volkspartei dieses Bautenbudget und damit diese Bautenpolitik ablehnen.

Aber, Herr Minister, wir laden Sie gleichzeitig ein, als Verantwortlicher für die Baupolitik der Gesamtregierung durch die aufgezeigte andere Baupolitik auch außerhalb des Budgets, außerhalb und über Ihr Ressort hinaus den bestehenden Baubedarf optimal in Baunachfrage umzusetzen. Die Vorschläge der ÖVP — Wohnungspolitik, Steuerkonzept und dergleichen — sollten uns als Diskussionsgrundlage ebenso dienen wie die ernsthaften Studien etwa aus den Sozialpartnern und ähnlichen.

Wenn Sie mit uns diesen Weg gehen würden, dann könnten wir genau über Ihr Ressort hinaus eine sehr hohe Beschäftigungspolitik in Österreich mobilisieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* 10.03

Präsident: Nächster Redner ist der Herr

Abgeordnete Hesoun. *(Bundesminister Sekanina: Der unfreundlichste Keimel, den es jemals gab! Ein unfreundlicher Kollege Keimel!)*

10.03

Abgeordneter Hesoun (SPÖ): Hochverehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Geschätzte Damen und Herren! Herr Dr. Keimel hat hier auf den WIFO-Bericht, auf Dr. Kramer verwiesen. Ich möchte, Herr Dr. Keimel, ehe ich zu meinen Ausführungen komme, die heutige „Wiener Zeitung“ zitieren, denn mit Zahlen läßt sich bekanntlich trefflich streiten.

Hier wird festgehalten: „Für Bauten (einschließlich Bauten der Landesverteidigung und Instandhaltung) sind mit 29,2 Milliarden Schilling um 7,5 Prozent mehr Mittel veranschlagt als 1984. Diese Zuwachsrates ist höher als jene, die für die gesamte Baunachfrage der österreichischen Wirtschaft prognostiziert wird. Der Bund versucht, die Nachfrage in diesem Wirtschaftszweig zu stützen.“

Herr Dr. Keimel! Dieser WIFO-Bericht ist sicherlich als unabhängiger Zeuge hier anzuführen. Und wenn in der Überschrift steht: Verringerung des Defizits angepeilt, ohne die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum zu bremsen, ist dies hier nur festzustellen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Herr Dr. Keimel! Ich habe überhaupt nicht die Absicht, zu Beginn ein Streitgespräch zu suchen. Ich habe nur wiedergegeben, was die „Wiener Zeitung“ vom WIFO übernommen und wiedergegeben hat. Es ist dies sicherlich ein unabhängiger Zeuge. Sie haben Dr. Kramer zitiert, Sie haben das WIFO angeführt, und ich habe Ihnen nur das Argument des WIFO entgegeng gehalten. Es ist ja nicht meine Aussage. Wenn Sie sich damit nicht einverstanden erklären können, bitte sich mit Herrn Dr. Kramer darüber auseinanderzusetzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber, geschätzte Damen und Herren, ich glaube sagen zu dürfen, daß es sicherlich nicht notwendig ist, von unserer Seite den Ausführungen des Herrn Dr. Keimel etwas anderes entgegenzustellen. Ich meine, daß der gegenwärtige Zeitpunkt Anlaß genug und Anlaßfall ist, die Bauvorhaben in Österreich, wie sie verteufelt, wie sie angeprangert und als nutzlos hingestellt werden, doch etwas mehr als bisher unter die Lupe zu nehmen.

Ich bin der Auffassung, daß mir als Gewerkschafter die Berechtigung zusteht,

Hesoun

einige Feststellungen dazu zu treffen, vor allem deshalb, weil im Hohen Haus oft von den Grundwerten des Lebens gesprochen und sehr häufig das Wort „Solidarität“ verwendet wird, insbesondere dann, wenn die Arbeitnehmer zu Leistungen für andere Berufszweige und andere Gesellschaftsschichten herangezogen werden.

Ich führe dies aus, weil ein Kollege heute früh so pathetisch, möchte ich fast sagen, über die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen hat.

Sehr oft wird über das Wort und die Begriffsbestimmung Solidarität ein Weg gesucht, der gerade jenen Menschen besondere Belastungen auferlegt, die sich wohl am schwersten ihr Geld verdienen, die den Unbilden der Witterung ausgesetzt sind und die einen Arbeitsplatz antreffen, an dem sie täglich ihr Leben in Gefahr bringen — und oft verlieren Kollegen dieses Leben. Ich denke hier an Hochbauten, an Bauvorhaben, die Hunderte Meter unter die Tiefe reichen, ich denke hiebei an die Kolleginnen und Kollegen auf den Baustellen, die in den Wintermonaten in den Bergregionen bei Kraftwerksbauten ihre Arbeit verrichten müssen und manchmal von abgehenden Lawinen verschüttet werden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, pathetisch zu werden, aber ich möchte doch näher auf einige Grundsätze, die in diesem Zusammenhang anzuführen sind, eingehen. Ich denke, was täglich Menschen in Österreich für Österreich errichten und was täglich Menschen in Österreich für Österreich an bleibenden Werten schaffen, soll auch hier einmal deutlich ausformuliert werden.

Denn im Grunde genommen ist es eine Schande — ich sage das sehr bewußt so —, daß Arbeitnehmer, die in der Bauwirtschaft tätig sind, die ihre Haut zu Markte tragen, täglich angegriffen und kritisiert werden, daß ihre Leistungen abgewertet und sie entwürdigend als Menschen zweiter Klasse hingestellt werden.

Ich frage mich oft, ob jene, die dieses Erscheinungsbild des Bauarbeiters nach außen tragen, blind durch dieses Land gehen, weil sie nicht zu erkennen scheinen, was in den Jahrzehnten in der Zweiten Republik nach dem Zweiten Weltkrieg für die Menschen unseres Landes errichtet und gebaut wurde. Ich denke hier an die Errichtung von Eigenheimen, an historische Bauwerke, die während des Krieges durch Bombenangriffe

schwerstens in Mitleidenschaft gezogen wurden und in ihrer ursprünglichen Form wieder errichtet wurden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich denke an die Brückenbauten, die dazu geschaffen wurden, um Menschen zu verbinden, und an die Kraftwerksbauten, die weltweite Anerkennung finden und die uns eigentlich diesen Wohlstand gebracht haben.

Ich denke hier an die Tunnelbauten, die die Bewunderung der gesamten Welt auf sich ziehen, und in diesem Zusammenhang an jene Menschen und jene Bauarbeiter, die bei diesen Tunnelbauten untertags gigantische Leistungen vollbringen, um die Lebensqualität, das Leben und die Bequemlichkeit anderer damit zu verbessern. Heute werden diese Menschen gemeinhin als Betonierer tituliert, mit einem Prägestempel versehen, ja fast punziert — so möchte ich sagen —, als Bauarbeiter gebrandmarkt und von einigen wenigen in einer Weise „belohnt“, die bis zur Verachtung reicht.

Geschätzte Damen und Herren! All das, was ich hier angeführt habe, ist Ausdruck dessen, was mir die Menschen draußen, die Bauarbeiter, alle jene, die am Bau beschäftigt sind, mitteilen, was diese Menschen draußen verspüren, die sich jahrzehntelang bemüht haben, dieses Land wieder aufzubauen, in dem wir, wie wir immer wieder zum Ausdruck bringen, gerne leben, auf das wir stolz sind, in das Millionen von Menschen aus der ganzen Welt kommen, um seine Städte und Bauwerke zu bewundern.

Ich habe damit, geschätzte Damen und Herren, den Grundwert Arbeit angesprochen, der heute, so scheint es mir, bei vielen unserer Mitbürger nicht mehr den gleichen Stellenwert einnimmt, der ihm als Grundwert des Lebens zukommt.

Ich sage hier sehr deutlich, geschätzte Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben gerade diesen Grundwert immer die höchste Beachtung geschenkt, weil wir wissen, daß die Arbeit nicht nur das Befreien von Zwängen mit sich bringt, sondern die Grundlage für jede weitere gesellschaftliche Entwicklung ist.

Dieser Grundwert Arbeit — das ist auch unbestritten — wirkt weit hinein in die Bereiche Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Er fließt auch in den kulturellen Bereich ein und ist der eherne Bestandteil, wenn ich so sagen darf, der Demokratie.

Hesoun

Wir alle, geschätzte Damen und Herren, haben in verschiedensten Bekenntnissen zur Demokratie auch immer wieder darauf verwiesen, wohin Arbeitslosigkeit führt. Wir haben darauf verwiesen, daß Arbeitslosigkeit nicht nur die Persönlichkeit, sondern auch die politische Moral untergräbt und daß letztlich, resultierend aus dieser Arbeitslosigkeit, vorerst die Demokratie in Frage gestellt und sicherlich dann — man kann das mit Sicherheit aus den Erfahrungen der Vergangenheit bestätigen — durch eine Diktatur ersetzt wird.

Ich glaube daher, geschätzte Damen und Herren, daß gerade in diesen Zeiten, in denen es aufgrund der vorliegenden Prognosen Österreich wirtschaftlich wieder besser gehen wird, notwendig und richtig sein wird, hier ein öffentliches Bekenntnis dafür abzulegen, daß der Grundwert Arbeit keine Schande ist.

Geschätzte Damen und Herren! Ich darf das bei dieser Gelegenheit aussprechen, egal, ob es nun um Bauvorhaben wie Hainburg oder um andere Projekte in Österreich geht, die realisiert und fertiggestellt werden müssen.

Geschätzte Damen und Herren! Es kann doch nicht immer nur lautstark zum Ausdruck gebracht werden, daß all das, was gestern, vorgestern und noch vor wenigen Jahren durch hohe Auszeichnungen von seiten des Bundes, der Länder oder anderer Organisationen gewürdigt wurde, heute in Frage gestellt wird.

95 Prozent der Menschen in diesem Lande gehen mit Fleiß, mit Wissen und Einsatzfreudigkeit an ihre Arbeit und versuchen, die Probleme zu lösen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich benützte heute sehr bewußt die Gelegenheit, einmal klar und deutlich auszusprechen, daß es nicht sein darf, daß kleine und kleinste Gruppierungen imstande sein sollen, die Grundwerte der Gesellschaft auf den Kopf zu stellen.

Alles, was diese Grüppchen oder Gruppierungen von Pseudo-Umweltschützern — ich anerkenne echten Umweltschutz, geschätzte Damen und Herren — verhindern wollen, möchten sie gewissermaßen zum Sakrileg machen und als solches behandelt wissen. Ich bin der Meinung und teile diese Meinung sicherlich mit Menschen, die in dieser Republik und für diese Republik Hervorragendes geleistet haben: Wenn es da Liedermacher gibt und Interpreten, die am selben Tag —

wie es in kleinformatigen Blättern heißt — als Gegner des Kraftwerkes von Hainburg auftreten, als Arbeitsplatzvernichter sozusagen, und gleichzeitig, am selben Tag, steht von ihnen im „Kurier“, daß sie in Salzburg beim Schnapsen auf Bummerljagd gehen, dann sind das jene, die die Nacht zum Tage machen, die erst zu Bett gehen, wenn andere Leute bereits um 6 Uhr früh zu ihren Arbeitsstellen eilen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es sind jene, die wir als „Kaffeehausökologen“ — ich habe diesen Ausdruck schon mehrmals verwendet — bezeichnen, die ihre Weisheiten zum besten geben, die bis in den Nachmittag hinein schlafen, dann aber gleichzeitig dafür eintreten, daß die Geschäfte am 8. Dezember in Salzburg offenhalten müssen, damit ihre dunkelgrauen Lieder auf „Raunzerplatten“, wenn ich so sagen darf, verkauft werden können. — Das sind unsere Protestsänger, die täglich in kleinformatigen Blättern ihre Meinungen kundtun, die nur protestieren, die aber — ich sage das sehr deutlich — wie Götter in Elfenbeinschlössern leben; ich habe das in unmittelbarer Nähe, wo ich wohne, sehr anschaulich vor mir.

Da gibt es, geschätzte Damen und Herren, verkleidete Kormorane, die sich nicht unter das Volk trauen — ich sage das sehr deutlich —, weil sie ansonsten Gefahr laufen, lieber Kollege Karas, gerupft zu werden, Leute, die sich in Banken und Sparkassen verkriechen, sich ihr monatliches Salär zuschicken lassen, ohne jemals den Schalterraum zu betreten.

Da gibt es verkleidete Hirsche, deren Brunft und Schonzeit schon lange vorbei sind. Ich sage das in dieser Ausdrucksform von diesem Pult aus, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Denn die Menschen draußen, die mit ihrem Fleiß, mit ihrer Einsatzbereitschaft ihr Leben aufs Spiel setzen, verstehen ganz einfach nicht mehr, daß in einer Republik, die auf so viele glanzvolle Zeiten, auf so viel Glanzvolles zurückblickt, von einigen wenigen sehr viel in Frage gestellt wird.

Da sind jene, die am Subventionsberg leken, die sich als Demonstranten in öffentliche Ämter legen und den Arbeitswilligen den Zugang zu ihrem Recht versperren.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn man in einer Zeit lebt, in der die Politiker immer wieder als entscheidungsschwach hingestellt und kritisiert werden, auf der anderen Seite aber dieselben Politiker immer dann heftig angegriffen werden, wenn sie gegensätzliche

Hesoun

oder gegenteilige Entscheidungen treffen, die sich gegen die kleinen Gruppierungen richten, dann werden Zweifel an der Demokratie, am demokratischen Verhalten, am Demokratieverständnis, geäußert.

Schmähungen werden verbreitet, geschätzte Damen und Herren, selbstverständlich in anonymer Form, Schmähungen und Vorwürfe, die von Verdächtigungen wegen Machtausübung bis zu Drohungen zur Unruhestiftung reichen. Geschätzte Damen und Herren! Ich weiß schon, man distanziert sich davon, aber es gibt hier eine heilige oder auch unheilige Allianz von, gestatten Sie mir doch den Hinweis, verschiedenen Aussendungen, Zeitungen, Monatszeitschriften und dergleichen mehr. Diese Zeitungen sind bekannt, sicherlich setzen sie sich nicht mit den Problemen in Österreich und den Problemen des österreichischen Volkes auseinander, sondern es sind hier wirtschaftliche und auch persönliche Interessen in diesem Zusammenhang zu sehen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich sage das sehr leidenschaftlich, weil ich der Überzeugung bin, daß vieles von dem, was da in die Jugend hineinverpflanzt wird, sicherlich falsch ist, bewußt falsch aufbereitet wird.

Wenn es so weit geht, daß bei Nacht und Nebel Fotografen in Privatgärten herum-schleichen und fotografieren, wenn diese Fotografien dann veröffentlicht werden und öffentlich zugänglich gemacht werden, in der Art und Weise, daß man einen Garten von 60 Quadratmetern mit Hainburg vergleicht und dergleichen mehr, dann ist das eine bewußte Irreführung, um die Menschen zu blenden und in die Irre zu führen.

Ich bin daher der Meinung, daß wir es nicht brauchen, daß uns von weltfremden Theoretikern Ratschläge gegeben werden, wie wir die Zukunft in wirtschaftlichen Belangen gestalten sollen. Ich sage sehr deutlich, geschätzte Damen und Herren: Ich begrüße die Entscheidung, die die Österreichische Volkspartei getroffen hat. Ich möchte es so darstellen: Es ist dadurch ein breiter Konsens der Vernunft möglich gemacht worden. Ich begrüße weiters, daß wir gemeinsam hier antreten, um böswillige Kampagnen zurückzuweisen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte vielleicht noch eine Aussage in dieser Richtung treffen: Wenn von einzelnen durch unsachliche Ausdrücke und Formulierungen unwahre Behauptungen in der Öffentlichkeit

weitergereicht werden, wenn man den Menschen einzureden versucht, daß zum Beispiel die Errichtung des Donaukraftwerkes den Neusiedlersee austrocknen wird, dann sollte man vielleicht einmal nachsehen, wie hoch der Subventionsberg ist, auf dem dieser Mann sitzt, der diese Aussage getroffen hat, ein Subventionsberg, der doch letztlich von den Arbeitern, von den Angestellten, von den Beamten, von den Gewerbetreibenden, von allen jenen also, die positiv zu dieser Republik stehen, errichtet wurde.

Ich habe es bereits einmal hier gesagt und möchte es wiederholen, weil ich der Meinung bin, daß es nicht schadet, wenn man hier Wiederholungen ausspricht: Die schweigende Mehrheit in diesem Lande hat sich bisher sehr verantwortungsvoll verhalten. Dieses Land ist reich geworden, weil die Menschen in diesem Lande ehrlich, anständig und friedlich ihrer Arbeit nachgehen.

Was wir nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt brauchen und überhaupt in dieser Republik nicht brauchen, ist der Radikalismus. Wir lehnen es ab, daß wir die Interessenskonflikte in einer Form austragen, wie es in der Vergangenheit möglich war, Interessenskonflikte zu bereinigen. Das sicherlich emotionsgeladene Verpolitisieren von einigen Fragen sollte vielleicht noch einmal überdacht werden.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mich nun dem Baubudget zuwenden. Wir haben von Herrn Dr. Keimel doch einiges gehört. Ich möchte etwa so antworten: Wenn wir uns heute bei der Debatte über das Budgetkapitel „Bauten und Technik“, Herr Dr. Keimel, das eine oder andere entgegenhalten, dann zeigt das ja nur, daß wir trotz aller politischen Unterschiede und Gegensätzlichkeiten sicherlich auch imstande sind, in unserem Wirtschaftsbereich konstruktive Gespräche zu führen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang sehr bewußt, Herr Dr. Keimel, auf die konstruktive Art und Weise — und vieles blieb auch von Ihrer Seite unbestritten —, die bei der Gesprächsbereitschaft zum Wohnbauförderungsgesetz und zum Wohnhaussanierungsgesetz festzustellen war.

Ich verweise hier auf das Gespräch, wo es um das zweite Sonderwohnbauprogramm gegangen ist.

Weiters verweise ich, geschätzte Damen und Herren, auf die oft sehr gute kooperative

Hesoun

Zusammenarbeit, das Zusammenwirken zwischen der Bundesregierung, vertreten durch den Herrn Bautenminister Sekanina, und den Bundesländern. Es ist unbestritten, daß hier in einem gegensätzlichen Gespräch zwischen den Parteien gewisse Dinge anders zum Ausdruck kommen, als wir es in der Praxis täglich erleben. Wir wissen, wie sehr sich Herr Bundesminister Sekanina bemüht, mit den Landeshauptleuten, mit den politischen Parteien in den Ländern, mit den Klubs in den Ländern Kontakt zu suchen, Kontakt zu halten. Selbstverständlich liegt es nicht immer im Bereich des Ministers, die in diesem Zusammenhang entstehenden verschiedensten Wünsche, die von seiten der Länder und der politischen Parteien, aber auch von unserer eigenen Partei an ihn herangetragen werden, zu erfüllen.

Herr Bundesminister! Selbstverständlich — ich darf hier diese Anmerkung machen — haben manche Wünsche eine gewisse Priorität, je nachdem, von wo sie herangetragen werden. Ich sage das sehr deutlich, geschätzte Damen und Herren, und meine es sehr ernst.

Ich weiß, wie sich der Herr Bundesminister gerade im Bereich des Straßenbaus bemüht, diese Wünsche zu verwirklichen. Der Prioritätenkatalog ist nicht nur innerhalb der Bundesländer unterschiedlich zu beurteilen, denn hier hat die eine Region auf die andere Region sicherlich auch ihre Einflußmöglichkeiten. Auf diesem Gebiet werden politische Gegensätze auch innerhalb der Fraktionen diskutiert, und ich weiß daher, in welcher schwieriger Situation sich der Herr Bundesminister, diese Fragen betreffend, befindet.

Meine Damen und Herren! Es ist schwierig, die Aussagen zu beurteilen, wenn der Herr Bundesminister pauschal verantwortlich gemacht wird für das Budget, für den Straßenbau, den Wohnbau und für verschiedene Gesellschaften, die in den letzten Jahren errichtet wurden, um rascher und zielstrebiger als bisher die Lösung der Probleme zu verwirklichen.

Den Vorwurf, Herr Dr. Keimel, daß die Entwicklung in der Beschäftigung sehr bedauerlich ist, kann ich aufnehmen. Wir als Gewerkschafter bedauern diese Entwicklungstendenzen, nämlich, daß wir in den letzten Jahren weniger Arbeitnehmer verzeichnen müssen. Wir sind aber offen und ehrlich und sagen in diesem Zusammenhang, es gibt auch in diesen Bereichen stärker als bisher den technologischen Einsatz, insbesondere beim Straßenbau, dem Tiefbau und dergleichen.

Wir wissen, daß im Bereich des Hochbaus ein gewisser Sättigungsgrad vorhanden ist; ich denke an den Industriebau und an den Brückenbau.

Eines darf ich, glaube ich, glaubwürdig zum Ausdruck bringen: Wenn internationale Vergleiche zeigen, wie stark der Rückgang in der Bundesrepublik oder in anderen europäischen Ländern gegeben ist, dürfen wir, ohne Eigenlob damit zu verbinden, doch darauf verweisen, daß es uns gelungen ist, unsere Position im Baubereich doch den internationalen Werten gegenüberzustellen und sie sicherlich auch zu halten.

Herr Dr. Keimel hat kritisiert, daß das Budget 1985 gegenüber dem Budget 1984 keine wesentlichen Verbesserungen mit sich bringen wird. Gestatten Sie mir, Herr Dr. Keimel, doch einige kurze Vergleiche! Ich möchte ebenfalls sagen, wir wollen hier nicht mit allzu vielen Zahlen operieren. Diese Zahlen sind aus den Voranschlägen herauszulesen, und jeder, der sich dafür interessiert, kann echte Vergleiche anstellen.

Der Bundesvoranschlag 1985 weist einen Betrag von 462 924 Millionen Schilling aus. Im Vergleich zum Jahre 1984 ist damit eine Zunahme von 6 Prozent gegeben. Die Stabilisierungsquote im Budget für das Jahr 1985 beinhaltet 3 073 Millionen Schilling, und das Konjunkturbelebungsprogramm für das Jahr 1985 sieht einen Betrag von 1 631 Millionen Schilling vor.

Geschätzte Damen und Herren! Auch hier wieder eine kleine Anmerkung. Ich möchte nur drei Zahlen bringen. Der Anteil des Kapitals Bauten am Gesamtbudget und am Eventualbudget betrug laut Rechnungshofabschluß 1983 — und hier nur ein kleiner Vergleich, weil Herr Dr. Keimel gemeint hat, wir sinken stetig ab — 11,6 Prozent, im Bundesvoranschlag 1984 waren es 11,2 Prozent, und im Bundesvoranschlag 1985 wird er 11,4 Prozent betragen.

Somit ist, glaube ich, klar und deutlich rechnerisch dargestellt, daß wir kein Absinken in den Budgetziffern feststellen können, sondern daß sich sicherlich der Herr Bautenminister bemüht hat, wie in den vergangenen Jahren für das Baubudget die notwendigen Mitteln zu bekommen.

Geschätzte Damen und Herren! Vielleicht nur noch eine Zahl, die aber doch für uns sehr von Interesse ist. Herr Dr. Keimel hat davon gesprochen. Ich möchte hier nur einiges hinzufügen.

Hesoun

Es ist dem Herrn Bundesminister für Bauten gelungen, gerade für den intensiven Hochbau in das Budget 7,3 Prozent zu bekommen. Wir können in diesem Zusammenhang doch die Feststellung treffen — die wir gemeinsam teilen, Dr. Keimel —, daß der Hochbau, die Wohnhaussanierung und dergleichen mehr Arbeitsplätze als bisher bieten werden. Ich möchte mich als Gewerkschafter beim Herrn Bautenminister ganz offiziell dafür bedanken, daß er Anstrengungen in dieser Richtung unternommen hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Geschätzte Damen und Herren! Herr Dr. Keimel hat vom Wohnhaussanierungsgesetz und vom Wohnbauförderungsgesetz gesprochen. Er hat die Zielvorstellungen der Schaffung dieser Gesetze sozusagen so umfunktioniert, daß er nicht hervorgehoben hat, daß wir uns bereits in zwei Plenarsitzungen damit auseinandergesetzt und in Debattenbeiträgen unsere Standpunkte klargelegt haben.

Ich glaube, Herr Dr. Keimel, geschätzte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, doch sagen zu dürfen: Es ist unbestritten, daß es uns gelungen ist, mehr Föderalismus als bisher in die Gesetzgebung mit einzubringen.

Sicherlich ist es auch gelungen, wenn ich es so sagen darf, entsprechend den gegebenen Möglichkeiten regionalen Erfordernissen maßgeschneidert Rechnung zu tragen.

Zur Frage Miete und Eigentum: Wir haben uns in den vergangenen Monaten sehr eingehend mit den differenzierten Auffassungen auseinandergesetzt.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben uns immer wieder dazu bekannt, daß wir sicherlich aufgrund gesellschaftspolitischer Blickrichtungen diese Frage anders als Sie von der Österreichischen Volkspartei beurteilen und bewerten.

Wir sind von der Überlegung ausgegangen, daß Spekulationen im Baubereich zu verhindern sind. Wir sind der Meinung, daß wir mit der entsprechenden Gesetzesinitiative, die wir sozusagen inszeniert haben und verwirklichen konnten, diesen Spekulationen massiv entgegengetreten.

Wir haben — das ist unbestritten — die Wohnbeihilfe ausgeweitet, weil wir der Meinung sind, daß das sozial gerechtfertigt ist.

Wir haben beim Wohnhaussanierungsge-

setz wesentliche Veränderungen herbeigeführt, die dazu beitragen werden, Maßnahmen im Wohnbaubereich zu forcieren, und einer Verbesserung der Bausubstanz dienen werden.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß es durch diese Gesetze möglich sein wird, den Mindestausstattungsstandard von Tausenden von Wohnungen nicht nur in Wien, Herr Dr. Keimel, sondern in ganz Österreich zu verbessern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Diese Gesetze werden — das ist auch unbestritten, glaube ich, in den Ausschusssitzungen diskutiert worden — doch im wesentlichen dazu beitragen, die Verschlechterung der Bausubstanz zu verhindern und die Stadterneuerung in größtmöglichem Ausmaß sicherstellen.

Wir haben Vorsorge getroffen, für die erhaltungswürdigen Altbauten die gleichen Förderungsmöglichkeiten wie für Neubauten vorzusehen.

Geschätzte Damen und Herren! Da zusätzlich für die Wohnungsverbesserung mit der Althausmilliarde zusammen 1 020 Millionen Schilling zur Verfügung stehen und wir außerdem, so glauben wir, vom Budget her für diesen Aufgabenbereich in bezug auf den Wohnbau gut gerüstet sind, sehen wir eigentlich auch dem Jahre 1985 mit guter Hoffnung entgegen.

Weil Herr Dr. Keimel immer wieder das erste Eigentumsbildungsgesetz hier ventiliert, eine kleine Anmerkung von unserer Seite dazu. In den letzten Wochen wurde die Zauberformel in der Öffentlichkeit weitergereicht, die da lautet: Mehr Subjektförderung, weniger Objektförderung.

Ich will auf dieses Schlagwort, Herr Dr. Keimel, nicht näher eingehen, denn auch Experten Ihrer eigenen Partei haben mir bestätigt, daß diese Zauberformel wie vieles andere, was in diesen Bereichen diskutiert wird, nicht geeignet ist, sie als echte Alternative anstelle unseres Wohnungsförderungsgesetzes zu setzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Weil Ihre Experten und auch Sie persönlich immer wieder das erste Eigentumsbildungsgesetz anführen, bringe ich zur Verdeutlichung ein Zitat aus einer IFES-Studie, die folgendes bescheinigt: Nur 19 Prozent der Hausherren sind bereit, einige Wohnungen zu verkaufen. Und nur in 6 Prozent der untersuchten Objekte können überhaupt alle Wohnun-

Hesoun

gen für einen Verkauf in Frage kommen. Angesichts dieser Untersuchung kann man doch nicht immer so nachhaltig, ich möchte fast sagen, wirkungslos darauf verweisen. Mit diesen wenigen Zahlen wollte ich begründen, warum wir dieses erste Eigentumsgesetz so bewerten.

Geschätzte Damen und Herren! Sicherlich ist es bei diesem Gesetz genauso wie auch in anderen Bereichen. Man wird diese Frage vorläufig einmal einfrieren. Aber Sie können ja, Herr Dr. Keimel — und ich lade Sie dazu ein —, dann, wenn es richtig und notwendig und sicherlich auch zeitadäquat ist, dieses tiefgefrorene Eigentumsbildungsgesetz wieder herausholen und dann vielleicht noch einmal auftauen. Wir sind selbstverständlich zu Gesprächen bereit; ich versichere Ihnen das noch einmal von meiner Seite aus, ich sage das auch nach Rücksprache mit dem Herrn Bundesminister. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist auf diesem Gebiet sicherlich keine Konsensbereitschaft von unserer Seite vorhanden.

Geschätzte Damen und Herren! Der Baubereich und die gesamte Bauwirtschaft sind sich bewußt, daß sie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten auf der einen Seite, dem sensiblen Bereich des Umweltschutzes auf der anderen Seite entsprechen müssen, und ich bin mir sicher, daß dann, wenn wir dazu beitragen, diese Bauwirtschaft insgesamt diesem Aufgabenbereich Rechnung tragen wird. An uns liegt es aber, an den politisch Verantwortlichen — ich habe bereits eingangs darauf verwiesen —, die entsprechenden Rahmenbedingungen vorzugeben. An uns wird es auch liegen, darauf zu achten, daß diese von der Bauwirtschaft, aber auch von allen anderen, die am Bau beschäftigt sind, eingehalten werden.

In diesem Sinne hoffe ich, daß im Jahr 1985 so wie im Jahr 1984 ein guter Teil der Vorhaben im Bereich der Bauwirtschaft verwirklicht werden kann. Und ich kann nur eines sagen: Die sozialistische Fraktion wird den Herrn Bundesminister bei seiner Arbeit unterstützen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 10.34

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Eigruber.

10.34

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vereinigung industrieller Bauunternehmen Österreichs hat in einer heuer erschienenen Studie für die nächsten zehn Jahre einen Gesamtbedarf in der

Höhe von 1 750 Milliarden Schilling für die Bauwirtschaft festgestellt. Das bedeutet, daß das Bauvolumen, welches derzeit jährlich erzielt wird, unter Berücksichtigung von realistischen Finanzierungschancen für die nächsten zehn Jahre aufrechterhalten bleibt. Gestützt auf diese Aussage wurde diese Studie von der Vereinigung industrieller Bauunternehmen Österreichs dann auch mit dem optimistischen Titel „Bauen hat Zukunft“ versehen.

Scheinbar im Gegensatz zu dieser optimistischen Sicht ist in ganz Europa jedoch bereits seit Jahren ein Schrumpfen der Bauwirtschaft in Relation zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft feststellbar. In manchen Ländern ist der Anteil der Bauwirtschaft am realen Bruttoinlandsprodukt seit 1970 nahezu um die Hälfte zurückgegangen. Allein in der Bundesrepublik Deutschland, auf die knapp 50 Prozent des europäischen Bauvolumens, und das waren 1983 zirka 4 700 Milliarden Schilling, entfällt, betrug dieser Rückgang rund ein Viertel. In Österreich war der Rückgang erfreulicherweise weitaus geringer.

Das Schrumpfen der Bauwirtschaft ist ein Zeichen von Sättigungstendenzen im Bereich der Infrastruktur, des Wohnungsneubaus und des öffentlichen Hochbaues, wobei mir manchmal diese Sättigungstendenz eher im psychologischen Bereich zu liegen scheint. Es ist aber auch ein Zeichen von Finanzierungsengpässen der öffentlichen Haushalte auf Grund von Anstrengungen zur Bundesbudgetkonsolidierung.

Ganz abgesehen von den Milliardenprojekten, die teilweise auch durch berechnete und sachliche, aber auch oft durch emotionelle Bürgerinitiativen blockiert werden. Dafür habe ich sicher aus der Sicht des Bürgers Verständnis. Ich habe aber kein Verständnis für verschiedene unentschlossene Landespolitiker, die durch übertriebene Vorsicht, besonders vor Wahlen, Bauvorhaben auf Jahre verhindern. Ich denke hier an die Sondermülldeponien, an verschiedene Wasserkraftwerke in den Ländern, an Brücken und Straßenbauten und vieles andere.

Heute zeichnen sich jedoch auch neue Märkte für die Bauwirtschaft ab, wie zum Beispiel die noch immer vorhandene Notwendigkeit der Bereitstellung von qualitativ hochwertigem Wohnraum, die weiterhin notwendigen Ausbauten der Energieinfrastruktur, die notwendige weitere Ausgestaltung unseres Verkehrsnetzes und die nach wie vor notwendigen und wünschenswerten Investitionen im

Eigruber

Bereich der Gemeinden. Weiters müßten ja die Bauten, die bereits erstellt worden sind und die weiter erstellt werden, erhalten, erneuert und vielfach auch qualitativ verbessert werden. Schlagworte, wie Stadterneuerung, Revitalisierung, Komfort und Fremverkehr, gehören in diesen Bereich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um etwa die Größenordnung des Baubedarfs im Bereich der Stadterneuerung zu verdeutlichen, darf ich folgende Zahlen nennen: Nach einer Studie des kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums sind derzeit in Österreich in den Groß- und Mittelstädten 350 000 Substandardwohnungen vorhanden; allein in Wien 250 000, in Graz 25 000 und in Linz 11 000.

Die Arbeiten des Instituts für Stadtforschung weisen einen Bedarf von knapp 200 Milliarden Schilling für den Sanierungsbedarf in den österreichischen Städten nach. Auf Wien entfallen dabei allein 130 bis 150 Milliarden Schilling.

Besonders interessant ist, daß die Sanierung von denkmalgeschützten Häusern nur einen Bruchteil der Gesamtkosten beanspruchen würde, was beweist, daß die Althausanierung keine museale Tätigkeit, sondern grundlegend von allgemeinem Interesse und volkswirtschaftlich absolut nutzbar ist.

Es gibt nach wie vor weite Bereiche, in denen ein echter Baubedarf besteht. Dabei möchte ich mit meiner Ansicht nicht hinterm Berg halten, daß trotz des Bestehens dieses Baubedarfs auf Grund von Finanzierungsschwierigkeiten und Finanzierungsengpässen die Frage des Bedarfs in regional- und volkswirtschaftlichem Sinn in Zukunft stärker im Vordergrund stehen wird.

Bauen hat meiner tiefen Überzeugung nach weiterhin eine gute Zukunft. Bauen muß aber auch deswegen Zukunft haben, weil wir wissen, daß die Bauwirtschaft nicht nur in Österreich mit ihren vielfältigen Folgeaufträgen nach wie vor der Wirtschafts- und Konjunkturmotor Nummer eins ist. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Zum Baubudget selbst darf ich feststellen, daß der Bereich Bauten und Technik trotz der respektiven Budgetkürzung nach wie vor eine akzeptable Zuwachsrate verzeichnen kann, sodaß die für 1985 gestellten Aufgaben alle bewältigt werden können. Die Situation der öffentlichen Haushalte auf der einen Seite und das nach der Studie der Vereinigung

industrieller Bauunternehmen Österreichs angenommene Finanzierungserfordernis von etwa 160 Milliarden Schilling jährlich auf der anderen Seite machen jedoch bereits deutlich, daß die öffentliche Hand zur Bereitstellung der Finanzierungsmittel weit überfordert wäre, wenn man allein auf sie vertrauen würde oder angewiesen wäre.

Ich bin daher überzeugt, daß es einer verstärkten Mobilisierung von privater Initiative und privaten Kapitals bedarf. Dies wird etwa im Industrie- und Wirtschaftsbau mittels verbesserter Eigenkapitalausstattungsmöglichkeiten leichter möglich sein, weil das Investieren damit billiger wird.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß die freiheitlich-sozialistische Koalitionsregierung genau aus diesem Grunde Gewerbesteuer in drei Etappen abschaffen wird, genau aus diesem Grunde eine Reduktion der Vermögensteuer für betriebliches Vermögen vorgenommen wurde, daß ein Abbau und eine Verringerung der Gewerbesteuer beschlossen wurde und daß es eine verstärkte steuerliche Begünstigung für nicht entnommene Gewinne gibt.

Damit können Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, erkennen, daß die Bundesregierung im Rahmen des zur Zeit Möglichen Taten setzt.

Zur Mobilisierung privaten Kapitals wird es weiters notwendig sein, eine Entdiskriminierung der Kapitalgesellschaft oder auch der Aktie hinsichtlich der gegebenen Doppelbesteuerung zumindest schrittweise zu erreichen, damit auch in Österreich endlich ein funktionierender Aktienmarkt errichtet werden kann.

Verstärkte Mobilisierung von Privatkapital und Privatinitiativen wird aber auch durch Sonderaktionen, wie zum Beispiel Sonderwohnbauprogramme, Sonderkreditaktionen oder gezielte Anleihen mit Sonderkonditionen, verstärkt unterstützt und weitergeführt werden müssen.

Zur Vermeidung von Engpässen bei den Finanzierungsmöglichkeiten der Bausparkassen werden wir auch in Zukunft flexibel und vor allem auch kooperativ in enger Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft und mit den Bausparkassen vorgehen müssen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß die Bundesregierung im Herbst letzten Jahres, als die Finanzierungsdecke im

Eigruber

Bausparsektor immer kürzer geworden ist, sehr rasch und auch mit Erfolg die Verlängerung der bestehenden Verträge durch eine erhöhte Prämie vorangetrieben hat. Mir erschienen in diesem Bereich eine Valorisierung der Bemessungsgrundlage, neue Bausparvarianten mit verlängerter Ansparzeit und natürlich auch eine Erhöhung der Prämie und eine Herabstützung von Zwischenkrediten angemessen, damit die Bauwilligen wirklich auch sofort mit entsprechend günstigen Finanzierungsmöglichkeiten ihre Bautätigkeit aufnehmen können. Geeignete Möglichkeiten zur Vermeidung von Finanzierungsengpässen müssen sein.

Die Möglichkeit für eine strukturelle Anpassung im Bereich der Wohnbauförderung haben wir mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz 1984 geschaffen.

Nunmehr ist es den Ländern möglich, von den schon legendär gewordenen und viele Jahre dauernden und mit 0,5 Prozent verzinsten Förderungsdarlehen abzugehen und geänderte Tilgungspläne und Tilgungsmodalitäten, wie etwa kürzere Laufzeit oder unterschiedliche Tilgung während der Laufzeit, vorzusehen. Das Ziel ist dabei ganz klar: Das Finanzierungsvolumen insgesamt muß vergrößert werden!

Der Sinn dieser Wohnbauförderungsgesetze war ein Mehr an Föderalismus, war ein Mehr an Möglichkeiten für die Länder. Und ich glaube, das wurde erreicht.

Und weil gerade Kollege Keimel heute das kritisiert hat, möchte ich doch ganz kurz auf die Zusammenarbeit zu sprechen kommen. Er hat heute auch vom Konsens gesprochen. Herr Kollege Keimel! Wir Freiheitlichen waren immer auf Konsens aus. Ich erinnere an die Appelle unseres Klubomannes Peter, und ich erinnere auch an die Appelle des Klubobmannes Wille von der Sozialistischen Partei. Wir waren immer bereit, gemeinsam etwas zu schaffen für Österreich, und ich möchte auch Ihr Versprechen von heute dazu nehmen, um in Zukunft für Österreich und seine Bevölkerung etwas Positives zu erarbeiten.

Was das Problem der Sonderfinanzierungsformen betrifft, ist zunächst festzustellen, daß etwa im Bereich des Straßenbaus mit der ASFINAG durchaus Impulse gesetzt werden konnten. Dennoch wird es sich erst zeigen, ob mit diesen Sonderfinanzierungsformen tatsächlich langfristig Finanzierungsengpässe überwunden werden können, oder ob nicht ab

dem Zeitpunkt, mit dem die Tilgung für die auf dem Kapitalmarkt aufgenommenen Darlehen beginnt, das Dilemma erst recht einsetzt.

Für einen Parlamentarier gibt es zusätzlich das Problem einer ausreichenden Kontrolle und natürlich auch die Fragen der Budgetwahrheit und der Budgetklarheit, die im Zusammenhang mit Sonderfinanzierungen immer wieder zu klären und zu lösen sind. Dennoch sind zusätzliche Sonderfinanzierungen eine weiterhin zu erwägende Möglichkeit, um mehr Kapital zur Belebung der österreichischen Bauwirtschaft flüssig machen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits heute stehen wir vor einer großen Umlagerung innerhalb der Bausparten. Es ist dies vor allem eine Verlagerung vom Neubau hin zur Instandhaltung und eine Schwerpunktverschiebung vom Straßenbau zum Hochbau. Es geht heute darum, ein verkürztes, gerafftes hochrangiges Grundnetz bis Ende der achtziger Jahre fertigzustellen und daneben die sukzessive Umschichtung der Bauwirtschaft in Richtung Hochbau zu betreiben, damit sich die Bauindustrie schon jetzt darauf einrichten kann.

Mit Ende des Jahrzehnts werden die Jahre des großen Straßenbaus — Ausnahmen wird es immer geben, und sie bestätigen ja die Regel — vorüber sein. Die Straßen, die unbedingt gebraucht werden, stehen dann zur Verfügung.

Darüber hinaus sind in diesem Zusammenhang die Aspekte des Umweltschutzes von größter Bedeutung. Die Bundesstraßengesetz-novelle 1984 enthält diesbezüglich wichtige Ansätze für den Umweltschutz, und man kann sagen: Diese Bundesstraßengesetz-novelle steht im Zeichen des Umweltschutzes!

Die Umschichtung zum Hochbau, der jetzt zwischen 30 und 35 Prozent der gesamten bauwirksamen Ausgaben des Bautenministeriums ausmacht, ist aber nicht nur deswegen notwendig, weil ab dem Ende dieses Jahrzehnts kaum neue Straßen mehr gebaut werden. Sie ist vielmehr auch deswegen notwendig, weil der Hochbau arbeitsplatzintensiver und arbeitskräfteintensiver ist als der Tiefbau. — Kollege Hesoun hat ja darauf schon hingewiesen. — Auch hier ist ein Mehr an Arbeitsplatzsicherung gegeben.

Zum Abschluß darf ich noch auf ein Thema kommen, das mir besonders am Herzen liegt.

Eigruber

Wir alle wissen, daß der Pusch, die Schattenwirtschaft in Österreich immer mehr überhandnimmt und Mode geworden ist. Im großen Maße packen viele Häuslbauer selbst kräftig zu, wenn es um ihr Ein- oder Zweifamilienhaus geht. Das finden wir selbstverständlich in Ordnung. Wir haben überhaupt nichts gegen Nachbarschaftshilfe, wir haben überhaupt nichts gegen Eigeninitiativen im eigenen Haus. Aber es gibt deutliche Anzeichen, daß die gewerbsmäßige Schwarzarbeit in Österreich ansteigt, und Berechnungen der Bundeskammer haben ergeben, daß es im Jahr um zirka 90 Milliarden Schwarzarbeit in Österreich gibt. Ich glaube, gerade das ist für die Wirtschaft — auch für den Staat, wenn ich an die entgangenen Steuern denke — sehr, sehr bedenklich.

Um die Wirtschaftsbetriebe vor der Untergrundwirtschaft zu schützen, ist es daher notwendig, weiterhin massiver gegen das Puschertum anzukämpfen. Wir haben in diesem Hause bereits ein Gesetz beschlossen, alle drei Parteien gemeinsam, und ich glaube, es wäre notwendig, vor allem die Kammern aufzufordern, mehr gegen dieses Puschertum zu unternehmen. Wenn ich daran denke, daß in Oberösterreich nur zwei Leute gegen die Schwarzwirtschaft eingesetzt werden, dann glaube ich, das ist zuwenig, und ich glaube, es müßten alle Institutionen zusammenarbeiten, hier Entscheidendes zu machen.

Noch ein Problem, das mir sehr Herzen liegt, und ein sehr heikles Problem. Wir haben gestern einen Prospekt der Lagerhausgenossenschaft Niederösterreich mit einer Riesen-Warenpalette bekommen, und am Schluß steht drinnen: Wenn Sie es installiert haben wollen, installieren wir auch! Wir haben Installationsbetriebe!

Das tut mir als kleinem Wirtschaftstreibenden immer besonders weh, meine Damen und Herren, besonders meine Damen und Herren von der ÖVP. Wenn Sie sich so große Sorgen um die Bauwirtschaft machen, denken Sie auch an das Baunebengewerbe, denken Sie auch an den kleinen Handel, denn gerade diese Betriebe sind durch den Grünen Riesen besonders gefährdet!

Ich appelliere nochmals an die Verantwortlichen: Gerade hier könnte man doch eine gewisse Selbstbeschränkung erreichen, daß diese Klein- und Mittelbetriebe vor allem des Baunebengewerbes nicht bedroht werden! Denn auch hier geht es um Arbeitsplätze, hier geht es um Lehrplätze, und gerade hier — Sie haben ja heute eine Lanze für die Jugendar-

beitslosigkeit gebrochen — ist auch ein Platz für Lehrlinge zu finden. Ich glaube, es wäre deshalb besonders notwendig, etwas zu tun!

Sehr geehrter Herr Dr. Keimel! — Er ist ohnehin nicht da. (*Abg. Graf: O ja! Er hängt an Ihren Lippen, Herr Kollege!*)

Sehr geehrter Herr Dr. Keimel! Sie haben heute die Zusammenarbeit angeboten. Wir werden Sie sicher beim Wort nehmen. Es würde mich freuen, wenn wir gemeinsam die nächsten Probleme der Bauwirtschaft für Österreich und seine Bewohner lösen könnten.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Trotz eines sparsam bewußten Budgets hat die Bundesregierung Ansätze für eine Belebung des Baugeschehens gesetzt. Deshalb werden wir Freiheitlichen diesem Budget 1985 unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 10.51

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Lußmann.

10.51

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident Hesoun, Sie haben heute viele vernünftige Dinge gesagt, die ich selber nur unterschreiben kann. Trotzdem muß ich Sie um Ihren Optimismus beneiden. Wenn man nämlich so wie Sie und Ihre Partei 1970 die Ärmel hochgekrempt und verkündet hat, jährlich 5 000 Wohnungen mehr zu bauen, und dann nach zehn Jahren die Bilanz ziehen muß, daß es um 14 Prozent weniger sind — ohne die Vorgriffe der Länder wäre die Bilanz noch wesentlich schlechter —, und wenn man durch diese Politik 47 000 Arbeitsplätze verloren hat und heuer zur Hochsaison, im Mai und im Juli, 9 000 bis 12 000 Arbeitslose unter den Bauarbeitern hatte, dann kann man doch um Gottes willen mit dieser Baupolitik nicht zufrieden sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich beim Kapitel Bauten dem Straßenbau zuwenden. Herr Finanzminister Vranitzky hat in seiner Budgetrede erklärt, die Budgetmittel für den Bundesstraßenbau liegen mit 16,8 Milliarden Schilling um zirka 5 Prozent über 1984. Das ist auf dem Papier sicher zahlenmäßig richtig, der Budgetwahrheit allerdings wird es nicht ganz gerecht.

Erlauben Sie mir zunächst eine generelle Feststellung: Indexbereinigt ist das Bundes-

Lußmann

straßenausbaubudget seit 1979, also innerhalb von fünf Jahren, auf 61 Prozent abgesunken. Von einer Steigerung kann demnach keine Rede sein.

Für 1985 zeigt sich folgendes Bild: Die nicht ganz 17 Milliarden Schilling teilen sich auf in ungefähr 6 Milliarden für Erhaltung, 3 Milliarden für Refinanzierung an die ASFINAG und 8 Milliarden für den Ausbau. Also fast 50 Prozent des Straßenbudgets sind für den Ausbau vorgesehen. Das zeigt optisch eine enorme Baueffizienz, es hat nur einen Haken: Es stimmt nicht!

Es gibt da eine andere Seite der Medaille, und diese möchte ich gerne aufzeigen. Der Straßenbau ist in Österreich längst untrennbar mit den Sondergesellschaften verbunden. Die Pyhrn, die Brenner, die Tauern und die Arlberg Autobahn und die ASAG sind seit 1982 zusammengefaßt in der ASFINAG. Da hat sich eine Filiale des Bautenministeriums herangebildet, die an Bedeutung den Stammbetrieb bald eingeholt und möglicherweise bald überflügelt hat, wenn Sie mir diesen Vergleich erlauben.

Es liegt nunmehr der Baubericht über das erste Geschäftsjahr, nämlich 1983, vor mit einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung von 9½ Milliarden Schilling. Bemerkenswert ist auch die Verteilung dieser Mittel: 4,6 Milliarden für den Bau, demzufolge mehr als die Hälfte, nämlich 4,8 Milliarden, für Tilgung, Zinsen und Kosten. Für heuer zeigt sich bei der ASFINAG ungefähr dasselbe Bild, nur die Gesamtmittel sind etwas höher geworden.

Für nächstes Jahr ist nach den Vorstellungen der ASFINAG geplant, 6,1 Milliarden für den Bau auszugeben und ungefähr 6½ Milliarden für Tilgung und Zinsen. Also ein Gesamtbudget von 12½ bis 13 Milliarden Schilling — das kommt tatsächlich dem allgemeinen Straßenbudget schon ziemlich nahe.

Die Bedeckung: 3 Milliarden aus dem Budget, das sind gerade die Zinsen, und es müssen 10,2 Milliarden Schilling neu an Krediten aufgenommen werden.

Das heißt, hier, Herr Minister, wird der Öffentlichkeit über das Budget die heile Welt mit einer großen Baueffizienz präsentiert, während parallel dazu die ASFINAG außerbudgetär hohe Kredite aufnimmt, und zwar nicht nur um zu bauen, sondern um alte Schulden zu tilgen.

Das ist der erste zentrale Vorwurf, den wir

Ihnen, Herr Minister, machen: nicht, daß Sie zuwenig bauen, sondern daß der Versuch unternommen wird, die wahre Situation zu verniedlichen, ja ich möchte fast sagen, die Öffentlichkeit zu täuschen.

Die tatsächliche Baueffizienz kann daher nur im Budget und in der ASFINAG gemeinsam gesehen werden, und das sind nun einmal die rund 8 Milliarden Schilling, die im Budget aufscheinen, plus der 6 Milliarden der ASFINAG, also 14 Milliarden insgesamt. Nur muß man eben dazusagen, daß dafür nur 10 Milliarden Schilling neue Kredite außerbudgetär aufgenommen werden. Da bleiben tatsächlich nur mehr 4 Milliarden aus dem Budget für den Bau über.

Damit komme ich, Herr Minister, zum zweiten Vorwurf. Diese 10 Milliarden befinden sich nämlich in allerbesten Gesellschaft. Kürzlich wurde ein Antrag auf Erhöhung der Bundeshaftung für die ASFINAG im Haus eingebracht; eine Erhöhung um 30 Milliarden von 90 auf 120 Milliarden. Bei dem angenommenen Schlüssel von 1 : 1 Bau und Finanzierung würden demnach zur Fertigstellung des der ASFINAG anvertrauten hochrangigen Straßennetzes 60 Milliarden für den Bau und 60 Milliarden zur Finanzierung verwendet werden.

Vorläufig, muß man dazusagen, denn damit dieser Rahmen hält und auch der Schlüssel 1 : 1 bleibt, müßten vor allem ein exaktes Bauvolumen und auch ein aliquoter Tilgungsplan vorliegen, was eigentlich selbstverständlich ist bei jeder Investition.

Nun konnten Sie, Herr Minister, keine dieser Fragen im Ausschuß beantworten. Das läßt mit Recht befürchten, daß sich der Rahmen erhöhen und die nächste Generation noch mehr belastet wird.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Regierung hat es in zwölf Jahren zustande gebracht, daß die Bundeshaftungen von 55 Milliarden Schilling im Jahre 1971 auf 629 Milliarden Schilling im Jahre 1983 angestiegen sind. Das ist schon unser halbes Bruttonationalprodukt. Wenn man das nun einmal auf die ASFINAG umsetzen würde, so bedeutet das, daß die Haftung für die Autobahngesellschaften mit 120 Milliarden Schilling mehr als doppelt so hoch wird, wie die gesamte Bundeshaftung der Republik im Jahre 1971 ausgemacht hat.

Das ist der zweite Vorwurf, Herr Minister, nämlich daß Sie hier eine Flucht aus dem

Lußmann

Budget und eine Belastung der kommenden Generation vornehmen.

Lassen Sie mich zum dritten Thema kommen. Die Bundesstraßenverwaltung hat eine Vorschau über die Budgetentwicklung von 1983 bis 1992 erstellt, derzufolge die zweckgebundenen Einnahmen für den Straßenbau stagnieren, während auf der anderen Seite die Ausgaben explodieren. Die Erhaltungskosten, die derzeit bei ungefähr 6 Milliarden liegen, werden sich in diesem Zeitraum verdoppeln. Die Refinanzierung liegt derzeit auch bei ungefähr 6 Milliarden. Sie zeigt eine ähnliche Entwicklung.

Das läßt den zwingenden Schluß zu — auch der Herr Abgeordnete Keimel hat das schon gesagt —, daß bis 1988 oder 1989, also schon in dem kurzen Zeitraum von vier bis fünf Jahren, kein einziger Schilling mehr für den Bau übrig sein wird. Die Schere Erhaltung und Tilgung ist dann zugeklappt.

Herr Minister! Sie wissen selbst, der Bau erschöpft sich ja nicht nur in den hochrangigen Straßen. X-mal haben Sie das selber gesagt. Derzeit werden nur 2,35 Prozent des Netzes an Bundesstraßen B im Neubau erfaßt. Das heißt, die Fertigstellung dieses Netzes würde 40 Jahre auf sich warten lassen. Und weit und breit gibt es kein Konzept, wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden soll. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Herr Minister, Sie haben im Vorjahr der „Tagespost“ ein Interview gewährt. Ich darf hier etwas daraus zitieren. Sie sagten:

„Ich lege einen Kostenplan vor, ich lege einen Bedarfsplan vor, ich lege einen Amortisationsplan vor. Ich lege vor, was die Erhaltung und Rückzahlungen kosten. Wenn ich diese Rückzahlungen für die nächsten zehn Jahre nicht übernehmen muß, habe ich für den Bau finanzielle Luft.“

Nichts davon liegt tatsächlich vor, und das ist der Vorwurf Nummer drei, den wir machen müssen: Kein mittelfristiges Finanzierungskonzept zu einer sinnvollen Erfassung von Bau, Erhaltung und Tilgung und natürlich auch keine Langzeitplanung.

Was Sie, Herr Minister, wollen und auch durchziehen, das ist die Fertigstellung des hochrangigen Straßennetzes, also Autobahnen und Schnellstraßen. Das zeichnet sich für den Anfang der neunziger Jahre ab, und das ist auch zu respektieren. Nur, Herr Minister,

Sie verwenden da auch einen Supertrick. Sie haben die Zauberformel erfunden: 650 Kilometer werden außer Budget finanziert und 650 Kilometer streichen wir aus dem Straßennetz. Die restlichen Kilometer — so viele sind das nicht mehr — werden wir, wenn wir die Hosensäcke umdrehen, schon irgendwie finanzieren.

Herr Minister! Ich muß sagen, ideenreich waren Sie da schon immer. Es wurde heute schon einmal gesagt — ich darf es noch einmal erwähnen —, in mehreren Interviews haben Sie heuer angekündigt: Nach Abschluß des Autobahnbaues werden 18 000 Bauarbeiter frei sein, und die werden Sie umschichten.

Es stimmt die Zahl auch nicht ganz genau, denn 1983 waren nur 11 400 Bauarbeiter im Straßenbau beschäftigt. Aber, bitte schön, das kann ein Irrtum sein. Dafür werden Sie ein Impulsprogramm als Auffangnetz im Bundeshochbau erstellen, wo Sie Kasernen, Schulen et cetera bauen, weil hier pro Milliarde 2 000 Bauarbeiter beschäftigt sind zum Unterschied vom Straßenbau, wo 1 000 Leute beschäftigt sind.

Letzteres ist sicher richtig. Aber bitte, Herr Minister, woher wollen Sie denn das Geld nehmen, wenn Sie jetzt schon die Straßen auf Pump bauen? Da kann doch kein Schilling für Umschichtung verfügbar sein, zumindest doch niemals aus dem Straßenbaubudget.

Und nur noch zum Schluß zu Vorhalt Nummer vier. Vielleicht fragen Sie sich einmal, Herr Minister, wie das der Lacina macht. Denn Minister Lacina erreicht 25 Milliarden Schilling an Bundeszuschüssen für die Bundesbahn. Ich nenne diese Zahl 25 Milliarden Schilling deshalb, weil genau das der Straßenbenutzer an Mineralölsteuer, an KFZ-Steuer, an LKW-Straßenverkehrsbeitrag, an Sonderabgabe für Erdöl zahlt. Diese vier Steuern und die Mauten füllen das Staatssäckel mit zirka 25 Milliarden Schilling. Und nicht einmal 60 Prozent davon werden für den Straßenbau verwendet.

Außerdem — Herr Minister, das haben Sie selber auch schon des öfteren gesagt — fallen ja eine ganze Menge straßenspezifischer Steuern zusätzlich an, zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf Treibstoff, die Mehrwertsteuer auf KFZ-Kauf und Reparatur und so weiter, in Summe weit mehr als 40 Milliarden Schilling. Und — das muß man dazu feststellen — die Österreicher zahlen nicht nur, sondern die Menschen in unserem Land wollen dieses Verkehrssystem auch in der eingebürgerten Form.

Lußmann

Lassen Sie mich in Kürze nur drei Argumente anführen:

Die Wachstumsrate im Straßenverkehr ist in den letzten zehn Jahren ständig gestiegen. Nur einmal, 1974, hat es ein Minus von einem halben Prozent gegeben. Auch in den letzten beiden Jahren ist die Wachstumsrate um fast 6 Prozent gestiegen.

Punkt zwei: Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat sich in 20 Jahren mehr als verdoppelt, von 1965 1,8 Millionen auf 1983 3,645 Millionen Fahrzeuge.

Punkt drei: Die Güterverkehrsleistung im Straßenverkehr hat sich mehr als verdoppelt, während sie bei den Bundesbahnen seit zehn Jahren annähernd gleich ist.

Ich habe nichts gegen die Bundesbahn, im Gegenteil, ich freue mich, daß die Schoberpaß-Bahn jetzt ausgebaut wird. Alle Steirer freuen sich darüber.

Ich wollte damit nur aufzeigen, daß die Mittel, die seinerzeit der Minister Lausecker und nunmehr der Minister Lacina anscheinend mühelos erhalten, eigentlich der Straßenbenützer zahlt und somit immer mehr durch den Rost fällt.

Herr Minister! Es sind diesbezüglich auch Ihre Interviews bezeichnend und sprechen Bände. In der „Tiroler Tageszeitung“ haben Sie im September 1983 gesagt: Es kommen keine neuen Belastungen für den Kraftfahrer.

Da war aber alles schon in der Tischlade, denn seit dem 1. Jänner dieses Jahres werden um fast 3 Milliarden Schilling vom Straßenbenützer, vom Kraftfahrer mehr abgeschöpft.

Und im Dezember vorigen Jahres haben Sie der „Tagespost“ erklärt: „Ich will vom Budget her mit 3 bis 4 Milliarden Schilling entlastet werden. Um das muß ich raufen. Aber es muß auch eine Disziplin bei der derzeitigen Budgetsituation geben.“

Und das, Herr Minister, ist der Vorwurf Nummer vier. Da hätten Sie nämlich Ihre 3 Milliarden Schilling gehabt, aber die Disziplin hat Sie davor bewahrt, sie auch tatsächlich zu erraufen. Herr Minister! Sie lassen sich die besten Happen vor der Nase wegschnappen und müssen dann um die Ecke laufen, um teure Brocken dann irgendwo bei der Bank zu holen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Da wir verspro-

chen haben, kurz zu sprechen, möchte ich in voller Disziplin dieses Versprechen einhalten. Herr Minister! Ich bin so diszipliniert wie Sie, daher möchte ich mir den Rest der Rede vorzutragen ersparen.

Unter den geschilderten Voraussetzungen jedenfalls, Herr Minister, können wir diesem Budget nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP.) 11.06

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Veleta. Ich erteile es ihm.

11.06

Abgeordneter Veleta (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Feststellung wiederholen, daß eine intensive Bautätigkeit sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau für die gesamte Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Eine wichtige Aufgabe dabei kommt der Baupolitik der Bundesregierung zu, und das Budget 1985 erfüllt diese bedeutende Aufgabe, es erfüllt diese Aufgabe trotz Erstellung eines stabilisierenden Gesamtbudgets. Die ÖVP wird also auch das Kapitel Bauten im Budget 1985 ablehnen.

Die Begründungen für die Ablehnung des Gesamtbudgets und des Kapitels Bauten sind aber unterschiedlich. Während man beim Gesamtbudget feststellt, daß dieses zu wenig sparsam erstellt ist, daß es keine Konsolidierung gibt und keinen Abbau des Defizits, wird beim Kapitel Bauten festgestellt, daß die Mittel zuwenig dotiert sind, daß überhaupt zu wenig Mittel für das Bauen vorhanden sind.

Ich glaube, das ist ein Widerspruch, der von der Bevölkerung deutlich durchschaut wird. Denn die Leistungen der sozialistischen Koalitionsregierung, der Regierung der Freiheitlichen Partei und der Sozialisten, sind in der Baupolitik deutlich sichtbar. Beachtliche Leistungen wurden im letzten Jahrzehnt von sozialistischen Bautenministern gesetzt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Diese Leistungen werden sichtbar, im Gegensatz zu den Auffassungen von Herrn Abgeordneten Dr. Keimel und auch Herrn Abgeordneten Lußmann. Herr Abgeordneter Keimel hat gemeint, das Bautenressort ver falle, und der Herr Abgeordnete Lußmann hat gemeint, die Bautätigkeit sei nicht zufriedenstellend. Die Leistungen werden durch die Bevölkerung deutlich gesehen.

Das Budgetkapitel Bauten 1985 sieht Werte

5984

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Veleta

vor, die eine günstige Voraussetzung für die Entwicklung bei den Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft schaffen. Von diesen finanzgesetzlichen Ansätzen im Kapitel Bauten und Technik sind so wie bisher Impulse für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zu erwarten.

Ich glaube, man muß auch immer wiederholen, daß in den vergangenen 14 Jahren, in denen die Österreichische Volkspartei das Budget abgelehnt hat, unter sozialistischen Bautenministern mehr Leistungen am Bau-sektor erbracht wurden als in der Zeit von 1918 bis 1970. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte als Beispiel die Errichtung von 300 Bundesschulen im gesamten Bundesland anführen. Deutlich sichtbar sind aber auch die Veränderungen an den Bundesgebäuden. Bis 1970 konnte man manches Amtsgebäude von seinem schlechten baulichen Zustand her als Amtsgebäude erkennen. Dies hat sich seit 1970 unter der Amtsführung sozialistischer Bautenminister entscheidend verändert. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Ansätze für Sanierung, Renovierung der Amtsgebäude finden sich natürlich auch im Budget 1985, und dies wird auch in Zukunft weitergehen. Aber auch die Errichtung neuer Amtsgebäude ist beabsichtigt, und die notwendigen Mittel sind dafür im Budget vorgesehen.

Neue Amtsgebäude sollen aber nicht geschaffen werden, um neue Schreibtische unterbringen zu können, sondern sie sollen gebaut werden, damit das Service und die Betreuung der Bürger verbessert werden können. Diese Betreuung soll durch neue Amtsgebäude erleichtert werden. Natürlich sollen die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter des Bundes, der Beamten des Bundes verbessert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen zum Wiener Wohnbau. Es gibt im Zusammenhang mit dem Wiener Wohnbau immer wieder die Auseinandersetzung über Stadterweiterung und Stadterneuerung. Ich glaube, daß die Lösung in diesem Konflikt nicht ein Entweder-Oder sein kann, sondern beides muß nebeneinander vorgenommen werden.

Stadterweiterung dort, wo eine entsprechende Aufschließung ohne Beeinträchtigung der Umwelt möglich ist. Stadterneuerung soll auch dort erfolgen, wo eine Verbesserung der

Wohnsituation und der Wohnumwelt möglich ist. Dadurch wird eine bessere Wohnqualität in einem bestimmten Stadtteil erreicht.

Nach diesen Maximen hat es in der Stadt Wien immer eine Wohnbautätigkeit mit Ausnahme von 1934 bis 1945 gegeben. Wohnungen mit sozialer Ausstattung wurden auch in einer Zeit gebaut, in der die Vorgänger in der Österreichischen Volkspartei, die Christlich-soziale Partei, die Wohnbautätigkeit in Wien verurteilt hat.

Aber auch heute verurteilen Wiener Parteifreunde der ÖVP Bauvorhaben am Stadtrand. Als Wohnsilos und Betonburgen werden sie bezeichnet. Solche Töne sind von der Ersten Republik her bekannt, und heute kritisieren Sie so wie damals.

Ich darf noch einmal feststellen: Wir Sozialisten wollen im Baugeschehen der Bundeshauptstadt beide Komponenten vereinen. Wir wollen am Stadtrand harmonisierend in die Umwelt eingefügte Wohnungen bauen und die Altstadtviertel sanieren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wobei zur Stadterneuerung noch zu bemerken ist, daß Stadterneuerung nicht verordnet werden kann. Im alten Stadtviertel befindet sich ein Großteil der Häuser im Privatbesitz. Auch die Hauseigentümer müssen die sozialen Dimensionen, die mit dem Besitz eines Miethauses verbunden sind, erkennen und bei der Erfüllung der Stadterneuerung mithelfen. Stadterneuerung ist aber nicht nur konservative Erhaltungsideologie. Dort, wo die Bausubstanz eine Erneuerung nicht zuläßt, wird man um einen Neubau nicht herumkönnen.

Besonders entscheidend und wichtig ist bei der Stadterneuerung ein entsprechender Grundstücksverkehr. Wert und Preis der Grundstücke müssen sich der Bedeutung der Stadterneuerung unterordnen und dürfen nicht Gegenstand der Spekulation sein.

Von großem Vorteil bei diesem Grundstücksverkehr in Wien wird künftig der von den beiden großen Parteien geschaffene Grundstücksbeschaffungs- und Stadterneuerungsfonds sein. Er wird darüber wachen, daß mit den Grundstücken sowohl in den inneren Teilen der Stadt als auch in den Außenbezirken keine Spekulation betrieben werden kann. Er wird diese Spekulation mit Grundstücken im Interesse der künftigen Mieter und Nutzer verhindern.

Veleta

Nun, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Frage der Wohnbauförderung. Dem sozialen Wohnbau und daher der Wohnbauförderung kommt gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten große Bedeutung zu. Deshalb glaube ich auch als Wiener Abgeordneter, daß es wichtig war, daß das Parlament ein neues Wohnbauförderungsgesetz beschlossen hat. Die Österreichische Volkspartei hat trotz der vielen Vorteile für die Wohnungswerber durch dieses Gesetz dagegengestimmt. Es wurde dieses Gesetz schon in diesem Hohen Haus ausführlichst besprochen. Es wurden die Vorteile des Föderalismus besprochen, und es wurden die verschiedenen anderen Punkte, die in diesem Gesetz enthalten sind, auch ausführlichst dargelegt.

Ich möchte mich nur mit einem Punkt beschäftigen, nämlich mit der Feststellung, daß dieses Gesetz eigentumsfeindlich ist. Dies wurde sowohl im Ausschuß als auch bei der Beratung dieses Gesetzes hier im Haus immer wieder festgestellt. In diesem Zusammenhang wurde die Meinung vertreten, daß das besonders kraß in Wien sei.

Ich möchte feststellen, daß es zurzeit in Wien so ist, daß natürlich Eigentumswohnungen weitergegeben werden können. Jeder Wohnungseigentümer, der seine Wohnung aufgeben möchte, wendet sich an das in Wien geschaffene Wohnungsberatungszentrum und teilt dort mit, daß er diese Wohnung aufgeben will, und es wird von dort ein förderungswürdiger Käufer namhaft gemacht. Ich glaube, daß diese Einschaltung des Wohnungsberatungszentrums verhindert, daß mit solchen Eigentumswohnungen ebenfalls Spekulation betrieben wird.

Ich möchte feststellen, daß wir Sozialisten zur Bildung von Eigentum ja sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir sagen aber nein zur Spekulation mit dem durch die Gemeinschaft geförderten, also durch unsere gemeinsamen Mittel geförderten, Eigentum. Das heißt: Ja zum Eigentum, nein zur Spekulation mit diesem aus Gemeinschaftsmitteln geschaffenen Eigentum. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Nun gestatten Sie, daß ich noch eine Feststellung treffe zur Frage des Erhaltungsbeitrages nach dem Wohnbauförderungsgesetz. Auch das wurde kritisiert, daß nach diesem neuen Wohnbauförderungsgesetz die Wohnbauvereinigungen und die Wohnbaugenossenschaften einen Erhaltungsbeitrag einheben können. Es wurde auch festgestellt, daß die Stadt Wien

nach dem neuen Mietengesetz auch diese Erhaltungsbeiträge einhebt. Man fügt aber immer die Bemerkung an: Das geht in die Tasche der Stadt Wien. Ich darf hier doch berichten, daß durch diesen Erhaltungsbeitrag, den die Stadt Wien in ihren Wohnbauten einhebt, in den vergangenen zwei Jahren 423 Wohnhausanlagen und damit rund 82 000 Wohnungen repariert und saniert worden sind.

In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden mit den Mitteln dieses Erhaltungsbeitrages Aufträge an 860 Firmen mit 3 473 Beschäftigten vergeben. Ich glaube, daß diese Mittel aus dem Erhaltungsbeitrag, dessen Einhebung durch das neue Mietrechtsgesetz möglich ist, zweckbewußt und zum Vorteil für die Mieter in den Wohnhausanlagen der Stadt Wien verwendet werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Das gleiche — davon bin ich überzeugt — wird künftighin auch bei den Wohnhausanlagen der Genossenschaften geschehen. Dies wird es vor allem den Genossenschaftlern ersparen, neben den Aufwendungen für notwendige Reparaturen auch noch eine Zinsenbelastung in Kauf nehmen zu müssen, die dann erfolgt, wenn für die Durchführung dieser Reparaturen Kapital aufgenommen werden muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch einige Bemerkungen zum Straßenbau. Heute kann man sich das Auto aus dem Leben der Menschen nicht mehr wegdenken. Andererseits aber stellen wir immer wieder fest, daß diese Fahrzeuge, daß das Auto eine enorme Belastung der Umwelt darstellen. Dies ist besonders in der Stadt zu spüren. Besondere Probleme ergeben sich daher im Stadtverkehr. Eine Herabsetzung der Belastung könnte nur durch die Bündelung des Verkehrs auf leistungsfähigen Straßen, die mit einer umweltfreundlichen Einrichtung ausgestattet sind, erfolgen.

Der Durchzugsverkehr soll gleichzeitig aus dem Siedlungs- und Wohnungsgebiet verbannt werden. Ich halte es als Wiener Abgeordneter daher für außerordentlich wichtig, daß der weitere Ausbau des Straßennetzes im Land Wien — das Land Wien bringt ja mehr als 40 Prozent der Mineralölsteuer auf — forciert wird.

Ich kenne natürlich die Schwierigkeiten bei der Realisierung oder der Errichtung von Straßenbauprojekten. Ich begrüße es daher ganz besonders, daß die Absicht besteht, für

Veleta

Wien eine eigene Straßenplanungsgesellschaft gemeinsam: Bund und Wien zu schaffen. In dieser Gesellschaft können rechtzeitig die Schwierigkeiten beraten und kann eine entsprechende Lösung geplant werden.

Ich darf vielleicht auch noch eine Bemerkung zum Herrn Abgeordneten Lußmann machen, der vorhin gemeint hat, der Herr Bautenminister möge, so wie die Verkehrsminister trachten, Zuwendungen für die Österreichischen Bundesbahnen zu bekommen, versuchen, ebensolche für den Straßenbau zu erhalten.

Ich möchte dazu feststellen: In allen Gesprächen, in allen Versammlungen wird von allen politischen Parteien beteuert, daß der Massenverkehr Vorrang vor dem Individualverkehr haben soll. Deshalb glaube ich, daß wir alle gemeinsam alles unternehmen sollten, daß die Österreichischen Bundesbahnen gefördert werden und imstande sind, diesen Massenverkehr auch zu bewältigen. Ich meine, ein Verlagern vom Massenverkehr auf den Individualverkehr hat wenig Sinn, sondern entscheidend ist, daß der Massenverkehr gefördert werden soll. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Diese beabsichtigte Straßenplanungsgesellschaft könnte über die Lösung der bestehenden Verkehrsprobleme hinaus vor allem auch dafür Sorge tragen, daß die Lebensqualität in den Hauptverkehrsadern unserer Stadt gehoben wird und daß vor allem das Problem der Süd- und der Westeinfahrt in unsere Stadt einer entsprechenden Lösung zugeführt wird.

Wie sehr diese Koalitionsregierung, im besonderen aber das Bautenressort, die Klein- und Mittelbetriebe fördert und forciert, möchte ich auch noch an einem Beispiel zeigen.

Es besteht die Absicht, im Rahmen des Bautenressorts im Wiener Arsenal einen Technologie-Park zu errichten. Ich glaube, daß einer solchen Einrichtung in der heutigen Zeit der enormen technischen Entwicklung große Bedeutung zukommt, und hoffe, daß viele öffentliche Stellen mitarbeiten, daß aber auch, wenn dieser Technologie-Park geschaffen ist, viele Klein- und Mittelbetriebe seine Möglichkeiten in Anspruch nehmen.

Die Absicht der Schaffung eines Technologie-Parks ist mit ein Beweis dafür, daß das Bundesministerium für Bauten und Technik bemüht ist, den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Ich möchte mit die-

ser Feststellung dem Bautenminister für seine Initiativen nicht nur im Bauen, sondern auch für Serviceleistungen an die Wirtschaft herzlich Dank sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich bin überzeugt, daß diese Initiativen auch in Zukunft fortgesetzt werden. Das Budget 1985 bietet für die Fortsetzung dieser Absichten, dieser Initiativen die Möglichkeit. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.24

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Bauten und Technik. Ich erteile es ihm.

11.24

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Keimel und des Herrn Abgeordneten Lußmann veranlassen mich, mich schon jetzt zu Wort zu melden. Beide Ausführungen waren im besonderen gekennzeichnet durch eine äußerst negative Darstellung der Situation im Bautenressort. Es wurde hier eine Argumentation praktiziert — so meine ich —, die keineswegs den Tatsachen entspricht.

Zuerst zum Bereich Straßenbau. Der Herr Abgeordnete Lußmann hat mehrmals gemeint, daß ich in diesem Bereich keine Konzepte vorlegen kann. Er hat auch die Ausschusssitzung des Finanz- und Budgetausschusses zitiert. Dem muß ich widersprechen, Herr Kollege.

Ich habe schon seit langer Zeit immer wieder darauf verwiesen, daß dieses Ressort ganz konkrete Vorstellungen im Hinblick auf den Ausbau des österreichischen Bundesstraßennetzes besitzt. Ich habe mehrmals auch in Ihrer Anwesenheit darauf hingewiesen, daß es unser Hauptziel ist, bis zum Ende dieses Jahrzehnts, bis 1990, ein optimales Grundnetz fertigzustellen. Ich habe Ihnen gegenüber in diesen Ausschusssitzungen auch mehrmals erklärt, was wir uns darunter vorstellen:

Erstens das Fertigstellen des hochrangigen Autobahnnetzes: Ihnen ist bekannt, daß wir im Gesetz einen Ausbau von 1 685 km Autobahn in Österreich vorgesehen haben. Ihnen gegenüber habe ich erklärt, daß wir mit Jahresende 1984 1 137 km unter Verkehr haben. Auch in dieser Ausschusssitzung, Herr Kollege Lußmann, habe ich erklärt, daß wir 305 km Autobahnen im Bau haben und daß wir am Ende dieses Jahrzehnts, Herr Kollege Luß-

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina

mann, mit einem Ausbauzustand von rund 87 bis 90 Prozent des vorgesehenen Autobahnnetzes rechnen können. Das heißt, daß wir dann einen Autobahnring in Österreich vorfinden werden, der von Wien über Salzburg, Villach, Klagenfurt, Graz bis Wien sich schließt.

Ich habe mehrmals auf Grund dieses Konzeptes auch Ihnen gegenüber erklärt, Herr Kollege Lußmann, daß wir damit verkehrsmäßig nicht nur ein Gebiet eingeschlossen haben, das 4,5 Millionen Einwohner umfaßt, sondern daß wir auch die Konzentrationspunkte der österreichischen Wirtschaft damit erfassen werden.

Gleichzeitig habe ich bei dieser Ausbaukonzeption darauf aufmerksam gemacht, daß es uns darauf ankommt, in zügigster Form die A 2, die Süd Autobahn, auszubauen. Ich darf Ihnen dazu vergleichend folgende Zahlen sagen — auch das habe ich im Ausschuß erklärt —, obwohl Sie hier am Rednerpult erklären, wir besitzen keine Konzepte oder keine Programme.

Vor dem Jahre 1980 betrug das Ausbaumaß der Süd Autobahn pro Kalenderjahr 7,9 km. In den letzten fünf Jahren meiner Amtszeit haben wir das Ausbauvolumen auf rund 26,7 km bei der A 2, Süd Autobahn, pro Kalenderjahr ausgedehnt.

Das heißt, wir haben das Tempo sehr forciert, und das heißt, daß wir mit dem Jahr 1985 den Wechselübergang fertiggestellt haben werden und wir dann weit nach dem Süden eine voll ausgebaute Autobahn zur Verfügung haben.

In Summe stelle ich fest, daß wir für den Ausbau von Bundesstraßen durchaus diese Konzepte besitzen.

Nun zu den Schnellstraßen. Herr Dr. Keimel hat hier gesagt, daß das ein Trick ist; Sie haben vom Supertrick gesprochen. Also Superlative wurden mir in diesem Zusammenhang auch noch zugeordnet. Darf ich zum Schnellstraßennetz etwas sagen.

Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten, Herr Dr. Keimel und Herr Kollege Lußmann: Entweder Sie sagen hier bewußt etwas Unzutreffendes, oder Sie sind in Unkenntnis der Verhältnisse und der Sachlage.

Darf ich Ihnen ganz konkret folgende Beispiele aufzeigen: Es müßte besonders Ihnen, Herr Kollege Lußmann, als Steirer bekannt

sein, daß zum Beispiel beim Ausbau der S 6, die so dringend und zwingend für den steirischen Industrieraum notwendig ist, gerade in der Steiermark dieser Ausbau jahrelang nicht mit dem notwendigen Tempo betrieben wurde. Ich halte mir heute noch einiges darauf zugute, daß ich mit Unterstützung unserer politischen Funktionäre dort dieses Ausbautempo vorlegen konnte. Gerade bei der S 6, Herr Kollege Lußmann, stellen wir fest, daß zum Beispiel der Naturschutz besondere Einwände gegen die Trassenführung hat. Hier zu sagen, daß ich keine Rücksicht auf den Umweltschutz nehme, ist doch tatsächlich ein Verkennen der Verhältnisse und Gegebenheiten.

Nächstes Beispiel — es müßte Ihnen als Steirer geläufig sein: Seit Monaten bemühen wir uns, die S 8 zu realisieren, seit Jahren bemühen wir uns. Ich habe von Ihnen noch keine Aktivität in der Richtung gehört, daß Sie mit dem Landeshauptmann darüber reden, daß endlich die Widerstände gegen einen sinnvollen Ausbau aufgegeben werden.

Nächstes Beispiel im Bereich des Schnellstraßennetzes: Ich habe mich sehr bemüht, im Zuge des Ausbaues eines innerösterreichischen durchgehenden hochrangigen Straßennetzes den Ausbau der S 12, der Lofers Schnellstraße, zu forcieren. Es müßte Ihnen bekannt sein, gerade aus fraktionellen Bereichen, Herr Kollege Lußmann, aber auch Ihnen, Herr Kollege Dr. Keimel, daß vor allem Ihre Bürgermeister gegen diesen Ausbau der Schnellstraße auftreten und ich das auch akzeptiert habe. Und nun stellen Sie sich hierher und erklären laut und deutlich, daß ich mit einem Trick das Schnellstraßennetz reduzieren möchte.

Ich bleibe dabei, daß es sinnvoll ist zu überprüfen, ob wir 1 030 km Schnellstraßen in Österreich brauchen. Ich sage Ihnen: Bei einer verantwortungsbewußten Beurteilung dieser Situation und unter Rücksichtnahme auf die Gegebenheiten der österreichischen Wirtschaft werde ich mich nicht davon abhalten lassen, hier eine möglichst rationelle Reduktion vorzunehmen (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*), weil ich meine, daß das sinnvoll und zweckmäßig ist.

Eine andere Bemerkung sei mir noch zu den Sondergesellschaften erlaubt. Hier gibt es zwei Bereiche, in denen man agiert, im parlamentarischen Bereich stehen Sie auf, Herr Dr. Keimel, und wettern ununterbrochen gegen diese Aktivitäten. Im außerparlamentarischen Bereich kann ich mich nicht der Inter-

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina

ventionen erwehren, die täglich an mich herangetragen werden, die zu bewirken suchen, daß ich mich von dieser Konstruktion und von diesen Gegebenheiten nicht abbringen lasse.

Ich darf Ihnen Konkretes sagen: Wir haben uns überlegt, wie wir denn die noch nicht gebauten, dringend und zwingend notwendigen Straßenzüge und Abschnitte des Autobahnnetzes rasch, unbürokratisch und wirtschaftsgerecht bauen können. Ich darf Sie daran erinnern, daß die rund 35 Kilometer von Spittal an der Drau bis Villach dringendst gebraucht werden. Wir haben gemeint, daß dieses Vorhaben am sinnvollsten so bewältigt werden kann, daß dieses Autobahnteilstück von der Tauern Autobahn AG gebaut wird; das haben wir auch mit der Zustimmung Ihrer Parteifreunde beschlossen.

Die ASAG ist Ihr „Lieblingskind“, unter Anführungszeichen natürlich, das Sie hier immer in kritischer Absicht erwähnen. Ich darf Ihnen empfehlen, Herr Kollege Dr. Keimel, reden Sie einmal mit Ihrem Parteifreund, dem Landeshauptmann Dr. Krainer, der wird Ihnen die Gegebenheiten und Verhältnisse aufzeigen. Hätten wir diese ASAG nicht gegründet, wären wir nie imstande gewesen, die S 6 und S 36 in diesem Tempo zu bauen, zum ausschließlichen Vorteil der steirischen Industriegebiete und zum Vorteil der steirischen Wirtschaft. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Herr Kollege Keimel! Ich habe heute wieder den anderen Dr. Keimel kennengelernt, der im kleinen Gespräch immer von der großen Zusammenarbeit redet und hier am Rednerpult des Parlamentes eine negative und unzutreffende Formulierung nach der anderen produziert. Ich bin nicht in der Lage, auf Dauer eine derartige Vorgangsweise zu akzeptieren. Noch einmal, Herr Dr. Keimel: Nur die Gründung der ASAG hat dazu geführt, daß man Fehlleistungen vergangener Jahre — Fehlleistungen auch aus der Zeit Ihrer Alleinregierungszeit — heute ausmerzen und zum Positiven wenden konnte.

Nächster Bereich, Herr Dr. Keimel: Sie haben sich über unsere Verhaltensweise im Zusammenhang mit der Wohnbaupolitik sehr beschwert, Frau Dr. Eypeltauer wird darauf nach mir im speziellen Bezug nehmen. Sie haben das so dargestellt, als wären wir vor lauter Sturheit und vor lauter Unüberlegtheit nicht in der Lage gewesen, im Rahmen der Wohnbaupolitik zu einer Gemeinsamkeit zu kommen.

Ich wiederhole mich: Ich war es, der sich sehr darum bemüht hat, mit Ihren maßgebendsten Funktionären ins Gespräch zu kommen. Ich erinnere Sie an die Gesprächsrunde mit Ihrem Parteiohmann Dr. Mock, ich erinnere Sie an die Gesprächsrunde, bei der auch Herr Präsident Ing. Sallinger anwesend war, und die Gesprächsrunde, bei der auch Sie, Herr Kollege Dr. Keimel, anwesend gewesen sind.

Wir haben alles getan, was möglich war, um zu dieser Gemeinsamkeit zu kommen, wir waren aber nicht bereit, unüberlegten Forderungen nachzugeben, die zu bestimmten Zeiten Ihrerseits produziert wurden. Heute herzugehen und zu sagen, wir hätten keine Konsensbereitschaft, ist ganz einfach eine falsche Darstellung der Gegebenheiten, und dagegen wehre ich mich, Herr Kollege Dr. Keimel. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie waren es, Herr Dr. Keimel, der es letztlich verhindert hat, daß wir zu dieser Gemeinsamkeit, die nahezu schon erreicht war, gekommen sind. Wir haben Schritte getan, die auch für Sie, nehme ich an, überraschend gewesen sind, ich denke nur an die Veräußerungszeiten bei Wohnungen und ähnliche Dinge mehr, ohne in die Einzelheiten zu gehen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Zum Wasserwirtschaftsfonds eine abschließende Bemerkung, meine Damen und Herren. Auch dazu wurde Kritisches vermerkt. Ich darf hier die Tatsachen aufzeigen, denn nur diese sind maßgebend, alles andere sind rhetorische Formulierungen, die den Gegebenheiten nicht Rechnung tragen. Im Jahr 1970 hat der Wasserwirtschaftsfonds in einem Kalenderjahr den Betrag von 600 Millionen Schilling ausgegeben. Im Jahre 1984 haben wir die nächste Sitzung des Wasserwirtschaftsfonds am 18. Dezember. Bei dieser Sitzung werden wir einen Gesamtbetrag von knapp mehr als acht Milliarden Schilling freigeben, das heißt schlicht und einfach: Diese Bundesregierung ist dabei, den Wasserwirtschaftsfonds zu dem wohl wirksamsten Instrument im Bereiche der Umweltschutzpolitik zu machen, das ist ein sehr deutlicher Erfolg, glaube ich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend darf ich bemerken: Wir haben im Bundesstraßenbau eindeutige Konzepte, eindeutige Ausbauprogramme, Zeitpläne, Finanzierungspläne. Wir kennen auch die Notwendigkeiten im Hinblick auf die Tilgung der Schulden, die wir bis zum jetzigen Zeitpunkt aufgenommen haben. Wir haben im Bereiche des

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina

Wohnbaues unsere ganz konkreten Vorstellungen deponiert und global dargestellt; wir waren im hohen Maße zur Gemeinsamkeit bereit.

Zum Bereich des Wasserwirtschaftsfonds stelle ich noch einmal fest: Die nächsten Jahre werden zeigen, daß wir bei unserer Absicht, die Fließgewässer in einen qualitativ möglichst hohen Zustand zu bringen, erfolgreich sein werden, genauso erfolgreich wie bei der Seenreinhaltung. Wir werden uns nicht beirren lassen, wir werden diesen schwierigen Weg gehen, und er wird letztlich nicht nur der Bevölkerung, sondern der gesamten österreichischen Wirtschaft dienlich sein. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.36

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Staatssekretär. Ich erteile es ihr.

11.36

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn das Budget heute einmal mehr als die in Zahlen gegossene Regierungspolitik bezeichnet wurde, erscheint es mir angebracht, auch mit einigen das kommende Jahr betreffenden Zahlen aus dem Bereich des Wohnbaus aufzuwarten.

Ich will mich bei meiner Wortmeldung bewußt sehr kurz fassen: Im Jahr 1985 werden seitens des Bundes rund 21 Milliarden Schilling für die Förderung des Wohnbaus und der Wohnhaus- und Wohnungsanierung bereitgestellt werden. Das sind beträchtlich mehr Mittel, meine Damen und Herren, als jemals zuvor. Wir brauchen damit keinen internationalen Vergleich zu scheuen. Diese 21 Milliarden Schilling Bundesmittel setzen sich wie folgt zusammen: Rund 19,5 Milliarden Schilling werden nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984, also nach dem neuen Wohnbauförderungsgesetz, auf die Länder verteilt werden. Umschichtungen in Richtung Wohnhaussanierung und Stadterneuerung durch die Länder werden ohne Begrenzung möglich sein. Unabhängig von solchen Umschichtungen stehen für die Wohnhaussanierung nach dem neuen Wohnhaussanierungsgesetz 120 Millionen Schilling aus dem Bundesvoranschlag 1985 und drei Viertel der sogenannten Althausmilliarde, also rund 750 Millionen Schilling, zur Verfügung.

Weiters: Zur Fertigstellung der 5 000 Wohnungen nach dem ersten Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung sowie zur

Errichtung der ersten 5 000 Wohnungen nach dem zweiten Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung stehen im Bundesvoranschlag 1985 zunächst 80 Millionen Schilling an Zuschüssen zur Verfügung. Dieser Betrag kann bei Bedarf, das hängt vom Baufortschritt ab, um rund 47 Millionen auf insgesamt 127 Millionen Schilling aufgestockt werden.

Überdies werden wir, wie in den vergangenen Jahren, auch im kommenden Jahr wieder rund 180 Millionen Schilling aus dem Bundeswohn- und Siedlungsfonds in die Startwohnungsaktion fließen lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesehen von dem wichtigen Ziel einer optimalen Versorgung unserer Bevölkerung mit Wohnungen stellt der Gesamtbeitrag des Bundes von rund 21 Milliarden Schilling einen wertvollen und wichtigen Beitrag zur Sicherstellung eines hohen Beschäftigungsniveaus in der Bauwirtschaft dar. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Denn Wohnbau und insbesondere Althausreparatur sowie Wohnungsverbesserung sind, wie Sie alle wissen, sehr beschäftigungsintensiv. Das hat auch der Herr Abgeordnete Dr. Keimel heute positiv vermerkt und bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es besteht kein Grund zum Pessimismus. Die beiden neuen Wohnbaugesetze, die wir in den letzten Tagen leider ohne die Zustimmung der Oppositionspartei verabschiedet haben, werden sich, davon bin ich überzeugt, als taugliche Instrumente erweisen, um in sozial gerechter, konsumentenfreundlicher und jeden Mißbrauch weitgehend ausschließender Weise die Wohnversorgung unserer Bevölkerung auf hohem Standard ebenso sicherzustellen wie die Sanierung des erhaltungswerten Althausbestandes und die Stadterneuerung.

Dies alles, meine Damen und Herren, sollte im Geiste des kooperativen Bundesstaates durch das Zusammenwirken von Bund, Bundesländern und Gemeinden möglich sein. Ich hoffe es im Interesse Österreichs und seiner Menschen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.42

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vetter. Ich erteile es ihm.

11.42

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister und die Frau Staatsse-

Vetter

ekretär haben sich in ihren Wortmeldungen redlich bemüht, mit sicherlich manchmal sehr geschickten, sehr wortreichen Formulierungen zu beweisen, daß es ihnen gelungen sei, im Budget 1985 alle angekündigten Ziele zu erreichen. Es sei ihnen gelungen, für den wesentlichen Bereich „Bauten“, also Hochbau, Straßenbau, Wohnbau, Wasserwirtschaftsfonds, vom Finanzminister die entsprechenden Mittel für stärkere investitions-wirksame Maßnahmen zu bekommen.

Ich wiederhole den Standpunkt der Österreichischen Volkspartei: Wir vertreten die Meinung, daß gerade in diesem so wichtigen Bereich „Bauten“, in dem wirtschafts- und beschäftigungspolitische Gestaltungsmöglichkeiten ebenso enthalten sind wie etwa wohnungs-, verkehrspolitische, aber auch umweltpolitische Gestaltungsmöglichkeiten, vom vorgegebenen Budget die notwendigen und erhofften Wirtschaftsimpulse nicht ausgehen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Begründung für das Nichteintreffen dieser Hoffnungen liegt unserer Meinung nach natürlich in der Gesamtbudgeterstellung. Ein Bundesbudget, zu verantworten auch vom Herrn Bautenminister, welches einen Gesamtfinanzschuldenstand von 531 080 Millionen Schilling aufweist, ein Budget, welches einen Tilgungsaufwand von rund 74 790 Millionen zu verkraften hat — das sind 39 Milliarden für die Verzinsung, fast 34 Milliarden für die Kapitalrückzahlung, täglich fast 205 Millionen Schilling —, ist wahrscheinlich nahezu am Ende der Leistungskraft. Ein solches Budget hat keinen Spielraum mehr für eine wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Schwerpunkt-offensive im Kapitel „Bauten“.

Das ist unser Standpunkt und unsere Meinung, und daher vertreten wir die Auffassung, daß die Budgetkrise zwangsläufig die Finanzierungskrise im Kapitel „Bauten“ verursacht beziehungsweise zur Folge hat.

Es ist eigentlich die Fortsetzung des sozialistischen Weges, zu dem Sie sich auch anlässlich der Regierungsumbildung bekannt haben, ein Weg, der trotz Fortsetzung der Belastungspolitik, trotz zusätzlich erreichter oder dadurch vom Steuerzahler erzwungener Mehreinnahmen von rund 7,6 Milliarden Schilling wegen Versäumnung aller Chancen zur grundsätzlichen Änderung der Budgetpolitik die im Gesamtinteresse des Staates gelegene Vorwärtsoffensive nicht gestattet, ja nach unserer Meinung geradezu verhindert.

Das ist der Grund, warum auch die Österreichische Volkspartei das Kapitel Bauten ablehnen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, Herr Bautenminister, daß diese unzureichende, unterdotierte und zu keiner offensiven Vorgangsweise ausreichende Politik beim Kapitel Bauten fortgesetzt wird, auch wenn Sie sich vielleicht als Opfer der nicht gelungenen Budgetpolitik Ihres Finanzministers bezeichnen können oder wollen. Faktum bleibt, daß Sie Ihren Verpflichtungen und Ihren Bemühungen — wir bestreiten diese gar nicht — um konjunkturbelebende Maßnahmen in dieser so schwierigen Zeit nicht gerecht werden können.

Schwerpunktmäßig erlaube ich mir auf einige wenige Sachthemen einzugehen:

Der Herr Bautenminister hat heute sehr ausführlich auf seine Vorstellungen hinsichtlich der Novelle zum Bundesstraßengesetz verwiesen und noch einmal seine Argumentation wiederholt, es läge im Sinne einer besseren Umweltschutzpolitik, bei den Autobahnen und Schnellstraßen in diesem Ausmaß — in diesem erschreckend hohem Ausmaß — zu streichen beziehungsweise dort zu kürzen.

Herr Bundesminister! Wer nur halbwegs oberflächlich die Budgetentwicklung verfolgt, kontrolliert und in auch in dieses Budget hineinschaut, muß zur Überzeugung kommen, daß es ausschließlich finanzielle Gründe sein müssen, die zur Reduzierung führen. Eine solche Feststellung wäre wohl auch aufrichtig, aber sicherlich wesentlich mutiger oder anstrengender.

Wir bleiben bei unserer Meinung: Sie standen vor der nicht erfreulichen, vor der sehr unerquicklichen Aufgabe: Wie sage ich es meinem Bürger, ohne das Gesicht zu verlieren? — Sie versuchten, aus der Not eine Tugend zu machen. So einfach und realistisch sehe ich das.

Sie verschwiegen Ihre Zwangslage, nämlich das Diktat der leeren Kassen, und verkauften die Streichungen als Umweltschutzmaßnahme mit dem angenehmen Nebeneffekt, auch eine theoretische Einsparung von 50 Milliarden Schilling vornehmen zu können.

Damit liegt aber meiner Meinung nach eigentlich doppelte Täuschung der Öffentlichkeit vor. Denn im Grunde genommen ist es doch, Herr Bundesminister, ein billiger Trick — und das ist kein Superlativ, wie Sie vorhin

Vetter

gemeint haben, sondern ganz sachlich betrachtet —, nicht vorhandene Mittel einzusparen, dazu noch bei Projekten, deren Verwirklichung weit in das zweite, in das nächste Jahrtausend hineingereicht hätte.

Herr Bautenminister! Ich vertrete die Meinung, daß für den gesamten Osten Österreichs Ihre Vorstellungen unannehmbar sind, und diese Feststellung haben auch die drei Landeshauptleute Kery, Ludwig und Zilk vor wenigen Tagen, am 27. November, in der Sitzung der Planungsgemeinschaft Ost vertreten. (*Zwischenbemerkung des Bundesministers Sekanina.*) Ich komme dazu, Herr Bautenminister! (*Abg. Bergmann: Hat Dr. Zilk etwas gegen Sie, Herr Minister? — Heiterkeit bei der ÖVP.*)

In den Erläuterungen ist nachzulesen, daß die betreffenden Straßenzüge nach den neuen Erkenntnissen für den Durchzugsverkehr nicht mehr erforderlich sind. Das trifft, wenn überhaupt, nur für ganz wenige Straßenzüge zu, denn eine allgemeine Betrachtung des ständig zunehmenden Verkehrsaufkommens zeigt schließlich, daß dies nicht so ist. Daher sind Ihre Vorstellungen für uns unverständlich.

Es fehlen doch die wesentlichen Kriterien der durchgehend niveaufreien Kreuzungen, der Ortsumfahrungen und der Trennung vom Langsamverkehr.

Der Trend zur Zunahme des Verkehrs ist vorhanden. Das beweisen auch die Statistiken des Bautenministeriums, zum Beispiel auch über das erste Vierteljahr. Wir haben zwar im Gesamtdurchschnitt für ganz Österreich nur 3,5 Prozent Zunahme, aber während in Westösterreich die Zunahme nur 1,9 Prozent beträgt, sind es für den gesamten Osten Österreichs 5,5 Prozent.

Herr Bundesminister! Daher ist das Argument „aufgrund der Entwicklung nicht mehr erforderlich“ nach unserer Meinung falsch.

Ein Bundesstraßengesetz muß für einen längeren Zeitraum Vorsorge treffen und alle Straßenbauvorhaben enthalten, damit eine langfristige Planung und Flächensicherung für die Länder und für die Gemeinden möglich sind. Wenn man all diese Dinge streichen würde, wären in wenigen Monaten all diese Flächen in den Gemeinden verkauft und in einem Dreivierteljahr verbaut, Herr Bundesminister, dies auch bei Vorhaben, deren Bauausführung vielleicht erst in 20, 30 Jahren realisierbar wäre.

Aber die Planung für die Zukunft, die Planung, die Voraussetzung für eine doch hoffentlich wieder eintretende bessere wirtschaftliche Entwicklung ist, wird gestoppt, und das, glaube ich, ist eine unvernünftige Maßnahme, die automatisch mit Ihrer Absicht eintreten würde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das heißt ja nicht, Herr Bundesminister, daß nicht einer stärkeren Berücksichtigung umweltbezogener Einflußgrößen schon im Bereich der Straßenplanung weit mehr als bisher Rechnung getragen werden kann und muß. Im Interesse einer vernünftigen Möglichkeit zur Vorsorge für künftige Entwicklungen — eine Aufgabe, der Sie sich auch als Minister nicht entziehen können — erlaube ich mir an Sie den Appell zu richten, Ihre Vorschläge nochmals zu überdenken und im Interesse der planenden Länder und Gemeinden bei der kommenden Behandlung dieser Novelle eine sachliche Verhandlungsbereitschaft an den Tag zu legen.

Es muß doch verhindert werden können, daß neben der finanziellen Misere, die Sie ja durchzustehen haben, unnötigerweise unüberschreitbare Barrieren für eine künftige wirtschaftliche, wirtschaftspolitische und verkehrspolitische Entwicklung errichtet werden. Das halte ich für unvernünftig, und daher meine Bitte und mein Appell an Sie, nochmals darüber nachzudenken.

Herr Minister! Sie haben mit Stolz die neuen Wohnbauförderungsgesetze und auch die Frau Staatssekretär hier verteidigt.

Wir, die Österreichische Volkspartei, sagen es noch einmal, nach der ersten Debatte und nach dem Beharrungsbeschluß vor wenigen Tagen: Die Befürchtung wird leider bald Realität werden, daß Ihre Neuordnung nicht bedarfsgerecht erfolgte, also nicht den Erfordernissen der betroffenen Mitbürger entsprechend beschlossen wurde.

Herr Bundesminister! Ich muß ganz vehement Ihren Vorwurf zurückweisen, daß der Bautensprecher der ÖVP, unser Abgeordneter Kollege Dr. Keimel, ein vernünftiges Zustandekommen eines Kompromisses verhindert hätte.

Herr Bundesminister! Das ist auch eine etwas unfaire Argumentation. Ich habe in diesem Haus schon zweimal erklärt, daß ich die Schuld bei der Frau Staatssekretär sehe, und zwar in der Tatsache, daß man den Verhandlungsleiter Präsident Hesoun im Stich gelas-

Vetter

sen hat und daß Sie sich zu spät eingeschaltet haben, trotz Ihres besten Bemühens, das Sie an den Tag gelegt haben. Aber auf Dr. Keimel die Schuld zu schieben, daß wir nicht zusammengekommen sind, diese Beschuldigung muß ich ganz heftig zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ein Faktum, Hohes Haus, das heutzutage zu wenig und zu teuer gebaut wird. Ich wiederhole noch einmal: Wir glauben nicht, daß Ihre Neuordnung die notwendige Wohnbauoffensive bringt und damit auch die Notwendigkeit, zusätzliche Arbeitsplätze zu sichern.

Zum ersten Mal ist in einem Grundgesetz eine Eigentumsfeindlichkeit normiert worden, die nicht notwendig ist — vom Gesetzgeber, von der SPÖ-FPÖ-Mehrheit beschlossen. Und der Hinweis auf die Kann-Bestimmungen der Länder will ja nur über die schlechten Absichten hinwegtäuschen. Natürlich werden die Länder vieles nicht machen, was im Gesetz möglich wäre. Das Bundesland Niederösterreich wird sicherlich bestehende Verträge unangetastet lassen, dem Grundsatz nach Treu und Glauben entsprechend. Das Land Niederösterreich wird keinen Unterschied zwischen Miet- und Eigentumswohnungen machen. Und wir werden auch das soziale Netz ausbauen, um die von Ihnen beabsichtigten und bereits beschlossenen Preiserhöhungen und Belastungen abfangen zu können. Aber es bleibt Ihre böse Absicht und die Tatsache bestehen, daß auch hier keine zusätzlichen Bauoffensiven zu erwarten sind. Ein Grund mehr, das Kapitel Bauten abzulehnen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz zum Marchfeldkanal Stellung nehmen. In wenigen Wochen, nämlich bis 31. Dezember 1984, muß die Planungsgesellschaft um die wasserrechtliche Bewilligung ansuchen. Der Bau dieses Jahrhundertprojektes soll nach Ihren eigenen Worten im kommenden Jahr erfolgen.

Ich glaube, es ist wirklich höchste Zeit, denn im Grundwasserbereich des Marchfeldes ist durch die Veränderung der Donau und durch andere Veränderungen eine dramatische Entwicklung eingetreten. Allein heuer gab es zum Beispiel Grundwasserabsenkungen bis zu 70 cm. Und es gibt Brunnen, bei denen die Wasserstände in den letzten drei Jahren bis zu eineinhalb Meter abgesunken sind.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang

nur an Ihre eigene Feststellung erinnern, nämlich zum Projekt der Planungsgemeinschaft zu stehen, alle Querschüsse, die schon da sind und noch kommen könnten, nicht zum Anlaß für Verzögerungen zu nehmen und letztlich auch raschest in konkrete Finanzgespräche einzutreten.

Im Marchfeld werden 10 Prozent des heimischen Brotweizens produziert, fast 70 Prozent der Zuckerrüben angebaut, und es ist ja auch bekannterweise ein Zentrum des Gemüsebaues.

Diese wichtige Landschaft droht zu verstepen. Und diese Landschaft zu retten, ist sicherlich ein bedeutender Beitrag zur Umwelterhaltung, und der naturnahe Kanalbau, so wie er geplant ist, trägt auch der ökologischen Wiederbelebung des Marchfeldes Rechnung.

Es ist Aufgabe auch Ihres Ressorts, alles Notwendige vorzusehen, zu unternehmen, beizutragen, um einen raschen Abschluß beziehungsweise einen baldigen Baubeginn zu sichern.

Hohes Haus! Ich komme noch einmal auf das allgemeine Kapitel Bauten zurück. Ich muß noch einmal mit Bedauern und mit Sorge die Feststellung wiederholen, daß im vorliegenden Budgetkapitel aufgrund der gegebenen vorgelegten Ansätze keine neue Baupolitik möglich ist. Es genügt nicht, Herr Bundesminister, wenn Sie persönlich die Probleme immer aufzeigen, die Sie sehr wohl verstehen und zur Kenntnis nehmen, die Sie zu lösen versuchen, aber keine Änderungen durchbringen.

Und es genügt nicht, wenn die Frau Staatssekretär die Notwendigkeit der Änderung des Mietrechtsgesetzes zum Beispiel akzeptiert, wenn sie endlos mit dem Finanzminister über steuerliche Anreize bei der Althausanierung verhandelt. Letztlich zählen nur die Erfolge!

Geändert gehört die Baupolitik vor allem deswegen, weil sie auch im Gegensatz zu Ihren eigenen Erkenntnissen in den alten Bahnen fortgesetzt wird. Das ist leider eine sehr negative Entwicklung, und daher unser klares Nein zum Kapitel Bauten. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.57

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haigermoser. Ich erteile es ihm.

Haigermoser

11.57

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Eingangs einen Satz zu den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Vetter, der gerade vorhin erklärt hat, zu wenig und zu teuer würde gebaut werden. Ich glaube, das Gebot von heute heißt: Gut und preiswert bauen, es ist vom Mengendenken der fünfziger Jahre einfach abzugehen, denn auch und gerade im Wohnbereich gilt stärker denn je der Grundsatz: Qualität geht vor Quantität! (*Abg. Vetter: Bedarfsgerecht!*)

Meine Damen und Herren! Eine der elementarsten Aufgaben einer Sachpolitik ist die Einbeziehung aller Lebensbereiche in die Thematik des Umweltschutzes, ganz besonders auch im Baubereich. Das gilt natürlich auch für den Bereich des Bauens von Wohnungen und Straßen.

Jahrzehntelang ist gerade beim Straßenbau — das wird ja von allen Verantwortlichen zugegeben — der Umweltschutz mit Füßen getreten worden. Das Land wurde brutal mit Straßen überzogen. Nur um schnurgerade Straßen zu haben, wurde kostbares Ackerland geopfert, und noch vor wenigen Jahren hätte man eine Schneise durch den schönsten Wald schlagen können, ohne daß irgend jemand aufgestanden wäre und dagegen protestiert hätte.

Heute hat sich das Problembewußtsein, Gott sei Dank, ganz entscheidend geändert. Diese Änderung des Problembewußtseins kommt auch in den Debatten im Hohen Haus zum Ausdruck.

Wenn man nun der richtigen Meinung ist, daß eine der elementarsten Aufgaben einer Sachpolitik die Einbeziehung aller Lebensbereiche in die Thematik des Umweltschutzes ist, sollte auch, spätestens seit dieses Parlament vor wenigen Tagen dem Umweltschutz Verfassungsrang zuordnete, kleinliches Hickhack der Gemeinsamkeit geopfert werden.

Dieses Hohe Haus hat der Öffentlichkeit erst jüngst bei einem Anlaßfall der Grenzverletzung in unserem nördlichen Nachbarschaftsbereich eine Einigkeit gezeigt, die beispielhaft war und ist.

Nun gilt es, auch im Umweltbereich diese Einigkeit herzustellen, und zwar nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern auch im täglichen Praktikum. Hier bedarf es der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, und es bringt uns überhaupt nichts, Herr Abgeordneter Vetter, wenn man ständig von dieser

Stelle aus versucht, die Schuld an Versäumnissen dem zufällig gerade anderen in die Schuhe zu schieben.

Von den Römern stammt das Sprichwort, daß gute Straßen und gute Schulen den guten Staat ausmachen. Aus heutiger Sicht kann man auch noch das gesunde Wohnen hinzufügen.

Der Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz Dr. Moritz sagte seinerzeit noch als Salzburger Landeshauptmann-Stellvertreter — ich zitiere wörtlich —: Die Güte unserer Straßen hängt aber nicht mehr alleine von Transportkapazitäten und erreichbaren Geschwindigkeiten ab, sondern von dem Resultat einer wesentlich umfangreicheren Gleichung, die auch den Faktor „Lebensqualität“ einschließen muß. — Ende des Zitats.

In diesen Worten steckt, etwas verborgen, auch schon die Antwort — hinsichtlich der zu setzenden notwendigen Maßnahmen.

Eines darf jedoch bei diesem notwendigen Nachdenken nicht passieren, meine Damen und Herren: daß die Fortbewegung auf vier Rädern generell als Sünde wider die Natur bezeichnet wird! Für viele Diskutanten im Bereich Straße ist die Versuchung sehr groß, in einer Autostürmerei das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Man sollte, wenn man dieses Problem betrachtet, auch nicht vergessen, daß die Möglichkeit der individuellen Fortbewegung für den Bürger ein immenses Maß an persönlicher Freiheit in unserer modernen Gesellschaft gebracht hat. Wir Freiheitliche bekennen uns jedenfalls aus ganzem Herzen zur freien Entscheidung des Bürgers, mit wem und mit was er sich und wohin begibt, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Selbstverständlich schließt dieses Bekenntnis auch die Forderung nach Begleitmaßnahmen ein. Zu diesen Maßnahmen etwas später einige Sätze.

Wenn nun bekannt ist, daß ein Autobahnkleeblatt eine Fläche in Anspruch nimmt, auf der man — man höre und staune! — die ganze Altstadt von Salzburg mit über 4 000 Wohnungen in 920 Häusern, 430 Gewerbebetrieben, 16 Kirchen, 13 Schulen und einer alten Universität unterbringen könnte, wird das Problem des Landverbrauchs für den Straßenbau besonders augenscheinlich. Jede Neutrassierung einer Straße sollte daher einer Bedarfs-

Haigermoser

analyse und einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, und die Erweiterung des Wegenetzes sollte ebenfalls nur im unbedingt nötigen Maße erfolgen. Auch hier Qualität vor Quantität!

Wenn der Kollege Abgeordneter Hobl in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Straßenbau und Technik“ im November 1983 meinte — wiederum wörtlich —: Der Straßenbau kann nicht mehr aus dem vollen schöpfen!, so wird einem klar, daß auch in der Bauwirtschaft beschäftigungspolitisch ein Umdenken einsetzen muß. Die ständige stereotype Forderung nach immer mehr Straßenkilometern kann und darf nicht mehr oberstes Ziel sein, meine Damen und Herren, weil auch hier die Qualität vor der Quantität zu gehen hat!

In einer kürzlich stattgefundenen Fachtagung von Straßenbaufachleuten und Biologen an der TH Lausanne wurde auch über die Auswirkungen des Straßenverkehrs auf die Fauna diskutiert. Es wird von Professor Mader, einem international anerkannten Fachmann, der an der deutschen Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie arbeitet, festgestellt, daß die Straßen eine bisher unterschätzte Mitursache für die in den letzten 30 Jahren zunehmende Verarmung der Fauna sind.

Welche Konsequenzen sind aus diesen Folgerungen zu ziehen? — Wiederum nach Professor Mader erscheinen neben den bereits erwähnten Punkten folgende Punkte als besonders bemerkenswert:

Bedürfnisnachweis der neuen Straßen auch unter Einbeziehung der ökologischen Kosten.

Möglichst Ausbau statt Neubau von Straßen.

Bündelung statt Netzverdichtung der Verkehrswege.

Ausscheidung ökologisch wertvoller Räume als sogenannter „Tabuzonen“.

Renaturierung nicht mehr benötigter Straßenstücke zum Beispiel nach Begradigungen, und

ökologisch äquivalenter Ersatz für zerstörte Lebensräume.

Man sieht aus diesem Bündel von Forderungen, daß noch vieles zu tun sein wird. Es wurde zwar schon vieles erreicht, aber gerade

im Bereich „Umweltschutz“ wird es ständigen Nachdenkens bedürfen.

Nun aber auch die positiven Ansätze, die der Herr Bautenminister in seiner Wortmeldung ja schon dargestellt hat, die positiven Ansätze der Aktivität der sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung für aktive Umweltmaßnahmen im Bereich „Straßenbau“.

Der Bundesminister für Bauten und Technik erklärte schon im Jänner dieses Jahres, daß nicht nur die Mittel für Lärmschutzmaßnahmen im laufenden Jahr verdreifacht werden, sondern daß zum Beispiel auch die Straßenführung der geplanten Pyhrn Autobahn überprüft werde und alle in diesem Bereich bestehenden Freizeiträume geschont bleiben werden. Außerdem wurden alle dort bestehenden Umweltschutzgruppen zu weiteren Gesprächen eingeladen. Diese Vorgangsweise findet die volle Unterstützung der freiheitlichen Fraktion, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Schwarzenberger.)* Herr Kollege Schwarzenberger, ich hoffe, Sie sind auch für diese Maßnahme! Ich hoffe es sehr. Ich habe Sie ja auch ersucht, gerade im Umweltschutz gemeinsam vorzugehen, denn mit kleinlichem Hickhack werden wir sicher nicht weiterkommen.

Nun zum zweiten wichtigen Kapitel, zum Wohnen, und zwar einem möglichst gesunden Wohnen. Und auch hier wieder weg von der Quantität, die der Abgeordnete Vetter soeben gefordert hat!

Seelische und körperliche Grundbedürfnisse des Menschen zu erfüllen ist schon deshalb zwingend, weil der Wohnbereich des Menschen 90 Prozent unserer Lebenszeit umfaßt, 90 Prozent unserer Lebenszeit sind wir unmittelbar mit dem Wohnbereich verbunden.

Gesundes Wohnen ist ein Grundrecht des Bürgers, das selbstredend auch etwas kostet: für den einzelnen durch Erwerb von Eigentum einerseits oder durch Bezahlung einer Miete, für die öffentliche Hand durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, die ja wiederum aus Steuergeldern zu finanzieren ist.

Wenn man gründlicher nachdenkt, dann kommt man aber auch zu der Erkenntnis, daß trotz des freiheitlichen Bekenntnisses: „Wohnen hat auch seinen Preis!“, die These der ÖVP: „Natürlich ist Wohnen eine Ware!“, die

Haigermoser

durch die Abgeordnete Rabl-Stadler im Dezember 1983 in diesem Hause vertreten wurde, klar und eindeutig abzulehnen ist.

Kostbarer, nicht vermehrbarer Grund und Boden, meine Damen und Herren, kostbarer Wohnraum kann nicht schlicht und einfach als „Ware“ abqualifiziert werden! Es besteht nach unseren Wertvorstellungen eben ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Dach über dem Kopf und einem jederzeit wiederbeschaffbaren Modellkleid.

Der Österreicher hängt mehr als vielleicht ein Bürger in Übersee an seiner Wohnstätte, die in den meisten Fällen unter Mitarbeit ganzer Familien vom Großvater bis zum Vater, Sohn und Tochter geschaffen und mit Liebe ausgestattet wurde.

Zum Wohnbau nach menschlichem Maß, nach menschenwürdigem Maß gäbe es sicher vieles zu sagen. Einen Satz zur Architektur, wie es ein Praktiker eben empfindet, der ständig die Fassaden vor sich hat. Ernst zu nehmende Fachleute weisen ja nach, daß die stereotype Wiederholung etwa gleicher Bauteile über große Strecken, wie schmucklos gerasterter Fassaden, bei Mensch und Tier in ähnlicher Weise zu Orientierungsverlusten führt. Aus derartigen Bauweisen resultiert, daß zum Beispiel Kinder in modernen Berliner Mietskasernen oder in normierten Reihenhaussiedlungen Finnlands Schwierigkeiten hatten heimzufinden. Es ließen sich mit Sicherheit auch bei uns genug derartige Beispiele finden, und diese Schwierigkeiten beim Heimfinden resultieren in diesem Bereich sicherlich nicht nur aus ausgedehnten Heurigenbesuchen.

Es muß aber fairerweise festgestellt werden, daß auch die Baugesinnung in Teilbereichen in Österreich verbessert wurde. Im Zusammenhang mit Wohnen kann natürlich die Betrachtung des Bauens im Genossenschaftsbereich nicht ausfallen. Der Herr Abgeordnete Keimel hat ja das neue Gesetz in diesem Bereich mehrmals kritisiert.

Nun darf ich auch als Freiheitlicher zu diesem Gesetz, zum Bereich Kontrolle feststellen, daß im Zusammenhang mit der Neuordnung der Wohnbauförderung eine Verbesserung eben dieser Kontrolle erreicht wird. Durch die von uns im Zusammenhang mit der Neuordnung der Wohnbauförderung geforderten Mindestauskünfte aus den Prüfungsberichten des Revisionsverbandes werden Transparenz und Kontrolle im Graubereich

der Wohnbaugenossenschaften drastisch erhöht werden, meine Damen und Herren.

Ich hoffe, daß auch die Österreichische Volkspartei derartigen Kontrollmechanismen gerne zustimmen wird. Nach unserem Modell werden die Länder verpflichtet — und hier auch wieder ein Appell an die Zusammenarbeit, Herr Kollege —, künftig einzelnen Wohnungswerbern auf deren Verlangen Mindestauskünfte aus Prüfungsberichten des Revisionsverbandes zu geben. Für den einzelnen Wohnungswerber hat dies im Sinne eines verbesserten Schutzes den Vorteil, daß er sich über den Zustand einer Wohnbaugenossenschaft, von der er eine Wohnung erwerben will, bereits informieren kann — und das ist der springende Punkt —, bevor er einen Kaufvertrag abschließt.

Durch die Informationsmöglichkeit für den einzelnen Wohnungswerber wird aber auch Druck auf die Länder ausgeübt, ihrer Aufsichtspflicht über die Wohnbaugenossenschaften auch tatsächlich nachzukommen. Denn diese Aufsichtspflicht wurde in vielen Bereichen in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt.

Durch eine verstärkte Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften sollen diese zu einer wirtschaftlichen Betriebsführung angehalten werden. Es ist ja ein offenes Geheimnis, meine Damen und Herren, daß die Situation vieler Wohnbaugenossenschaften nicht die beste ist.

Eine weitere verbesserte Kontrollmöglichkeit vor allem der Wohnbaugenossenschaften, wie erwähnt, wird auch durch die im Wohnbauförderungsgesetz vorgesehene begleitende Kontrolle bei Bauvorhaben gegeben sein. Zusätzliche Objektivität erwarten wir auch von der vorgeschlagenen Möglichkeit, zu diesen Kontrolltätigkeiten, zu den landeseigenen Kontrolltätigkeiten, in Hinkunft auch Ziviltechniker heranzuziehen.

All diese Kontrollmöglichkeiten, meine Damen und Herren, die erwünscht, notwendig und wichtig sind, können natürlich nur im Wohnbereich für die Zukunft greifen. Für den der ÖVP noch immer anhaftenden WBO-Skandal greifen die neuen Bestimmungen leider nicht. Die Opposition hofft ja vergeblich darauf, daß über Zimpers und Ludwigs WBO-Machenschaften das Gras des Vergessens wächst. Immer wieder werden diese ÖVP-Wunden aufzubrechen sein, bis Sie selbst bereit sind, sie zu verbinden, meine Damen und Herren.

Haigermoser

ÖVP-Ludwig soll sich den ordentlichen Gerichten stellen, damit diese unabhängigen Gerichte Recht sprechen können. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich weiß schon, daß Sie nervös werden, wenn man Ihnen Ihre Sünden wie einen Spiegel vorhält.

Herr Klubobmann Mock! Sagen Sie endlich einmal zu etwas ja, das ewige „Jein“ ist schon langweilig!

Vielleicht dazu als letztes: In den heutigen „Salzburger Nachrichten“ meint „Kritikrax“: „Deine Rede sei ja, aber, nein, aber“. ÖVP-Bundesparole, Kapitel Zwentendorf, Vers Hainburg.“ Ich füge hinzu: Moritat „Lud-Flick“. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 12.15

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Helbich. Ich erteile es ihm.

12.15

Abgeordneter Ing. **Helbich** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über das Bauen wurde heute schon viel gesprochen, über den Wohnbau, den Straßenbau und das Bauen im allgemeinen.

Wie schaut es nun spartenmäßig im Jahr 1985 und in der Zukunft aus? — Der Wohnbau wird mit rund 2,8 Prozent rückläufig sein: Einfamilienhausbau minus 4 Prozent, Mehrfamilienhausbau minus 0,5 Prozent. Weiters: Nichtwohnbau minus 0,5 Prozent, Tiefbau minus 0,2 Prozent. Nur die Instandhaltung wird 1985 mit 2,5 Prozent steigen. Das Bauvolumen insgesamt: minus 0,5 Prozent.

Das sollen laut einer Prognose des Instituts für Marktforschung die realen Veränderungen gegenüber 1984 im Bauwesen sein. Das heißt, die Tendenz im Wohnbau ist weiterhin leicht rückläufig. Grund: stagnierendes Real-einkommen.

Der Tiefbau wird stark vom Straßenbau geprägt. Kanal-, Umweltschutz- und Kraftwerksbau sind verschiedentlich. Der Kraftwerksbau ist unsicher geworden. Die Umweltbauten werden stark durch den Wasserwirtschaftsfonds finanziert.

Die Instandhaltung ist der größte Hoffungs-markt. Er ist größer als in den letzten Jahren angenommen. Es ergibt sich eine Verschiebung von den Großbetrieben zu den kleineren Betrieben im Bau, im Bauneben-gewerbe und im Ausbaugewerbe. Dies bringt beschäftigungsmäßig einen positiven Effekt.

Instandhaltungs- beziehungsweise Sanierungs-investitionen brauchen weniger Material und mehr Arbeitskräfte.

Das ist in großen Zügen die Situation 1985.

Die österreichische Bauwirtschaft liegt international im Mittelfeld. In ganz Westeuropa ist seit Jahren ein Schrumpfen der Bauwirtschaft im Verhältnis zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft feststellbar. In manchen Ländern ist der Anteil der Bauwirtschaft am realen Bruttoinlandsprodukt seit 1970 fast um 50 Prozent zurückgegangen, in der Bundesrepublik Deutschland um 25 Prozent, in Österreich bedeutend geringer. Das sind die Folgen von Sättigungserscheinungen, von Finanzierungsengpässen und teilweise einer Ablehnung von Großbauvorhaben.

Die Bauwirtschaft ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft der größte produktive, das heißt, neue Werte schaffende Wirtschaftsbereich. Der Multiplikatorfaktor von 1,6 ist einer der Gründe, warum es keine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ohne zielbewußte Bauwirtschaftspolitik geben kann. Wird eine Milliarde Bauvolumen ausgegeben, so fließt gut ein Drittel dieser Milliarde wieder zurück in die Staatskassen.

Die Bauinvestitionen und die Arbeitslosen-raten sind eng miteinander verbunden. Die Bauinvestitionen betrugen 1973 16 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die Arbeitslosen-rate lag 1973 bei rund 2 Prozent. 1983 waren die Bauinvestitionen 12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also um 4 Prozent weniger, die Gesamtarbeitslosigkeit stieg auf rund 4½ Prozent. Man ersieht daraus die enge Verbindung von Bauinvestitionen und Arbeitslosen-rate.

Ähnlich ist es bei sinkenden Investitionen des Bundes und bei steigendem Schuldenaufwand. 1975 betrugen die Investitionen des Bundes noch 10 Prozent der Ausgabe-seite des Budgets, heute sind es nur mehr 6,8 Prozent. Im Gegensatz dazu hat der Schuldenaufwand 1975 7 Prozent betragen und ist 1984 auf 15,6 Prozent gestiegen, also auf mehr als das Doppelte.

Die Kürzungen der Investitionen betreffen stets die Bauinvestitionen. Dies sieht man an Hand der Statistiken durch den parallelen Verlauf der Gesamtinvestitionen und der Bauinvestitionen.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Baubedarf der Zukunft wird

Ing. Helbich

durch die Umwelt bestimmt. Das sinnvolle Bauen für die Umwelt hat Zukunft. Es gibt keine aktive Umweltpolitik ohne Bauleistungen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kläranlagen, Wasserversorgungsanlagen, Wasserentsorgungsanlagen, Hochwasserschutz, Lawinenschutz, Wildwasserschutz sowie Mülldeponien, Althausanierungen und Lärmschutz: Das alles ist Bauen für eine bessere Umwelt!

Nun zum Straßenbau.

Straßen wollen wir alle. Sie sollen gebaut werden und sollen möglichst ewig halten. Das ist aber leider nicht so. Auch Straßen werden kaputt, müssen repariert, müssen erneuert werden. Das haben viele vergessen. Selbst in den USA, wo zurzeit ein riesiges Erneuerungsprogramm anläuft, denn auch Straßen leben höchstens 25 Jahre im Schnitt, 16 Jahre und einfach nicht mehr.

Wir haben in Österreich 200 000 Kilometer Straßen aller Art, 6 800 Kilometer Schienen. Wir haben in Österreich rund 3,6 Millionen Kraftfahrzeuge und jährlich kommen 250 000 neue Kraftfahrzeuge dazu. Die Kraftfahrzeugbesitzer zahlen Steuern aller Art, rund 24 Milliarden Schilling, und nur ein Teil davon wird für den Straßenbau verwendet. Fast 10 Milliarden Schilling nimmt der Finanzminister ein, und diese 10 Milliarden Schilling werden anderen Zwecken zugeführt.

Hohes Haus! So lange die Straßen neu sind, geht das recht und schlecht, wenn sie aber älter werden, müssen wir langsam etwas tun, denn die Straßen sind gewaltigen Belastungen ausgesetzt, sie werden im Laufe der Jahre einfach verbraucht. Täglich fahren zum Beispiel auf der Autobahn Wien—Linz beziehungsweise Linz—Wien rund 18 000 Kraftfahrzeuge und 1 200 LKW, auf der Südautobahn 37 000 Kraftfahrzeuge und 3 200 LKW. Auf der A 1 bei der Zählstelle Preßbaum fahren im Tag 39 000 Tonnen auf der Straße oder 14,3 Millionen Tonnen im Jahr. Auf der Südautobahn fahren 98 000 Tonnen pro Tag oder 36 Millionen Tonnen pro Jahr.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind Straßenbelastungen, die natürlich Abnützungen bringen; nichts ist ewig, auch nicht die Straßen.

Der Güterverkehr betrug 1981 auf den österreichischen Straßen 300 Millionen Tonnen pro Jahr, der Personenverkehr war 3,5 Milliarden Personen auf den Straßen; nur

184 Millionen war der Personenverkehr im gleichen Zeitraum auf der Schiene. Also fast 18mal so viel Personen benutzen die Straße als die Schiene. 1982 gab es auf der ganzen Welt 135 000 Tote, in Westeuropa 65 000 und in Österreich 1 681.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen sichere Straßen, weil auf gut ausgebauten und gut erhaltenen Straßen die Fahrsicherheit bedeutend höher ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Es ist für die Erhaltung nicht genügend Geld vorgesehen. Die Erhaltung wird in den nächsten Jahren von rund 3,5 Milliarden Schilling auf 5, 6, 7 und 8 Milliarden Schilling steigen.

Herr Bundesminister, Sie sagten einmal: Ich will, daß der Bund die Schulden übernimmt; alles hat seine Grenzen, um das muß ich raufen. Die erste Hälfte des Jahres 1984 wird ein Wendepunkt sein.

Herr Minister! Werden Sie tätig! Die österreichischen Straßen stellen einen volkswirtschaftlichen Wert von 500 Milliarden Schilling dar, sie müssen modernst erhalten bleiben.

Herr Minister! Setzen Sie sich zum Wohle der Bevölkerung und der Bauarbeiter sowie im Interesse der österreichischen Straßen durch! Walten Sie Ihres Amtes! *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.23

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Remplbauer. Ich erteile es ihm.

12.24

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Das Budget 1985 für Bauten umfaßt eine Gesamtsumme von etwas mehr als 29 Milliarden Schilling. Die Bauwirtschaft ist also — gemessen an den anderen Kapiteln — recht gut dotiert. Das Kapitel Bauwirtschaft sorgt mit dieser Summe dafür, das Arbeitsplätze gesichert werden; es ist wirtschaftsorientiert.

Mit diesen Milliardenbeträgen können wir den Aufgaben im gesamten Baubereich nachkommen. Wir vermerken, daß der Aufschwung in der Wirtschaft auch für 1985 fortgesetzt werden kann. Wir sind stolz darauf, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im Jahre 1984 echt gegriffen haben, das beweisen schließlich alle österreichischen Wirtschaftsdaten. Ein echter

Remplbauer

Erfolg unserer Bundesregierung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Bereich Straßen- und Hochbau Stellung nehme, ganz kurze Bemerkungen zum Bundeswasserwirtschaftsfonds und zum Wohnbau. Das Bauvolumen wird im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds wieder stark angehoben. Nach der Seenreinhaltung, die beispielgebend für viele andere Staaten ist, gehen wir nun eine echte Umweltreparatur an, nämlich die Sanierung der Fließgewässer innerhalb der nächsten zehn Jahre.

Als Obmann eines großen Wasser- und Reinhalteverbandes mit einem Bauvolumen von 500 Millionen Schilling möchte ich dem Herrn Bundesminister dafür Dank sagen, aber auch den Beamten des Wasserwirtschaftsfonds für das Verständnis und für die Zurverfügungstellung der Finanzmittel, denn viele Gemeinden müssen bei der Erfüllung dieser Aufgabe an die Grenze der Finanzierbarkeit, auch an die Grenzen der vertretbaren Verschuldung gehen. Dafür herzlichen Dank, besonders für die Möglichkeit der Zwischenfinanzierung.

Zum Wohnbaubereich auch einige Bemerkungen. Nach einer gewissen Stagnation im Jahre 1984, die überwunden ist, erwarten wir nun neue Impulse und auch eine Ausdehnung des Bauvolumens auf der Grundlage der beschlossenen Wohnbauförderungsgesetze. Die Aufwendungen für 1985 hat die Frau Staatssekretär mit etwa 21 Millionen Schilling bereits festgelegt. 1,5 Milliarden Schilling werden es bei der Wohnbauförderung mehr sein, etwa 1,3 Milliarden Schilling werden zur Wohnhaussanierung zur Verfügung stehen, wenn wir auch die Budgetansätze für Startwohnungen und das Sonderwohnbauprogramm einschließen.

Zum Kapitel Straßenbau. Unter Einschluß der Sonderfinanzierungen im Jahre 1985 werden es mehr als 19 Milliarden Schilling sein, die dafür zur Verfügung stehen. Es ist unsere Absicht — es bedeutet einen wesentlichen Schwerpunkt, wie das der Herr Bundesminister schon ausgeführt hat —, das Straßengrundnetz Österreichs bis Anfang 1990 fertigzustellen, wobei es unser Ziel ist, ein leistungsfähiges und sicheres Straßennetz für den Durchzugsverkehr zu schaffen, dieses zu verbessern und natürlich auch zu erhalten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Deshalb soll auch der Haftungsrahmen der ASFINAG von bisher 45 Milliarden Schilling auf 60 Milliarden Schilling aufgestockt werden.

Meine Damen und Herren! Die fortschreitende Motorisierung und das Anwachsen der Handelsverbindungen machten in den letzten Jahren das Bundesstraßennetz zum wichtigsten Verkehrsträger, wobei wir das Problem haben, daß uns die starke Zunahme des Schwerverkehrs zu schaffen macht. Wenn wir vergleichen, daß 1970 der Transitverkehr auf den österreichischen Straßen mehr als 3 Millionen Tonnen betrug und im Jahre 1983 sich diese Fracht versechsfacht hat auf etwa 18 Millionen Tonnen im Transitverkehr, dann vermögen wir uns vielleicht vorzustellen, wie schwierig dieses Problem zu lösen ist. Es stellt eine wesentliche Aufgabe dar, einiges davon auf die Schiene umzulegen.

Im Ausbau der Bundesstraßen brauchen wir größere Verkehrssicherheit und selbstverständlich die Senkung des Energieverbrauchs. Auch hier ist das Problem die steigende Umweltbelästigung.

Im Jahre 1983 mußten bereits zweckgebundene Straßennetze für Umweltschutzmaßnahmen — ich denke hier an die Lärmschutzwälle, an die Erdwälle bei Straßenneubauten und bei bestehenden Bundesstraßen — aufgewendet werden.

Ab 1985 stehen 1 137 km Autobahnen, 289 km Schnellstraßen und 9 331 km Bundesstraßen zur Benützung zur Verfügung.

Im Jahre 1985 kommen neu dazu nahezu 100 km Autobahnen und 45 km Schnellstraßen, die dem Verkehr übergeben werden sollen. Ein hochrangiges Straßennetz wird uns zur Verfügung stehen, und zwar in wenigen Jahren. Es ist das erklärte Ziel unseres Herrn Bundesministers, bis etwa 1990 den erforderlichen Ausbau durchzuführen.

Ich verweise bei den Autobahnen auf die Süd Autobahn im Bereich St. Leonhard—Wolfsberg, St. Andrä sowie Arnoldstein bis zur Staatsgrenze und Grimmenstein—Hartberg; dieses Straßenstück soll heuer ausgebaut werden.

Ich verweise auf die Südost Autobahn im Abschnitt Ebreichsdorf bis Hornstein, auf die Ost Autobahn, auf die Innkreis Autobahn im Abschnitt Suben bis Pichl und im Bereich von Wels. Ich verweise weiters auf die Phyrn Autobahn, wo eine Baustelle im Bereich Graz durchgeführt wird, auf die Tauern Autobahn, die Inntal Autobahn, die Rheintal Autobahn und auf die Wiener Außenring Autobahn.

Ebenso bei den Schnellstraßen: die S 3, die

Remplbauer

Waldviertler Schnellstraße im Bereich Hollabrunn, die S 4, die Mattersburger Schnellstraße, die S 6, die Semmering Schnellstraße, die S 11 Pinzgauer Schnellstraße, die S 31, die Burgenland Schnellstraße im Abschnitt Siegraben—Weppersdorf, an die S 35, die Bruker Schnellstraße im Bereich Peggau und an die S 36, die Murtal Schnellstraße.

Also auch hier ganz, ganz wesentliche Straßenbaumaßnahmen im Jahr 1985. Rund 220 km Bundesstraßen sind im Bau. Hier geht es um Verbesserungen in der Linienführung, um Verbreiterungen der Straßen, um die Unfallhäufigkeit zu senken.

Ich möchte dem Herrn Bundesminister ganz besonders dafür danken, daß nun auch an der B 139 im Stadtbereich Traun geplant und in nächster Zeit auch hier die unfallhäufigste Stelle beseitigt werden kann.

Ein wesentlicher Teil des Bauprogrammes betrifft den Neubau und die Erhaltung von Brücken. Wir haben allein in Österreich etwa 8 600 Brücken, die einen jährlichen Erhaltungsaufwand von 400 Millionen Schilling erfordern. Ebenso möchte ich danken für die Bereitschaft zum Bau einer Donaubrücke westlich von Linz. Weiters ist vorgesehen eine Brücke bei Pöchlarn und eine Verbindung zwischen Korneuburg und Klosterneuburg.

Die Instandhaltung der Bundesstraßen wird immer aufwendiger. Für einen Kilometer Autobahn oder Schnellstraße brauchte man zur Erhaltung im Jahr 1975 139 000 S, 1982 beträgt der Erhaltungsaufwand mehr als das Doppelte, etwa 290 000 S.

Meine Damen und Herren! Kurz zum Bereich Hochbau. Nach den beiden Beschäftigungsprogrammen der Bundesregierung in den Jahren 1982 und 1983 im Hochbau, die wesentliche Investitionen gebracht haben, stehen 1985 insgesamt 6,3 Milliarden Schilling zur Verfügung. Damit können alle laufenden Vorhaben mit zufriedenstellenden Bauraten weitergeführt werden.

Schwerpunkte sind hier der Schulbau, Sanierungen, Neu- und Zubauten, Sanierung von Justizanstalten, Gerichtsgebäuden, Amtsgebäuden, Kasernenneubau und Kasernensanierung. Auch hier ein besonderer Dank dafür, daß für das Musisch-pädagogische Realgymnasium in Linz ebenso ein Betrag von 10 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wird und daß im Bundesschulzentrum in Traun der Erweiterungsbau, der zwingend notwendig ist, getätigt werden kann.

Ich möchte auch herzlich Dank sagen für die Sanierungsarbeiten an traditionellen Bundes-schulen und verweise da auf einige in unserer Stadt Linz, an die Khevenhüller-Schule etwa, im besonderen auf die Fadinger-Schule. Dort war ich ja 14 Jahre lang im Elternverein tätig. Die Frau Abgeordnete Dobesberger hat ja auch dort zu tun gehabt.

Es ist eine besondere Freude festzustellen, wie schön restauriert sich diese alten Bundesgebäude heute zeigen. Herr Bundesminister! Auch dafür herzlichen Dank.

Je nach Konjunkturentwicklung können noch 1,4 Milliarden Schilling aus dem Konjunkturausgleichsbudget zur Verfügung gestellt werden. Auf dem Hochschulsektor laufen 11 Großprojekte mit einer Gesamtfinanzierung von mehr als 7 Milliarden Schilling. Im Bereich der höheren Schulen sind 37 größere Projekte im Bau, die insgesamt nahezu 6 Milliarden Schilling an Finanzmitteln erfordern.

Ebenso wird nach dem österreichischen Sportstättenplan an den Sportstätten, insbesondere am Bau von Sporthallen, weitergearbeitet, und es werden Tausende Plätze für Schülerheime an Bundes-schulen zur Verfügung gestellt, ebenfalls mittels Finanzierung durch den Bund.

Zum Kasernenneubau. Auch hier ein Dank: Kirchdorf erhält heuer 40 Millionen Schilling.

Seit 1980 läuft ein Sonderprogramm zur Generalsanierung und zum Neubau von Justizanstalten.

Meine Damen und Herren! Ich fasse zusammen: All diese Maßnahmen auf dem Sektor des Hochbaues, im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds, des Straßenbaus und des Wohnbaus werden den Wirtschaftsaufschwung auch 1985 mittragen. Die Opposition wird die Milliardenbeträge im Bautenbudget heuer wieder ablehnen. Sie stimmt gegen Milliarden Schilling für Trinkwasserversorgung, gegen Milliarden für Fließwasserreinigung, gegen Milliarden Schilling bei der Abwasserbeseitigung.

Die Opposition stimmt gegen Milliarden für mehr Sicherheit und Leistungsfähigkeit auf unseren Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen. Sie stimmt gegen Sanierungsmaßnahmen. Die ÖVP stimmt gegen Milliarden für den Wohnungsbau, wo es darum geht, für junge Menschen gute, der Zeit entsprechende Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

6000

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Remplbauer

Sie stimmt gegen Milliarden für den Schulbau, zur Kasernensanierung für unsere Präsenzdiener, sie stimmt gegen die Finanzmittel für Sportstätten für unsere Jugend und für Sanierungen in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren! SPÖ und FPÖ tragen die Verantwortung gemeinsam für den Bereich der Bauwirtschaft, für die Beschäftigten in der Bauwirtschaft, für die jungen Familien und unsere Jugend und schließlich für alle Österreicher, die am Wirtschaftsaufschwung und an der Sicherung der Arbeitsplätze größtes Interesse haben. Wir stimmen daher dem Budget gerne zu. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.38

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hofer. Ich erteile es ihm

12.39

Abgeordneter **Hofer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dieser Lobrede meines Kollegen Remplbauer muß ich denn doch die Tatsachen wieder etwas ins rechte Lot rücken. *(Abg. Remplbauer: Den Tatsachen ins Auge blicken!)*

Herr Kollege Remplbauer! Sie scheinen vergessen zu haben, daß wir im Jahre 1980 beim Bautenbudget noch einen Anteil am Gesamtbudget im Ausmaß von 8 Prozent gehabt haben. Im Budgetansatz 1985 haben wir nur mehr 6 Prozent. Das ist ein Rückgang von 25 Prozent, die Mittel sind um ein Viertel weniger geworden, und da haben Sie den Mut, Herr Remplbauer, auf dieses Bautenbudget eine Lobrede zu halten. Das kann ich nicht verstehen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr verehrte Damen und Herren! Der Abgeordnetenkollege Dr. Gmoser von der Sozialistischen Partei, einer der Vordenker der sozialistischen Regierungspartei, hat vor kurzem in einer SPÖ-internen Diskussion zur Regierungsumbildung folgendes gesagt: „Neue Gesichter allein sind noch keine neue Politik.“

Wie recht, muß ich sagen, hat Kollege Gmoser damit gehabt! Wenn man sich nämlich dieses Budget anschaut, muß man feststellen, daß diese altgewohnte Verschwendungspolitik der Sozialisten fortgesetzt wird. Die unproduktiven Ansätze, wie zum Beispiel der Personalaufwand in den Zentralstellen, vor allem aber die Schuldenbelastung steigen weiterhin rasant an. Jene Ansätze aber, durch die eine zusätzliche neue Wirtschaftsbelebung, sei es

direkt oder indirekt, bewirkt werden könnten, stagnieren und sind rückläufig.

Die Schulden, wenn man zwischen 1970 und jetzt — 1985 — vergleicht, sind um das Siebeneinhalbfache gestiegen, die Zinsen für die Auslandsschulden allein um das Sechsfache. Die Zinsen und Spesen für die Finanzschulden haben sogar den vierzehnfachen Betrag des Jahres 1970 erreicht. Nur zum Vergleich: Das Budget insgesamt ist in diesem Zeitraum nur um das Vierfache gewachsen. Jeder dritte Steuerschilling muß zur Bezahlung von Schulden verwendet werden! *(Abg. Mühlbacher: Das stimmt doch nicht!)*

Obwohl der Finanzminister im kommenden Jahr um rund 7,6 Milliarden mehr zur Verfügung hat, ist dennoch keine Senkung des Budgetdefizits möglich gewesen. Auch in diesem Budget haben wir wieder 94 000 Millionen Schilling Budgetabgang prognostiziert.

In diesem Zusammenhang muß ich Ihnen doch den Spiegel vorhalten. Erinnern Sie sich noch, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei: Da hat es einmal einen Oppositionsführer Kreisky gegeben. Der hat von dieser Stelle aus im Jahr 1970 zum Budget erklärt: 7 Milliarden Schilling Defizit in einem Jahr zu machen, ist ein Wahnsinn. *(Abg. Mühlbacher: Das war ja damals wirklich ein Wahnsinn!)*

Jetzt haben wir den 13,5fachen Wahnsinn, Herr Kollege *(lebhafteste Zustimmung bei der ÖVP)*, und wir haben für heute und für die Zukunft immer weniger Geld, weil wir immer mehr für die Bewältigung der Vergangenheit, also für die Bezahlung der Schulden, brauchen werden.

Die Investitionsquote des Bundes betrug im Jahr 1975 noch 9,9 Prozent, jetzt sind wir bei rund 6,5 Prozent angelangt.

Es gibt, sehr verehrte Damen und Herren, Untersuchungen von Instituten — heute war schon einige Male die Rede davon —, daß an und für sich genügend Baubedarf vorhanden wäre. In dieser Broschüre von der Bauindustrie Österreich ist sogar von insgesamt 1 750 Milliarden Baubedarf die Rede. Daraus geht doch hervor, wir haben bei Gott keine Baukrise, sondern was wir haben, und das ist traurig, ist eine Finanzierungskrise. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieser Studie kann man entnehmen, daß die Schätzungen für den Wohnhausneubau rund 450 Milliarden betragen und für den gan-

Hofer

zen Bereich der Sanierung, der Altstadtsanierung und der Adaptierungen, rund 250 Milliarden. Wir haben also das Dilemma: auf der einen Seite sinkende und stagnierende Budgetansätze und auf der anderen Seite einen enormen Investitionsbedarf auf dem Bausektor.

Besonders hoch ist dieser Nachholbedarf bei der Altbauseubstanz. Diese gigantische Aufgabe der Althausanierung ist etwa vergleichbar mit dem Wohnhauswiederaufbau der Nachkriegszeit. Es wäre nämlich volkswirtschaftlich unverantwortlich, wenn dieser wertvolle Althausbesitz verfallen würde.

Dazu einige Fakten: Bei diesem Althausbesitz handelt es sich vorwiegend um Objekte, die um die Jahrhundertwende oder in der Zwischenkriegszeit gebaut worden sind. Bei diesen Objekten — sie weisen klarerweise eine andere Mauerstärke auf — hat man daher wesentlich bessere Isolierungen und Schalldämmungen. Aus diesem Grund wäre es schade, wenn diese Bauseubstanz verfallen würde.

Und was vielleicht das wichtigste ist: daß man auf vorhandene Strukturen zurückgreifen könnte. Man hat hier ein fertiges Kanalnetz, einen Wasseranschluß, Strom-, Telefon- und Gasanschlüsse und ein vorhandenes Straßennetz. Diese Überlegungen sollte man nicht übersehen.

Sehr verehrte Damen und Herren! Das Wohnhaussanierungsgesetz 1984 wird sicherlich nicht jene notwendigen Impulse bringen, die für die Sanierung des Althausbestandes so dringend notwendig wären. Solange nämlich — das habe ich schon einmal hier gesagt — durch ein Mietrechtsgesetz dem Hausbesitz ein Gewinnverbot verordnet wird, solange die begleitenden steuerlichen Anreize fehlen, so lange wird sicherlich dieses Wohnhaussanierungsgesetz nur Stückwerk bleiben.

Wir von der ÖVP fordern daher, daß das Mietrechtsgesetz ehebaldigst bei aller Rücksichtnahme auf soziale Überlegungen geändert wird.

Sehr verehrte Damen und Herren! Unbestritten ist, daß eine umfassende Stadterneuerung ohne private Initiative nicht möglich ist. Dazu sind jedoch steuerliche Anreize notwendig. Derzeit sind zwar Ausgaben, die für die Schaffung von Wohnraum durch Neubau getätigt werden, absetzbar, jedoch die Sanierungsmaßnahmen, Investitionen, die in der Weise getätigt werden, daß man alte Wohn-

häuser saniert, sind nicht absetzbar. Hier müßte endlich einmal eine steuerliche Gleichheit geschaffen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jene Baumaßnahmen, die im § 11 des Wohnungssanierungsgesetzes umschrieben sind, sollten — das haben wir bei den Verhandlungen zu diesem Gesetz immer gewollt — genauso steuerlich absetzbar sein. Ich erkläre daher von dieser Stelle aus, daß es höchste Zeit wäre, daß der § 18 des Einkommensteuergesetzes abgeändert wird. Daß diese Abänderung so bald wie möglich eintritt, dafür hat die größte Verantwortung an und für sich der Bauenminister der Republik Österreich.

Ich fordere daher den Minister auf, so rasch wie möglich mit seinem Ministerkollegen, mit dem Herrn Finanzminister, in Gespräche einzutreten, damit endlich diese Ungleichheit beseitigt wird. Denn wenn es uns gelingt, die Wohnhaussanierung ernsthaft und kräftig anzukurbeln, könnten wir für Tausende Menschen menschenwürdige Wohnungen schaffen und am Arbeitsmarkt auf viele Jahre Arbeitsplätze sichern.

Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Der § 18 hat aber noch einen Absatz, auf den ich kurz zu sprechen kommen möchte, und zwar ist das der Absatz 1. Dieser Absatz besagt, daß Investitionen in Wohnhäusern nur dann abgeschrieben werden können, wenn deren Wohnfläche mindestens zwei Drittel der Gesamtfläche ausmacht, wenn also ein gewerblicher oder ein landwirtschaftlicher Teil dabei ist.

Wenn man auf dem Land lebt, weiß man aber, daß vielfach bei Nebenerwerbslandwirten oder bei Gewerbebetrieben zwei Drittel auf den gewerblichen oder wirtschaftlichen Teil des Objektes entfallen und ein Drittel auf das Wohnhaus, das sind die vielen Fälle, in denen der § 18, der Abschreibungen normal ermöglicht, diese Abschreibungsmöglichkeit verhindert. Ich finde, daß das eine Härte ist, denn wenn jemand Sonderausgaben tätigen will, kann er das in einem solchen Fall leider nicht machen. Dazu ein konkretes Beispiel.

Eine Familie mit zwei Kindern, die ihre Bausparmöglichkeiten voll ausschöpft, bekommt in vier Jahren ein Bausparprämie von 16 640 Schilling. Das eigene Kapital, das sie angespart hat, macht in diesem Zeitraum 111 360 Schilling aus. Wenn nun das zutrifft, was ich vorhin erwähnt habe, dann hat der Betreffende das Pech, wenn er vorzeitig dieses Geld herausnimmt, weil er in seinen Wohnhausneubau investiert, daß er die

Hofer

gesamte Prämie von 16 640 Schilling vorzeitig wieder dem Finanzamt zurückzahlen muß. Also sie verbleibt ihm nicht, und seine eigenen Mittel, die er einsetzt, kann er auch nicht im Rahmen seiner Abschreibungsmöglichkeiten geltend machen.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß und damit so wie im Vorjahr — das habe ich mir vorgenommen, und ich werde es auch bei allen meinen Reden zum Kapitel Bauten und Technik so halten, bis meine Forderung erfüllt ist — zu meinem persönlichen Ceterum censeo. Es betrifft den Ausbau beziehungsweise die Sanierung der B 129 im Bereich zwischen Eferding und Peuerbach.

Herr Minister, ich stelle fairerweise fest, daß im heurigen Jahr ein kleines Teilstück ausgebaut wurde und im nächsten Jahr der Ausbau mit einem kleinen Stück im Stadtbereich Eferding fortgesetzt werden soll. Aber wir sind erst am Beginn, der größte Teil muß noch erledigt werden. Deshalb wurden auch in den angrenzenden Gemeinden von den dortigen Gemeinderäten einstimmig, also mit den Stimmen aller Parteien, Resolutionen beschlossen, in denen der rasche Ausbau und die Sanierung der betroffenen Straßenteile vom Baulenminister und vom zuständigen Landesrat gefordert werden.

Herr Minister! Im Auftrag dieser Gemeinden ersuche ich Sie, für das bereits vorgelegte und genehmigte Objekt in Prambachkirchen die finanziellen Mittel bereitzustellen und für die vier Projekte in Peuerbach die Genehmigung zu erteilen.

Der weitere Ausbau darf nicht mehr länger verzögert werden. Die Tausenden Pendler, die täglich mit den Schichtbussen oder mit Privatautos nach Linz und wieder heimfahren müssen, hätten es sich verdient, daß sie endlich auf einer besseren Straße nach Linz zu ihren Arbeitsstätten fahren können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.51

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fertl. Ich erteile es ihm.

12.51

Abgeordneter Dr. **Fertl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wiederholt wurde von Abgeordneten der Oppositionsparteien heute wieder moniert, daß die Regierungsparteien, insbesondere die Sozialistische Partei eigentumsfeindlich sei, was sich beim Wohnbauförderungsgesetz gezeigt habe und

was auch dazu geführt habe, daß dieses Gesetz nicht einstimmig beschlossen werden konnte.

Ich darf wiederholen — der Abgeordnete Veleta, mein Freund Veleta, hat das bereits ganz deutlich gesagt —: Wir sind nicht eigentumsfeindlich, und wenn Sie es auch noch so oft wiederholen, wird es nicht wahrer werden. Wir sind nur dagegen, daß Eigentumswohnungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, zu einem Spekulationsobjekt werden. Dagegen wehren wir uns. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daß der Eigentümer nicht verfügungsbe-rechtigt ist über die Eigentumswohnung, die er erwirbt, die durch öffentliche Mittel gefördert ist, stimmt ja auch nicht, denn auch jetzt schon kann eine Eigentumswohnung veräußert werden, wenn die Landesregierung ihre Zustimmung gibt. Die achtjährige Frist tritt nur dann ein, wenn eine vorzeitige Rückzahlung dieser Mittel erfolgt. Nach acht Jahren ist die Zustimmung der Landesregierung nicht mehr erforderlich.

Und noch ein Wort zu meinem Herrn Vorredner. Er hat seine Rede damit begonnen, daß er den Abgeordneten Gmoser zitiert hat, der gesagt hat, neue Gesichter bedeuten noch keine neue Politik.

Er hat nur nicht weiter gesprochen. Daher darf ich Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, darauf hinweisen, daß seit der Regierungsumbildung sehr maßgebliche Entscheidungen in dieser Regierung gefallen sind. Ich darf Ihrer Erinnerung auf die Füße helfen: Die Budgetkonsolidierung ist neuerlich dem Budget zugrunde gelegt worden. Wir werden unsere Schulden nicht erhöhen, wir werden einen Weg gehen, der uns in die Lage versetzt, in guten Zeiten zu sparen, damit wir für die schlechten Zeiten wieder etwas übrig haben.

Es wurde in diesen paar Monaten die Entscheidung über die Senkung der Zinsertragssteuer herbeigeführt; etwas Wesentliches. In wenigen Tagen hat der neue Finanzminister eine Entscheidung über den neuen Finanzausgleich getroffen, ein Finanzausgleich, der insbesondere den Gemeinden zugute kommt. Die Familienbeihilfen werden ab 1. Jänner wieder erhöht.

Noch eine Entscheidung ist gefallen: Der Umweltfonds, der in diesem Jahr mit 500 Millionen Schilling dotiert war, wird auf eine Milliarde erhöht. *(Ruf bei der ÖVP: 500 Millionen)*

Dr. Fertl

aus dem Katastrophenfonds!) Das hat es früher nicht gegeben, Herr Abgeordneter, das gibt es ja erst seit diesem Jahr. Er wird erhöht und wird weiter erhöht werden, wenn es notwendig ist. Denn Umweltschutz ist uns ja kein Lippenbekenntnis, Umweltschutz ist etwas, was wir ernst nehmen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wenn ich beim Umweltschutz bin, darf ich ein Kapitel herausnehmen, den Wasserwirtschaftsfonds. Auch darüber wurde heute schon einiges gesagt. Ich darf vielleicht noch ein wenig ins Detail gehen.

25 Jahre ist der Wasserwirtschaftsfonds in diesem Jahr alt oder jung, je nachdem, wie man es nehmen will. Er wurde geschaffen — auch das wissen wir, ich möchte es nur wiederholen —, um den Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Unterstützung bei der Errichtung von Wasserversorgungsanlagen und Wasserentsorgungsanlagen zu geben. In diesen 25 Jahren wurden 7 500 Projekte gefördert, die insgesamt ein Bauvolumen von 105 Milliarden Schilling ausgelöst haben. 59 Milliarden davon sind aus dem Wasserwirtschaftsfonds gekommen.

1970, das hat der Herr Bundesminister in seiner Wortmeldung schon gesagt, betrug das Volumen des Wasserwirtschaftsfonds noch 617 Millionen Schilling. In diesem Jahr — das haben wir auch gehört — wird noch eine Fondssitzung über die Vergabe der Mittel stattfinden, und es werden 8 Milliarden Schilling vergeben zur Förderung all dieser Anlagen, die wir so dringend benötigen, um unsere Umwelt rein zu halten oder wenigstens Maßnahmen zu treffen, um sie wieder rein zu bekommen.

Diese Investitionen von 8 Milliarden Schilling aus dem Wasserwirtschaftsfonds stellen wieder sicher, daß 18 000 Arbeitsplätze für unsere Bauwirtschaft gesichert sind. Zählt man dazu auch noch die Zulieferbetriebe, dann werden es sicherlich rund 30 000 Arbeitsplätze sein, die weiterhin in der Bauwirtschaft gesichert sind.

Derzeit sind ungefähr 2 000 Vorhaben in Arbeit, rund 60 Milliarden Schilling sind erforderlich, um diese zu realisieren. Aber die Mittel sind vorhanden, und sie werden nach Anforderung ausbezahlt werden.

Die Seenreinhaltung wurde heute schon erwähnt. Es ist in einem gigantischen Ausbauprogramm gelungen, unsere Seen wieder rein zu bekommen. Das dient nicht nur der

Umweltoffensive, die die Sozialisten gestartet haben, sondern ein großer Wirtschaftszweig, der Fremdenverkehr, darf sich sehr dankbar gegenüber dem Wasserwirtschaftsfonds zeigen, denn die Zunahme des Fremdenverkehrs ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß unsere Seen wieder Badeseen geworden sind, daß unsere Seen wieder das sind, was wir wollen: biologisch reine Seen, die zum Teil sogar Trinkwasserqualität haben.

In der Regierungserklärung ist außerdem ein Programm erstellt worden, das Programm zur Reinhaltung unserer Fließgewässer. Es sollen in den nächsten zehn Jahren rund 70 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt werden, um die arg verschmutzten Flüsse rein zu bekommen.

Natürlich wird dies nicht möglich sein, wenn nicht auch die Wirtschaft oder jene Betriebe, die im besonderen Maße die Verschmutzung der Fließgewässer verursachen, mitziehen, und es wird auch nicht möglich sein, wenn die Länder nicht mittun.

Daß es sicherlich im Bereich der Möglichkeit liegt, sieht man jetzt schon an den Arbeiten, die an der Mur, an der Traun und an der Drau durchgeführt werden. Die Traun, um ein Beispiel heranzuziehen, wird 1987 schon ein wesentlich verbessertes Wasser führen und 1990 eine für alle befriedigende Wasserqualität haben.

Nun darf ich noch zu meinem ganz eigenen regionalen Bereich kommen, zum Ybbsfluß. Bereits im Vorjahr habe ich hier am Rednerpult darauf hingewiesen, daß die Sanierung des Ybbsflusses keinen Aufschub mehr duldet. Wir haben in der Zwischenzeit eine Studie zur Verfügung, die vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erstellt wurde. Daraus ist erkennbar, daß der größte Verschmutzer der Ybbs ein Betrieb der Zellstoffindustrie ist, der mit ungefähr 500 000 Einwohnergleichwerten diesen Fluß verschmutzt, einen Fluß, in dessen Umland rund 50 000 Menschen wohnen. Wie arg die Verschmutzung ist, die dieser Betrieb verursacht, ist auch daraus erkennbar, daß ab dem Einfluß der Abwässer dieses Betriebes die Wassergüte auf Klasse IV herunterfällt, also der Fluß biologisch bereits tot ist.

Ich gebe schon zu, daß es für die Betriebe nicht immer leicht ist, Umweltschutzmaßnahmen zu treffen, aber es geht auch nicht so, daß ein derartiger Betrieb oder dessen Management ganz einfach meint: Wir sind bereit, Umweltschutzmaßnahmen zu treffen, bezah-

6004

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Dr. Fertl

len muß allerdings die öffentliche Hand; dazu können wir uns nicht bekennen.

Aber ich glaube, daß vernünftige Gespräche zwischen Management, dem Bund und dem Land sicherlich zu einem Ergebnis führen könnten, daß die Ybbs in absehbarer Zeit, in einem vertretbaren Zeitraum, bis 1990, wieder so rein sein kann, daß auch dort wieder Fische leben können.

Und da höre ich mit Befriedigung, daß in der allernächsten Zeit bereits eine Besprechung des Managements mit den zuständigen Bundesministern stattfinden wird. Ich bin überzeugt, daß es doch zu einer Einigung kommen kann, denn so einfach kann man es sich nicht machen, zu sagen: Wir sperren den Betrieb zu!, wodurch 300 Arbeitsplätze leichtfertig vernichtet werden. So kann es nicht sein. Vernünftige Gespräche können solche Probleme allerdings lösen, das wird bei allen in Zukunft zu sanierenden Flüssen der Fall sein. Vernünftige Gespräche können auch zu einem vernünftigen Ergebnis führen. *(Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umweltschutz — das hat sich in dieser Woche schon gezeigt — ist uns ein Anliegen, das nunmehr auch in die Verfassung gekommen ist. Umweltschutz wird uns immer stärker ein Anliegen sein. Wir werden ihn aber nicht geschenkt bekommen. Jeder einzelne — und nicht nur die öffentliche Hand — wird ganz bewußt einen Teil dazu beitragen müssen, daß wir unserer Umwelt eine Qualität verleihen, die notwendig ist, damit auch unsere Kinder und Kindeskiner noch einen Lebensbereich vorfinden. Danke. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.05

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Strache.

13.05

Abgeordneter **Strache** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Es ist heute schon viel über das Bautenkapitel, über die Wasserwirtschaft, über die Wohnbauförderung und den Straßenbau gesprochen worden. Ich glaube aber, daß man dem Bautenminister für all diese Aktivitäten, die gesetzt wurden, wirklich Dank sagen kann, und zwar zunächst für die Bundesstraßengesetz-Novelle, die den Schwerpunkt Umweltschutz und da vor allem die Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigt. Ich glaube also, daß sich diese Novelle eigentlich erst jetzt auswirkt, weil die

Umsetzung in den vergangenen Monaten erfolgt ist.

Die neue Wohnbauförderung, die erst 1985 greifen wird, bringt mehr Geld und mehr Kompetenzen für die Länder.

Die Aktivierung des Wasserwirtschaftsfonds — darauf ist mein Vorredner ja schon eingegangen — bedeutet, daß die Gemeinden und die Gemeindeverbände da wirklich große Anliegen und damit Umsetzungen erhalten.

Es liegen jetzt noch zwei Novellen vor: die Novelle zum Bundeshochbaufonds und die Bundesstraßengesetz-Novelle. Herr Bundesminister! Wir werden sicher auch gemeinsam versuchen, diese beiden Novellen einer positiven Erledigung zuzuführen.

Wenn der Herr Abgeordnete Vetter heute erklärt hat, die Österreichische Volkspartei werde diesem Bautenkapitel nicht die Zustimmung geben, dann mache ich nur darauf aufmerksam, daß damit ein niederösterreichischer Abgeordneter erklärt hat, daß er gegen dieses Budgetkapitel Bauten und Technik ist und damit gegen den Marchfeldkanal. Er ist vor allem gegen die Finanzierung der Planungsgesellschaft für diesen Marchfeldkanal. Der Abgeordnete Vetter hat ihn ja erwähnt. Ich hoffe, daß die ÖVP bereit ist, wenn wir über die Errichtungsgesellschaft diskutieren, mit uns gemeinsam diese Gesellschaft zu gründen.

Wir wissen, daß das Grundwasser im Marchfeld in den letzten Jahren rapid abgesunken ist. Das ist auch der eigentliche Grund meiner heutigen Rede, und zwar geht es mir darum, auf den Wasserwirtschaftsfonds im Zusammenhang mit dem Marchfeldkanal einzugehen.

Der Wasserwirtschaftsfonds hat wirtschaftliche und ökologische Bedeutung. Das wurde schon immer gesagt. Er wird im nächsten Jahr mit dem Marchfeldkanal eine zusätzliche Aufgabe bekommen, die sicher keine kleine ist. Bei der Durchführung dieses Jahrhundertprojektes, wie es immer wieder genannt wird — es wurde im vergangenen Jahr in einem Staatsvertrag zwischen Niederösterreich und dem Bund laut Artikel 15 a der Bundesverfassung vereinbart —, fällt dem Wasserwirtschaftsfonds sicher eine große Rolle zu. Aber auch dem Land Niederösterreich, und das ist auch im Artikel 15 a so vereinbart, fällt ein Beitrag zu, nämlich insofern, als beide, Bund und Land, diesen Marchfeldkanal finanzieren.

Strache

Worum geht es eigentlich bei diesem Projekt im Marchfeld? — Wir wissen, daß der Grundwasserspiegel jährlich 5 bis 6 cm absinkt und daß die Bäche im Marchfeld veröden, weil die Wasserführung und die Abwasserreinleitungen den Wasserverlust nicht wettmachen können.

Die Entwicklungsmöglichkeiten des fast 1 000 km² großen Marchfeldes, 150 km² davon auf Wiener Boden, 850 km² auf niederösterreichischem Gebiet, sind durch diese wasserwirtschaftlichen Probleme stark begrenzt, und langfristig kann man nur durch eine Wasserzufuhr aus der Donau in das Marchfeld diese Situation verbessern.

Im Marchfeld geht es in erster Linie um die landwirtschaftlichen Erträge. Die Palette der Produkte in der Landwirtschaft kann nur durch eine Bewässerung weiter ausgedehnt werden. Zusätzliche Erträge können eben nur durch Bewässerung erfolgen, und daher ist es notwendig, daß eine direkte Dotierung des Grundwassers mittels Versickerung eingeleitet wird.

Die Hauptgründe für das Absinken des Grundwassers sind in erster Linie in der modernen Bewässerungstechnik zu suchen, die in der Zweiten Republik angewendet wurde. Immer mehr Wasser wurde aus dem Boden geholt, um eben entsprechende Erträge zu erreichen. Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie waren daran beteiligt.

Im niederösterreichischen Teil des Marchfeldes werden jährlich 35 bis 40 Millionen Kubikmeter Wasser entnommen.

Für die Brauchwasserversorgung in den Wiener Bezirken Donaustadt und Floridsdorf werden jährlich weitere 50 Millionen Kubikmeter herausgeholt, und für die Trinkwasseraufbereitung in der Lobau werden an Grundwasser noch weitere 6 bis 7 Millionen Kubikmeter entnommen.

Diese Entwicklung mußte zu einem Defizit zwischen natürlicher Grundwasseranreicherung und den Entnahmen führen, was die Absenkung des Grundwasserspiegels bewirkte.

Aber auch der Bau des Wiener Entlastungsgerinnes und darüber hinaus die Donauufer-Autobahn haben dazu beigetragen, daß das Absinken des Grundwassers erfolgt ist.

Sollte in den nächsten Jahren der Bau des Marchfeldkanals nicht vorgenommen werden,

so wird in 10 bis 15 Jahren das niederösterreichische Marchfeld nicht mehr die „Kornkammer Österreichs“ sein, die Siedlungswasserversorgung wäre gefährdet, und die industriellen und landwirtschaftlichen Erträge wären nicht mehr gesichert.

Es geht beim Marchfeldkanal aber auch um eine Verbesserung der Wassergüte, die nur durch eine zusätzliche Dotation zu erreichen ist.

Wie wichtig die Entscheidung für den Bau des Kraftwerkes und den Aufstau der Donau in Hainburg wäre, zeigen die Bewässerungsmodelle des Marchfeldkanals, dessen Auslauf sich im unteren Teil wesentlich verlangsamen würde. Das Wasser, das man oben hineingibt, würde, wenn das Kraftwerk nicht gebaut würde, nach unten wieder ausrinnen.

Aus all diesen Gründen bestreitet heute, glaube ich, niemand mehr die Notwendigkeit dieses Bewässerungsprojektes für das Marchfeld, das ja schon im vorigen Jahrhundert andiskutiert wurde, nämlich im Jahre 1850 in Zusammenhang mit der Donauregulierung. Man konnte aber allein aus technischen Überlegungen nicht darangehen, weil man damals die Technik noch nicht soweit im Griff hatte.

Eine Chronik soll zeigen, wie oft dieser Marchfeldkanal schon diskutiert wurde:

Im Jahre 1850 das erste Mal, wie ich schon erwähnte, im Zusammenhang mit der Donau-regulierung.

Hundert Jahre später, im Jahre 1946, hat sich ein Studienkomitee im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gegründet. 1962 wurde ein generelles Projekt ebenfalls im Landwirtschaftsministerium diskutiert.

Aber erst in der Zeit einer sozialistischen Bundesregierung, nämlich 1977, ist auf Grund neuer Erarbeitungen die Diskussion in der Österreichischen Raumordnungskommission erfolgt. Ein Unterausschuß hat die Diskussion aufgenommen.

Im Jahre 1979 ist zum erstenmal in einer Regierungserklärung der Marchfeldkanal konkret zu finden.

Es zeigt sich ja, wie das weiter verfolgt wurde: 1982 der „Staatsvertrag“ des Bundes mit dem Land Niederösterreich zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Lande, zur

Strache

Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen mit dem Projekt des Marchfeldkanals.

In der weiteren Folge: 1983 die Gründung und Errichtung der Planungsgesellschaft und die Einreichung um die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau.

Jetzt geht es darum, bis 31. Dezember die generelle wasserrechtliche Genehmigung anzustreben. Das heißt, daß ein rasches Vorwärtskommen gegeben ist.

Das Projekt der Planungsgesellschaft sieht eine wasserwirtschaftliche Sanierung des gesamten niederösterreichischen Marchfeldes, aber auch von Teilen Wiens vor. Damit können die derzeitigen Wasserentnahmen gehalten beziehungsweise weiterentwickelt werden.

Der Marchfeldkanal hat — dabei gehe ich von der jetzigen Planung aus — eine Länge von 18 Kilometern. 7 Kilometer betreffen Wiener Gebiet.

Dieser Kanal soll von Langenzersdorf von der Donau weg bis Deutsch-Wagram führen, dort in zwei Bäche — Rußbach und Stempfelbach — eingeleitet werden. Es sollen Wasserzuleitungen für Hochterrassen erfolgen, und es soll elf Entnahmestellen aus dem Grundnetz geben.

Die Planungsgesellschaft hält immer engen Kontakt mit der Gemeinde Wien, und es gibt immer wieder neue Vorschläge, wie man dies oder jenes verbessern könnte. Da gab es die Idee: Wasser aus dem Donau-Oder-Kanal, dann gab es die Überlegung einer Verrohrung.

Wir glauben aber, daß dieses Projekt, bei dem die Planungsgesellschaft die offene Bauweise vorschlägt, eine optimale Lösung darstellt. Eine Lösung, die dem Umweltschutz am meisten entgegenkommt und keine Verzögerung beim Baubeginn verursacht.

Daß dieses Projekt eine Reihe ökologischer Vorteile schafft, habe ich schon erwähnt, ferner, daß dieser Marchfeldkanal für Wien und Niederösterreich in der offenen Bauweise viele Möglichkeiten der Erholung bietet.

Das vorliegende Projekt zeigt, daß die Gerinne nicht nur Transportkanäle sind, sondern eben durch die Versickerung die Selbstreinigung des Wassers erlauben, was natürlich auch für die Erholungsfläche von Bedeu-

tung ist. Der Kostenpunkt für dieses Projekt wird mit 2 Milliarden Schilling angegeben.

Der Beschäftigungseffekt darf nicht außer acht gelassen werden. In einer Bauzeit von etwa fünf Jahren können 900 Menschen bei diesem Kanal Beschäftigung finden, und das ist neben Hainburg Niederösterreichs größte Baustelle für die nächsten Jahre.

Wir glauben, daß die Betriebskosten vor allem von den Gebietskörperschaften zu übernehmen sind, vom Land Niederösterreich und von den Gemeinden. Die Möglichkeit müßte geschaffen werden, weil die betreffenden Institutionen für die Entnahme verantwortlich sind.

Das Projekt des Marchfeldkanals ist ein ganz wichtiges und hervorragendes Beispiel für die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit des Wasserwirtschaftsfonds, für seine Initiativfunktion, für weitreichende und in großen Zusammenhängen erstellte Projekte mit ökonomischen und ökologischen Effekten.

Die im Rahmen des Fonds verausgabten Mittel dienen, wie zum Beispiel das Projekt des Marchfeldkanals zeigt, nicht nur der Wasserwirtschaft, sondern auch dem Umweltschutz und der Beschäftigung.

Meine Damen und Herren! Die sozialistischen Abgeordneten geben daher dem Kapitel Bauten und Technik gerne ihre Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 13.18

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Schwarzenberger.

13.18

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Abgeordneter Fertl hat sich in seiner Wortmeldung beschwert über die Kritik, daß das neue Wohnbauförderungsgesetz eigentumsfeindlich sei.

Herr Abgeordneter! Erstmals wurde den Ländern durch Gesetz die zwangsweise Meistbegünstigungsklausel für Mietwohnungen vorgeschrieben. Die Bezieher von Mietwohnungen haben einen Rechtsanspruch auf Wohnbeihilfe, und für Inhaber von Eigentumswohnungen mit gleichem Einkommen gibt es nur eine Kannbestimmung. Dies sind einige Punkte von mehreren, die wir immer wieder anführen.

Bei seiner Wortmeldung erwähnte mein Kollege Hofer, daß ein Drittel der Netto-

Schwarzenberger

steuereinnahmen für die Schulden, für die Zinsen und Rückzahlungstilgung, aufgehen. Der Abgeordnete Mühlbacher hat diese Zahl bezweifelt.

In den heutigen „Salzburger Nachrichten“ rechnet Ronald Barazon das genau nach und kommt auf 36,7 Prozent. Die Zahl des Abgeordneten Hofer stimmt also sehr genau. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weinberger: Wenn die Zeitung das schreibt, dann stimmt es!)* Ja, das geht auch aus dem Budget sehr deutlich hervor, denn die Zahlen stimmen genau. Ich erwähne das nur, weil es in den heutigen „Salzburger Nachrichten“ steht.

Frau Staatssekretär Eypeltauer betonte in ihrer Wortmeldung, das Budget sei die in Zahlen gegossene Regierungspolitik. Wenn man bedenkt, daß im Baubereich nahezu 80 Prozent der Investitionen von den öffentlichen Händen mit beeinflußt werden und daß wir bereits einen sehr hohen Anteil an Zinsenzahlungen im Budget haben, so erkennt man, daß das in Zukunft in der Baupolitik, bei der es um eine umfassende Beschäftigungspolitik geht, zu sehr negativen Folgen führt.

Abgeordneter Eigruber hat die Bauwirtschaft als Konjunkturmotor Nummer eins bezeichnet. Dies bedeutet aber ein totales Verdrehen der Tatsachen, weil nämlich das Gegenteil der Fall ist. Ich werde das jetzt beweisen.

Wir hätten zwar vor allem im Dorferneuerungs- und Altstadterhaltungsprogramm einen sehr großen Nachholbedarf, aber es ist leider Tatsache, daß laut Wirtschaftsforschungsinstitut der Anteil der Investitionen an den gesamten Budgetausgaben im Jahre 1985 nur mehr 6,7 Prozent beträgt und daß die Sockelarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft im heurigen September, also in deren Hochsaison, um 5,8 Prozent höher ist als im Jahre 1983.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß im Wohnbau 1981 noch 51 000 geförderte Wohnungen errichtet werden konnten; 1982 waren es nur mehr 43 872, 1983 nur mehr 39 000, und im heurigen Jahr haben wir einen weiteren Rückgang von 10 Prozent zu verzeichnen.

Es stimmt, daß in der Althausanierung um etwa eine Milliarde Schilling an Investitionen 2 000 Arbeitsplätze gesichert werden können. Aber ohne Privatinitiativen und ohne Unterstützung durch steuerliche flankierende Maßnahmen wird es nicht möglich sein, mit der

Stadt- und Dorferneuerung entsprechend fortzufahren.

Meine Damen und Herren! Baupolitik enthält — hier vor allem im Straßenbaubereich — verkehrspolitische, aber auch umweltpolitische Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist leider Tatsache, daß die Anrainer von Straßen einer immer stärkeren Lärmbelastung ausgesetzt sind. Die Bundesländer haben die notwendigen Investitionen für Lärmschutzmaßnahmen in den nächsten Jahren auf rund 4,5 Milliarden Schilling geschätzt. Man sollte diesem Bereich wirklich mehr Aufmerksamkeit schenken.

Wenn der Herr Abgeordnete Haigermoser heute hier gemeint hat, im Straßenbau sei bisher der Umweltschutz mit Füßen getreten worden, so pflichte ich ihm in diesem Punkt bei und freue mich, daß er über den Schatten springen konnte. In Salzburg werden nämlich bereits seit Jahrzehnten die Straßenbaureferenten von der Freiheitlichen Partei gestellt, und ich habe schon mit Landesrat Leitner, mit Landesrat Baumgartner, aber auch mit Landesrat Wiesner über diesen Umweltschutz für die angrenzenden Grundbesitzer Diskussionen geführt.

Wir müssen nämlich auch zunehmend feststellen, daß durch die Salzstreuung angrenzende landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundstücke total versauern, daß sie mit Kies verschmutzt und im Winter mit Salzwasser versauert werden.

Entlang der Tauern Autobahn im Bereich Fritztal sterben bis zu einer Entfernung von 20 Metern sämtliche Bäume ab. Es hat zwar die Tauern Autobahn-Gesellschaft bereits die Bereitschaft bekundet, diesen Geländestreifen abzulösen, aber man sollte nicht nur die Flächen ablösen, sondern man sollte auch Maßnahmen setzen, damit die Umwelt nicht derart verschmutzt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Selbst jahrzehntealte Trinkwasserversorgungsanlagen müssen in der Nähe von Durchzugsstraßen wegen der Verschmutzung der Quellen gesperrt werden. Wir hatten vor kurzem einen derartigen Fall in Pfarrwerfen. Durch den Bau der Tauern Autobahn wurde die unterhalb der Autobahn liegende Quelle zuerst durch den Bau verschmutzt. Es hat dann die Autobahnverwaltung die Quelle neu gefaßt, einen Quellsammelbehälter dort hingestellt, und im heurigen Jahr hat sich herausgestellt, daß durch die Verschmutzung des Straßenverkehrs die Quelle unbrauchbar

Schwarzenberger

geworden ist. Die betroffenen Benützer der Quelle sind nun gezwungen, ein anderes Wasser zu suchen, und hier weigert sich die Bundesstraßenverwaltung, die Kosten für eine Ersatzquelle zu erbringen. (*Bundesminister Sekanina: Das Land!*) Das ist die Bundesstraßenverwaltung. Ich habe in dieser Frage auch im Namen der betroffenen Grundbesitzer dem im Land Salzburg zuständigen Straßenbaureferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Radlegger einen Brief geschrieben, denn ich sehe ein, daß die Anrainer, wenn die Quelle auf Grund der Verschmutzung durch den Straßenverkehr unbenutzbar wird, die vollen Kosten für eine Ersatzquelle zu tragen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein weiteres Problem stellen die Grundablösen zum Straßenbau dar. In den meisten Fällen handelt es sich um Zwangsablösen, um Zwangsverkauf von Grundstücken. Tausende Hektar von Grund und Boden müssen so für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden; Grund und Boden, der nicht vermehrbar ist. Viele bäuerliche Familien verlieren dadurch sehr oft ihre Vollerwerbsgrundlage. Sie sind gezwungen, sich einen Nebenerwerb zu suchen.

Mit der im Gesetz formulierten angemessenen Schadloserhaltung sollte es dem Grundeigentümer ermöglicht werden, ein gleichwertiges Grundstück, ein Ersatzgrundstück zu erwerben. Dies ist aber in den seltensten Fällen möglich. Wieviel bäuerliches Leid durch diese Grundablösen oft ausgelöst wird, wissen die wenigsten. Darüber wird nämlich bei der Eröffnung der Straße nicht mehr gesprochen.

Darf ich hier stellvertretend für viele ein Beispiel nennen. Für die Errichtung der Tauern Autobahn mußte ein Grundbesitzer in Hütttau 6 Hektar Grund abtreten und 7 Hektar als dauernde Deponie zur Verfügung stellen; es handelt sich hierbei um Dreiviertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche dieses Betriebes. Die Bauernfamilie verwendete die Ablösesumme zur Neuerrichtung des Bauernhauses und eines neuen Wirtschaftsgebäudes. Der Besitzer war jedoch in der Folge gezwungen, sich einen Nebenerwerb zu suchen.

Bei der Eröffnung dieses Teilstückes der Tauern Autobahn hatte der damalige Bautenminister Moser in Anwesenheit des dortigen Bürgermeisters Hirscher und in Anwesenheit des leider bereits verstorbenen Abgeordneten Josef Hirscher die Errichtung eines Kiosks mit einer Fremdenverkehrsinformationsstelle für diese Bauernfamilie zugesagt. Die Einlö-

sung dieses damaligen Versprechens wird jetzt von der Tauern Autobahn abgelehnt.

Die Bauersleute haben daher, Herr Minister, am 5. Oktober 1983 an Sie in dieser Sache einen Brief geschrieben — sie waren nämlich vor einigen Wochen bei mir —, und dieser Brief wurde bis heute vom Minister noch nicht beantwortet.

Herr Minister! Bei einigermaßen gutem Willen müßte eine Regelung dahin gehend möglich sein, daß Ersatzgrund von den Bundesforsten zur Verfügung gestellt wird. Viele Bauern können es einfach nicht verstehen, daß sie für das Interesse der Allgemeinheit Grund und Boden opfern müssen, aber angrenzende Bundesforste oft Tausende Hektar Grund besitzen. Man könnte durch einen Grundtausch so manches Leid verhindern.

Ich komme aus einem Bezirk, wo die Bundesforste von 70 000 Hektar Waldfläche 40 000 Hektar besitzen.

Ich fordere Sie deshalb auf, Herr Minister, mit Bundesminister Haiden dahin gehend Verhandlungen zu führen, daß den vielen Bauern, die von dieser Grundablöse betroffen sind, durch einen solchen Flächentausch die Existenz und der Arbeitsplatz erhalten bleiben kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die allergrößte Sorge, wo die Schadstoffe durch den Straßenverkehr eine wesentliche Rolle spielen, ist das sich explosionsartig ausweitende Waldsterben.

Zum Beispiel wurde von der Forstbehörde in Salzburg im Herbst 1982 eine geschädigte Fläche von 20 000 Hektar festgestellt; im Herbst 1983 waren es bereits 38 000 Hektar, und im heurigen Herbst — vor einer Woche bekanntgegeben — sind es bereits 100 000 Hektar. Dies bedeutet, daß ein Drittel des gesamten Waldbestandes im Bundesland Salzburg geschädigt ist. Auch eines steht fest: daß die Schädigungen entlang der Durchzugsstraßen die größten im ganzen Lande sind.

Dieses Waldsterben wird zu einer Überlebensfrage der Menschheit. Schutz- und Bannwälder laufen Gefahr zusammenzubrechen. Und daß für viele Laien der Ernst der Lage nicht erfaßbar ist, zeigt die Tatsache, daß die Bauern laufend Leichenbestattung im Wald betreiben. Es wird bei uns jeder dürre Baum sofort herausgeschnitten, und daher ist es nicht sosehr erkenntlich für Menschen, die nur auf den Straßen vorbeifahren.

Schwarzenberger

Die Waldbesitzer können aber die Holznutzung nicht mehr nach Waldwirtschaftsplan durchführen, sondern sie müssen laufend nur mehr die Dürrlinge und die kranken Bäume heraus schneiden.

Wenn auch die Wissenschaft, wie immer wieder betont wird, die letzten Details des Waldsterbens noch nicht erforscht hat, so steht eines bereits fest: daß die Hauptschäden durch Schwefeldioxid und Stickoxide entstehen. Die Wissenschaft wird sicher in zehn Jahren dieses Problem genau erforscht haben, nur, in zehn Jahren, wenn wir so weitermachen, haben wir keinen Wald mehr.

In der Regierungserklärung wurde auch darauf hingewiesen, daß im Interesse der bäuerlichen Mitbürger an eine Einführung von Biosprit gedacht wird. Umso unverständlicher ist es daher für uns Bauern, wenn im Energiebericht der Bundesregierung kein Wort mehr über Biosprit steht. Es ist für uns unverständlich, daß die Bundesregierung trotz der sich überall so überaus deutlich zeigenden Signale in der Biospritfrage noch immer nicht handelt.

Auch ein Bautenminister sollte sich im Ministerrat dafür einsetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Will eine verantwortungslose Bundesregierung wirklich ab 1985 Blei anstatt durch Biosprit nur durch andere krebserregende Giftstoffe ersetzen?

Einer solchen Politik können wir von der Volkspartei die Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 13.32

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall. Danke.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlages 1985.

Diese umfaßt das Kapitel 64 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 400 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Spezialdebatte**Beratungsgruppe X****Kapitel 65: Verkehr (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)****Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)****Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)**

Präsident Dr. Stix: Wir kommen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe X: Verkehr.

Spezialberichterstatter ist Herr Abgeordneter Posch. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Posch**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe X. Diese umfaßt die Kapitel 65: Verkehr, Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung, Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel 65 (Verkehr), 78 (Post- und Telegraphenverwaltung) und 79 (Österreichische Bundesbahnen) des Bundesvoranschlages für das Jahr 1985 unter dem Vorsitz des Obmannes Abgeordneten Mühlbacher und des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dr. Velsky am 20. November 1984 in Verhandlung gezogen.

Mit Gesamtausgaben in der Höhe von 76 057,5 Millionen Schilling und Gesamteinnahmen in der Größenordnung von 60 810,9 Millionen Schilling wird in dieser Beratungsgruppe über 16,5 Prozent oder etwa ein Sechstel der gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes für das Jahr 1985 entschieden.

Zu Kapitel 65: Verkehr.

Im Kapitel 65 sind die Ausgaben und Einnahmen des Bundesministeriums für Verkehr sowie die der nachgeordneten Dienststellen veranschlagt.

Die Regierungsvorlage enthält im Kapitel 65 „Verkehr“ Ausgaben in der Größenordnung von 8 229,696 Millionen Schilling, denen Einnahmen in Höhe von 683,957 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Posch

Zu Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung.

Bei Kapitel 78 „Post- und Telegraphenverwaltung“ sind für das Jahr 1985 im Grundbudget Gesamtausgaben in der Höhe von 33 616,248 Millionen Schilling und Einnahmen in der Höhe von 36 049,428 Millionen Schilling veranschlagt. Dies ergibt einen Betriebsüberschuß von 2 433,180 Millionen Schilling.

Zu Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen.

Der Bundesvoranschlag 1985 sieht bei Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ Betriebsausgaben in der Höhe von 32 705 Millionen Schilling und Betriebseinnahmen von 23 966 Millionen Schilling vor.

Der kassenmäßige Betriebsabgang wird voraussichtlich 8 739 Millionen Schilling betragen.

Für die Erneuerung bestehender Anlagen bzw. Investitionen enthält das Grundbudget im Ansatz „Anlagen“ eine Vorsorge in Höhe von 5 954 Millionen Schilling. Für alle drei Budgetkapitel der Beratungsgruppe X sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag Ausgabenbeträge von zusammen 1 274,750 Millionen Schilling präliminiert.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen 20 Abgeordnete das Wort. Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina beantwortete ausführlich die aufgeworfenen Fragen.

Bei der Abstimmung am 23. November 1984 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Beratungsgruppe X zusammengefaßten Kapitel unter Berücksichtigung eines Änderungsantrages der Abgeordneten Prechtel und Hintermayer mit Stimmenmehrheit angenommen. Dieser Änderungsantrag war wie folgt begründet:

Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich einzelner Bundesministerien getroffen wurden, gingen unter anderem verschiedene Zuständigkeiten auf das bisherige Bundesministerium für Verkehr über, das die Bezeichnung Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr erhält.

Der Änderungsantrag trägt dieser Kompetenzänderung Rechnung.

Ich stelle somit namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 65: Verkehr,

dem Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung, und

dem Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen, samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1985 (400 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Da Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Spezialberichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. König. Ich erteile es ihm.

13.38

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Kapitel Verkehr im Budget für das Jahr 1985 trägt den Ankündigungen der Regierung nicht Rechnung, und auch hier müssen wir feststellen, daß es sich wieder um ein Budget der veräußerten Chancen handelt.

Meine Damen und Herren! Die Regierung hat vor der Wahl — vor allem der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky — zur Beschäftigung, wie er sagte, die sogenannten Tunnelbauten bei den Österreichischen Bundesbahnen als Teile von Hochgeschwindigkeitsstrecken angekündigt. — Sie finden keinerlei Niederschlag im Budget der Österreichischen Bundesbahnen.

Diese Regierung hat die „rollende Landstraße“ angekündigt, sie will den Schwergüterverkehr zum Großteil auf die Bahn verlagern. — Kein Niederschlag im Budget der Österreichischen Bundesbahnen!

Der neue Vorstand hat ein Aktionsprogramm vorgelegt, sogar ein sehr vernünftiges in seinen verbalen Zielsetzungen. — Kein Niederschlag im Budget der Österreichischen Bundesbahnen!

Das Unternehmenskonzept, das noch aus der Zeit der sozialistischen Alleinregierung

Dkfm. DDr. König

stammt, von 1975 bis 1985, das im nächsten Jahr noch gültig ist und auslaufen sollte und das den Reinverlust im Jahr 1985 praktisch beseitigen sollte, auch dieses Unternehmenskonzept findet keinen Niederschlag im Budget der Österreichischen Bundesbahnen.

Grund genug, daß wir dieses Budget der versäumten Chancen daher ablehnen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir anerkennen, daß Sie ein schweres Erbe übernommen haben. Aber so kann es ja nicht sein, daß die Österreicher wegen des häufigen Wechsels in der Regierung die Zeche bezahlen müssen. Und die Situation ist halt einmal so, daß man, auch wenn man sehr regierungsfreundlich ist, feststellen muß, daß das Unternehmenskonzept der Österreichischen Bundesbahnen gescheitert ist.

Meine Damen und Herren! Man muß dieses Wort gebrauchen, weil es das einzig zutreffende ist. Wenn ein zehnjähriges Unternehmenskonzept vorsieht, daß der Reinverlust am Ende der zehn Jahre beseitigt sein soll, und ich spreche nur vom betrieblichen Reinverlust, und statt daß er beseitigt ist, explodiert dieser Reinverlust, dann muß man sagen, daß die Regierung, die das zu verantworten hat, versagt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es ist noch schlimmer als das: Sie haben für das heurige Jahr einen Reinverlust von 4,7 Milliarden Schilling budgetieren müssen, wie gesagt, im Gegensatz zu Ihrem eigenen Unternehmenskonzept, und Sie haben diesen budgetierten Reinverlust, der ohnehin schon so hoch ist, gar nicht einhalten können, Sie haben ihn jetzt schon das dritte Jahr um 25 Prozent überschritten, und tatsächlich wird er ja fast 6 Milliarden, genau 5,9 Milliarden Schilling, betragen.

Meine Damen und Herren! Das zeigt, daß Maßnahmen unumgänglich notwendig sind.

Die Österreichische Volkspartei hat eine Reihe konstruktiver Vorschläge zur Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen vorgelegt. Wir bieten Ihnen neuerlich, Herr Minister, unsere Mithilfe und Mitwirkung an bei der Sanierung der Bundesbahnen, wenn die Regierung bereit und entschlossen ist, ernsthafte Maßnahmen zu setzen. Ich darf sie kurz aufzählen:

Erstens und unumgänglich notwendig für einen modernen Betrieb ist eine moderne Führungsstruktur, also eine moderne Mana-

gementstruktur, und eine Reform der Verwaltung, die bei der Bundesbahn — da wird selbst Kollege Prechtel zustimmen müssen — aufgebläht ist, weshalb also dort eine Verwaltungsreform unumgänglich notwendig ist.

Wir haben unseren Beitrag geleistet, indem wir einen Sonderprüfungsauftrag an den Rechnungshof gefordert haben. Das Prüfungsergebnis liegt vor. Es liegt jetzt an der Regierung, uns im Ausschuß zu sagen, welche Konsequenzen sie aus diesen Feststellungen des Rechnungshofes und aus seinen Vorschlägen ziehen wird.

Zweitens: Wir haben — und das zeigt die konstruktive Haltung der Österreichischen Volkspartei zur Sanierung der Bundesbahnen — der ÖBB-Gesetznovelle zugestimmt, die die Zielsetzung hat, betriebswirtschaftliche Leistung und volkswirtschaftliche Erfordernisse abzugrenzen.

Aber, meine Damen und Herren, Herr Minister, das setzt voraus, daß sie im betriebswirtschaftlichen Bereich auch betriebswirtschaftlich gebaren. Und es ist keine betriebswirtschaftliche Gebärung, wenn im Gegensatz zum Unternehmenskonzept der Rechnungshof feststellen muß, daß bei der ÖBB über Druck — der Kollege Prechtel wird wissen, wen ich meine — die Mittel nicht für Rationalisierung, sondern für ein Lehrlingsheim verwendet wurden, dessen Kosten pro Bett höher sind als die Kosten des teuersten Luxushotels in Wien.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Verschwendungspolitik, der wir ein ganz klares Nein entgegensetzen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das ist auch, Herr Abgeordneter Prechtel, keine Politik für die Bundesbahn, schon gar nicht für die Eisenbahner, das ist eine Politik gegen die Interessen der Bundesbahn, gegen das Image der Bundesbahn und gegen die Eisenbahner. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben, Herr Minister, unsere Bereitschaft nicht nur verbal bekundet, sondern unsere Bereitschaft, an der Sanierung mitzuwirken, auch hier im Haus unter Beweis gestellt. Ich sagte schon, wir haben der ÖBB-Gesetznovelle unsere Zustimmung gegeben. Wir haben diese Woche im Hauptausschuß — als Oppositionspartei, bitte — einer Anhebung der Gütertarife um fünf Prozent unsere Zustimmung gegeben, aus zwei Gründen: Erstens haben wir gesagt, es entspricht unserer Auffassung, daß man in kürzeren Intervallen Tarifkorrekturen vornehmen soll,

Dkfm. DDr. König

die auch die beteiligten Wirtschaftskreise verkraften können, ohne daß es zu einem Preisschub kommt, und zweitens haben wir gesagt, daß mit dieser Erhöhung auf der Einnahmenseite auch entsprechende Maßnahmen zur Senkung der Kosten auf der Ausgabenseite einhergehen müssen. Und für diesen Bereich auf der Ausgabenseite erwarten wir von Ihnen entsprechende Maßnahmen.

Und wir haben es Ihnen vorgeschlagen. Wir haben gesagt: Bitte, die Nebenbahnen — eine Lösung ist so lange verschleppt worden; sie kosten die Bundesbahn und damit die Steuerzahler im Jahr etwa 1,5 Milliarden Schilling — soll man nicht einstellen, weil sie vor allem im Grenzbereich ihre Bedeutung haben, man soll sie umstellen. Man soll im Personenverkehr, der so defizitär ist, entweder den Bus führen oder eine Dieseltraktion führen. Da soll aber bitte gleich auch der Fahrer wie der Busfahrer kassieren, er soll jede Stunde fahren, dann wird man sich hier beachtliche Beträge einsparen können.

Wir haben das nachgerechnet. Meine Damen und Herren! Auf den Nebenbahnen sind zwei Drittel der Gesamtkosten Personalkosten. Wenn ich also diesen Parallelverkehr auflassen kann, wenn ich zu einer solchen Bedienung komme, kann ich von den 1,5 Milliarden Schilling Mehrkosten im Jahr fast eine Milliarde Schilling einsparen, ohne daß ich, bitte, das Service verschlechtere, im Gegenteil, ich verbessere es dann, weil ich in kürzeren Intervallen fahre, und ich erhalte die Nebenbahnen für den Güterverkehr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben im Regierungsprogramm übrigens nicht diese Umstellung drin, wohl aber die Umrüstung, und haben verbal zum Ausdruck gebracht, daß Sie darunter eigentlich dasselbe verstehen. Wir warten nun darauf, daß Sie auch die Maßnahmen setzen. Denn, bitte, mit manchem — ich habe ja schon gesagt, das Unternehmenskonzept hat auch unsere Zustimmung gefunden —, mit einer Reihe von Maßnahmen gehen wir ja konform, nur, sie werden dann nicht gesetzt von dieser Regierung.

Nächster Bereich: Stückgutverkehr, hochdefizitär. Hier hat die Bundesrepublik schon lange den Knotenpunktverkehr durchgeführt. Sie haben nun angekündigt, Herr Minister, Sie wollen das auch in Österreich machen. Unseren Glückwunsch! Unsere Unterstützung dazu!

Nur, bitte, man muß hier auch, wenn man

diese Maßnahme ins Auge faßt, die flankierenden Maßnahmen setzen. Der zentrale Knotenpunktverkehr im Zusammenwirken mit den Spediteuren wird der Bahn Hunderte Millionen Schilling an Defizit jährlich ersparen. Aber er wird 600 bis 700 Bedienstete in diesem Bereich freisetzen.

Und hier bedarf es zeitgerecht eines Sozialplanes, um die Leute anderweitig unterzubringen — pragmatisiert sind sie sowieso, aber anderweitig unterzubringen —, damit diese Rationalisierungsmaßnahme dann nicht wieder an schlechter Vorbereitung und damit am Einspruch der Personalvertretung scheitert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zusammenlegung von Bahn- und Postautobussen: Bitte, von uns seit Jahren gefordert, in der Bundesrepublik verwirklicht. Jetzt endlich haben Sie einem Drei-Parteien-Entschließungsantrag zugestimmt, der dieses Ziel ausdrücklich formuliert. Herr Bundesminister! Wir warten auf die Verwirklichung. Sie werden unsere Unterstützung finden.

Zusammenarbeit Schiene und Straße: Ein Kardinalprogramm, seit vielen Jahren unerfüllt. Nach langen Verhandlungen ist es endlich gelungen, die Gesellschaft für kombinierten Verkehr als eine gemeinschaftliche Gesellschaft der Eisenbahn, der Frächter, der Spediteure, der verladenden Wirtschaft zusammenzubringen, was wir immer gefordert haben. Und siehe da, jährliche Zuwachsraten von 30 Prozent zeigen, daß diese Zusammenarbeit sinnvoll ist und daß es nicht im Interesse der Eisenbahn liegt, die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe der Frächter als Gegner zu betrachten, als lästige Konkurrenten, die bestenfalls die Steuergelder abliefern dürfen, sondern daß man mit ihnen zusammenarbeiten muß. Das setzt aber voraus, daß ich auch bereit bin, bitte, von der Bahn her auf die eigene Lkw-Zufuhr und Rollfuhr zu verzichten. Das muß man den kleinen Frächtern lassen, wenn ich will, daß über die langen Strecken das Transportsubstrat von der Schiene transportiert wird. Ich muß ja leben und leben lassen. Und der kleine Frächter macht es billiger und besser als der bundesbahneigene Lkw. Das verstehen wir unter einer vernünftigen Sanierung der Bundesbahn! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Punkt, und damit bin ich beim volkswirtschaftlichen Bereich. Man soll uns bitte nicht immer wieder sagen: Ja, im betriebswirtschaftlichen Bereich kann man schon einiges tun, aber letzten Endes resultieren ja die über 23 Milliarden Schilling Bun-

Dkfm. DDr. König

deszuschüsse an die Bahn doch aus den volkswirtschaftlichen Subventionen für Sozial- und Subventionstarife und für die Pensionen.

Ich greife das Kapitel Pensionen heraus. Wir bezahlen heute aus Steuergeldern rund 9 Milliarden Schilling Pensionszuschüsse an die Bundesbahn. Lassen Sie mich das qualifizieren.

Wenn Sie den Aktivitätsaufwand bei der Bahn nehmen und den Aufwand für die Pensionsparteien, dann verhält er sich wie 16 Milliarden Aktivitätsaufwand zu 12 Milliarden Schilling Pensionsaufwand, das heißt, der Pensionsaufwand erreicht bereits drei Viertel des Aktivitätsaufwandes. Und davon wieder drei Viertel sind nur Bundeszuschüsse, nämlich 9 Milliarden Schilling.

Bei der Post sind es bitte nur ein Drittel. Und womit hängt das zusammen? Natürlich mit der Tatsache, die der Rechnungshof aufgezeigt hat, daß die Eisenbahner nach 35 Dienstjahren in Pension gehen. Nicht daß sie gehen können! Wir haben immer gesagt: Wir wollen an diesem Pensionsrecht der Eisenbahner gar nichts ändern, wenn es nicht zu einer allgemeinen großen Pensionsreform kommt!, aber was man tun muß, das ist, die Leute dazu zu bringen, wenn sie gesund und aktiv sind, in diesem Unternehmen freiwillig länger zu bleiben.

Wir haben daher vorgeschlagen — und das hat auch unsere Fraktion in der Gewerkschaft unterstützt —, daß wir durch nicht pensionsbemessungspflichtige Zulagen einen Anreiz schaffen, daß die Leute nach 35 Dienstjahren bei der Bahn bleiben. Sagen Sie mir doch nicht dann, Herr Kollege Precht! Die sind alle krank, die können das nicht!, denn ein Autobuschauffeur, der bis 60 oder 65 Jahre bei der Post Dienst macht, und ein Autobuschauffeur, der mit 52 oder 53 Jahren bei der Bahn in Pension geht, haben dieselbe Aufgabe, dieselbe Leistung und haben in Wahrheit denselben Dienstgeber.

Also hier kann man sehr wohl etwas tun. Man soll es auf freiwilliger Basis machen; das ist unsere Auffassung. Aber man muß etwas tun, Herr Minister! Man kann nicht zusehen, wie wir hier die Milliarden verpulvern, die anderswärtig fehlen, diese Eisenbahn zu einem modernen, zukunftssträchtigen Unternehmen zu machen! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.)*

Herr Minister! Ich komme zum zweiten großen Unternehmen in Ihrem Bereich, zur

Donaudampfschiffahrtsgesellschaft. Die gehört zwar zum Finanzminister, wird aber bei Ihnen budgetiert.

Herr Bundesminister! Es war zwischen den großen Parteien immer unbestritten, daß die Subventionen an die DDSG für die Frachtschiffahrt zum Ausgleich für die Dumpingraten der Osthandelsflotten notwendig sind. Letzten Endes profitiert die verstaatlichte VOEST-Alpine davon, weil sie zu Dumpingraten mit Ostschiffen Fracht bekommt, aber wir müssen, um nicht abhängig zu werden, einen gewissen Teil auf österreichischen Schiffen befördern, weil wir ja auch an Krisensituationen denken müssen.

Eine derartige Subvention ist daher gerechtfertigt, und ich freue mich, daß es im vergangenen Jahr gelungen ist, einen Leistungsrekord zu erzielen, der heuer schon wieder überboten wird. Ich habe mich informiert, daß 1983 mit 2 Milliarden Nettotonnenkilometern in der 155jährigen Geschichte der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft ein absoluter Rekord aufgestellt und sogar 1,5 Millionen Schilling Gewinn gemacht wurden, wenn ich die Subventionen abrechne, die für den Ausgleich der Dumpingraten gezahlt wurden.

Ich muß sagen: Ich glaube, daß das zeigt, daß wir diesen Weg durchaus fortsetzen sollen und daß auch allen Beteiligten, Geschäftsführung und Mitarbeitern in der DDSG, dafür Anerkennung gebührt.

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das nur der eine Bereich ist. Der andere Bereich ist die Personenschiffahrt, und die ist engstens mit dem Fremdenverkehr verbunden. Wenn wir heute die Situation betrachten, so müssen wir feststellen, daß heute rund 500 Millionen Schilling an Deviseneinnahmen an die Ostflotten abwandern, die mit ihren Kabinenschiffen westliche Touristen bis hinunter zum Schwarzen Meer befördern, und sehr viele dieser Touristen würden sicher lieber mit westlichen Schiffen, mit westlichem Komfort fahren, gäbe es diese Schiffe.

Ich will gar nicht vom Ausflugsverkehr nach Budapest reden. Wir haben keine Tragflügelboote, obwohl das kein großes Investitionserfordernis ist, das sich sehr leicht rechnet. Daß es sich rechnet, haben wir daran gesehen, daß jetzt auch ein bayrischer Reeder rein privatwirtschaftlich mit einem Kabinenschiff einsteigt und berechtigterweise auch an diesem Kuchen mit teilhaben will.

Hier, Herr Minister, kommt es auf zwei Dinge an.

Dkfm. DDr. König

Erstens: Man muß das Unternehmenskonzept, das Investitionskonzept der DDSG darauf prüfen, ob es möglich ist, auch einen österreichischen Anteil sicherzustellen; aber das geht natürlich nur, wenn ich einerseits die Anschaffungen bei den österreichischen Werften zu konkurrenzfähigen Preisen durchführen kann und nicht um vieles mehr bezahlen muß, denn sonst ist die Konkurrenz verzerrt.

Und zweitens geht es nur, wenn auch die Vorschriften hinsichtlich der Besatzung gleich gehalten sind, denn im Transportgewerbe sind die Personalkosten entscheidend, und wenn die österreichischen Schiffe gegenüber den ausländischen Schiffen wesentlich höhere Personalauflagen haben, dann können sie nicht konkurrenzfähig sein.

Das sind die zwei Voraussetzungen, aber ich glaube, es bedarf hier dringend einer Lösung, wenn wir nicht überhaupt aus der Weißen Schifffahrt herausfallen wollen und wenn wir nicht damit auch unseren Fremdenverkehr weitgehend abhängig machen wollen vor allem von östlichen Schiffen.

Im Hinblick auf die nun doch gewiß gewordene Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals hat das eine ganz besondere Bedeutung. Ich möchte in dem Zusammenhang auch unsere absolute Bereitschaft deponieren, die Regierung voll zu unterstützen, gegenüber den Oststaaten auf der vollen Reziprozität zu beharren.

Meine Damen und Herren! Es ist ganz klar für uns: Dort, wo eine ausländische Schifffahrt und eine ausländische Agentur in Österreich Rechte beanspruchen, können diese Rechte nur dann zugestanden werden, wenn auch der DDSG in dem betreffenden Land die gleichen Rechte zugestanden werden. Es ist nicht möglich, daß ein Staat unter Hinweis darauf, daß er ein Staatshandelsland ist, unserer Gesellschaft nicht dieselben Möglichkeiten gibt, wir aber all das einräumen, weil wir sagen, wir haben eine freie Wirtschaft. Wir werden hier unterwandert, aufgekauft und damit im Wege des Sozialdumpings konkurrenziert. — Hier sind geeignete Maßnahmen zu treffen.

Ich erinnere an den Ro-Ro-Verkehr. Wenn ausländische Schiffe mit Sattelschleppern heraufkommen, die von hier weiterfahren können, dann müssen auch österreichische Frächter im Ro-Ro-Verkehr mit österreichischen Schiffen hinunterfahren können. Hier muß es volle Reziprozität geben. Sie werden dabei unsere volle Unterstützung haben,

wenn es notwendig ist, weitere gesetzliche Schritte zu setzen.

Ich komme zum Luftverkehr. Herr Bundesminister! Ich habe mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß auch Sie sich — das hat Ihr Vorgänger schon getan — dazu bekannt haben, daß wir im Luftverkehr eben Gegenseitigkeitsabkommen haben, die sicherstellen sollen, daß ein faires Aufkommen zwischen den beteiligten Luftfahrtlinien der betreffenden Partnerstaaten gegeben ist. Wir haben daher in Europa allgemein und in Österreich im besonderen die amerikanische Deregulierung nicht mitgemacht, die dort zu einem großen Sterben von Fluglinien geführt hat und auch zu staatlichen Zuschüssen zum Teil.

Wir haben nun das Problem, daß die EG fortschreitend in ihrer Integration eine Gefährdung für die Interessen der Fluglinien der Nicht-EG-Staaten darstellt, und ich anerkenne, daß Sie gesagt haben, daß Sie in der Europäischen Zivilluftfahrtkonferenz dafür eintreten, im Zusammenwirken mit den anderen EFTA-Staaten einen Weg zu finden, im besonderen mit der Schweiz, der die Interessen der österreichischen Luftfahrt gegenüber der EG sicherstellt.

Wir haben ein sehr gutes Beispiel, daß das möglich ist. Das ist der Regionalverkehr. Es ist uns gelungen, in Absprache mit der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich zu erreichen, daß etwa unsere Tyrolian Airways mit gleichen Rechten im Regionalverkehr tatsächlich sehr erfolgreich wirtschaften kann: eine private Gesellschaft, die durchaus ihren Platz neben der AUA hat.

Dasselbe gilt für die Bedarfsluftfahrt. Ich bin der Auffassung, daß wir auch den Flughafen in allen Bestrebungen unterstützen müssen, im Incoming-Verkehr überseeische Luftlinien nach Österreich zu bekommen, weil das im Interesse des Flughafens und des Fremdenverkehrs notwendig ist, ganz besonders dann, wenn heute österreichische Steuergelder dafür verwendet werden, in Budapest einen supermodernen Flughafen zu bauen, der natürlich Schwechat Konkurrenz machen wird. Hier müssen wir schnell schalten und alles tun, daß wir den besonderen Platz, den Wien bietet, auch ausspielen. Aber natürlich nicht um den Preis der Preisgabe legitimer österreichischer Interessen!

Wir haben einmal in diesem Haus mit dem AUA-Rekonstruktionsgesetz die AUA saniert, und diese Gesellschaft hat sich seit damals

Dkfm. DDr. König

exzellent entwickelt, dank eines ausgezeichneten Managements, einer tüchtigen Belegschaft, einer einsatzbereiten und auch sehr freundlichen Belegschaft — davon kann sich jeder überzeugen, der mit der AUA fliegt —, sie hat sich einen Namen gemacht. Und wir haben als Parlamentarier auch die Verantwortung, daß die Maßnahmen, die gesetzt werden, darauf abgeklopft werden, ob sie wirklich auch gleiche Chancen bieten.

Hier, muß ich sagen, habe ich größte Bedenken gegen Pläne, Ostflugzeuge zu mieten und in Österreich zum Einsatz zu bringen. Wenn ich höre, daß vom Osten her aus begreiflichen Gründen Flugzeuge an österreichische Firmen vermietet werden, die dann ganz billig, mit 15 000 S pro Stunde, inklusive Piloten, Stewardessen und technischem Personal, in Österreich Konkurrenz im Charterverkehr machen, muß ich sagen, daß das Sozialdumping ist. *(Zwischenrufe.)* Dann ist das Sozialdumping und hat mit freiem Wettbewerb und privater Wirtschaft nichts zu tun, auch wenn man einen Österreicher findet, der dafür seinen Namen hergibt.

Hier, glaube ich, muß man in verantwortungsbewußter Weise abwägen. Man muß fragen: Wo bleibt da die Reziprozität? Denn so kann es ja nicht sein, wenn pauschal vermietet wird, daß das auf einmal dadurch zu einer österreichischen Gesellschaft wird und zu gleichen Chancen führt.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ich glaube, daß wir hier als Parlamentarier, aber auch als Regierung ein gemeinsames Interesse und eine gemeinsame Verantwortung haben, der wir in diesem Haus auch voll nachkommen sollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich freue mich, daß es gelungen ist, jene Regelung für die Fluglotsen, die wir als Österreichische Volkspartei federführend vertreten haben, so durchzusetzen, daß sie sich nun auch in der Praxis bewährt hat. Es gibt drei Fälle von Fluglotsen, wie Sie, Herr Minister, im Ausschuß gesagt haben, die auf Grund der besonderen gesundheitlichen Anforderungen, die für Fluglotsen sowie für Kapitäne und Kopiloten gelten, nicht mehr geeignet waren, diesen verantwortungsvollen und anstrengenden Dienst fortzuführen. Es ist durch die von uns damals geforderte und dann von Minister Lausecker durchgeführte Regelung dazu gekommen, daß diese drei Fälle tatsächlich sozial und auch menschlich vernünftig gelöst werden konnten. Wir freuen uns, daß dieses

System, das wir vertreten haben, offensichtlich seine Bewährungsprobe abgelegt hat.

So wie wir hier dann Ihr Einsehen gefunden haben — ich anerkenne das, zuerst gab es da ja große Schwierigkeiten —, sollten Sie, glaube ich, auch einmal bereit sein, das Freund-Feind-Bild abzulegen, das vor allem unter den sozialistischen Eisenbahnvertretern — Herr Kollege Prechtel, ich spreche Sie hier besonders an — gegenüber der Straße und den Frächtern immer noch vorherrscht.

Meine Damen und Herren! Die Bahn kann im Flächenverkehr nichts tun, es sei denn, sie schafft sich Lkws an, sie baut eine eigene Lkw-Flotte auf und stellt pragmatisierte Lenker ein, was natürlich neuerliche Defizite verursachen würde.

Was wir hier brauchen, ist die Erkenntnis, daß die Masse der kleinen mittelständischen Betriebe für die Sicherung unserer Versorgung auch im Krisenfall ungeheure Bedeutung hat, daß diese kleinen Betriebe für unsere Wirtschaft Bedeutung haben und daß sie Devisen erwirtschaften, denn ihnen zahlt niemand eine Subvention oder einen Zuschuß. Sie beschäftigen auch unsere soweit vorhandene Lkw-Industrie, die Anhängerindustrie, das Reparaturgewerbe, sie schaffen jedes Jahr Milliarden an Devisen für die österreichische Devisenbilanz ins Land und sind auf Grund ihrer Beweglichkeit sogar den Osthandelsflotten überlegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber wenn wir sie diskriminieren aus der falschen Überlegung heraus: Tun wir der Bahn etwas Gutes!, anstatt mit ihnen zu kooperieren, helfen wir nicht der Eisenbahn, sondern helfen wir in Wahrheit den Osthandelsländern, die legitimerweise aus ihrer Sicht, weil sie Devisen brauchen, zu jedem Preis fahren und das Geschäft an Land ziehen. Das kann doch nicht im österreichischen Interesse sein.

Daher appelliere ich an Sie, damit aufzuhören, daß man hergeht und sagt: Der Diesel verstinkt die Umwelt! Das ist doch gar nicht wahr. Der Dieselmotor hat gegenüber dem Benzinmotor einen ganz geringen Abgaspegel. Natürlich muß er ordentlich eingestellt und überprüft sein. Daher ist der Dieselmotor viel umweltfreundlicher als der Benzinmotor. Daher gibt es auch für den Benzinmotor Katalysatoren — diese müssen wir einführen und begünstigen — und nicht für den Dieselmotor.

Hören wir doch auf mit dem Freund-Feind-

Dkfm. DDr. König

Bild! Erkennen wir, daß hier eine vernünftige und sinnvolle Chance für eine Zusammenarbeit zwischen Schiene und Straße, zwischen einem öffentlichen Unternehmen wie der Bahn, das auch ein wirtschaftlich denkendes Unternehmen sein soll, und der Masse der kleinen und mittleren Betriebe im gewerblichen Güterverkehr besteht, die schon deshalb wirtschaftlich denken müssen, weil ihnen sonst niemand hilft und weil sie nur durch wirtschaftliches Denken und nicht durch eine 40-Stunden-Woche, sondern durch sehr viel mehr Stunden persönlichen Einsatzes in der Lage sind, diese wertvolle volkswirtschaftliche Leistung zu erbringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Ich möchte auch sehr gerne in diesem Zusammenhang an Sie appellieren, die Bundesregierung möge sich im Bereich der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dafür einsetzen, daß die Europäische Kreditbank den Kredit an Jugoslawien für den jugoslawischen Anteil des Karawankentunnels erhöht, damit die Finanzierung bald sichergestellt werden kann und damit wir mit dem Bau des Karawankentunnels beginnen können. Dann können wir ihn nach Auskunft des Herrn Bautenministers in fünf Jahren vollenden und haben eine durchgängige zweite Nord-Süd-Autobahn, nicht nur hinunter nach Italien über die Kanalausfahrt nach Venedig, sondern auch nach Jugoslawien. Das ist auch ein österreichisches Interesse. Wir haben Ihnen ein Verfassungsgesetz mit einer Routenbindung angeboten, damit wir den Transitverkehr aus den Ortschaften wegbringen — besonders die Steiermark leidet sehr darunter — auf eine Autobahn, wo man natürlich Maut zahlen muß — wir müssen die Autobahn schließlich auch bauen — und wo ohne Belästigung der Bevölkerung dieser transitierende Verkehr im gesamteuropäischen Interesse bewältigt werden kann.

Ein letztes Wort zur Post. Herr Bundesminister! Die Post ist heute Gott sei Dank in ihrem Bereich ein überaus erfolgreiches Unternehmen, und zwar dank des Telephons, das immer noch wie ein Goldesel die Dukaten abwirft. Wir müssen aber bitte erkennen, daß uns dieser Goldsegen im Bereich der Post nicht blind machen darf dafür, daß in anderen Bereichen strukturelle Schwierigkeiten bestehen und daß man sich diese genau ansehen muß. Ich möchte aber anerkennen, daß die Unternehmensleitung der Post und auch das Management hier sehr fortschrittlich denken. Denn wenn ein Unternehmen, immerhin ein staatliches Unternehmen, hergeht und im Bereich der EDV, im Bereich des Bildschirm-

textes Vorreiter spielt und dann noch zusammenarbeitet mit einer österreichischen Universität, wo das Muped, ein österreichischer Kleincomputer, entwickelt wird, dann kann man dem nur Hochachtung zollen. Man soll nicht wie der Herr Sozialminister sagen: Das darf nicht passieren, denn da muß man zuerst hundert Gesetze machen, die alles abdecken. Inzwischen hat uns das Ausland überholt. Wir haben wieder einmal ein intelligentes Produkt geschaffen, nur in Österreich darf es nicht angewendet werden.

Herr Minister! Sie haben unsere Unterstützung, setzen Sie sich hier in der Bundesregierung durch! Wir wollen, daß eine österreichische Spitzenleistung einmal in Österreich zur Anwendung kommt und man sie nicht wieder ins Ausland abwandern läßt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein paar Worte, Herr Minister, zur Verstaatlichten, da Sie nunmehr auch hier die Verantwortung haben. Kollege Wimmersberger wird sich mit ihr noch ausführlich beschäftigen. Ich möchte hiezu nur sagen: Die verstaatlichte Industrie hat auch ein eminentes Interesse an einer gesicherten Energieversorgung. Wir, die Österreichische Volkspartei, haben uns immer dazu bekannt.

Wir haben öffentlich und auch in diesem Haus durch unsere Sprecher und letzten Endes auch durch unseren Bundesparteiobermann immer ein sehr klares Bekenntnis zum Ausbau unserer Wasserkraft abgelegt und das im Einzelfall auch unter Beweis gestellt, freilich unter Erfüllung von Auflagen, wie man das selbstverständlich heute erwarten kann und wie das auch für Hainburg gilt: Trinkwassersicherheit, Grundwassersicherheit, Sicherung der Heilquellen von Hainburg und Erhaltung einer lebensfähigen Aulandschaft.

Wir haben uns auch — das möchte ich hier sagen — immer in den offiziellen Äußerungen trotz verschiedener Meinungen, und in einer großen Partei — Kollege Wille hat hier gesagt, das geht quer durch alle Parteien — gibt es nun einmal in einer solchen Frage verschiedene Meinungen, grundsätzlich positiv zur Kernenergie gestellt. Wir haben aber sehr deutlich gesagt, daß es hier zwei Bedingungen gibt.

Erstens muß die Regierung beziehungsweise der zuständige Minister klarstellen, wie es mit der Abfallagerung aussieht, wie es um diese wichtige Voraussetzung bestellt ist. Es kann nicht genügen, daß man im Energiebe-

Dkfm. DDr. König

richt bloß schreibt, wir können es genauso machen wie die Nachbarstaaten, ohne zu sagen, wie diese es machen, wie das geht, wie das aussieht.

Zweitens: Wir haben gesagt: Wenn die Regierung der Auffassung ist, wie das im Energiebericht anklingt, daß man diese Probleme lösen kann — und ich persönlich bin dieser Auffassung, ich bekenne mich persönlich dazu, weil ich glaube, daß wir nicht dümmer sind als die Schweizer, daß wir genauso tüchtig sind —, dann, bitte, hat die Regierung auch die Verpflichtung, das hier in Form eines Antrages zu deponieren und sich dazu zu bekennen. Es kann doch nicht möglich sein, daß ein Energieminister hergeht und in den Energiebericht hineinschreibt, daß die Kernenergie kostengünstig ist, was ich persönlich bejahe, und daß sie außerdem auch die Probleme lösen kann wie im Ausland, aber dann sagt: Persönlich bin ich dagegen, aber im Energiebericht, als Energieminister bin ich dafür! Bitte, das ist unmöglich.

Eine Regierung, die in dieser Frage etwas anderes dem Haus vorlegt, als der zuständige Energieminister sagt, kann nicht erwarten, daß dann die Opposition an Stelle der Regierung eine Entscheidung treffen kann. Die Regierung muß auch zu dem stehen, was sie uns berichtsmäßig ins Haus geliefert hat, oder sie muß sagen: Der Bericht ist falsch, er stimmt nicht! Wir werden daher in den Ausschußberatungen darauf bestehen müssen, daß hier die Regierung, vor allem der Energieminister, die verfassungsmäßige Verantwortung wahrnimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie, Herr Minister, der Sie nicht nur für den Verkehr, sondern auch für die verstaatlichte Industrie zuständig sind, müssen ein eminentes Interesse daran haben, daß im Sinne der Konkurrenzfähigkeit unserer österreichischen Wirtschaft, wovon die verstaatlichte Industrie ein wesentlicher Teil ist, die österreichische Energieversorgung konkurrenzfähig und sicher ist. Angesichts der unbestrittenen Tatsache, daß wir hier eine sehr starke einseitige Ostabhängigkeit haben, muß man eben nach Lösungen suchen, wie man diese einseitige Abhängigkeit mindern kann.

Ich möchte nicht mißverstanden werden: Unsere Partner im Osten haben sich bisher als sehr verlässlich erwiesen. Aber es ist einfach im Sinne jeder vernünftigen Geschäftspolitik, daß man hier auf Streuung Wert legt. Das steht ja auch im Energiebericht der Regierung. Daher ist das ein eminentes Interesse der gesamten Regierung. Da kann sich,

bitte, niemand ausnehmen. Da kann man nicht mit gespaltenen Zunge reden. Wir, die Österreichische Volkspartei, erwarten, daß hier die Regierung das tut, was jede Regierung zu tun hat, nämlich eine klare und eindeutige Haltung einzunehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.09

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Prectl.

14.10

Abgeordneter **Prectl** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, daß sich der Herr Abgeordnete Dr. König in seiner Rede zu fast 90 Prozent mit den Österreichischen Bundesbahnen beschäftigt hat, denn damit zeigt er selbst auf, welche einäugige Verkehrspolitik die Österreichische Volkspartei in mehr als 20 Jahren betrieben hat.

Nur folgende Zahl dazu: Seit dem Jahre 1970 sind für das gesamte Verkehrswesen, von sozialistischen Alleinregierungen initiiert, 500 Milliarden Schilling in diesem Bereich investiert worden.

Herr Dr. König, Sie haben auch über Energiepolitik gesprochen, aber so, als gehöre sie nicht in dieses Ressort. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß der Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf von der ÖVP-Alleinregierung beschlossen worden ist. Heute distanzieren Sie sich jedoch davon.

In den Jahren 1966 bis 1970, als die ÖVP alleine regiert hat, ist überhaupt kein Kraftwerk gebaut worden. Die Energieversorgung Österreichs wäre jämmerlich zusammengebrochen, wenn Sie weiter an der Regierung geblieben wären. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Zum Verkehrsbereich, dem zuzurechnen sind: Bahn, Straße, Post, Schifffahrt, die Donauschifffahrt sowie die Zivilluftfahrt. Ein Grundproblem, das, glaube ich, viel zu wenig erwähnt wird: Die Bundesbahnen sind das einzige Unternehmen, das seine Monopolstellung durch die technologische Entwicklung verloren hat. Ich wehre mich dagegen, diese Entwicklung den Bundesbahnen in die Schuhe schieben zu wollen.

Wir haben eine hohe Zunahme des Straßenverkehrs, des Luftverkehrs sowie der Pipelineanlagen. Früher wurde alles mit der Eisenbahn transportiert, heute gibt es auch andere Möglichkeiten. Wir haben etwa auch gigantische technische Veränderungen im

Prechtl

gesamten Stahlbereich, Kunststoffprodukte haben Stahl zum Großteil ersetzt, was Auswirkungen auf die gesamte Industrie hat.

An dieser Entwicklung ist aber weder die Gewerkschaft noch das böse Personal schuld, sondern das alles ist eine Folge des technologischen Fortschritts, eines Fortschrittes, der nicht nur Auswirkungen auf die Österreichischen Bundesbahnen, sondern auf alle Eisenbahnen in der Welt hat. Ich werde dann noch sehr genau auf dieses Problem eingehen.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben seit dem Jahre 1971 rund 90 Milliarden Schilling investiert. Sie, Herr Abgeordneter König, tun aber immer so, als ob Zuschüsse gewährt wurden. Sie sagten, Sie könnten das Bundesbahnbudget um 10 Milliarden senken, das hat auch Ihr Klubobmann erwähnt. Diese 10 Milliarden sind doch Aufträge, die an die Industrie gehen. Das bedeutet, daß dadurch 37 000 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden. Wenn Sie noch Aufträge der Post dazu nehmen, so bedeutet das, daß 50 000 Arbeitsplätze in Österreich durch Investitionen der sozialistischen Regierung geschaffen werden, die Sie zu schaffen versäumt haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wird vom Tunnelbau, vom Bau von Schnellfahrstrecken gesprochen. Abgeordneter König, Sie sind doch ein Experte des Verkehrswesens. Sie wissen doch, wie schwierig es ist, eine Schnellfahrstrecke zu bauen, speziell unter jenen geologischen Voraussetzungen, die wir in Österreich haben.

Der Bau des Semmeringtunnels stellt eines der größten Probleme dar. Es hat in der Monarchie eine Diskussion über die Errichtung der Semmeringbahn gegeben hier in diesem Hause. Zehn Jahre lang wurde im Ausschuß darüber beraten, ob man die Semmeringbahn bauen soll oder nicht. *(Abg. Dr. König: Warum hat es der Kreisky dann angekündigt? Haben Sie ihn nicht beraten?)* Lassen Sie mich ausreden!

Nicht nur Kreisky hat den Bau eines Semmeringtunnels angekündigt; dazu liegt ein Projekt der Universität Wien seit dem Jahre 1950 vor. Die ÖVP hat in der Zeit der Koalitionsregierung den Ausbau der Österreichischen Bundesbahnen sabotiert. Das war ja das Problem. Sie waren auch gegen die Elektrifizierung der Bahnstrecken. Man muß dabei immer betonen, daß rund 50 000 Arbeitsplätze durch die beiden Betriebe Bahn und Post geschaffen wurden.

Herr Dr. König, Sie haben behauptet, es sei nichts geschehen. Das Gegenteil ist der Fall: Aufträge für die Erzeugung von Waggons wurden bereits gegeben, die Simmering-Graz-Pauker-Werke arbeiten bereits an diesen Fahrzeugen. Es ist das ja nicht so, Herr Abgeordneter König, wie bei einem Ölkonzern, wo das Öl von irgendwo herkommt. In diesem Bereich dürften Sie sich ja ein bißchen besser auskennen.

Hier sind jedoch viele technische Konstruktionen zu erledigen, Abschreibungen zu machen, das alles kostet Milliarden. Der Bundeskanzler und der seinerzeitige Verkehrsminister haben das alles in einer Verkehrskonferenz aufgezeigt und angekündigt. Es können jedoch nicht so schnell Entscheidungen getroffen werden, denn Verkehrsinvestitionen müssen wohlweislich überlegt sein.

Herr Dr. König! Ich kann ja Ihre Rede vom Vorjahr nehmen, sie ist ja heute fast die gleiche gewesen. Sie haben vom Lehrsheim in Wien-Meidling gesprochen, davon, daß das ein „Luxushotel“ sei und so weiter. *(Abg. Dr. König: Das sagt der Rechnungshof!)* Auf den werde ich noch zu sprechen kommen.

Wo jetzt das Lehrsheim steht, war früher eine Grünanlage, alle waren gegen den Bau. Pecht ist ein „Baummörder“, hat es geheißt. Fundamente wurden errichtet, niemand durfte hinein. Sie behaupten, die Rechnungen stimmen nicht. Das ist doch nicht wahr!

Wir können feststellen, daß die Jugendlichen dort ordnungsgemäß und schön untergebracht sind, und für unsere Jugend ist jeder Schilling gut investiert. Das ist die Meinung der Sozialistischen Partei. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zum Rechnungshof. Herr Abgeordneter König, ich bin in der Kommission gesessen, die den neuen Vorstand der ÖBB bestellt hat. Und ich muß sagen — ich habe das hier im Haus schon gesagt —, ich freue mich schon darauf, wenn Schreiben des Rechnungshofes hereinflattern werden, und zwar dort, wo sie Vorstandsposten der Österreichischen Bundesbahnen übernehmen werden.

Kein einziges Ansuchen wurde vom Rechnungshof gestellt, auch nicht jener Leute, die man im allgemeinen als Besserwisser bezeichnet. Kein Antrag ist gekommen, daß sie Vorstandsdirektor der Österreichischen Bundesbahnen werden wollen. Papier ist geduldig, schreiben kann man alles, die Realität schaut aber etwas anders aus.

Prechtl

Ich will gar nicht davon reden, daß der Rechnungshof jetzt angeblich plant, in ein Gebäude, das 900 Millionen Schilling kostet, zu ziehen, und zwar in die Obere Donaustraße.

Meine Damen und Herren! Die Gebäude der ÖBB liegen dezentral, aufgeteilt auf 46 verschiedene Stellen in Wien. Das bedeutet einen enormen Verwaltungsaufwand, und es wäre daher wesentlich sinnvoller, ein zentrales Verwaltungsgebäude für die Österreichischen Bundesbahnen als für den Rechnungshof zu errichten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Dr. König, zu dem von Ihnen so „geliebten“ Thema des Schienenparallelverkehrs, Bahn — Post. Wissen Sie — ich kann Ihnen die Liste zur Verfügung stellen —, daß bei den 44 Nebenbahnen nur zehn ÖBB-Busse parallel zur Schiene fahren? Bei 34 Linien fahren Post und Private parallel zur Schiene. Und da erzählen Sie immer wieder, daß der Kraftwagendienst der ÖBB der Schiene Konkurrenz macht.

Dazu einige Zahlen: In Österreich gibt es derzeit 197 000 Lastkraftwagen, 351 000 Zugmaschinen und 233 000 Anhänger. Der Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen verfügt über 156 LKW, 67 Zugmaschinen und 61 Anhänger. Das bedeutet im Schnitt einen Anteil von 0,02 bis 0,08 Prozent am Gesamtverkehrsaufkommen. Sie können doch nicht als glaubwürdig genommen werden, wenn Sie mit solchen Argumenten operieren wollen, oder kennen Sie diese Zahlen nicht! Ich glaube, es handelt sich hier um eine sinnvolle Ergänzung.

Ein Wort zum umstrittenen Rhein-Main-Donau-Kanal. Ich weiß, bei vielen Parteifreunden handle ich mir damit keine Freude ein, aber man muß dazu folgendes sagen — Sie haben die Donauschiffahrt erwähnt, Herr Abgeordneter Dr. König —: Was zahlt denn die Donauschiffahrt zur Erhaltung der Wasserstraße? — Nichts! Dadurch ist es möglich, so billig zu fahren, während die ÖBB das ganze Schienennetz erhalten müssen. Das muß ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen! Aber das ist ja nicht nur in Österreich so, sondern in Europa, auf der ganzen Welt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, an Hand dieser Beispiele sehen Sie schon, daß die starke Monopolstellung der Österreichischen Bundesbahnen in den letzten zehn Jahren schwächer geworden ist, daß es aber trotzdem gelungen ist, die Österreichischen Bundesbahnen so zu führen, sodaß diese zu

einem modernen und attraktiven Verkehrsunternehmen geworden sind.

Die Österreichischen Bundesbahnen werden im Jahre 1985 fast wieder an die 10 Milliarden Schilling investieren. 37 000 Arbeitsplätze in Österreich sind dadurch gesichert.

Die Opposition spricht immer nur von den Ausgaben der ÖBB und tut so, als würden diese keine Einnahmen erzielen. Tatsache ist aber, daß die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1984 24,8 Milliarden Schilling eingenommen haben, 1985 werden es 25,5 Milliarden Schilling sein.

Herr Dr. König! Sie haben von der Gewinn- und Verlustrechnung gesprochen und haben gesagt, der Abgang betrage um die 5 bis 7 Milliarden Schilling. Das ist der gleiche Abgang, der auf Grund der Gewinn- und Verlustrechnung, die die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1982 gehabt haben, berechnet wurde. Weshalb diese Verschlechterung eingetreten ist, ist leicht zu begründen, dadurch nämlich, daß die Österreichischen Bundesbahnen Aufträge verloren haben.

Die ÖVP sagt, das Unternehmenskonzept der Österreichischen Bundesbahnen sei nicht in Ordnung. Ich möchte Ihnen nur einige Dinge aufzählen, die der neue Vorstand vorhat: Für den Güterverkehr die rasche Fertigstellung der Großverschiebebahnhöfe, was Milliarden Schilling kostet, aber auch der Privatwirtschaft zugute kommt, den Ausbau garantierter Beförderungszeiten, Forcierung des Güterverkehrs, Erleichterung des Grenzübertritts. Das alles sind Probleme, die einer Lösung bedürfen.

Die Österreichischen Bundesbahnen haben weiters mit dem Ausbau des kombinierten Verkehrs begonnen, und jetzt kommen die anderen und wollen mitnaschen. Wir haben nichts dagegen, auch die privaten Frächter werden da eingebunden; es sind auch weitere Maßnahmen für die Betriebssicherheit vorgesehen.

Wenn wir das gesamte Nebenbahnkonzept einer Betrachtung zuführen, so muß man dazu sagen: Gerade im Grenzlandgebiet — 800 Millionen Schilling werden investiert — ist es wichtig, die Nebenbahnen zu erhalten. Der neue Vorstand wird das Nebenbahnkonzept forcieren. Wir haben mit dem Verkehrsminister gesprochen, der uns dabei seine volle Unterstützung zugesagt hat, ebenso bei der bedarfsgerechten Beschaffung von Güterwagen. Es soll marktkonforme Anpassungen geben, eine Konzentration der Abfertigungs-

Prechtl

stellen, eine Harmonisierung zwischen ÖBB und Busdienststellen.

Herr Abgeordneter König! In der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein Konzept, wonach jene Linien, die aktive Bilanzen haben, Private bekommen sollen und jene Linien, die defizitär sind, sollen nach wie vor beim Staat bleiben. So, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man Verkehrspolitik sicherlich nicht betreiben!

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen noch zwei Dinge sagen, die sehr wesentlich sind, auf die meine Freunde aus der verstaatlichten Industrie noch zu sprechen kommen werden. Im Bausektor, im Normalprogramm, sind für das Jahr 1985 8,4 Milliarden Schilling vorgesehen, 1,3 Milliarden Schilling im Zusatzprogramm; das schafft 9 700 Arbeitsplätze. In der Elektroindustrie 4 700, im Zusatzprogramm 800 erfaßt, das sind 5 500 Arbeitsplätze. In der Fahrzeugindustrie sind es 6,7 Milliarden Schilling, 700 Millionen Schilling im Zusatzprogramm, das sind 7 400 Arbeitsplätze. In der übrigen Industrie und im Gewerbe sind es 4,2 Milliarden Schilling, 200 Millionen Schilling im Zusatzprogramm, das ergibt 4 400 Arbeitsplätze. Die Gesamtsumme ergibt 27 000 Arbeitsplätze. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist solidarische sozialistische Verkehrspolitik! (Beifall bei der SPÖ.)

Es hat mich ein Abgeordneter aus Niederösterreich, der Herr Bürgermeister von Hollabrunn, angesprochen bezüglich Fahrzeitverkürzungen. Ich werde ihm eine schriftliche Antwort geben, übrigens werden Sie meine Rede in einer Kurzfassung erhalten. (Abg. Steinbauer: Ist das jetzt eine Fragestunde?) Wer sprach? Ach, der Steinbauer. Was hat Ihnen der Bürgermeister gegeben, damit Sie nicht sagen, woher Sie kommen? (Heiterkeit.)

Herr Abgeordneter König, ich habe einige Dinge in Ihrer Rede vermißt. Es hat immer geheißt: Reden wir von der Schweiz, reden wir von Holland, reden wir von Belgien. Kein Mensch redet davon! Wissen Sie, warum nicht? — Weil der Abgang der Schweizer Bundesbahn jetzt bereits 420 Millionen Schweizer Franken beträgt. Die Schweizer Bundesbahn hat aber nur ein halb so großes Schienennetz wie Österreich, hatte keinen Krieg und mußte nichts neu aufbauen.

Ich bin aber froh, daß wir uns nun in der Verkehrspolitik einer sachlichen und objektiven Auseinandersetzung gegenüberstehen.

Den größten Aufwand — die Schweizer sind sehr sparsam, das wissen Sie ganz genau — gibt es auf dem Personalsektor. Wir sozialistischen Gewerkschafter verwahren uns dagegen, daß auf dem Personalsektor gespart wird; 70 Prozent der ÖBB-Bediensteten verdienen nur bis zu 12 000 S, sie sind keine Multis.

Herr Abgeordneter König! Ich wäre sehr froh gewesen, wenn Sie dazu auch einige Worte gesagt hätten. Vielleicht wird das der Herr Kollege Bergsmann tun, der sowieso zu wenig geredet hat bei der letzten Zentralleitungssitzung, der ja mehr wollte. Aber Sie von der ÖVP müssen ein bisserl mehr miteinander reden. Das wäre, glaube ich, sehr wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die Probleme, die sich im Ost-West-Verkehr ergeben, zu sprechen kommen. In meiner Funktion in der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft betrachte ich diese Entwicklung seit zehn Jahren mit großer Sorge: Es wird der Westen im Flugverkehr, in der Hochseeschifffahrt, in der Binnenschifffahrt und im Straßenverkehr vom Osten unterwandert. Ich halte dieses Problem für weit kritischer als die Auf- und die Nachrüstung.

Die Bulgaren haben die größte LKW-Flotte, dürfen im eigenen Land nur 50 Kilometer fahren, kommen zum Verkehrsminister und verlangen immer mehr Kontingente. Dann hat es den Roll and Roll-Verkehr auf der Donau gegeben. Auch eine Konkurrenz zur Schiene, zum Teil waren dabei einige österreichische Häfen nicht unschuldig.

Ebenso erfüllt mich die Entwicklung in der Zivilluftfahrt mit großer Sorge; das sage ich Ihnen ganz offen. Die Aeroflot transportiert 170 Millionen Reisende im Jahr; die größte amerikanische Linie, die United Airlines nur 70 Millionen. Afghanistan ist mit Hilfe der Aeroflot besetzt worden. Die Unterwanderung ist gigantisch. Da kann mir kein Mensch erklären, daß der Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals „gefährlich“ in strategischer Hinsicht ist. Wir merken es bei unseren Bundesheermanövern: Wir haben kein großes Heer, sondern nur ein kleines, auf das wir aber sehr stolz sind. Wir haben keine Abfangjäger, doch solche werden wir ja vielleicht kriegen. Auf dem Christkindlmarkt habe ich gestern nicht einmal sechs Abfangjäger gekriegt — geschenktweise. — Das ist ein großer Fortschritt; das hat mich sehr gefreut.

Ich möchte sagen, daß die Unterwanderung

Prechtl

auf alle Fälle mit großer Sorge zu verfolgen ist.

Jetzt zur Problematik der AUA. Herr Abgeordneter König! Ich teile ohneweiters Ihre Meinung. Wir wollen nicht, daß da rumänische Piloten fliegen! Ich sage es deutlich. Sie haben sich gewunden ausgedrückt. Ich weiß nicht, wovor Sie Angst haben, Sie sind ja Abgeordneter, also immun. Schauen Sie, der Ludwig tritt auch nicht zurück, der wird jetzt einmal Fußballkapitän oder -trainer, er tritt auch nicht zurück, dann haben wir nicht die Probleme wie mit dem Hof.

Herr Abgeordneter König! Wir sind dagegen, daß rumänische Piloten fliegen. Wir sind dagegen, daß so etwas hereinkommt. In Österreich gibt es viele Leute, die sich so wie der Finanzminister und der Verkehrsminister darüber freuen, daß wir eine attraktive Fluggesellschaft haben.

Aber ich darf Ihnen sagen — Sie waren im Aufsichtsrat, ich war ja nicht dort —:

So kann es auch nicht weitergehen — ich sage das sehr offen —, daß in Österreich verhindert wird, daß Fluggesellschaften landen, daß die Österreicher in Frankfurt oder in Zürich umgepackt werden, den vollen Tarif bezahlen müssen in der vollen Länge, und der ist nicht billig, und wenn sie nach Österreich hereinfliegen, muß eine Kopfquote bezahlt werden. Das heißt, ich bin nur für die Gleichstellung aller Verkehrsträger. Bei dem einen ist man für eine Monopolstellung, doch bei der Eisenbahn lassen Sie alles liberal zu. Ich kenne da nicht Ihre Überlegungen, die Sie in dieser Richtung haben. Ich versuche, all das nur von der verkehrspolitischen Seite zu sehen.

Und jetzt noch eine Bitte an den Herrn Verkehrsminister vor dem vollen Haus: Ich meine die 5 S für die Benützung eines Gepäckkulis am Flughafen: Ich weiß aber, das fällt nicht direkt in Ihre Kompetenz. Man fährt mit dem Wagerl 20 Meter und muß 5 S zahlen. Macht das ein Ausländer, so muß er wechseln gehen oder er gibt 1 Dollar, das sind dann 20 S. Ich meine, es ist nicht angebracht, das so zu handhaben. (*Abg. Steinbauer: Prechtl! Irgendwer muß doch bezahlen!*) Der Steinbauer ist schon wieder da! Er ist schon wieder da, der Steinbauer! (*Heiterkeit.*)

Ich möchte also bitten, sehr geehrter Herr Verkehrsminister, dafür sorgen, daß man diese Regelung beseitigt! Sie bedeutet eine

Katastrophe. Ich habe deswegen Berge von Briefen von Ausländern erhalten.

Ich weiß schon, daß die zwei Direktoren ständig streiten, der Heschgl mit dem zweiten, aber man sollte doch wissen, daß man letztlich als Fremdenverkehrsland so etwas nicht in dieser Form machen kann. Ich glaube, solches gibt es weder in Salzburg noch in Graz noch in Innsbruck.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich auch noch einige Worte zum Straßenverkehr sagen; das ist, glaube ich, auch sehr wesentlich.

Im Hohen Haus hat es, wie Herr Abgeordneter Wille bereits gesagt hat, eine Diskussion darüber gegeben, den Klubzwang bei der Abstimmung über die Gurtenpflicht aufzuheben. Wir sind dann von den Massenmedien kritisiert worden, es hieß, es sei ein oberflächliches Gesetz und so weiter. Und Sie, Herr Abgeordneter König, wissen ganz genau, wie ernst und wie sachlich die 126 Diskussionsredner gesprochen haben.

Aber jetzt sage ich Ihnen: Um die Weihnachtszeit ist es erfreulich, zu sehen, daß man um jedes Menschenleben kämpft. Wir haben — und ich hoffe, daß dieser Trend noch stärker wird — jetzt um 23 Tote weniger, um 1 581 Verletzte weniger, und die Unfälle mit Personenschaden sind um 910 zurückgegangen. Das heißt, daß wir viel Leid erspart, aber auch gewaltige volkswirtschaftliche Werte eingespart haben.

Ich möchte mich — obwohl Kollege Hintermayer und meine Wenigkeit den entsprechenden Antrag eingebracht haben — bei allen Abgeordneten und auch beim Herrn Verkehrsminister dafür bedanken, daß diese Materie in dieser Form geregelt worden ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die AUA schon erwähnt, ich will ihre Leistungen nicht schmälern. Im Gegenteil: Wir sind froh, wir sind glücklich, daß wir sie haben. Aber wenn wir von einer liberalen Politik sprechen, müssen wir uns einige Dinge überlegen. Für die Zeit bis 1989 sind Investitionen bis 5,3 Milliarden Schilling vorgesehen.

Die Donauschiffahrt habe ich schon erwähnt. Auch dort gibt es eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Über die Post brauchen wir nicht zu spre-

Prechtl

chen. Solange die Menschen so viel telefonieren, wird die Post immer aktiv sein.

Ich möchte, sehr geehrter Herr Generaldirektor, die anderen Bereiche nicht sehr beleuchten. Auf alle Fälle haben wir in Österreich die zuverlässigste Post und das beste Telefonnetz der gesamten Welt. Dafür gebührt Ihnen und allen anderen dort Tätigen Dank. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht darüber gesprochen, aber heute vormittag hat es eine Debatte über Umwelt, über Straßenbau und so weiter gegeben. Ich will nicht das sagen, was ich heute dem Herrn Verkehrsminister und dem Herrn Bautenminister schon gesagt habe: Wir sind glücklich und froh, daß die Autobahnen ausgebaut werden. Sie sollen aber so ausgebaut werden, daß wir jederzeit in der Lage sind, sozusagen die Schienen darauf zu montieren, um dann endlich einmal kreuzungsfrei fahren zu können.

Jetzt komme ich zu einem Problem, über das schon sehr viel gesagt wurde. Da sagt einer, der Katalysator sei etwas Neues. Ich will gar nicht reden von den Ausschüssen, wo man für den Diesel einen Katalysator verlangt hat, den es gar nicht gibt. — Aber, bitte schön, es kann nicht jeder alles wissen. Der Katalysator ist ein Begriff in der Chemie, den gibt es, seit die Chemie besteht.

Es wird so viel vom Waldsterben gesprochen, so viel vom Auto gesprochen. Morgen gibt es, wie ich glaube, da irgendeine Besichtigung. *(Abg. Wille: Die Besichtigung ist am 4.)*

Ich freue mich, daß Abgeordneter Schwarzenberger dieses Problem in seiner Schlußrede angesprochen hat.

Aber, liebe Freunde, vergessen Sie folgendes nicht: Wir reden nur von der Straße. Denn wir sind vom Lärm betroffen, und jeder will einen Parkplatz. Jetzt nenne ich eine Zahl — der Herr Umweltschutzminister hat mich gebeten, ihm diese Zahl zur Verfügung zu stellen —: Ein Langstreckenflugzeug vom Typ Boeing 707 verbraucht innerhalb von acht Stunden so viel Sauerstoff, wie von einem 25 000 ha großen Wald hervorgebracht werden kann.

Nun sage ich Ihnen noch etwas: Wir haben in Österreich 250 000 Flugbewegungen. Wir sind nicht nur ein Transitland auf der Straße mit 18 Millionen Tonnen, wir sind auch ein

Transitland im Luftverkehr mit 250 000 Flugbewegungen! Wenn Sie den dadurch bedingten Sauerstoffverbrauch berechnen, werden Sie eine gewaltige Beeinflussung der Natur feststellen müssen.

Ich glaube — meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage das, ohne mit meinem verehrten Klubobmann gesprochen zu haben —, es wäre wirklich gut, wenn wir uns einmal außerhalb der Plenardebatte mit dem ganzen Fragenkomplex der Umwelt in einer Enquete oder in einem Hearing beschäftigen würden. Es kann nämlich sehr leicht passieren, daß wir eine Fehldiagnose stellen, eine Fehldiagnose, die zur Folge hat, daß wir dem „Patienten“ den Blinddarm herausnehmen, obwohl er in Wirklichkeit herzkrank ist. Ich meine, hier sind alle Komponenten zu berücksichtigen genauso wie bei der Salzstreuung und dergleichen.

Ich könnte Ihnen jetzt noch einige Zahlen nennen: Für 1 km Stadtautobahn mit dreispurigen Fahrbahnen benötigt man mindestens 25 000 m², das ist der Raum, den man für rund 60 Wohnhäuser benötigt. Ein Autobahnkreuz benötigt 40 ha Grund. Und 100 m links und rechts der Autobahn lagert sich das Blei ab, das wir letzten Endes dann etwa in Form von Gemüse verzehren, worauf uns dann schlecht wird.

Ich möchte noch zwei Bemerkungen zum Umweltschutz machen. Der Umweltschutz ist in der letzten Zeit aktiviert worden. Nur einige Zahlen: In der Bundesrepublik Deutschland rechnet man bei Kohlendioxid bereits mit 4,8 Megatonnen. Die Luft wirkt bereits tödlich, wenn sie 0,8 bis 0,26 davon enthält. In 25 Städten wurden bereits diese Werte überschritten.

Wissen Sie, warum ich Ihnen diese wenigen Zahlen — ich bin gerne bereit, sie Ihnen schriftlich zur Verfügung zu stellen — bekanntgebe: Es geht nicht an, daß wir am Vormittag sagen, daß wir Straßen bauen, daß wir mehr Straßen für die Autos brauchen, und am Nachmittag von der Umwelt sprechen und dabei praktisch das Gegenteil verlangen.

Als Politiker müssen wir — dazu wurden wir gewählt, das ist unsere Verpflichtung — den Menschen einen Denkanstoß dazu geben, daß sie nach einer schöneren und besseren Umwelt streben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Darüber sollen wir frei von jedem parteipolitischen Standpunkt sprechen.

Ich glaube, daß das gesamte Kapitel Ver-

Prechtl

kehr, das heute behandelt wird, ein sehr positives Kapitel ist, daß wir aber in Zukunft noch viel Arbeit für die Republik Österreich zu leisten haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 14.39

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hintermayer.

14.40

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrter Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute die Budgetkapitel 65: Verkehr, 78: Post- und Telegraphenverwaltung, 79: Österreichische Bundesbahnen in Verhandlung, die nun in dem neuen Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zusammengefaßt sind.

Der neue Bundesminister hat durch die Eingliederung der verstaatlichten Industrie ein außergewöhnlich wichtiges, aber auch problematisches Ressort übernommen.

Gerade in diesem Ressort sind langfristige Strukturanpassungen im Bereich der Verstaatlichten, aber auch im Verkehrsgeschehen notwendig.

Der Herr Minister wird mit Verlusten der Österreichischen Bundesbahnen wie im verstaatlichten Bereich konfrontiert.

Man erwartet von ihm Entscheidungen zum Thema Katalysator und Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt durch den automobilen Sektor.

Der Aufschrei aus dem ganzen Bundesgebiet über die Belastung unserer Verkehrsverbindungen durch den Transitverkehr ist nicht mehr zu überhören.

Dies sind nur die großen Brocken, mit denen sich der Herr Bundesminister und sein Ressort zu beschäftigen haben.

Wir wissen aber sehr genau, daß die aufgezeigten Problemkreise weit in unsere Wirtschaft hineingreifen, den privaten Bereich unserer Bürger berühren, aber sicherlich auch den für uns so eminent wichtigen Fremdenverkehr betreffen.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß hier gemeinsame und taugliche Lösungen gefunden und die bereits eingeleiteten Maßnahmen und Aktionen zielstrebig und energisch fortgesetzt werden.

Wir wissen, daß der Herr Bundesminister

neben seinem hohen Fachwissen, das ihm alle bescheinigen, Ausdauer und Sensibilität braucht, um die großen Vorhaben einer Lösung näherzubringen.

Hohe Erwartungen sind in ihn gesetzt. Wir Freiheitlichen sind bereit, ihn bei seinen Bemühungen zu unterstützen. Wie werden unseren Beitrag zur Bewältigung der anstehenden Probleme leisten und geben daher heute den in Beratung stehenden Budgetkapiteln unsere Zustimmung.

Und nun zu den Kapiteln selbst.

Zunächst zum Verkehr: Es geht bei der Straßenverkehrspolitik zurzeit um zwei große Probleme: um die Verringerung der schädlichen Abgase und die Senkung der Zahl der Verkehrsunfälle, dabei vor allem um die Senkung der Zahl von Personenschäden.

Es ist eine Tatsache, daß Österreich das mit Abstand am stärksten belastete Transitland Europas ist. Zwei Drittel der Gütertransporte werden auf der Straße abgewickelt. Pro Werktag rollen 3 000 „rollende Bomben“ — so könnte man sie nennen — auf der Straße zwischen Kufstein und dem Brenner. Dazu kommt noch der inländische Güterverkehr.

Auch der Bestand an PKWs hat sich ständig erhöht. In Österreich sind in der Zwischenzeit 2,5 Millionen PKWs zugelassen.

Dazu kommt noch das Verkehrsaufkommen durch den Fremdenverkehr.

Pro Jahr werden dadurch viele Hunderte Tonnen an Schadstoffen in die Luft abgegeben. Das läßt sich ziemlich exakt schätzen. Dieser Wert muß erheblich gesenkt werden, damit der Straßenverkehr nicht die in anderen Bereichen gesetzten Umweltmaßnahmen torpediert, und im Interesse des österreichischen Waldes.

Wenn es längerfristig hoffentlich auch möglich sein wird, einen großen Teil des Individualverkehrs von der Straße wegzuverlegen, muß doch kurzfristig eine vernünftige und meßbare Reduktion der Umweltbelastungen verwirklicht werden.

Die Regierung und das Parlament haben diese Problemstellung akzeptiert und werden demnächst ein Paket mit aufeinander abgestimmten Umweltmaßnahmen in das Kraftfahrrecht eingliedern:

Das sogenannte Abgaspickerl, also eine

Hintermayer

jährliche Kontrolle des Motors mit der Absicht, durch allfällige Nacheinstellungen den Schadstoffausstoß zu verringern.

Die Einführung bleifreien Normalbenzins im nächsten Jahr, also eine Umstellung auf bleifreies Normalbenzin.

Gleichzeitig werden wir der Autoindustrie Richtlinien geben, die sozusagen einen Anreiz für die Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten darstellen.

Obwohl die Öffentlichkeit und auch das Stadium der Luftverschmutzung ein schnelles und drastisches Handeln fordern, dürfen wir uns jedoch nicht wie die deutsche Bundesregierung zu vorschnellen Fixierungen hinreißen lassen, zur Feststellung auf bestimmte Vorhaben, die nicht einmal von der technischen Seite in ihrer Realisierbarkeit abgesichert sind.

Die Autoindustrie und sonstige betroffene Sparten sind jetzt voll mit diesem Problemkomplex beschäftigt. Es wird daher in den nächsten Wochen und Monaten mit neuen Fakten zu rechnen sein, mit neuen Entscheidungsgrundlagen.

Es gab vor einigen Tagen hier im Parlament ein Gespräch mit einem Vertreter der deutschen Autoindustrie, der uns mitgeteilt hat: Die Umstellung auf die neuen Autotypen, Katalysator und ähnliche umweltschonende Maßnahmen wird die deutsche Autoindustrie 10 Milliarden D-Mark kosten.

Ein anderes Problem im Straßenverkehr sind die hohe Unfallwahrscheinlichkeit, die vielen Verletzten und Toten.

Wie Herr Minister Lacina im Finanz- und Budgetausschuß berichtet hat, war die Einführung der Gurtenpflicht ein Erfolg. Abgeordneter Prechtel hat ja soeben darauf hingewiesen, um wie viele Verletzte wir weniger haben, um wie viele Tote wir durch diese Maßnahme weniger haben: 23! Das scheint bei 1 756 Verkehrstoten im Vorjahr natürlich ein geringer Prozentsatz zu sein, aber es ist sicherlich immerhin ein Erfolg, wenn man auch nur einem Menschen durch das Angurten das Leben retten kann.

Generallinie der Verkehrspolitik muß es aber sein, den Anteil des Straßenverkehrs am Gesamtverkehr zugunsten von Verkehrsmitteln zu senken, die sicherer, umweltschonender und energieökonomischer sind. Vor allem die Bahn muß in Zukunft die Hauptlast der

Güterbeförderung tragen und auch einen größeren Teil des Personenverkehrs übernehmen als bisher.

Das Verkehrsministerium arbeitet seit einigen Jahren an einem langfristigen Gesamtverkehrskonzept, das bis Mitte 1986 fertig sein soll. Hier werden auch viele private Unternehmen eingebunden werden, so wie es zurzeit beim Schülerverkehr schon landauf landab gebräuchlich ist.

Auch ohne ein detailliertes Verkehrskonzept kann man schon jetzt sagen, daß die Bemühungen der Österreichischen Bundesbahnen, ihr Angebot zu verbessern und auszuweiten, sicherlich richtig sind.

Das Projekt „Rollende Landstraße“, wobei ganze Lastwagenzüge auf spezielle Waggons verladen werden, der sogenannte kombinierte Verkehr, wo verschiedene Container, Wechselaufbauten und Vorrichtungen zum Transport von Sattelanhängern zum Einsatz kommen, und der Ausbau von Großverschiebeshöfen werden es ermöglichen, daß in zehn Jahren der Lkw-Transitverkehr auf die umweltfreundliche Bahn verlagert werden kann.

Der Umstieg des Transportgewerbes auf die Bahn soll nicht erzwungen werden, sondern durch Verbesserung des Angebotes und eine entsprechende Tarifpolitik quasi freiwillig geschehen. Dafür sind allerdings große Investitionen notwendig.

Durch den LKW-Transitverkehr werden in Österreich derzeit zirka 60 Millionen Liter Treibstoff verfahren. Es werden jährlich zirka 270 Tonnen Schwefeldioxid, 220 Tonnen Kohlenmonoxid und 2 700 Tonnen Stickoxide in die Luft abgegeben. Gleichzeitig werden die Bewohner an den Transitrouten belästigt.

Es ist klar, daß es ein entscheidender Vorteil für Österreich ist, wenn dieser Transitverkehr auf die Schiene verlagert wird.

Auch im Bereich des Personenreiseverkehrs möchte die Bahn attraktiver werden, dies vor allem durch höhere Geschwindigkeiten — die West- und Südbahn sollen zu Hochgeschwindigkeitsstrecken ausgebaut werden —, weiters durch raschere Abfertigung, einen nachfragegerechteren Fahrplan und ein verbessertes Service.

Im wesentlichen geht es auch im Bereich des Personenverkehrs darum, die Bahn zu einer echten und breiten Alternative zum

Hintermayer

Individualverkehr zu machen, denn hier ist langfristig eine Verlagerung im allgemeinen Interesse.

Offt wird über das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen geschimpft. Hier möchte ich zunächst einen Vergleich mit dem Ausland anstellen. Bei den Verlusten pro Streckenkilometer liegt die Bundesbahn zwar geringfügig hinter der Deutschen Bundesbahn, aber deutlich besser als die Schweizer Bundesbahnen. Vergleicht man den Aufwand pro Kilometer zwischen diesen drei Bahnen, so liegt Österreich am günstigsten.

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Erhaltung der Nebenbahnen und die zahlreichen Sondertarife hingewiesen werden, die der Österreichischen Bundesbahn sehr oft auf politischen Wunsch und im öffentlichen Interesse aufgelastet werden.

Die Österreichischen Bundesbahnen werden neben tatsächlichen Rationalisierungsmaßnahmen noch eine gewaltige Öffentlichkeitsarbeit machen müssen, damit sie von diesem Defizitimage wegkommen, beziehungsweise werden sie der Bevölkerung noch plausibler verständlich machen müssen, daß eben gerade im Bereich des öffentlichen Verkehrs Leistungen erbracht werden müssen, die einfach kein Geschäft sind, Leistungen, die wirklich einen sozialen Charakter haben.

Das Konzept des neuen Herrn Generaldirektors Dr. Koller hat ja viele Hoffnungen geweckt, und wir sind zuversichtlich, daß es in Zukunft in diesem Bereich besser wird.

Ein gutes Beispiel ist die Post- und Telegraphenverwaltung, die heuer wieder 2,4 Milliarden Schilling Gewinn erwarten läßt. Die Post und ihr Management haben es verstanden, das Kommunikationsbedürfnis auszunutzen und dem Bürger und dem Markt das zu geben, was erwartet wurde.

Die Entwicklung geht aber weiter. Elektronik und Bildschirmtext werden noch mehr den Bürgern und Unternehmern dienen und die Post noch besser in das Geschäft bringen. Die Post als ein gewaltiger Auftraggeber an die heimische Wirtschaft trägt so ganz entschieden zur Arbeitsplatzsicherung bei.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Post im ländlichen Raum Anschlüsse oft zu nur einem Zehntel der tatsächlichen Kosten verrechnet, daß sozial Schwache von Grundgebühren bereit sind und bei derartigen Anträgen nicht kleinlich vorgegangen wird.

Ich möchte daher der Postverwaltung mit ihrem Management und ihren 54 000 Mitarbeitern danken für die große Servicetätigkeit für Österreich und seine Gäste und für die große Investitionstätigkeit. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Aber auch den 70 000 Angehörigen der Österreichischen Bundesbahnen sei gedankt für ihren Dienst an der Volkswirtschaft und an der Gemeinschaft, den sie rund um die Uhr unter Beweis stellen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Dies alles ist der Grund, warum wir Freiheitlichen diesen Budgetkapiteln unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 14.55

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Wimmersberger.

14.55

Abgeordneter **Wimmersberger** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits am 26. September darüber gesprochen, daß die verstaatlichte Industrie nunmehr im Bereich des Herrn Ministers, des Herrn Verkehrsministers ist. Ich habe bemerkt, daß Kollege Prechtl immer vom Verkehrsminister gesprochen hat und daß die öffentliche Wirtschaft dabei zu kurz gekommen ist.

Ich bin über den Begriff „öffentliche Wirtschaft“ — das habe ich schon einmal ausgeführt — überhaupt nicht glücklich, weil ich glaube, daß das Herauslösen der verstaatlichten Industrie aus der gesamten Industrie — sie ist doch ein integrierter Bestandteil der gesamten Industrie — nicht sehr glücklich ist.

Ich habe darüber schon gesprochen und darf — nachdem es den Anschein hat, daß wir in letzter Zeit auch etwas mehr diskutieren im Plenum — doch noch einmal feststellen, daß ich glaube, daß durch diesen Begriff „öffentliche Wirtschaft“ die Aufbürdung von volkswirtschaftlichen, regionalpolitischen und sozialpolitischen Aufgaben erfolgt, ohne daß sie abgegolten werden.

Diesen Titel „öffentliche“ oder „gemeinwirtschaftlich“, wie immer wir es nennen wollen, halte ich für nicht zielführend, sind uns doch auch — und das müssen wir auch feststellen — durch gesellschaftspolitische Außeneinflüsse — und die sind halt nun einmal, wenn ich den Begriff „öffentliche Wirtschaft“ nehme, vorhanden — allein rund 1 000 hochwertige Arbeitsplätze bereits verlorengegangen.

Wimmersberger

Meine Damen und Herren! Wenn wir heute über die verstaatlichte Industrie diskutieren, dann, glaube ich, kann man das nicht tun, ohne daß ich — wie ich das immer und immer wieder, seitdem ich in diesem Hohen Haus bin, getan habe — auf die Fehler aufmerksam mache, die in der Vergangenheit begangen wurden.

Meine Damen und Herren! Lassen wir es noch einmal ganz kurz Revue passieren: Dr. Taus war Staatssekretär, der seinerzeit das Gutachten der Leobner Hochschule und von Booz-Allen eingeholt hat. Denken wir daran, daß unverständlicherweise die SPÖ-Alleinregierung nach 1970 diesen Weg, den die ÖVP begonnen hat, nämlich einer Strukturpolitik in der verstaatlichten Industrie, nicht weitergegangen ist.

Ich habe schon des öfteren erwähnt, daß das ja auch von sozialistischer Seite bereits zugegeben wurde.

Meine Damen und Herren! Diese ganzen Jahre der SPÖ-Alleinregierung und nunmehr der Koalitionsregierung waren gekennzeichnet dadurch, daß der verstaatlichten Industrie immer wieder Dinge versprochen wurden, daß aber diese Versprechungen nicht gehalten wurden.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal daran erinnern, daß bereits 1974 — und nicht, wie so oft zitiert wird, 1977 — der gesamte Vorstand der VOEST-Alpine AG festgestellt hat, daß, wenn der Weg der finanziellen Auszehrung so weitergeht, das die Betriebe nicht verkraften.

Was war dann in den Jahren von 1973 bis 1983, wenn ich nur diesen Zeitraum nehme? Allein 23 Milliarden Schilling zusätzlicher Steuern und Abgaben wurden der verstaatlichten Industrie aufgebürdet.

Nun, meine Damen und Herren, wir haben nunmehr im Budget wieder Posten für die verstaatlichte Industrie. Es war eigentlich nur bis zum Jahre 1970, daß hier Beträge im Budget vorhanden waren. Durch die Mittelzuführung an die verstaatlichte Industrie steigert sich nunmehr das Budget — seit dem Jahre 1981 wurden durch die beschlossenen Finanzierungsgesetze 27,1 Milliarden zugeführt, waren 1982 260 Millionen im Budget, 1983 666 Millionen, 1984 rund eine Milliarde — im Jahre 1985 auf 1,5 Milliarden, und 1986, 1987 und 1988 wird bereits die 3-Milliarden-Grenze überschritten.

Nun, meine Damen und Herren, ich weiß, daß diese Mittelzuführung sehr oft Gegenstand von Kritik und von Diskussionen ist. Ich möchte aber doch einmal feststellen, daß in einem Land, wo es einen Subventionsbericht mit 500 Seiten gibt, der 18 Milliarden Schilling beinhaltet, diese Beträge eigentlich nicht so hoch sind.

Ich muß aber auch feststellen, wenn man ins Ausland geht, daß allein in den EG-Staaten Subventionen von 1980 bis 1985 in der Höhe von 535 Milliarden Schilling an die Stahlindustrie gegeben wurden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich dann noch die Jahre zuvor dazurechne, von 1974 — weil der Einbruch in der Stahlindustrie im Ausland bereits 1974 begonnen hat — bis 1980, dann ist das nochmals um etliche hundert Milliarden höher.

Horst Knapp schreibt in seinen „Finanznachrichten“: „Wer die Hilfestellung, die diese Betriebe derselben Branche im Ausland erhalten, betrachtet, kommt jedenfalls zu dem Schluß, daß die österreichischen Stahlmanager Zauberkünstler sein müßten, wenn sie sich aus dem allgemeinen Schlamassel heraushalten könnten.“

Meine Damen und Herren! Ich darf nochmals betonen: Wäre man unseren Vorschlägen immer wieder gefolgt, hätte man die Versprechungen eingehalten, dann wären jetzt vielleicht diese Beträge noch nicht einmal notwendig beziehungsweise würde das Budget nicht in den kommenden Jahren so stark belastet werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die österreichische Stahlindustrie muß zum Überleben weiter rationalisieren, und sie muß an die geänderten Absatzverhältnisse angepaßt werden.

Ich darf feststellen, daß am Horizont bereits leichte Besserungen zu sehen sind, sicherlich besonders in den Nichtstahl-Betrieben wie der Chemie Linz und der VEW Ranshofen-Berndorf, hier ja ein positiver Betrieb. Aber auch in der Stahlindustrie sind bereits Besserungen festzustellen, wenngleich die Aussichten in den nächsten Jahren auch nicht allzu rosig sein werden.

Nun, meine Damen und Herren, wenn es bei der Umstrukturierung darum ginge, den Anteil der Finalindustrie zu erhöhen, dann könnten ja eigentlich die drei metallverarbeitenden Betriebe, sei es nun die VOEST, die VEW oder auch Ranshofen-Berndorf, in etwa

Wimmersberger

zufrieden sein. Aber leider Gottes ist auch in der Finalindustrie nicht alles zum Besten bestellt.

Aber etwas — und das möchte ich jetzt einmal ganz besonders hervorheben — müßte zum Beispiel unter der Schirmherrschaft des neuen Ministers mehr und mehr verwirklicht werden, das wären Pilotprojekte, und zwar im Zusammenhang mit speziell fortschrittlicher Energiegewinnung sowie mit der Durchführung von komplexen Entsorgungsmodellen.

Meine Damen und Herren! Kollege Helbich hat schon in seiner Rede aufgezählt, was man alles bauen könnte, um die Umwelt zu verbessern.

Nun, die VOEST-Alpine, darf ich sagen, ist hier vorbildlich. Was hier am Sektor des Industrieanlagenbaues beziehungsweise der Finalindustrie angeboten wird, das sollte man sich — das wäre das Entscheidende, und darum bitte ich den Herrn Minister — in Österreich besonders genau anschauen. Denn wenn ich die Referenzlisten ansehe, dann reichen die zwar von den Emiraten bis nach Narvik, aber in Österreich selbst wird relativ wenig gebaut.

Für alle Umwelttechniken wären wir gerüstet, nicht nur die VOEST-Alpine allein, sondern auch andere Betriebe, die SGP und so weiter. Ich glaube, daß mehr Augenmerk darauf gerichtet werden müßte; dann könnte zum Beispiel bei den sicherlich nicht einfachen Problemen im Zusammenhang mit der Finalindustrie gerade bei uns in Linz eine Besserung eintreten. Ich kann nur feststellen: Würde man der VOEST-Alpine 10 Milliarden Schilling geben, dann wäre Österreich sauber. Und das ließe sich machen.

Ich darf aber auch noch feststellen, daß die VOEST-Alpine heute zum größten Teil Produkte herstellt und Dienstleistungen verrichtet, die sie vor fünf Jahren überhaupt noch nicht im Programm hatte.

Und nun, meine Damen und Herren, ganz kurz zu dem Problem Grundstoffindustrie, das in letzter Zeit doch sehr häufig zur Diskussion steht.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen nicht vergessen, daß, sei es bei der VOEST-Alpine, bei der Chemie Linz oder bei Ranshofen-Berndorf, letzten Endes die Grundstoffindustrie — bei Ranshofen-Berndorf und bei der VOEST die Hütte — die tragende Säule des Unternehmens ist. Daran hat sich bis zum heutigen Tage trotz aller anderen Aktivitäten

nichts geändert. Auch bei der Chemie Linz ist nun einmal die Düngemittelerzeugung die tragende Säule.

Ich darf vielleicht feststellen — der Herr Minister hat mir das auf meine Anfrage schriftlich mitgeteilt —, daß 1983 256 676 Autos importiert wurden mit einem Wert von 22,2 Milliarden Schilling. Die Zulieferung an die ausländische Autoindustrie betrug 1983 13 Milliarden Schilling, gegenüber 1982 also ein Plus von 50 Prozent, und wird 1984 14 Milliarden, also in etwa 60 Prozent des Wertes der importierten Autos, betragen.

Meine Damen und Herren! Ohne Grundstoffindustrie, ohne die Blechlieferungen der VOEST-Alpine wäre dies überhaupt nicht zu erreichen.

Ich darf aber auch noch weiter feststellen: Gerade der Industrieanlagenbau, in dem die VOEST-Alpine so reüssiert in der ganzen Welt, ist letzten Endes gewachsen aus dem Werksausbau, der die Hütte mit beinhaltet hat. Und gerade auf dem Sektor der Hüttenwerke sind wir hier ja mustergültig. Ich darf nur erinnern: Das Werk Schlobin in Rußland, das uns so viel Lob eingebracht hat, könnte vielleicht gar nicht so vorbildlich hergestellt werden, wäre nicht auch die Grundstoffindustrie, wäre nicht die Hütte vorhanden.

Auch beim Industrieanlagenbau muß ich feststellen, daß man eben aus strategischen Gründen nach wie vor die Grundstoffindustrie braucht, wenn auch hier der Grundsatz der Freiheit im Zukauf herrschen muß. Es ist sicherlich in vielen Fällen günstig und auch notwendig, für bestimmte Anlagenteile, die eben prozeß- oder garantieb bestimmend sind, beziehungsweise für Montageleistungen, die terminbestimmend sind, im eigenen Unternehmensverband Zugriff zu haben.

Meine Damen und Herren! Ich darf auch noch ganz kurz feststellen: Wenn man heute weiß, daß der Netto-Devisenzugang für die österreichische Leistungsbilanz aus dem Exportgeschäft der Unternehmensgruppe, also der VOEST-Alpine, 1983 bei rund 26 Milliarden Schilling lag, so bedeutet das, daß dies alles ohne die Grundstoffindustrie nicht möglich wäre. Ich möchte aber auch gleichzeitig feststellen, daß Aufträge im Werte von mehr als 20 Milliarden Schilling im Laufe 1983 inlandswirksam vergeben wurden, davon in der Höhe von 10,1 Milliarden Schilling an Klein- und Mittelbetriebe.

Wimmersberger

Und nun, meine Damen und Herren, ganz kurz zu einigen Betrieben, die mir besonders am Herzen liegen als Oberösterreicher. Ich darf hier feststellen: Wenn ich jetzt auf die Problematik von Ranshofen eingehe, so habe ich dies schon mehrmals hier in diesem Hohen Haus getan. Es bedarf also hier keines aktuellen Anlasses und auch nicht vielleicht einer bevorstehenden Landtagswahl.

Meine Damen und Herren! Ich darf feststellen, daß der Industriestandort Ranshofen mit Hütte, Walzwerk, Preßwerk und Felgenwerk eben so ausgelegt ist, daß die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des den engen örtlichen Verflechtungen von Hütte, also sprich Elektrolyse, und nachhaltigen Verarbeitungsstufen resultiert.

Meine Damen und Herren! Hochtechnologie im Aluminiumbereich ist abhängig von der Beherrschung der und von der ständigen Erfahrung in der Basistechnologie, also Elektrolyse. Der Flüssigmetalleinsatz aus der Hütte bedeutet einen großen Kostenvorteil für die Weiterverarbeitung. Ich darf auch feststellen, daß sämtliche bedeutende Walzwerke integriert sind in eine Hütte, also in eine Elektrolyse.

Ich darf im Zusammenhang mit den Beträgen, die der Zahlungsbilanz zugute kommen, die ich schon genannt habe, hinsichtlich der VOEST-Alpine feststellen, daß der Tonerdeimport von Ranshofen 160 000 Tonnen beträgt mit einem Wert von 675 Millionen Schilling und daß sich der Aluminiumexport Ranshofens inklusive Halbzeug 1984 auf 65 500 Tonnen mit einem Wert von 2,3 Milliarden Schilling belaufen hat.

Meine Damen und Herren! Die Elektrolyse wurde 1940 gebaut. Eine sehr wichtige und notwendige Investition müßte bei den Vereinigten Metallwerken Ranshofen-Berndorf bei der Aluminiumelektrolyse in Ranshofen erfolgen. Diese notwendige Investition hat ja schon — das muß ich leider feststellen — einen sehr langen Bart. Die Versprechungen reichen hier von Minister Waldbrunner über Pittermann bis zum ehemaligen Bundeskanzler Kreisky im Jahre 1973.

In der Zwischenzeit hat ein Großteil der Aluminiumindustrie neue Elektrolysen installiert, die wesentlich moderner und kostengünstiger arbeiten als die Elektrolyse in Ranshofen.

Für Ranshofen ist daher eine rasche Entscheidung für die Errichtung einer solchen

Anlage notwendig, damit die österreichische Aluminiumindustrie nicht mehr länger den Anschluß an ein international kostengünstiges Produkt verliert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Für eine zirka 120 000-Tonnen-Elektrolyse betragen die Investitionskosten zirka 4 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Eigentümer für diese Investition nicht rückzahlbare Mittel zur Verfügung stellen muß, damit Ranshofen einerseits eine neue, moderne, kostengünstigere Elektrolyse erhält, aber andererseits gleich von Anbeginn an mit der Konkurrenz, deren Anlagen zum Teil schon abgeschrieben sind, mithalten kann.

Ein wesentlicher Punkt ist auch der Strompreis für die Aluminiumerzeugung in Ranshofen. Durch eine internationale Beratungsfirma wurde festgestellt, daß der Strompreis für Ranshofen gegenüber der vergleichbaren Konkurrenz um zirka 20 Prozent höher liegt. Das ist ein unhaltbarer Zustand, wenn man überlegt, daß Österreich ein Wasserland ist und daher elektrische Energie kostengünstig vorhanden ist.

Meine Damen und Herren! Aus jüngster Zeit darf ich vielleicht auf etwas aufmerksam machen und dann eine Anregung geben. Die ÖMV konnte vor kurzem das Ergebnis von ihr jetzt ganz übernommenen Petrochemie Schwechat mit einem schönen Gewinn bekanntgeben. Ich bin sicher, daß ein wesentlicher Teil dieses Gewinnes auf den nunmehrigen niedrigen Verrechnungspreis des Vormaterials an die Petrochemie zurückzuführen ist.

Auf Ranshofen umgelegt, müßte in bezug auf den Strompreis eine entsprechende Handlung gesetzt werden. Aber bei einiger Phantasie könnte man vielleicht auch gesellschaftsrechtliche Überlegungen zwischen der Verbundgesellschaft und der VMW anstellen. Wobei ich noch einmal feststellen möchte: An eine Rückgabe der drei Innkraftwerke an Ranshofen sollte man auch denken.

Die VMW hat nicht nur die Investition für die Aluminiumelektrolyse notwendig, sondern auch auf dem Kupfersektor die Investition für eine Kupferelektrolyse in Brixlegg.

Meine Damen und Herren! Auch diese Investition in Brixlegg ist, glaube ich, notwendig. Beide Investitionen sind notwendig, um umweltschonendere Anlagen zu erhalten.

Wimmersberger

Ich appelliere daher an den Eigentümer, besonders auch an den Herrn Minister, an die ÖIAG, an die Republik Österreich, die Pflichten eines Eigentümerunternehmers wahrzunehmen und mit einer entsprechenden Mittelbereitstellung diese Investitionen zu ermöglichen. Durch diese Handlung würde die internationale Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens VMW gewährleistet werden, und wir könnten dieses Unternehmen so stark machen, daß es die neunziger Jahre gut überstehen kann. Vor allen Dingen für die dort Beschäftigten und zur Existenzsicherung dieses Konzerns sind die Investitionen notwendig und hat der Eigentümer seiner Verpflichtung durch entsprechende Handlungen rechtzeitig nachzukommen.

Meine Damen und Herren! Die VMW beschäftigt sich natürlich schon länger mit dem Neubau der Elektrolyse. Wenn man diese Investition nach dem System der Vereinigten Aluminiumwerke, der VAW in Deutschland, durchführt, könnte bereits 1985 damit begonnen werden. Eine Bauzeit von schätzungsweise etwa zwei Jahren, und das Problem in Ranshofen wäre gelöst.

Nun ganz kurz auch noch zur Chemie Linz. Bei der Chemie Linz dasselbe Problem, nämlich das Erdgasproblem.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon mehrmals von diesem Pult aus erwähnt: Erdgas als Rohstoff, Erdgas als Brennstoff. Ich kann nur sagen: Es ist ökonomisch wie ökologisch ein heller Wahnsinn, wenn wir Erdgas verbrennen, das uns in Ostösterreich billig zur Verfügung steht, das aber die Chemie Linz in Westösterreich als Rohstoff braucht und zu teurem Preis einkaufen muß.

Dies noch dazu, wenn man bedenkt, wie in anderen Ländern vorgegangen wird. Die Niederlande verfügen über beträchtliche eigene Erdgasvorkommen. Ihrer Düngemittelindustrie wurden schon vor längerer Zeit Kampfpreise eingeräumt, ein Vorteil, der große europäische Produzenten veranlaßte, dort eigene Produktionsstätten zu errichten.

Der Erdgasmarkt in der Bundesrepublik ist vom niederländischen Nordsee- und Russengas stark umkämpft. Diese Konkurrenzsituation ermöglicht dem Erdgasverteiler Ruhrgas, unseren BRD-Konkurrenten auf unseren Heimatmärkten Österreich und Bayern das Erdgas im zweiten Quartal 1984 um 15 Prozent günstiger anzubieten, als der derzeitige Chemie Linz-Einstandspreis beträgt.

Meine Damen und Herren! Frankreich gewährt auf das algerische Erdgas einen Rabatt von 13,5 Prozent, in Italien schreibt die Preiskommission den Erdgasproduzenten beziehungsweise -importeuren einen Erdgaspreis für den Düngemittelbedarf im Inland vor. Dieser beträgt derzeit zwei Drittel des Erdgaspreises der Chemie Linz.

Die Anpassung des Erdgaspreises für die Verwendung als Rohstoff ist eine *conditio sine qua non* für die erfolbringende Verwirklichung unserer Strukturverbesserungskonzepte.

Meine Damen und Herren! Während in weniger als zwei Jahren dank der eingeleiteten Sofortmaßnahmen der Anteil der Arbeitskosten an der Betriebsleistung von 25 Prozent auf heute 18 Prozent abgesenkt werden konnte, mußte — hauptsächlich verursacht durch die exorbitanten Preissteigerungen bei Erdgas von 1980 bis 1982 — ein Ansteigen der Materialkostentangente von früher 58, 59 Prozent auf 70 Prozent hingenommen werden.

Ich glaube, meine Damen und Herren, bei all den Verbesserungen, die in den Bereichen unserer verstaatlichten Industrie nun zu greifen begonnen haben, müssen wir feststellen, daß dies nicht ohne Opfer der Belegschaft vor sich gegangen ist. Und dafür müßte man der Belegschaft auch den entsprechenden Dank aussprechen. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wie ich schon erwähnt habe: Während das Niveau der Personalkosten einem internationalen Vergleich heute durchaus schon heute standhält, lastet das Problem der überhöhten Kosten für Erdgas existenzgefährdend auf unseren Unternehmen. Eine Beibehaltung dieses Konkurrenznachteils würde schon in kürzester Zeit die Fortführung eines beträchtlichen Teils der Produktion der Chemie Linz auf das schwerste in Frage stellen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, daß Sie diesen Bestrebungen ihre Unterstützung geben. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.)* Das muß auch einmal gesagt werden.

Meine Damen und Herren! Wir stellen allgemein eine gewisse Industrieindignität fest. Ich glaube, man muß aber einmal in der Öffentlichkeit aussprechen, daß diese Industrie bei Gott nicht umweltfeindlich ist.

Seit dem Jahr 1972 — das ist der Beginn der

6030

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Wimmersberger

Erhebungen — wurden in der VOEST-Alpine AG rund 6 Milliarden Schilling für Umweltschutz aufgewendet. Davon betrugen die Investitionskosten rund 2 Milliarden. Die jährlichen laufenden Kosten für den Betrieb von Umweltschutzanlagen stiegen von 106 Millionen im Jahr 1972 auf 600 Millionen Schilling im Jahre 1983, haben sich also in elf Jahren fast versechsfacht.

Von diesen Beträgen entfallen auf die Hütte Linz rund 50 Prozent. Allein für Luftreinhaltemaßnahmen der Hütte Linz wurden 1,5 Milliarden Schilling aufgewendet. Die Kostenbelastung des Rohstahls durch Umweltschutzaufwendungen beträgt damit rund 4 Prozent vom Herstellungspreis.

Meine Damen und Herren! Zu dieser Feststellung muß man bemerken, daß die Kosten nunmehr in einer Größenordnung liegen, die über Gewinn und Verlust entscheiden kann.

Weiters muß festgestellt werden, daß im Gegensatz zu anderen stahlproduzierenden Ländern diese Beträge ohne Förderungsmitel in Form von Subventionen oder Zinsstützungen aufgebracht werden mußten, bevor noch der Umweltschutzfonds gegründet wurde.

Meine Damen und Herren! Ich habe diese Beträge addiert: die Beträge der VOEST-Alpine, der VMW Ranshofen-Berndorf und der Chemie Linz. Dabei tritt zutage, daß allein für den Betrieb der Umweltschutzanlagen seit 1972 7,6 Milliarden Schilling aufgewendet wurden und daß die Investitionen auf diesem Sektor über 2,55 Milliarden betragen haben.

Meine Damen und Herren! Sie sehen daraus, daß die verstaatlichte Industrie — besonders diese großen Unternehmungen — riesige Beträge für den Umweltschutz aufwendet. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.21

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Rechberger.

15.21

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Wimmersberger hat in seinen Ausführungen auch für die Leistungen und für das große Verständnis der Belegschaft in der Verstaatlichten gedankt. Ich möchte dem hinzufügen, daß das selbstverständlich auch unser Dank ist. Dazu kommt auch der Dank an die Bundesregierung und an alle Verantwortlichen für die Hilfen an die Verstaatlichte, um diese schwierigen Probleme der letzten Jahre lösen zu können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

rigen Probleme der letzten Jahre lösen zu können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte aber auch zu einer Bemerkung nur einen Satz sagen: Der Abgeordnete Wimmersberger hat ein wenig kritisch zu der neuen Zuordnung der verstaatlichten Industrie an das Verkehrsressort und alle damit verbundenen Fragen Stellung genommen. Ich möchte dazu sagen, daß es uns nicht so sehr um die Formulierung und den Titel des Ministeriums geht, sondern wir wünschen dem Fachmann und dem mit so viel Einsatz und Engagement tätigen Minister Lacina auch namens der Verstaatlichten alles Gute und danken ihm herzlich für das bisher Geschehene. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf einige Fragen der verstaatlichten Industrie eingehe, möchte ich doch noch eine Bemerkung, die diese Woche vom Herrn Bundeskanzler in diesem Hohen Hause an die Adresse der Österreicherinnen und Österreicher gerichtet wurde, erwähnen und mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren:

Der Herr Bundeskanzler hat am Dienstag hier erklärt: „Wir erwarten ein gutes Jahr 1985. Es wird die Inflationsrate geringer sein, wir werden mehr Beschäftigte haben als heuer und weniger Arbeitslose als heuer, wir werden ein 3prozentiges Wirtschaftswachstum haben, es wird keine Steuererhöhungen geben, wir werden keine gravierenden Erhöhungen der Sozialabgaben haben, wir werden sehr vorsichtig sein bei Tarifen und Gebühren, die Leistungsbilanz wird ausgeglichen sein, wir werden unsere Exporte um etwa 7 Prozent auch im nächsten Jahr steigern.“

Das sind Prognosen für das Jahr 1985, die für uns in Österreich und für die in der verstaatlichten Industrie Beschäftigten absolut positivsten Wert haben.

Wie deprimierend ist dagegen die Nachricht, die in dieser Woche auch in einer Tageszeitung gestanden ist, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft im Oktober um rund 110 000 auf die Rekordhöhe von 12,8 Millionen Menschen erhöht hat. Hier sieht man im Vergleich erst, welche großen Anstrengungen gemacht und welche gewaltigen Leistungen erbracht wurden, um in diesem Lande ein hohes Beschäftigungsniveau und vor allen Dingen durch Unterstützung auch notleidender Betriebe und Branchen eine hohe Beschäftigung erhalten zu können.

Rechberger

Ich darf in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß die Reise des Herrn Bundeskanzlers mit der größten Wirtschaftsdelegation in die Sowjetunion ausgezeichnete Ergebnisse gebracht hat und daß unter 43 Anboten, die den Firmenvertretern direkt dargelegt wurden, Aufträge für die VOEST-Alpine, die Vereinigten Edelstahlwerke, die Österreichischen Schiffswerften, Vogelbusch, Simmering-Graz-Pauker, Elin-Union, Chemie Linz und andere Unternehmen der verstaatlichten Industrie in hohem Maße enthalten sind.

So ist etwa zu bemerken, daß ein Anschlußauftrag für den unter VOEST-Leitung errichteten Stahlwerksbau in Schlobin in einer Größenordnung zwischen 10 und 11 Milliarden Schilling vor dem Abschluß steht, daß es ein sehr großes Interesse und Anfragen gibt für ein Projekt eines Bohrröhrwerkes, daß es den Ausbau der industriellen Kooperation und die Realisierung von Projekten in Drittländer gibt, daß es eine weitere Erhöhung der Lieferungen von Nahtlosrohren und Kaltwalzmaterial in diesem Bereich gibt und daß seitens der sowjetischen Wirtschaftsdelegation in dem Zusammenhang auch angeboten wurde, den laufenden Zusammenarbeitsvertrag, welcher 1990 ausgelaufen wäre, bis 1995 zu verlängern.

Sehr begrüßenswert für die verstaatlichte Industrie ist aber auch das rechtzeitige Einsteigen in andere Technologien und Produkte, wie Mikroelektronik, Präzisionstechnik, Kunststofftechnik, Medizintechnik, Umweltschutzanlagen und vor allen Dingen die damit verbundenen Strukturverbesserungen, welche im Bereich der verstaatlichten Industrie in den letzten Jahren getätigt wurden und mit maßgeblicher Unterstützung der österreichischen Bundesregierung, der sozialistisch geführten Bundesregierung, eine Position geschaffen haben, die uns auch international große Chancen bietet.

Ich möchte die Maßnahmen für den Umweltschutz seitens der verstaatlichten Industrie nicht weiter erwähnen, aber doch darauf hinweisen, daß auch die Umweltschutzanlagen, die Neukonzeption, die Erforschung und die damit verbundene Schaffung von Anlagen für den Umweltschutz eine sehr wesentliche Komponente im Bereich der verstaatlichten Industrie ist, die damit auch einen Produktionszweig für die Zukunft bedeutet, der durchaus eine respektable Größenordnung erreichen wird.

Eines wurde schon erwähnt, aber ich

möchte es nochmals wiederholen und auch an verschiedenen Ländern beispielhaft darstellen. Es hat heute interessanterweise — persönlich freue ich mich sogar darüber — endlich auch eine Darstellung der Subventions- und Strukturhilfen anderer Länder seitens des Herrn Abgeordneten Wimmersberger gegeben. Ich habe mich eigentlich bei seinen Ausführungen gewundert, daß die ÖVP bei der Beschlußfassung über die 16,4 Milliarden Schilling auf den Plätzen sitzen geblieben ist und nicht mitgestimmt hat, um diese Strukturhilfe zu gewähren.

Ich möchte deshalb sagen: Die Stahlbeihilfen in den Ländern der EG haben von 1975 bis 1983 die runde Summe von 580 Milliarden Schilling erreicht. Die Stahlbeihilfen in Österreich betragen im Vergleich dazu im gleichen Zeitraum einschließlich der VEW 8,25 Milliarden Schilling.

Länder wie Belgien haben in den Jahren 1983 bis 1985 18 Milliarden Schilling als Beihilfen und Subventionen gegeben, die Bundesrepublik einschließlich Arbed-Saarstahl 35 Milliarden, Frankreich 68 Milliarden, Italien 40 Milliarden und Großbritannien 36 Milliarden Schilling an Unterstützung für die dort tätige Stahlindustrie.

Das soll aufzeigen, welche Leistungen anderswo mit viel geringerem Beschäftigungseffekt, also mit größeren Freisetzungen von Arbeitnehmern, getätigt werden mußten, um die Stahlindustrie aufrechtzuerhalten.

Das bedeutet weiter, daß die Beschäftigungsrückgänge in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt 37 Prozent im Zeitraum von 1973 bis 1983 gewesen sind, in den USA 52 Prozent, während es in Österreich 13 Prozent Beschäftigungsrückgang in der Stahlindustrie waren.

In dieser schwierigen Situation hat aber auch die verstaatlichte Industrie weiterhin große Investitionen vorgenommen, um den Vorsprung zu halten, um die Strukturen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie und der gesamten Verstaatlichten aufrechtzuerhalten.

So wurden in den Jahren 1979 bis 1983 rund 40 Milliarden Schilling in der verstaatlichten Industrie investiert. So wurden viele Voraussetzungen geschaffen, die uns heute, im Zeitraum eines verbesserten wirtschaftlichen Klimas und eines Aufschwunges in allen Bereichen der Wirtschaft, die Möglichkeit geben, voll mitzuhalten und einzusteigen.

Rechberger

Ich möchte aber die übrige Wirtschaft nicht unerwähnt lassen. Ich habe in allen Reden, die ich hier in diesem Hohen Hause gehalten habe, nie eine Differenzierung insofern getroffen, als auf der einen Seite die verstaatlichte und auf der anderen Seite die übrige Wirtschaft stehe, sondern ich vertrete die Auffassung einer gemeinsamen Wirtschaft. Die Wirtschaft Österreichs schafft viele Voraussetzungen dafür, daß wir die positiven Wirtschaftswerte aufzeigen können, und so darf man es nicht unerwähnt lassen, daß 1984 an die übrige Wirtschaft in Österreich, an rund 40 000 bis 45 000 Klein- und Mittelbetriebe, voraussichtlich rund 30 Milliarden Schilling in Form von Zulieferaufträgen seitens der verstaatlichten Industrie vergeben werden.

Weiters möchte ich erwähnen: Es hat sich der Beschäftigtenstand reduziert. Die Zahl der Beschäftigten ist in der verstaatlichten Industrie zurückgegangen, noch 1975 waren 117 000 Beschäftigte in den verstaatlichten Betrieben, 1984 sind es rund 103 000. Das wurde vorher schon in Prozenten ausgedrückt, es sollen aber die absoluten Zahlen auch genannt werden.

Wir haben also in Österreich wesentlich bessere, humanere und menschlichere Vorgangsweisen gefunden, um die Belegschaftsreduzierungen, die auf Grund von Investitionen, neu entwickelten Technologien und anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen notwendig sind, durchzuführen. Es gibt Maßnahmen wie Umschulungen, die sogenannten Frühpensionierungen, über die manchmal gelästert wird, ich möchte das auch nicht verschweigen, aber die Betroffenen selbst begrüßen diese Aktion deshalb, weil sie zwei grundsätzliche Gedanken beinhaltet: Auf der einen Seite soll in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit der durch 30 und 40 Jahre in Schwerstarbeit tätige Arbeitnehmer die Chance bekommen, vorzeitig die Pension, die sogenannte SUG, ansprechen zu können. Damit verbunden ist aber auch die Ersatzstellung jüngerer Menschen, der Vertrag lautet: 3 : 1. Wir konnten in der letzten Zeit diese Zahl sogar verbessern, es konnten mehr junge Menschen in Ersatzstellungen aufgenommen werden; und das ist ein sehr wesentlicher Beitrag zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit der jungen Menschen im Alter zwischen 19 und 25 Jahren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es soll auch endlich einmal ausgesprochen werden, daß diese SUG-Pensionierung nicht nur für den Bereich der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch für den Bereich der privaten Eisen- und Stahlindu-

strie, das heißt, für die privaten Eisen- und Stahlfirmen Österreichs Gültigkeit hat.

Ich möchte aber auch noch einen Punkt erwähnen und versuchen, mein Zeitlimit einzuhalten, das wir uns heute gegeben haben, um allen, die außerhalb von Wien wohnen, die Chance des Nachhausefahrens zu geben.

Ich möchte nur noch erwähnen, daß die verstaatlichte Industrie einen sehr hohen Anteil an der Ausbildung von jungen Menschen, von Lehrlingen in den Facharbeiterberufen hat. Es gibt Versuchsmodelle, die auch jungen Frauen die Chance geben, einen sogenannten Männerberuf zu erlernen. Ich kann das selbst bestätigen: Eine Tochter von mir hat einen solchen Beruf erlernt. Wir haben große Erfolge mit diesen jungen Frauen erzielt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

In der verstaatlichten Industrie werden zurzeit rund 4 463 junge Menschen als Facharbeiter ausgebildet, in der gesamten ÖIAG-Gruppe mit den Tochtergesellschaften sind 5 407 junge Menschen in Ausbildung.

Ich darf das Beispiel Kapfenberg erwähnen: Dort werden unter 353 Lehrlingen, die ausgebildet werden, 58 Mädchen in diesen Berufszweigen ausgebildet, und es gibt auch das Bestreben, das in Zukunft noch mehr zu forcieren, um hier auch jenen eine Chance zu geben, die früher solche Möglichkeiten nicht gehabt haben. Ich denke da an die Frauen.

Zum Schluß darf ich noch sagen: Persönlich und im Namen aller Beschäftigten der verstaatlichten Industrie möchte ich mich bei allen, die uns in diesen schwierigen Jahren zur Seite gestanden sind und geholfen haben, bei der Bundesregierung, beim Herrn Bundesminister, bei seinen Beamten, bei allen, die uns sichtbar und unsichtbar geholfen haben, bedanken. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.36

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Lacina.

15.36

Bundesminister für Verkehr Dkfm. **Lacina:** Sehr verehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten König kurz Stellung nehme.

Der Herr Abgeordnete König hat auf eine Reihe von Projekten und Unternehmenskonzepten hingewiesen, die er im Budget zu

Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina

wenig berücksichtigt glaubt. Es ist natürlich das gute Recht der Opposition, zu sagen, daß es ihr zu langsam geht, daß es ihr zu wenig ist, was an Maßnahmen ergriffen worden ist.

Ich möchte aber doch an Hand dreier Beispiele zeigen, daß wir nicht untätig waren, sondern daß diese Konzepte auch tatsächlich verwirklicht werden.

Zum ersten: Das langfristige Konzept, das vor uns steht, ist sicher das Konzept der Hochgeschwindigkeitsstrecken bei der Bundesbahn. Es ist richtig, daß der Bau dieser Hochgeschwindigkeitsstrecken, die Planung dieser Hochgeschwindigkeitsstrecken angekündigt worden ist. Aber ebenso war es schon bei dieser Ankündigung klar, daß zuerst Planungsarbeiten, die sicherlich mehrere Jahre erfordern, bei den Bundesbahnen durchzuführen sind, daß Wirtschaftlichkeitsrechnungen anzustellen sind. Ich bekenne mich dazu, daß der Verkehrsträger Bundesbahn diese Wirtschaftlichkeitsrechnung anzustellen hat, und zwar in einem gründlicheren Ausmaß, als das bei anderen Verkehrsträgern der Fall ist. Einfach deshalb, Herr Abgeordneter König, weil bei der Bahn genauer nachgerechnet wird, weil die Bahn für ihre Wegekosten zur Gänze aufzukommen hat. Ich glaube schon, daß hie und da mit zweierlei Maßstäben gemessen wird, nur kann man bei der Bundesbahn daraus nicht den Schluß ziehen, daß keine Wirtschaftlichkeitsrechnung anzustellen ist, sondern daß sie umso genauer sein muß, daß wir auch entsprechende Marktabschätzungen brauchen.

Was jetzt im Gang ist, Herr Abgeordneter König, ist die Planung, die Projektierung dieser Hochgeschwindigkeitsstrecken bis hin zu Probebohrungen auf den möglichen Trassen. Und gleichzeitig geht es um die Ausarbeitung einer Wirtschaftlichkeitsrechnung für diese Projekte einer schnelleren Verbindung nach dem Westen und nach dem Südosten.

Zur zweiten Frage, zur „rollenden Landstraße“: Hier wollte ich nur darauf verweisen, daß es bei der „rollenden Landstraße“ so ist, daß wir erste Versuche mit der Wirtschaft in der Gesellschaft für den kombinierten Verkehr durchgeführt haben, daß wir uns bewußt sind, daß das ein Anfang ist, ein Anfang, der mit Mängeln behaftet ist.

Es wurde vom Abgeordneten Prechtl bereits darauf hingewiesen, daß neues rollendes Material bestellt ist und daß ganz sicherlich Investitionen für die Bundesbahn im Wirtschaftsplan für das nächste Jahr enthal-

ten sind, sodaß Sie dann, Herr Abgeordneter König, wenn der Wirtschaftsplan dem Verwaltungsrat vorliegt und publiziert wird, sicherlich auch dieses Konzept des kombinierten Verkehrs, der „rollenden Landstraße“, als einen der Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der Bundesbahnen erkennen können.

Ich gebe zu, daß das allein aus dem, was an Budgetziffern vorliegt, nicht unmittelbar entnommen werden kann, aber es ist eben der Sinn des Wirtschaftsplanes, daß er diese Situation klarer werden läßt, daß er die Schwerpunkte klarer erkennbar werden läßt.

Ich bekenne mich hier zu einem, was Sie hervorgehoben haben, nämlich zur Zusammenarbeit „Schiene — Straße“ im kombinierten Verkehr.

Ich bin vor allem für das sehr sachliche Eingehen auf die Probleme, die wir sicherlich in diesem Verkehrsgeschehen, aber auch bei dieser Zusammenarbeit haben, sehr dankbar.

Doch es ist mein Gefühl und meine Überzeugung, daß wir zu einer wesentlichen Entkrampfung des Konkurrenzverhältnisses gekommen sind. Bei der Bundesbahn wurde zur Kenntnis genommen, daß es den Konkurrenten „Straße“ gibt, einen Konkurrenten, mit dem man zusammenarbeiten kann und zusammenarbeiten soll.

Was wir erwarten können und was wir auch an ersten Ergebnissen durchaus ablesen, ist, daß die Frächter beziehungsweise die Straße darauf positiv antworten, und gerade die zweistelligen Zuwachsraten für den kombinierten Verkehr in den letzten Jahren lassen mich auf diesem Gebiet optimistisch sein.

Zu einer weiteren Frage: zum Problem der Nebenbahnen. Die Nebenbahnen sind nicht nur ein betriebswirtschaftliches Problem, Sie selbst, Herr Abgeordneter König, haben darauf hingewiesen, daß es sich hier auch um ein kompliziertes volkswirtschaftliches, insbesondere vom regional-politischen Gesichtspunkt zu sehendes Problem handelt.

Wir wollen — ein entsprechender Gesprächstermin ist inzwischen von Landeshauptmann Ludwig eingeräumt worden — Modelle entwickeln, die auch vom Verkehrsgeschehen, vom Verkehrsangebot her, für die Region, für die dortige Bevölkerung attraktiv sind, die darauf Rücksicht nehmen, daß es sich sehr oft um benachteiligte Regionen handelt, in denen die wirtschaftliche Aktivität ohnehin zu schwach ist, wo wir sicherlich nicht Interesse

Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina

haben, diese Regionen durch eine Einstellung der Investitionstätigkeit, durch ein übereiltes Einstellen zum Beispiel des Frachtverkehrs noch zu schwächen. Wir wollen vielmehr in diesen Versuchen zeigen, daß die Bahn ein attraktives Verkehrsangebot legen kann und daß sie das dort, wo sie allein es nicht kann, in Kombination mit der Straße, mit dem Busverkehr, zustande bringen wird. Das vielleicht zu den in Rede stehenden Beispielen.

Mir ist klar, daß eine Oppositionspartei nicht einem Budgetkapitel, noch dazu einem Kapitel, wie es das Verkehrsbudget und das Budget für die verstaatlichte Industrie darstellen, ohne weiteres die Zustimmung geben kann. Aber weder aus der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten König noch aus der Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Wimmersberger habe ich eine grundlegende Differenz zu dem, was die Unternehmen vorhaben, zu dem, was von uns aus unterstützt wird, gesehen. Und wenn es nur um die Differenz geht, daß das, was wir an Zielsetzungen haben, zuwenig deutlich geworden ist, daß das, was wir an Zielsetzungen haben, Ihnen zu langsam durchgesetzt wird, so können wir Sie hoffentlich in der Zukunft davon überzeugen, daß wir diese Zielsetzungen auch erreichen werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir müssen nur eines einkalkulieren: Es handelt sich um Unternehmungen, die viele Tausende Beschäftigte haben, bei denen die Dinge nicht auf Knopfdruck erledigt werden können, sondern in denen mit modernen Managementmethoden versucht werden muß, die Entscheidungen vorzubereiten und dann Schritt für Schritt durchzuführen.

Was wir nicht wollen, sind waghalsige Manöver in eine unbekannte Welt, wir wollen eine kontinuierliche Politik, auch im Sinne der dort Beschäftigten.

Das gilt ebenso für die Unternehmungen der verstaatlichten Industrie. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Wimmersberger für die außerordentlich sachliche Darstellung, die er für die Probleme im Bereich der verstaatlichten Industrie gefunden hat, danken.

Auch ich bin der Überzeugung, daß wir ohne moderne Grundstoffindustrie in Österreich keine industrielle Zukunft haben werden und daß wir auch die beschäftigungspolitischen Zielsetzungen, die wir gemeinsam haben, verfehlen werden, wenn wir uns nicht zu dieser Grundstoffindustrie bekennen.

Das heißt nicht, daß wir jemals die Absicht

gehabt haben, Industriezweige auf Dauer zu subventionieren, sondern das heißt, daß wir versuchen, durch internationale Kooperation zu vernünftigen Marktverhältnissen zu kommen.

Weiters müssen wir auch folgende Fakten hinnehmen: daß wir gerade in diesem Industriezweig von einer besonderen Exportabhängigkeit geprägt werden, daß wir sehr stark von dem abhängig sind, was im Ausland geschieht, was im Ausland an Subventionen gegeben wird, und daß wir natürlich darüber hinaus auch davon abhängig sind, was wir an Kosten für Rohstoffe und auch an Kosten für Energie zu tragen haben.

Sowohl Herr Abgeordneter König als auch Herr Abgeordneter Wimmersberger haben gerade auf die besondere Rolle der Energiepolitik für die Grundstoffindustrie oder für die industrielle Zukunft insgesamt hingewiesen. Im Ausschuß haben wir das am Rande diskutiert.

Ich darf mir erlauben, ganz kurz zu diesem Kapitel ein Wort als persönliche Bemerkung anzufügen, obwohl ich weiß, daß das heute nicht zur Debatte steht.

Ich habe aus meiner persönlichen Überzeugung des Eintretens für die friedliche Nutzung der Kernenergie, auch des Eintretens für Zwentendorf nie ein Hehl gemacht. Ich möchte darauf hinweisen, daß es dabei nicht nur um eine Frage des Vorhandenseins von Energie überhaupt als einer Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes geht, sondern daß wir auch die Frage der Kosten der Zurverfügungstellung von Energie zu überlegen haben. Das haben nicht nur die Abgeordneten in diesem Hause mit zu überlegen, sondern das hat jeder Bürger dieses Landes ebenfalls zu überlegen.

Es geht nicht zuletzt auch um die Frage der Umweltauswirkungen im Energiebereich. Ich stelle fest, daß wir in einigen Ländern bereits eine Politik verfolgt sehen, die darauf abzielt, besonders umweltschädigende Energieerzeuger zum Beispiel durch Kernenergie zu ersetzen, nicht nur bei der Erzeugung von elektrischer Energie, sondern auch auf dem Sektor der Erzeugung von Wärme. Das muß, glaube ich, auch in Österreich zu denken geben. Ich wiederhole, das geschieht nicht nur aus industriepolitischen, sondern auch aus umweltpolitischen Gründen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Abschließend darf ich vielleicht noch zu die-

Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina

ser Wortmeldung eines sagen: Herr Abgeordneter Wimmersberger hat der Belegschaft, insbesondere in den verstaatlichten Unternehmen, gedankt. Ich bin mir bewußt, daß gerade jene Jahre, die wir hinter uns gebracht haben, Jahre, in denen es schwer war, an die Zukunft des einen oder anderen Unternehmens zu glauben, eine besondere Belastung gebracht haben, und zwar nicht nur eine psychologische, sondern auch eine wirtschaftliche Belastung.

In vielen Unternehmen konnten wir nicht nur keine Lohnerhöhungen außerhalb der Reihe gewähren, sondern es mußten sogar Sozialleistungen eingeschränkt, es mußte gespart werden.

Daß das in diesen Unternehmungen geschehen konnte, ohne daß es wie in vielen anderen Ländern, wie in vielen anderen Betrieben zu großen sozialen Unruhen, zu sozialer Unrast, zu Streikbewegungen gekommen ist, daß es immer möglich war, die notwendige Gesprächsbasis zu finden, dafür gebührt sicherlich allen, den Vertretern der Arbeiter und Angestellten, aber natürlich auch allen Arbeitern und Angestellten der Dank, den ich auch an dieser Stelle abstaten möchte. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Man darf dabei nicht vergessen: Es ist in den letzten Jahren doch dazu gekommen, daß sich die Belastung vieler in den verstaatlichten Unternehmen Tätiger vervielfacht hat. Ich denke daran, daß solche Projekte wie das vom Abgeordneten Rechberger erwähnte Schlobin heute zum täglichen Brot vieler Unternehmen gehören, daß dort unter schwersten Bedingungen Menschen für vier österreichische Projekte im Einsatz sind und daß sich das dann nicht nur für das Unternehmen, in dem sie arbeiten, sondern für viele andere Betriebe lohnt. Das war etwas, was gerade anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers in der Sowjetunion ganz deutlich wurde, nämlich daß es hier die große Leistung österreichischer Techniker, Kaufleute, Arbeiter und Angestellter war, die nicht nur diesem Projekt und nicht nur diesem Unternehmen, sondern darüber hinaus der gesamten österreichischen Wirtschaft zugute gekommen ist.

Aber es wäre unvollständig, wenn ich, gerade ein Ressort vertretend, in dem es so viele Menschen in den Betrieben gibt, für die ich verantwortlich bin, nicht darauf hinweisen würde, daß auch in den Betrieben Bundesbahn und Post sehr viele Menschen Tag für Tag und auch Nacht für Nacht für andere da sind. Auch ihnen gebührt unser Dank,

auch wenn sie hie und da nur kritische Äußerungen zu hören bekommen. Auch hier gilt es, glaube ich, zu einem Mittel zu greifen, das man auch als ein Mittel des modernen Managements ansehen muß, nämlich zum Mittel der Motivation; auf gut deutsch bedeutet das nichts anderes als Anerkennung der bisherigen Leistung in der Hoffnung, daß diese Leistung auch in Zukunft erbracht wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.52

Präsident: Zum Wort kommt Abgeordneter Gorton.

15.52

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Herr Bundesminister Dkfm. Lacina hat zweifellos mit dem Kompetenzänderungsgesetz, das mit 1. Jänner in Kraft treten soll, ein enorm erweitertes bisheriges Verkehrsressort zu übernehmen gehabt, und ich möchte ihm in keiner Weise absprechen, daß mit seiner Person ein in Wirtschaftsfragen erfahrener, wenn auch verhältnismäßig junger Minister diese Position besetzt.

Ich möchte aber gerade auch, weil er in seiner Stellungnahme verhältnismäßig nüchtern die Positionen aufgezeigt hat, die er einnimmt, doch auch klarlegen, daß in der Vergangenheit — ich denke an die Beispiele, die er hier angeführt hat — zweifellos vom früheren Bundeskanzler, und ich muß das hier sagen, eine andere Politik verfolgt wurde.

Herr Bundesminister Lacina hat die Frage der Hochgeschwindigkeitsstrecken bei den Bundesbahnen angeschnitten. Diese Frage wird jetzt untersucht. Wie ich auch einem Zeitungsartikel unlängst entnehmen konnte, ist der geplante neue Semmering-Tunnel noch Zukunftsmusik, die Planung dauert mindestens fünf Jahre. Der Herr Minister hat hier sicher realistisch die Verhältnisse aufgezeigt.

Wir müssen aber doch daran erinnern, daß die sozialistische Regierungspartei mit ihrem Kanzler knapp vor den letzten Wahlen die Sache propagandistisch so dargestellt hat, als ob die Arbeiten am Semmering-Tunnel, ich weiß nicht, heuer oder schon im vergangenen Jahr hätten beginnen können.

Herr Bundesminister! Wir werden die Aussagen und Ankündigungen, die von der Regierungspartei, von Ihnen oder Ihren Genossen und Freunden gemacht werden, immer mit den Realitäten vergleichen, die dann auch durchgesetzt werden können. Und da haben

Dkfm. Gorton

sich eben in den letzten Jahren gewaltige Differenzen ergeben, denen wir natürlich nicht zustimmen können, die sich auch im Budget immer irgendwo gespiegelt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Auch die „rollende Landstraße“ ist eine positive Zielsetzung, die hier angepeilt wird. Aber es ist noch vor einem Jahr oder vor etlichen Monaten gesagt worden, daß das relativ kurzfristig realisiert werden könnte und etwa die Brenner-Autobahn eine gewaltige Entlastung erfahren kann. Wir wissen, daß es auch da noch sehr lange Zeit — ich möchte sagen, leider — brauchen wird, bis solche Absichten bzw. solche Absichtserklärungen realisiert werden können.

Es bedarf Verhandlungen mit dem nördlichen deutschen und mit dem südlichen italienischen Nachbarn, es bedarf riesiger Investitionen, damit leistungsfähige Auffahrt- und Abfahrtbahnhöfe gebaut werden können.

All das sind zweifellos anzustrebende Zielsetzungen, mit denen wir uns völlig konform erklären können. Aber wir werden uns dagegen wenden, wenn hier eine falsche politische Propaganda gemacht wird, als ob das von heute auf morgen gemacht werden könnte, zumal letzten Endes die Grundlagen, die dafür erforderlich sind, keineswegs im Budget ihren Niederschlag finden.

Also: Die Kritik an einer Ankündigungspolitik, die nicht den realpolitischen Möglichkeiten entspricht, wird die Opposition immer sehr hart zum Ausdruck bringen. Ich glaube, das ist notwendig, denn die Bevölkerung soll nicht hinters Licht geführt werden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Wir gehen mit Ihnen auch konform, wenn Sie sagen, daß wichtige Entscheidungen langfristig vorbereitet werden.

Ich glaube auch, daß wir uns eine moderne Grundstoffindustrie auch dann, wenn unsere Ressourcen keineswegs so erfreulich sind wie die anderer Länder, erhalten müssen. Aber zweifellos ist auch das vom Kollegen Wimmersberger angeschnittene Problem, über das wir schon jahrelang hier diskutieren, die Frage einer Neuinvestition der Elektrolyse bei Ranshofen, abhängig von der Energieversorgungsmöglichkeit zu relativ niedrigen Kosten.

Ich glaube, daß die Realisierung der Elek-

trolyse in Ranshofen zweifellos engstens damit zusammenhängt, wie weit die Regierung in der Lage ist, dem Parlament Vorschläge für eine friedliche Nutzung der Kernenergie zu machen.

Herr Bundesminister! Wenn Sie in dieser Frage in der Regierung mit Ihren Kollegen aus der zweiten Regierungsfraktion nicht eine Linie werden finden können, so werden Sie auch nicht erwarten können, daß die Opposition hier auf eine Linie einschwenkt, die vielleicht Lösungen herbeiführen soll, zumal sich eine Regierungspartei völlig abseits stellt. Das kann niemand von einer Opposition verlangen.

Alle, die sich positiv zur friedlichen Nutzung der Kernenergie stellen — ich gehöre selbst auch dazu —, erwarten von der Regierung einmal einen Bericht über die Sicherheitsfragen, wozu schon längst Zeit gewesen wäre, einen Bericht, hinter dem die gesamte Regierung steht, einen Bericht über die Lösung der Entsorgungsfragen — sprich Endlagerung — und natürlich auch einen Antrag auf Aufhebung des Sperrgesetzes für die Nutzung der Kernenergie. Bevor so etwas von der Regierung nicht bei uns im Parlament einlangt, kann man sicherlich von uns, von der Opposition, auch nicht erwarten, daß wir auf diesem Gebiet vielleicht aktiv werden oder irgendwelche anderen Wege gehen.

Die Regierung hat also die Vorschläge zu machen, und das hat unser Bundesparteiobermann sehr klar zum Ausdruck gebracht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn Herr Abgeordneter Rechberger von den erfreulichen Aufträgen aus dem Osten, aus Rußland, für unsere verstaatlichten Unternehmungen gesprochen hat, so möchte ich nur hoffen, daß diese Aufträge zu gewinnbringenden oder zumindest kostendeckenden Preisen erreicht werden konnten. Denn verkaufen kann man in der heutigen Situation natürlich oft sehr viel, aber wie man es verkaufen kann und ob es dann auch möglich ist, daraus die notwendigen Gewinne zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Betriebe zu erzielen, ist natürlich eine zweite Frage.

Ich kann mich erinnern: Ich war selbst vor einem Jahr mit einer Parlamentsdelegation in Moskau. Beim Heimflug ist ein Generaldirektor eines verstaatlichten Unternehmens mit dabeigewesen und hat damals die Bedenken geäußert, ob es wohl möglich sein werde, unter dem gewaltigen Konkurrenzdruck auch

Dkfm. Gorton

die entsprechenden Preise zu erzielen. Denn damals ist von Preisen noch nicht gesprochen worden. Ich hoffe, daß diese jetzt für unsere verstaatlichten Unternehmungen klar liegen.

Abgeordneter Rechberger hat auch nochmals die Frage der Strukturhilfe, bei der wir das letzte Mal nicht mitgehen konnten, angeschnitten. Ich darf daran erinnern, daß bei dem Bericht, den die ÖIAG der Regierung gegeben hat, nicht einmal die Regierung voll hinter diesen Bericht gestanden ist und es kein Regierungsbericht war. Warum? — Weil natürlich enorme Freisetzungen von Arbeitskräften darin enthalten waren. Ich denke nur daran, daß zum Beispiel im Stahlwerk Ternitz nach dem VEW-2000-Programm bis Ende 1987 nahezu über 40 Prozent der heute bestehenden Arbeitsplätze abgebaut beziehungsweise nicht mehr gehalten werden können. Wir hätten nun von einem solchen Strukturprogramm auch erwartet, daß hier entsprechende Vorschläge für Ersatzproduktionen oder andere Möglichkeiten enthalten sind. Das war einer der Hauptgründe, weshalb wir damals nicht mitgegangen sind. Auch das muß ich hier nochmals in Erinnerung rufen.

Wenn ich hier schon bei Stahlwerken bin, Herr Bundesminister, möchte ich sagen: Wir Kärntner erwarten natürlich immer noch eine Lösung der Frage des Grenzlandwerkes in Ferlach: Austria Draht. Ich glaube, daß hier zweifellos durch die rasche Erstellung und Realisierung eines Konzeptes, das außer der bisherigen Fernlenkung des Randbetriebes doch auch andere Wege sucht, daß wieder ein entscheidungsbefugter Vorstandsleiter an diesem Standort installiert wird, diese Unsicherheit, die heute hier besteht, doch beendet wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn also zum Gesamtverkehrskonzept, das heute bereits angeschnitten wurde, gesagt wird — der Herr Bundesminister hat das ja im Ausschuß auch gebracht —, daß erst im Jahre 1986 mit demselben zu rechnen sein wird, so möchte ich nur am Rande feststellen, daß zwei sozialistische Regierungen — wenn man den Regierungswechsel beziehungsweise den Ministerwechsel jetzt einbezieht, sind es eigentlich drei, eine sozialistische, also Kreisky-Regierung, und zwei sozialistische Koalitionsregierungen — für die Erstellung eines solchen neuen Gesamtverkehrskonzeptes praktisch sieben Jahre gebraucht haben werden, während seinerzeit unter der ÖVP-Alleinregierung in drei Jahren unter Minister Weiß und Kanzler Klaus ein solches Gesamtverkehrskonzept, das ja praktisch heute noch

Gültigkeit hat, erstellt werden konnte. Ich möchte auf die Qualität dieses damaligen Gesamtverkehrskonzeptes nochmals hinweisen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir müssen doch leider das Gefühl haben, daß trotz der neuen Männer und einer Dame — diese ist ja auch neu in die Regierung gekommen, aber ich spreche nur von dem Ressort, das hier in Rede steht — auch bei den Bundesbahnen budgetmäßig auf den alten Gleisen fortgefahren wird.

Herr Bundesminister! Ich muß hier auch darauf hinweisen, daß letzten Endes im Arbeitsbehelf zum Budget auf Seite 247 auch angeführt wird, daß zur Substanzerhaltung und Modernisierung der Bundesbahnen im Jahre 1985 5 954 Millionen veranschlagt sind, das sind nur um 22,4 Millionen mehr gegenüber 1984. Wenn man aber hier die Kaufwertverminderung des Schillings — und die letzten Ziffern, die Indexziffern, bewegen sich ja bei 5,8 Prozent — ins Kalkül zieht und die realen Mittel, die zur Verfügung stehen, berechnet, dann ergibt sich daraus letzten Endes eine reale Kürzung der Investitionen um fast 5,5 Prozent.

Und um die Feststellung kommen wir auch nicht herum, daß — aus welchen Gründen auch immer — die Personalkosten steigen und die Investitionskosten sinken. Dies zeigt einen Trend auf, der sicherlich nicht vertretbar ist, und das ist auch mit einer der Gründe, weshalb wir diesem Budget unsere Zustimmung nicht geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf doch auch, wenn ich von Investitionen spreche, die Frage des Großverschiebebahnhofes Villach nochmals in Erinnerung rufen. Ich habe das hier schon mehrmals gebracht.

Herr Bundesminister! Wenn die Bauzeit eines solchen Großvorhabens, zu dem wir uns bekennen, zehn Jahre beträgt und dieses, wie gesagt, auch nach Ihrer Auskunft erst im Jahre 1989 fertiggestellt sein wird und nach der jetzigen Berechnung 3,5 Milliarden Schilling erfordern wird — es wird ja dann bis zur Fertigstellung wahrscheinlich noch teurer werden —, muß ich sagen, daß eine solche jahrelange Verzögerung der Erreichung aller wirtschaftlichen Vorteile für die Bahn auch für deren Kunden Nachteile bringt, wobei wir glauben, daß für solche Maßnahmen, um sie eben schneller wirksam werden zu lassen,

Dkfm. Gorton

zweifelloos die Vorfinanzierung über den Kapitalmarkt für die Bahn auch in Erwägung zu ziehen gewesen wäre.

Ich glaube, daß man diese Bauzeit so viel wie möglich noch abkürzen sollte, um eben möglichst rasch die wirtschaftlichen Vorteile für Bahn und Kunden realisieren zu können.

Zum Schluß möchte ich doch auch einen Hinweis als Kärntner machen: Ich will feststellen — und Sie haben das im Ausschuß auch bestätigt —, daß seitens des Kärntner Landeshauptmannes Wagner und auch des Verkehrsreferenten Fröhbauer bisher noch nie — zum Unterschied von fast allen anderen Bundesländern — ein Antrag auf ein Projekt zur Finanzierung aus der Nahverkehrsmilliarde für den Kärntner Zentralraum gestellt wurde. Ich glaube, daß damit gerade der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke St. Veit—Klagenfurt, von dem schon solange auch gesprochen wird — von der gesamten Südbahnstrecke sind nur mehr diese 19 km eingleisig —, bewerkstelligt werden könnte.

Das ist aber kein Versäumnis Ihrerseits, sondern das ist ein Versäumnis der Kärntner Landesspitze, der sozialistischen Mehrheit in der Kärntner Landesregierung!

Meine Damen und Herren! Es gäbe natürlich noch einiges über viele andere Kapitel zu sagen.

Ich möchte nur am Rande bemerken, daß Abgeordneter Prectl von seinem alten Trauma beziehungsweise von seinen Ressentiments gegen den Rhein-Main-Donaukanal nie wird abkommen können. Ich habe immer gesagt, daß der Rhein-Main-Donaukanal der größte Erfolg des früheren Verkehrsministers war, den er aber nicht selbst herbeiführen konnte, sondern den die neue deutsche CDU-CSU Bundesregierung herbeigeführt hat. Ich glaube, wir sollten uns zu diesem Erfolg auch bekennen, und wir hoffen, daß diese mögliche zusätzliche Erschließung im Interesse des ganzen nördlichen österreichischen Raumes möglichst bald zur Realisierung gelangt.

Herr Bundesminister Dkfm. Lacina! Sie haben mit diesem gewaltigen Ressort eine große Aufgabe übernommen. Die Opposition wird überall dort zu sachlicher Zusammenarbeit bereit sein, wo Sie uns — Sie sind ja ein sehr sachlich bemühter Minister; das möchte ich nach Ihrer kurzen Amtszeit auch anerkennen — sachliche Vorschläge bringen und Ihrerseits auch die Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen geboten wird.

Wir werden allerdings dort stets sehr kritisch sein, wo ankündende Worte mit rein propagandistischer Wirkung nicht den Realitäten entsprechen und auch nicht zum Vorteil der österreichischen Bevölkerung durchgesetzt werden können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.10

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kuba.

16.10

Abgeordneter Kuba (SPÖ): Werter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In letzter Zeit wird stets behauptet, die Österreichische Volkspartei hätte keine gemeinsame Linie.

Ich glaube, dem muß man heute hier ganz deutlich widersprechen. Die ÖVP hat sehr wohl eine gemeinsame Linie, wenn es Dinge anbelangt, die vor allem die Österreichischen Bundesbahnen betreffen — das sieht man, wenn man die Stenographischen Protokolle der letzten Jahre nachliest und für meine Person die Budgetdebatten aus jener Zeit verfolgt, in der ich dem Hohen Hause angehöre —, eine gemeinsame Linie in der Form, daß stets alle Dinge ins Negative gezerrt werden, und alle die positiven Aspekte, die in den Budgets ja enthalten sind, eigentlich keine Berücksichtigung finden.

Heute hat der Herr Abgeordnete König erwähnt, es wäre ein Budget der versäumten Chancen, wieder einmal ein Budget der versäumten Chancen. Ich darf vielleicht auch an das Wort Ihres Parteiobmannes Dr. Mock anschließen, der in der Generaldebatte sozusagen die Gewichtung zwischen Wort und Tat in seine Ausführungen miteinbezogen hat.

Ich glaube, man kann ganz deutlich sagen im Hinblick auf das Kapitel, das behandelt wird, auf die Beratungsgruppe X, daß hier sehr wohl eine sehr glückliche Symbiose zwischen dem Wort und der Tat geschehen ist, wenn man ehrlich genug ist und fair und nicht ansteht, auch die positiven Aspekte aufzuzeigen, die in diesem Budget enthalten sind. Ich glaube, auch das sollte man wirklich einmal sagen, nicht nur immer die negativen Aussagen bringen.

Eine Grundaussage bleibt allerdings auch gleich bei der ÖVP, nur die Akzente verschieben sich von Jahr zu Jahr. Aus der letzten Wortmeldung des Kollegen Gorton ist eigentlich auch hervorgekommen, wie die Politik der ÖVP in letzter Zeit ausschaut; nach dem Spruch: „Ich wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß.“

Kuba

Ich möchte aber trotzdem auf ein paar Kapitel der heutigen Budgetdebatte eingehen und möchte mich vor allem dem Nahverkehr widmen.

Der Nahverkehr hat großartige Leistungen erbracht, vor allem für die Bereiche der Grenzlandregionen. Es sind ja jetzt insgesamt 13 Vorhaben in Bau, abgeschlossen beziehungsweise in Planung. Sechs davon sind fertiggestellt mit einem Gesamtbetrag von insgesamt 11 Milliarden Schilling einschließlich der Planungen. Im Voranschlag 1985 scheinen ja immerhin Kosten von 1½ Milliarden Schilling auf, die alle Fortführungen der Arbeiten garantieren, die mit den Verträgen mit den Ländern begonnen wurden.

Ein Vorhaben, und zwar das Vorhaben Feldkirch—Bludenz — das ist sozusagen brandneu —, wurde erst vom Land Vorarlberg mit den ÖBB in diesem Monat unterzeichnet, sodaß es dann insgesamt 14 Vorhaben sein werden.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit nicht verabsäumen, doch auch vielleicht auf mögliche Änderungen hinzuweisen im Zuge dieser Nahverkehrsvorhaben.

Vor allem im Bereich der Streckenführung Stockerau—Hollabrunn wurde schon mehrmals angeregt, eine Verschiebung des Taktes zu erreichen, um eine bessere Annahme seitens der Kunden zu erwirken. Seitens der ÖBB wurde hier jedmögliche Unterstützung zugesagt. Es finden auch bereits Gespräche in der Generaldirektion statt. Allerdings wird hier das Land Niederösterreich auch Farbe bekennen müssen und zu einem eventuellen weiteren Ausbau — denn nur dann ist eine Taktverschiebung möglich — ihren Beitrag leisten müssen.

Auch im Bereich der Strecke Leopoldau—Wolkersdorf—Mistelbach, die großartige Frequenzen zu verzeichnen hat, wird unter Umständen eine Erweiterung des Taktes notwendig sein, um weiteren Kunden die Benützung dieser Schnellbahn zu ermöglichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, diese Leistungen aus den Nahverkehrsvorhaben bringen Großartiges für die Bevölkerung aus den Grenzregionen.

Ein zweiter Punkt, der sehr viel dazu beitragen hat, um vor allem die Verkehrsstruktur in diesen Bereichen zu verbessern und günstigere Tarifangebote zu ermöglichen, ist der Verkehrsverbund. Mit Juni 1984 ist ja die-

ser Verkehrsverbund Ostregion in Kraft getreten und hat auch hier großartige Ergebnisse erzielt. Lange Vorarbeiten waren notwendig. Vor allem ist es daran gelegen, daß von der Mehrheit des Landes Niederösterreich eine Verzögerung wegen der Durchtarifierungsverluste herbeigeführt wurde.

Die Zahlen vom Verkehrsverbund aus der Sicht von der Einführung im Juni bis zum Oktober dieses Jahres sind wirklich großartig. Aus den Erlösen ist ersichtlich, daß nahezu 1,2 Milliarden Schilling eingenommen werden konnten aus Fahrkarten, Zeitkarten und Schülerkarten, daß aber vor allem eine Steigerung der Beförderungsfälle zu verzeichnen war. Zählte man im Juni rund 45 Millionen Beförderungsfälle, so waren es im Oktober bereits 55½ Millionen, das ist eine großartige Steigerung. Vom Juni bis Oktober gab es nahezu 221 Millionen Fahrgäste im Bereich des Verkehrsverbundes Ost.

Wichtig erscheint mir aber auch zu sagen — das ist ja auch in den verschiedensten Beiträgen angeklungen —, daß man unbedingt trachten sollte, die Schnellzüge in diesen Verkehrsverbundbereich mit einzubeziehen.

Um vielleicht gleich einer Argumentation zuvorzukommen: Ich glaube, es wird sicherlich nicht notwendig sein, zusätzliche Züge zu führen, denn die Pendler benützen auch jetzt die Schnellzüge, allerdings mit dem Handicap, daß sie den Schnellzugzuschlag entrichten müssen. Das wäre sicherlich auch eine Hilfe für die Pendler, wenn man die Schnellzüge in den Verkehrsverbund mit einbeziehen könnte. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

In diesem Zusammenhang ist es sicherlich notwendig, auch die zweite Phase des Verkehrsverbundes so schnell wie möglich zu realisieren, das heißt die Miteinbeziehung der Autobusse in den Verkehrsverbund. Ein Angebot seitens des Bundes wurde sofort gemacht: 50 Prozent trägt der Bund. Allerdings wird auch hier das Land Niederösterreich den Hauptteil der Kosten zu übernehmen haben, da die Verkehrsträger seitens des Landes Wien ja zur Gänze in der ersten Phase eingebracht wurden.

Ich möchte aber nicht verabsäumen — da ich auch aus einem solchen Bereich komme, aus dem nördlichen Weinviertel —, mich vor allem den Nebenbahnen zuzuwenden.

In der Regierungserklärung hat es geheißen, eine vereinfachte Betriebsführung sollte die Fortführung der Nebenbahnen ermögli-

Kuba

chen, unter Aufrechterhaltung des Güterverkehrs und in den Bereichen, wo es möglich ist, auch des Personenverkehrs. Es wird also nicht möglich sein, daß man diese Lösung trifft, ohne die Gebietskörperschaften, und auch hier vor allem wieder das Land Niederösterreich, mit einzubeziehen. Es wurde heute schon erwähnt: 27 von 44 Nebenbahnen befinden sich in Niederösterreich.

Der Vorstand der Österreichischen Bundesbahnen wurde beauftragt, auf der Grundlage des ÖROK-Gutachtens nun Untersuchungen und Betrachtungen anzustellen, allerdings auch unter Beachtung der 3. Bundesbahngesetz-Novelle, die ja zwingend diese Trennungsrechnung vorschreibt betreffend Aufteilung der Leistungen nach gemeinwirtschaftlicher Hinsicht und nach kaufmännischer Hinsicht.

Gemeinsam muß es möglich sein, mit Vertretern der Länder, Gemeinden und Regionen auch hier eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Ich glaube aber — und das muß an die Adresse der Bundesbahn, aber auch des zuständigen Landes Niederösterreich gerichtet sein —, gerade die Nebenbahnen sind für die Bevölkerung dieses Grenzlandes ein sehr sensibler Bereich. Ich würde wirklich dringend ersuchen, das sehr sanft zu behandeln und alle Möglichkeiten zu prüfen und auszuschöpfen, bevor man an eine Einstellung geht. Das ist ja auch aus der Stellungnahme des Herrn Bundesministers ganz deutlich hervorgegangen.

Es wird aber Aufgabe des Landes Niederösterreich sein, jetzt zu beweisen, wie ernst es ihm ist mit der Regional- und Grenzlandpolitik. Die Österreichischen Bundesbahnen selbst werden ja in diesem Jahr in Niederösterreich rund 1 Milliarde Schilling investieren.

Dieses Gesamtverkehrskonzept, das auch vom Kollegen Gorton angesprochen wurde und das voraussichtlich im Frühjahr 1986 fertig sein wird, wird bis dahin Planungskosten in einer Höhe von rund 30 Millionen Schilling erfordern. Es wird sicherlich auch dazu beitragen, jene Linien festzulegen, nach denen die zukünftigen Entscheidungen zu treffen sein werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichischen Bundesbahnen haben sich in den letzten Jahren wirklich zu einem Service-Betrieb entwickelt. Im Leistungsan-

gebot, im Tarifbereich, in der Fahrplangestaltung und in vielen anderen Bereichen wurden wirklich großartige Erfolge erzielt, deren Bestätigung ja auch immer wieder gegeben wurde.

Weiters wurde bei der Generaldirektion ein Fahrplanausschuß für Berufsfahrerwünsche und Schülerverkehr geschaffen. Allein bei der ersten Sitzung wurden 123 Anträge für vermehrte Verkehrsleistungen eingebracht. Die Österreichischen Bundesbahnen sind wirklich sehr bemüht — ich kann das aus eigener Erfahrung wirklich feststellen — diesen Anträgen, wenn möglich, auch eine Verwirklichung zukommen zu lassen.

Dieser Service wurde meiner Meinung nach allerdings von der ÖVP des Landes Niederösterreich etwas mißverstanden. In einer ihrer letzten Aussendungen fordert sie nämlich im Zuge der Debatte über die Landeshauptstadt in Niederösterreich von den öffentlichen Verkehrsträgern direkte und rasche Verbindungen aus allen Landesteilen in diese Hauptstadt, die es ja noch nicht gibt. Als Niederösterreicher glaube ich, daß dieser Ludwig-Traum noch in einem Ludwig-Trauma enden wird.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichischen Bundesbahnen haben sich von einem ursprünglich traditionellen Verkehrsunternehmen zu einem wirklich attraktiven und umfassend am Kunden orientierten Servicebetrieb gewandelt. Mit der heutigen Beschlußfassung der Beratungsgruppe X werden sicherlich die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, dies auch in Zukunft zu sein. Die personellen Voraussetzungen in der Person des Herrn Bundesministers, des neuen Vorstandes und des gesamten Personal sind ein Garant dafür, daß im wahrsten Sinne des Wortes die Weichen für eine erfolgreiche Bahnzukunft gestellt werden können. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 16.22

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Löffler.

16.22

Abgeordneter Dkfm. Löffler (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Der Herr Bundesminister Dkfm. Lacina hat eine Reihe von Kompetenzen, für die er als Staatssekretär zuständig war, aus dem Bundeskanzleramt in sein neues Ministerium mitgenommen. Als Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr ist er jetzt auch für die Regional- und Strukturpolitik zuständig; ein

Dkfm. Löffler

Thema, über das heute noch nicht gesprochen wurde. Ich möchte daher einige kurze Bemerkungen dazu machen.

Für die Regional- und Strukturpolitik war bisher der Bundeskanzler zuständig, was irgendwie auch logisch war und leicht zu erklären ist, denn gerade bei diesen Aufgaben hat die Koordination Vorrang. Wer sonst sollte besser koordinieren können — allein schon vom Gewicht der Stellung her, von der Position her — als der Regierungschef?

Deshalb, Herr Bundesminister, entsteht jetzt ein bißchen der Eindruck — seien Sie mir deswegen nicht böse —, daß der Bundeskanzler die Regionalpolitik aus seinem Verantwortungsbereich abgeschoben hat.

Es wäre ja auch noch ganz schön und gut, wenn der Bundesminister Lacina allein für die Regionalpolitik zuständig und verantwortlich wäre. Wohin das unter Umständen führen kann, habe ich heute als Bürgermeister von Hollabrunn aus den Äußerungen der Kollegen Prechtel und Kuba erfahren können. Es wird nun nach sechs Jahren scheinbar doch möglich, einen anständigen Takt für die Schnellbahn nach Hollabrunn zu bekommen. Mir persönlich hat es immer sehr weh getan, wenn auf der einen Seite Hunderte Millionen investiert werden und auf der anderen Seite wegen eines mangelnden Fahrplanes die Attraktivität eines sehr guten Verkehrsmittels leidet. Wenn das ein Ansatz ist, dann bin ich sehr optimistisch.

Nur, Herr Bundesminister: Leider ist es ja nicht so, daß Sie allein zuständig sind. Ab nächstem Jahr wird es gleich drei verantwortliche Minister für die Regionalpolitik geben, nämlich den Verkehrsminister, den Finanzminister und den Handelsminister. Und wie das dann in der Praxis ausschauen wird, kann man sich ja eigentlich ganz leicht vorstellen. Jeder wird sich ein bißchen zuständig fühlen, aber keiner vollverantwortlich. Sich dann den verantwortlichen Gesprächspartner als Politiker zu suchen, wird, glaube ich, doch ein bißchen mühsam werden.

Meine Damen und Herren! Das alles in einer Zeit, in der sich die regionalen Probleme laufend verschärfen. Alle verfügbaren Daten zeigen, wie wichtig eine Neuformulierung und eine Neuausrichtung der Regionalpolitik wäre. So ist zum Beispiel der Anteil der Jugendlichen an der Arbeitslosigkeit in der Steiermark, im Burgenland, in Kärnten und in Oberösterreich doppelt so hoch wie im Zentralraum Wien. Die Kaufkraft in regional

benachteiligten Bezirken ist nicht einmal halb so hoch wie in Wien. Die kleinräumige Bevölkerungsprognose des Instituts für Raumplanung für den Zeitraum 1981 bis 2001 prophezeit den Bezirken Jennersdorf im Burgenland und Hollabrunn in Niederösterreich einen weiteren Bevölkerungsverlust von 15 Prozent in den nächsten 20 Jahren. Leoben wird 14 Prozent seiner Bevölkerung verlieren, Horn 13 Prozent, Gmünd immer noch 12 Prozent. Dagegen aber wird Urfahr und Umgebung eine Bevölkerungszunahme von 30 Prozent verzeichnen, Innsbruck und Land von 25 Prozent, Salzburg und Umgebung von 24 Prozent und Feldkirch ebenfalls von 24 Prozent.

Eine weitere bemerkenswerte Ziffer ist der Vergleich des Beschäftigtenrückganges in der österreichischen Industrie, laut Wirtschaftsforschungsinstitut. Im Osten, einschließlich der Steiermark, beträgt der Beschäftigtenrückgang in der Industrie 12,6 Prozent; im Westen, einschließlich Kärnten, nur 6,5 Prozent. Allein diese wenigen Daten zeigen deutlich eine unterschiedliche Entwicklung, eine unerwünschte Auseinanderentwicklung in den einzelnen Regionen.

In dieser Situation muß sich jetzt der Verkehrsminister, der 1985 außerdem noch für die Verstaatlichte Industrie, aber auch für die Neuformulierung der österreichischen Technologiepolitik zuständig ist, zusätzlich um die Regionalpolitik kümmern. Da darf man sich dann nicht wundern, wenn der Eindruck und auch die Befürchtung entsteht, daß dabei unter Umständen die Regionalpolitik etwas zu kurz kommt. Die logische Folge davon ist, daß die armen Regionen noch ärmer und die reichen Regionen noch reicher werden.

Wenn Sie, Herr Minister, diese Entwicklung — und ich nehme an, daß es so ist — nicht wollen, sondern daß es Ihr Ziel ist, die Problemregionen an den österreichischen Durchschnitt heranzuführen, dann müßten Sie meiner Meinung nach in Ihrem neuen Ministerium auch neue Akzente einer neuen integrativen regionalen Wirtschaftspolitik setzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Minister! Es geht heute um die Lösung der Probleme vor allem in den alten Industriegebieten und im ländlichen Raum. Es wird Ihre Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß der Herr Bautenminister eine neue Wohnbauoffensive im ländlichen Raum einleitet, daß er ein Dorferneuerungsprogramm ausarbeitet und daß er unter Umständen verstärkt Infrastrukturbauten im ländlichen Raum, vor

Dkfm. Löffler

allem in den Problemgebieten forciert. Auch der Landwirtschaftsminister wird regionale Schwerpunkte etwa hinsichtlich neuer zukunftssträchtiger Produktionschancen setzen müssen, wofür auch Sie verantwortlich sind. Es wird Ihnen auch nicht erspart werden, mit dem Finanzminister hinsichtlich steuerlicher Maßnahmen für Problemgebiete zu verhandeln.

Daß die von der Regierungsklausur in Steyr ausgearbeitete 40prozentige Investitionsprämie leider Gottes ein Flop zu werden droht — wir freuen uns nicht darüber, aber es scheint Realität zu werden —, liegt auf der Hand. Unsere Kritik bei deren Beschlußfassung im Parlament, die in der Richtung ging, daß die regionale Abgrenzung vollkommen willkürlich und unlogisch vorgenommen wurde, hat sich inzwischen als berechtigt erwiesen. Man kann halt nicht einfach zentrale Orte mit allen Infrastrukturvoraussetzungen für Betriebsgründungen still und leise vergessen und sich dann wundern, wenn etwas nicht eintritt, was man sich erwartet hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der damalige Finanzminister Salcher hat bei der parlamentarischen Behandlung dieses I-Prämiengesetzes eine Überprüfung der regionalen Abgrenzung für Ende dieses Jahres angekündigt.

Die Volkspartei schlägt in Ihrem Steuerreformkonzept zwar andere aufschwungverstärkende und arbeitsplatzschaffende Maßnahmen vor und will zum Beispiel auf die Investitionsprämie verzichten. Das haben wir ja ganz deutlich gesagt. Solange aber keine Bereitschaft besteht, über diese Steuerreform zu sprechen und neue Wege zu gehen, müssen wenigstens, so glaube ich, die vorhandenen Instrumente so adaptiert werden, daß sie brauchbar sind.

Ich ersuche Sie daher, Herr Bundesminister Lacina, den jetzigen neuen Finanzminister Vranitzky an diese Zusage seines Vorgängers zu erinnern.

Das gleiche wie bei der Invest-Prämie gilt auch für die Sonderförderung im Bund, Land. In Niederösterreich werden im Schnitt nur 43 Prozent ausgenützt, in erster Linie deshalb, weil die Richtlinien nicht den Realitäten entsprechen.

Es ist heute sicherlich nicht Zeit und Ort, eine Richtliniendiskussion abzuführen. Nur, Herr Minister: Wenn Ihre Bereitschaft in dieser Frage nicht größer wird, auch bei den

Richtlinien neue Wege zu gehen, dann, glaube ich, wird man den Zielen des Staatsvertrages zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich nicht entsprechen können.

Auch die Österreichische Raumordnungskonferenz wird ihre regionalen Abgrenzungen aus dem Jahre 1981 bald überarbeiten müssen, weil sich eben in vielen Regionen die Grundlagen geändert haben. Es gibt heute eine Menge Indikatoren, die die Gefahr signalisieren, daß sich bereits eingetretene regionale Verfallsprozesse in den nächsten Jahren dramatisch verschärfen und weiter ausdehnen werden, wenn nicht rechtzeitig wirksame Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Die Regionalpolitik kann eben nur ein Teil der allgemeinen Wirtschaftspolitik sein. Wenn die Ausdehnung wirtschaftlicher Verfallsprozesse verhindert werden soll, dann werden sehr rasch in der allgemeinen Wirtschaftspolitik gezielte regionale Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Auch in dieser Hinsicht, Herr Bundesminister, ist aber das Budget 1985 ein Budget der versäumten Chancen. Lange, glaube ich, werden wir uns diese Versäumnisse nicht mehr leisten können. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.32

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Probst.

16.32

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Laufe der Jahre hat sich in Österreich eine Einstellung zum Kapitel „verstaatlichte Industrie“ breitgemacht, die nicht frei von Feindseligkeiten ist. Das zieht sich durch alle Kreise der Bevölkerung; es wurde künstlich eine Gegnerschaft produziert.

Es soll mir ein Anliegen sein darzustellen — natürlich wird mir das nur bruchstückhaft gelingen —, daß die verstaatlichte Industrie in Österreich heute nicht nur etwas ist, was weder einer Partei dieses Hauses gehört noch sonst irgend jemandem, sondern daß diese Industrie tatsächlich ein integrierender Bestandteil der österreichischen Volkswirtschaft sein soll *(Zwischenruf)*: auch im Bewußtsein der Menschen; so ist das gemeint.

Erstaunlich oft trifft man gerade in Bundesländern, in denen es keine verstaatlichte Industrie gibt, bei Diskussionsveranstaltungen auf diese Fragenkomplexe. Da wird voll Zorn vor allem von Privatwirtschaftlern über die unfaire Situation geredet, die die verstaat-

Probst

lichte Industrie eindeutig bevorzuge und die es der privaten Industrie so schwer mache. Natürlich gibt es solche Fälle. Natürlich gibt es in jedem Bezug und überall Anlaß zu klagen. Das ist selbstverständlich. Aber im Grunde genommen — und das sollte dem Österreicher mehr zum Bewußtsein kommen — ist diese Republik ja in der Position des Kaufmannes, des Eigentümers dieser verstaatlichten Industrie und ist verpflichtet, dort helfend einzugreifen, wo Not am Mann ist.

Gerade wir Freiheitlichen haben in diesem Bezug eine etwas schwierige Position, weil wir zur verstaatlichten Industrie eine sehr kritische Einstellung haben und hatten, weil wir der Meinung sind, daß die verstaatlichte Industrie selbstverständlich auch Pflichten zu übernehmen hat.

Wie sehe ich das? Wenn ich sage: integrierender Bestandteil, was ist damit gemeint? — Es ist mit Zahlen zur Genüge operiert worden. Ich glaube, am umfassendsten hat das mein Kollege Rechberger dargelegt, was Investitionszahlen und vor allem die Auftragssituation von der verstaatlichten Wirtschaft in die Privatwirtschaft hinein anbelangt. Aber man soll auch nicht vergessen, den umgekehrten Weg zu bedenken.

Das heißt, das einzige, was wirklich notwendig ist — und auf diesen Satz kommt es mir an —, wäre darzustellen, wie sehr die österreichische Privatwirtschaft mit der verstaatlichten Wirtschaft, eben in diesem Bezug von Auftrag, von Zulieferung und von Abnehmerschaft, verflochten ist und wie katastrophal sich ein Zusammenbruch der verstaatlichten Industrie in Österreich auf die private Industrie, auf die gesamte Volkswirtschaft auswirken würde.

Am besten darstellbar ist das mit dem bekannten Beispiel des Domino-Effektes. Das darzulegen, glaube ich, sollte wieder gemeinsames Interesse aller sein, und zwar jetzt mehr denn je.

Denn in all den Jahren war es ja an sich irgendwo möglich, verstärkte Kritik zu üben. Da war die Stahlindustrie in der ganzen Welt mehr oder minder in Ordnung, da gab es diese Probleme noch nicht. Es hat doch niemand vorhersehen können, in welcher wirklich ernsten Situation die gesamte Stahlindustrie der gesamten Welt geraten wird. Ein Kontinent wie Amerika hat es hier leicht: Ein ungeheurer Markt, im selben Moment, wo dieser Markt Schwierigkeiten spürt, schottet er ab,

macht dicht und ist sich selbst genug. Das heißt, die Einflüsse von außen, Billigimporte et cetera, können abgeschirmt werden, und innen können die Preise in jenem Maß gehalten werden, das volkswirtschaftlich notwendig ist. Da gibt es den Störfaktor von außen nicht.

Ganz in der gegenteiligen Position befindet sich unser Österreich, ein kleiner Staat, inmitten eines Feldes hochindustrialisierter Staaten rundum. Wir sind die Allerletzten — und das muß man wirklich allen unseren Verantwortlichen klarmachen (*Zwischenruf des Abg. Bergmann*) —, die sich irgendeine Form von Retorsionsmaßnahmen, von Protektionismus leisten können. Denn gerade unsere Exportabhängigkeit würde ein Echo auf derartige Maßnahmen nicht überleben. Auch das gehört deutlich hervorgehoben, meine Damen und Herren!

Ich habe beim letztenmal auch begründet, warum die Freiheitliche Partei 1983 die berühmten 3,5 Milliarden Zuwendung abgelehnt hat: weil wir auf dem Standpunkt standen, hier geschieht zu wenig in Richtung Sanierung. Wir sind nicht bereit, ein Faß ohne Boden anfüllen zu wollen.

Ich habe darzustellen versucht, und werde dessen nicht müde werden, warum wir dieser 16,6-Milliarden-Spritze zugestimmt haben: weil wir ... (*Abg. Graf: Weil Sie in der Regierung sind!*) Herr Kollege, ich bin Ihnen dankbar für den Zwischenruf: Selbstverständlich auch, weil wir in der Regierung sind, weil wir Mitverantwortung tragen. (*Abg. Graf: Nur!*) Wir bekennen uns ja dazu. Selbstverständlich. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Herr Kollege Graf, es sei deutlich ausgedrückt. Ich bitte Sie, mich richtig zu verstehen. (*Zwischenrufe.*) Wäre es in jenem Jahr, als es um die 3,5 Milliarden ging, auf uns allein angekommen, auf unser Ja oder Nein zu dieser Subvention, wir hätten es uns sicher nicht leisten können, nein zu sagen. Selbstverständlich nicht. Das haben wir ja damals ausgeführt. Wir hätten damals auch nicht die Verantwortung übernehmen können und schon gar nicht übernehmen wollen, mit einem Nein einen katastrophalen Zusammenbruch herbeizuführen. Aber wir haben ein Signal gesetzt, ein Signal, das so gut war, daß es ein Jahr später die Österreichische Volkspartei imitiert hat und nachgemacht hat, Herr Kollege Graf! (*Abg. Graf: Irren ist menschlich, Herr Probst! Das muß ich Ihnen wirklich sagen!*) Es scheint ja doch irgendwo Beispielsfolgen gehabt zu haben.

Probst

Es hat auch seine Wirkung gehabt. Die Umstrukturierungs... *(Abg. Graf: Herr Kollege! An vielem hat sich die Volkspartei ein Beispiel genommen! Nie an Ihnen und an Ihrer Partei! Bitte glauben Sie es mir!)* Aber es wird kommen, denn auch die Österreichische Volkspartei ist lernfähig! Ich bin überzeugt davon.

Meine Damen und Herren! Es geht mir darum klarzulegen — auch Ihnen, Herr Kollege —, daß sich die Situation deutlich geändert hat, daß uns in Österreich eines von der Trostlosigkeit der Situation, im Stahlbereich zum Beispiel, unterscheidet von den anderen Ländern: Das ist die Tatsache, daß bei uns subventioniert wird — das ist klar —; weniger als anderswo. Aber viel wesentlicher erscheint mir die Tatsache, daß bei uns Maßnahmen ergriffen werden, daß umstrukturiert wird!

Das führt so weit, daß zum Beispiel das berühmt-berüchtigte Bierfaß aus Stahl aus Mürzzuschlag, über das ich mich hier sicher in negativer Form ausgelassen habe, gute Chancen hat, zu einem positiven Geschäft zu werden. Das hat dazu geführt, daß wir absehen können, wann die größten Defizitträger in Österreich in den Bereich der schwarzen, der positiven Zahlen kommen. Das hat dazu geführt, daß wir im Bereich Federn oder Hartmetall bereits gut in den schwarzen Zahlen sind. Im Bereich Leichtmetall, also Aluminium, konnten wir nicht nur gute Ansätze, sondern — Herr Kollege, das ist ein Unterschied — schon solche Fortschritte erzielen, daß positive Zahlen auf dem Tisch liegen.

Wir haben in diesen Tagen von dem großartigen Erfolg bezüglich Schlobin in Rußland gehört. Ich muß das nicht wiederholen, das ist in allen Zeitungen gestanden. Wir haben gehört, daß ein noch viel größerer Folgeauftrag nachgekommen ist. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Das ist doch sicherlich darauf zurückzuführen, daß sich die verstaatlichte Industrie in Österreich ein neues, ein besseres Vertrauen aufbauen konnte, und zwar auf Grund der Maßnahmen, die gesetzt wurden. Darauf können wir alle stolz sein! Gerade in Zeiten der Krise ist das ein Bereich, in dem wir nach außen hin Geschlossenheit zeigen müssen, in dem wir nach außen hin demonstrieren müssen, daß er in Ordnung geht.

Wenn Sie auf entscheidenden Anlagen im Ausland die Worte „VOEST“ oder „VEW“ und „Austria“ lesen, dann können Sie mit Sicherheit davon ausgehen, daß Folgeaufträge für

die Privatwirtschaft kommen werden. Der Name „Österreich“ und der Begriff „österreichische Qualität“ wirken sich durchaus positiv aus. Wir verkaufen auch in steigendem Ausmaß privatwirtschaftliche Produkte ins Ausland dank unserer neuen Außenhandelspolitik. Das ist doch etwas, worüber auch Sie froh sein müßten, meine Damen und Herren von der ÖVP! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Es geht mir auch darum aufzuzeigen, daß es sich in der verstaatlichten Industrie — das war etwa das, was ich mit dem für viele etwas überraschend und zu jäh ausgedrückten Vergleich vom Saulus zum Paulus sagen wollte — bei den Produkten um hochmoderne Technik handelt, daß in Österreich Dinge erzeugt werden, auf die wir wegen ihrer hohen Qualität stolz sein können. Ich denke hier etwa an die Zulieferungen für die Flugzeugindustrie. Es wurde uns in Kapfenberg demonstriert, was hier produziert wird. Das ist eine stolze Bilanz.

Meine Damen und Herren! Ich will ein einziges Beispiel nennen, nämlich die riesigen Turbinenschaufeln für die größten Flugzeuge der Welt, die in Kapfenberg auf der größten Spindelpresse der Welt mit einem Hammerschlag beziehungsweise in einem Preßvorgang gepreßt werden mit einer Toleranz, mit einer Genauigkeit von 0,4 Millimeter Spiel. Das wird für die Produktion des größten Flugzeuges der Welt verwendet. Das wird dann nur mehr geschönt und verkauft, und zwar an die Boeing-Werke.

Jetzt möchte ich eine Bitte beziehungsweise eine leise Klage an den Herrn Bundesminister für Verkehr richten.

Diese Blätter für die Turbinen beziehungsweise für die Düsen erzeugt Kapfenberg nur für die Boeing-Werke, Herr Bundesminister. Meine Bitte geht dahin, daß sich auch die Douglas-Aircraft, das amerikanische Unternehmen, das die DC 9 erzeugt, jenes Flugzeug, das die österreichische Fluggesellschaft AUA verwendet, respektive die AUA auch in den Kundenkreis einreihen möge. Die AUA ist eine Firma, die für solche Produkte, wenn sie kauft, Kompensationen erstreben sollte. Solch eine Verkehrsmaschine der AUA, solch eine DC 9 kostet mehrere hundert Millionen Schilling. Ich weiß, daß die Douglas-Werke, die Hersteller dieses Flugzeuges, diese Turbinenblätter schon zur besten Zufriedenheit erhalten haben, jedoch jetzt nicht mehr dorthin geliefert wird. Ich weiß weiters aus Kreisen in Kapfenberg, daß man dort sehr erfreut wäre, wenn man diese Bestandteile jenem

Probst

Unternehmen liefern könnte, von dem wir die Flugzeuge beziehen. Das wäre ein erheblicher Brocken Geld. Ich würde Sie bitten, diesbezüglich mit den zuständigen Herren Kontakt aufzunehmen, denn ich halte es für notwendig, daß wir jede Möglichkeit, jede Chance ausnützen, daß wir uns eben in Kompensation begeben, wo es Sinn hat, wo wirklich etwas weitergeht, wo auch die Technologie vorangetrieben werden kann.

Ich möchte beim Kapitel Verkehr noch ein persönliches Anliegen anfügen. Es geht mir um etwas, was seit Monaten in Fachkreisen behandelt wird, nämlich um das ABS-System, das Antiblockiersystem für Lastkraftwagen und Personenkraftwagen. Was ich jetzt in bezug auf Lastkraftwagen sage, möchte ich dahin gehend verstanden wissen, daß ich hier nicht als Parlamentarier in lockerer Form eine neue Belastung für das ohnehin schon schwer belastete österreichische Frächtergewerbe oder Transportunternehmergewerbe anregen möchte, sondern nur eine Maßnahme zur Diskussion stellen will, die nur dann, wenn sie Sinn hat, wenn sie es wert ist, unternommen zu werden, für alle gleichzeitig zu einem bestimmten Termin verbindlich eingeführt werden soll, um eben die Chancengleichheit aufrechtzuerhalten.

Das Antiblockiersystem für Personenkraftwagen setze ich in den wesentlichen Zügen als bekannt voraus. Es hat den Vorteil, daß der Bremsweg eines Fahrzeuges um ein erhebliches Maß verkürzt wird. Es hat weiters den Vorteil — und das gilt jetzt auch für den LKW —, daß bei seiner Betätigung sogar die Lenkbarkeit des Kraftfahrzeuges erhalten bleibt. Das heißt, ein Fahrer eines LKWs mit Anhänger kann zum Beispiel in der Kurve eine Vollbremsung tätigen, ohne daß das Fahrzeug aus der Spur gerät. Was das im Alltag eines LKW-Lenkers bedeutet, möchte ich mit der Feststellung erhärten, daß ein LKW mit Anhänger, der kein ABS-System hat, bei einer Vollbremsung mit großer Wahrscheinlichkeit zum Knicken kommt. Das heißt, das Anhängerfahrzeug wird rechts oder links nach vorne kommen und wird das Zugfahrzeug mit sich reißen, entweder in den Straßenverkehr oder über eine Böschung.

Das hat die fatale Folge, daß ein LKW-Lenker sein Leben eher riskiert bei einer Vollbremsung, wenn ihm zum Beispiel ein falsch überholender Personenkraftwagen entgegenkommt, als wenn er nicht voll bremst. Das heißt mit anderen Worten, er kann sich sagen: Wenn mir der Personenkraftwagen unten durchfährt, ist zwar mein Lastwagen kaputt,

aber mein Leben bleibt mir erhalten. Wenn ich voll bremse, muß ich damit rechnen, daß ich abstürze.

Eine Anlage für ein Zugfahrzeug kostet 44 000 S, für ein Anhängerfahrzeug 30 000 S. Es hat sich auch erwiesen, daß eine Vollbremsung, die keinen Unfall nach sich zieht, bei einem vollbeladenen Lastkraftwagen die Vernichtung aller Reifen zur Folge haben kann. Wenn das etwa 18 oder 20 Stück sind, und zwar bei einem Preis von 5 000 bis 10 000 S pro Reifen, dann ist bei einer einzigen Vollbremsung ein ABS-System schon bezahlt.

Das ist das, womit ich wieder an den Anfang zurückführen will, als ich sagte, ich wolle hier keine neue Belastung erfinden. Dieses System amortisiert sich vielleicht schon bei einer einzigen Vollbremsung. Daß es außerdem ein ganz, ganz wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in Österreich wäre, ist klar. Ich würde bitten, daß man sich dieser Frage zuwendet und sie leidenschaftslos, da es ja keine politische Frage ist, erörtert und unter Umständen im Ausschuß bespricht.

Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei gibt nicht nur dem Kapitel Verkehr, sondern auch dem Bereich verstaatlichte Betriebe auf Grund der von mir in kurzen Worten geschilderten Änderungen und Verbesserungen gern die Zustimmung. Wir danken all jenen Kräften in der verstaatlichten Industrie, die durch ihren engagierten, ambitionierten Geist, durch ihre Treue zum Werk und durch ihren Leistungswillen dazu beigetragen haben, daß in diesem Bereich eine derart deutliche Wendung zum Besseren möglich war. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 16.49

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bergsmann.

16.50

Abgeordneter **Bergsmann** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Der Abgeordnete Prechtel, der momentan nicht im Saal ist, hat in einer etwas bössartigen Weise zu Beginn seiner Ausführungen den Abgeordneten König einer einäugigen Politik bezichtigt, weil König etwas länger auf die Probleme der Bundesbahn eingegangen ist als auf jene anderer Verkehrsträger.

Ich möchte dem Kollegen Prechtel sagen, daß es etwas gefährlich ist, einem „König“ gegenüber von „einäugig“ zu sprechen, wo doch ein altes, in diesem Fall sicherlich bössartiges Sprichwort sagt, daß unter Blinden der

Bergsmann

Einäugige König ist. *(Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Witzig!)* Es war böseartig, nicht witzig.

Von 1966 bis 1970, so behauptete Prechtel, hätte die Österreichische Volkspartei, was die Verkehrspolitik betrifft, nichts anderes zu tun gehabt, als die Bahn zu ruinieren. Dem Kollegen Prechtel sei ins Stammbuch geschrieben: Sein Parteifreund aus Kärnten, der damalige Verkehrsminister Fröhbauer, hat sich nicht gescheut, zu sagen, daß gerade in dieser Zeit unter dem ÖVP-Verkehrsminister Weiss das Tor zu einer modernen Verkehrspolitik — so betitelte er es — aufgestoßen wurde. Das möchte ich dazu gesagt haben, weil es notwendig ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Zahlen des Budgets der Bundesbahnen, auf die ich in einzelnen Teilen besonders eingehen möchte, sind bekannt. Ich möchte nur auf einen Teilsektor zu sprechen kommen, nämlich die Investitionen. Im Jahr 1983 wurden um etwa 7 Milliarden Schilling Investitionen getätigt. Ich glaube, es ist ein Kriterium sowohl für ein Verkehrsunternehmen als auch für jeden anderen Betrieb, wie Investitionen getätigt werden, ob sie sinnvoll und zweckmäßig sind.

Um das beurteilen zu können, ist es sicherlich gut und notwendig, einen kleinen Rückblick auch einmal in die Geschichte zu machen zu einer wohl bekannten, aber sehr häufig vergessenen Tatsache. In den letzten Jahrzehnten, Ende der fünfziger, sechziger und bis Anfang der siebziger Jahre, hat die Bundesbahn vom Betrieb mit Dampflokomotiven auf den Betrieb mit Elektrolokomotiven umgestellt. Viele Tausende Millionen wurden investiert. Und was ist herausgekommen? Wir wissen heute, und es ist jedem klar, daß auf Grund dieser Investitionen nicht nur der Betrieb sauberer und schneller, also schöner geworden ist, sondern daß auch die seinerzeitige Sorge, was mit den Heizern geschehen wird, die dadurch überflüssig geworden sind, was mit dem Personal in den Fabriken, die Dampflokomotiven erzeugen, geschehen wird, völlig unbegründet war. Im Gegenteil: Bei besserer und sauberer Arbeit kamen mehr Menschen im Bau von Fahrleitungen, im Bau dann notwendiger, modernerer Sicherungsanlagen zum Einsatz als vorher.

Die Zahl der Arbeitsplätze wurde auf Grund des Einsatzes dieser neuen Technologie, der Elektrolokomotive, eher mehr denn weniger. Das ist aber noch nicht das Wesentlichste.

Viel wichtiger ist, daß im Vergleich zum

schlechten Wirkungsgrad einer Dampflokomotive, der zwischen 26 und 28 Prozent vom Grundenergeträger her beträgt, die Elektrolokomotive wesentlich wirtschaftlicher arbeitet, auch dann, wenn der Strom in einem kalorischen Kraftwerk erzeugt würde, sodaß man sauberer, umweltfreundlicher, ohne Arbeitsplätze zu vernichten, Leistungen, in diesem Fall Transportleistungen mit weniger Energie erbringen kann.

Ein kleiner Beweis für die in den letzten Tagen geführte aktuelle Diskussion über neue Technologien in der Zukunft. Auch in der Zukunft — das zeigt uns dieses Beispiel — wird es möglich sein, neue Technologien einzuführen und dieselben Produkte, vielleicht noch in einer besseren Art, mit weniger Energie zu erzeugen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Investition, die von der Bundesbahn zweifellos — und das wird von niemandem bestritten — richtig war.

Nun steht die Bahn vor einer neuen Aufgabe, nämlich vor der Aufgabe, mitzuhelfen, so wie seinerzeit die rauchenden Schornsteine der Dampflokomotiven, jetzt die rauchenden Auspuffröhren der Dieselfahrzeuge der Schwerlastwagen besonders im Transitverkehr zu beseitigen. Und die Bahn hat sich vorgenommen, das zu tun. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Sehr geehrter Herr Minister! Ich halte es für etwas unseriös, wenn sich im Spätsommer dieses Jahres der Herr Bundeskanzler hinstellt und in einer Pressekonferenz verkündet hat, in zwei 5-Jahres-Etappen den gesamten Transitverkehr, der durch Österreich fährt, auf die Bahn bringen zu wollen, all die 3 500 LKW-Züge, die pro Tag Österreich passieren. Und das mit einem Aufwand von 22 Milliarden, und das, ohne mit den Nachbarländern vorher darüber Gespräche geführt zu haben, insbesondere nicht mit den südlichen. Von der Bundesrepublik wissen wir, daß sie mit-tun würde.

Das halte ich für unseriös. Ich halte es aber absolut für machbar und seriös, jetzt zu sagen, in einer ersten Etappe einmal runde 10 Prozent dieses Transitverkehrs auf die Bahn bringen zu wollen. Eine Aufgabe, von der wir annehmen können, daß zweifellos die dort investierten Milliarden Schilling zum Ankauf von Niederflurwagen und ähnlichem, zum Ausschremmen der Tunnel, zur Anschaffung von Achszählanlagen, die für die Durchlässigkeit der Strecken notwendig sind, gerechtfertigt sind.

Bergsmann

Voraussetzung aber dafür, richtig investieren zu können — dies ist von meinem Fraktionskollegen Gorton schon genannt worden —, ist zweifellos ein Gesamtverkehrskonzept, das, uns immer wieder schon seit langem versprochen, immer wieder urgiert und immer wieder hinausgeschoben wird. Im nächsten Jahr, so hören wir, soll es also zu einem Konzept, zu einem Vorkonzept kommen, im Herbst — so haben Sie, Herr Minister, im Ausschuß erklärt —, das es möglich machen sollte, einmal überhaupt darüber zu diskutieren.

Eine zweite Sache, die ich bei den Bundesbahnen noch anschneiden wollte, die nicht mit Milliarden-Investitionen verbunden ist, ist die Reform des Stückgutverkehrs. Dies ist insofern aber doch mit Milliarden verbunden, weil dieser Stückgut- oder Kleingutverkehr bei den Bundesbahnen jährlich 1 bis 2 Milliarden Schilling Abgang verursacht und einen Kostendeckungsgrad von 21 Prozent aufweist.

Ich bin sehr froh darüber, Herr Bundesminister, daß Sie auf meine Frage im Finanzausschuß zu diesem Problem erklärt haben, daß nicht daran gedacht sei, neue LKW-Züge für die Bahn anzuschaffen, daß aber parallel dazu auch gedacht sei, private Frächter in diese Änderung, in diese Knotenpunkt- und Stützpunktänderung einzubinden und so den Wirkungsgrad beziehungsweise den Nutzungsgrad dieses Kleinstückverkehrs auf 30 Prozent oder darüber hinaus hinaufzubringen, was den Bundesbahnen Hunderte Millionen Schilling einbringen würde.

Ein rechtzeitig erstellter Sozialplan für die 500 bis 600 oder vielleicht auch mehr Bediensteten muß selbstverständlich von mir als Gewerkschaftler urgiert werden. Ich glaube, daß man gerade auf seiten der Eisenbahnergewerkschaft nicht warten sollte, bis die im nächsten Jahr ungefähr um diese Zeit fälligen Personalvertretungswahlen bei den Bundesbahnen vorbei sind, sondern daß man jetzt schon die Bediensteten, die dann betroffen sein werden, weil für das Jahr 1986 das Inkrafttreten dieser Reform geplant ist, ohne Rücksicht auf Wahlen verständigt und ihnen die Wahrheit sagt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Aktionsprogramm des neuen Bundesbahnvorstands ist einer der Hauptpunkte die Reform des Führungs- und Verwaltungswesens der Bundesbahn, zweifellos eine schwierige Aufgabe; in Rechnungshofvorschlägen seit Jahren, ja Jahrzehnten immer wieder kritisiert. Ich meine, da kann man sicher viel tun.

Wenn der Kollege Prechtel von den 46 Gebäuden gesprochen hat, in denen die Bundesbahnverwaltung allein in der Stadt Wien untergebracht ist, dann muß ich sagen, ist das sicherlich auch wichtig.

Viel wichtiger aber, meine ich, ist, in welchem Geiste diese Verwaltung arbeitet. Hier, Herr Bundesminister, einige Beispiele.

Ich habe vor einigen Wochen einen Hofrat der Bundesbahn angerufen und ihn um Auskunft gebeten in einer Sache, die Dienstkleider, Uniformen, den eventuellen Verkauf an Dritte betrifft. Dieser Hofrat der Bundesbahn hat mir gesagt, ich möge mich an den Abgeordneten Prechtel wenden, ich möge mich an die Gewerkschaft wenden. *(Abg. Dr. Gradenegger: Da wollte er Sie pflanzen!)*

Ich habe gefragt: An den Junior Prechtel oder an den Senior?

Das ist eine Verwaltungsangelegenheit, oder wird jetzt in der Margaretenstraße auch schon die Dienstbekleidung der Eisenbahner verwaltet. Wozu brauchen wir dann die Verwaltung?

Eine zweite Frage, Herr Abgeordneter Kollege Roppert, ein zweites Beispiel, aus dem Bereich Villach. Aus Kärnten erreicht mich ein Brief, ein Brief eines Herrn Hermann Urschitz. *(Abg. Dr. Gradenegger: Das ist mein Freund! Er ist ÖVP-Funktionär in Villach! Der Brief hat ja das halbe Gewicht!)*

Meine Gattin, so schreibt er, bemüht sich seit längerer Zeit um einen Arbeitsplatz als Aufräumerin in der Bundesbahn Villach. Ich, Hermann Urschitz, sprach mit Herrn ... — ich nenne jetzt den Namen nicht —, Personalbeamter. Dieser Herr gab mir auf meine Frage zur Einstellung meiner Frau die Antwort: Solange Sie Mitglied der ÖVP sind, bekommt Ihre Gattin keine Arbeit in der ÖBB Villach.

Ein Beispiel des Geistes der Verwaltung, in diesem Fall der untersten Führungsschichte. *(Abg. Roppert: In der Bundesbahndirektion haben wir über 25 Mädchen vorgemerkt, die geprüft sind!)* Ich weiß, daß es das vielfach gibt. Warum bekommt seine Frau keine Arbeit? *(Abg. Roppert: Man kann doch niemanden verantwortlich machen für die Aussage eines Personalbeamten!)* Natürlich ist er das.

Es hat nichts mit der Aufnahme zu tun. Es hat damit zu tun, daß dieser Personalbeamte

Bergsmann

sagt: Solange Sie ÖVP-Mitglied sind, bekommt Ihre Frau keine Arbeit. Darum geht es, meine Herren. Ich werde euch noch ein anderes Beispiel erzählen.

Vor drei Monaten habe ich an die Maschinendirektion in der Personalangelegenheit eines Diplomingenieurs einen Brief geschrieben. Nicht nur, daß ich von der Maschinendirektion bis heute keine Antwort bekommen habe, nein, dieser Brief wurde umgehend, so höre ich, von der Maschinendirektion in die Margaretenstraße 166 zur Gewerkschaft geschickt.

Da frage ich mich: Wozu brauche ich dort eine Personalstelle, wenn die Arbeit bei der Gewerkschaft gemacht werden muß? Selbstverständlich war von mir ein Durchschlag sowieso an den Kollegen Prechtel geschickt worden. Das ist der Geist der Verwaltung.

Oder, Herr Bundesminister, ein viertes Beispiel. (*Abg. Roppert: Das ist ja sicher an den Zentralausschuß gegangen! Der hat ja ein Mitspracherecht!*) Die Verwaltung hat auf Briefe, meiner Meinung nach, nicht nur bei den Bundesbahnen, sondern auch in jedem anderen Betrieb zu antworten und sie zu bearbeiten und nicht sie unbearbeitet an die Gewerkschaft weiterzugeben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Dann kann ich mir die Beamten dort sparen. (*Abg. Roppert: Das sagt die Maschinendirektion?*)

Das ist ein Beispiel, das ich bringen will, für den Geist der Verwaltung, für den Geist, der in der Verwaltung herrscht. (*Abg. Staudinger: Roppert! Distanzieren Sie sich, anstatt daß Sie dazu lächeln! — Abg. Roppert: Er weiß ja selber, wie es zugeht!*) Eben darum ärgert mich der Geist in der Verwaltung.

Nun noch ein weiteres Beispiel, ebenfalls für den Geist der Verwaltung. Herr Bundesminister! Vor wenigen Tagen habe ich Sie im Finanzausschuß gefragt, wie denn das mit der Anzahl der Achssprungbahnhöfe sei. Das ist — zur Erklärung des Hohen Hauses — ein Bahnhof, der kein durchgehendes, gerades Gleis hat. Dort wird also Energie verschwendet.

Ich habe heute Ihre Antwort erhalten. Ich kann Ihnen sagen, Herr Bundesminister, diese Antwort ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Ich hatte doch einen Grund, warum ich diese Anfrage gestellt habe. Ich weiß doch, daß es solche Bahnhöfe gibt. Hier in der Aufzählung dieser zwölf Bahnhöfe fehlt

ein wesentlicher — ich weiß nicht, ob andere auch noch fehlen; darum habe ich ja gefragt —, nämlich St. Georgen an der Gusen. Dieser Bahnhof ist nicht angeführt, in dem jedes Jahr Tausende Züge, durchgehende Züge von der Tschechei kommend über Linz in den Süden durchlaufen. Jeder Zug muß, weil das ein Achssprungbahnhof ist, dort abbremsen und wieder neu beschleunigen. Und der ist hier nicht angeführt.

Sie, Herr Bundesminister, können nichts dafür. In Ihrer Antwort ist im ersten Teil die Liste unvollständig. Im zweiten Teil heißt es, es gebe keinen erhöhten Energieverbrauch, der durch Umbauten reduziert werden könnte. Dadurch ist der zweite und auch der dritte Teil Ihrer Antwort total falsch. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Da frage ich mich: Was sind das für Beamte, die so etwas schreiben? Herr Bundesminister! Lassen Sie anrufen, lassen Sie überprüfen, ob das, was ich hier gesagt habe, stimmt. Heute vormittag habe ich diese Ihre Antwort bekommen. Sie ist von vorn bis hinten falsch. (*Abg. Dr. Gradenecker: Biegt doch die Geleise gerade!*) Eben, das meinte ich ja. Die Geleise sollten dort in diesen Achssprungbahnhöfen geradegebogen werden. Das war der Sinn der Anfrage. Und dann kommt eine derartige Antwort, die von vorn bis hinten falsch ist.

Was sind das für Beamte? Was ist das für ein Geist, Herr Bundesminister, der in diesem Bundesbetrieb herrscht, offenbar in allen Schichten der Verwaltung. Diese einzelnen Beispiele werfen ein Licht darauf, daß in weiten Teilen oder doch zumindest in einzelnen Bereichen so verwaltet wird, daß es dem Betrieb eher schadet. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Schluß aber, weil die Redezeit beschränkt ist, noch ein Beispiel, das, glaube ich, uns alle angeht, ein Beispiel, das mit der Personalsituation zusammenhängt. Wenn ein junger Mensch zu einer Dienststelle der Bundesbahn kommt, in eine Direktion kommt — ich weiß, daß es auch in anderen Unternehmen der Verstaatlichten so ist — und sich dort um eine Aufnahme bewirbt oder wenn er dorthin ein Bewerbungsschreiben schickt, dann wird ihm gesagt: Es ist kein Bedarf. Danke schön, wir brauchen momentan niemanden. Und er geht zum nächsten Betrieb. Dort wird ihm dasselbe gesagt.

Es geht um das Problem der arbeitslosen Jugendlichen, das sicherlich ein Problem ist, das uns alle angeht. Das diskutieren wir alle seit langem.

Bergsmann

Ich möchte aber gerade in der Vorweihnachtszeit einen sehr, sehr ernstesten Vorschlag dazu machen. Wir haben schon oft darüber gesprochen. *(Zwischenruf.)* Herr Kollege! Sie sollten mir, bitte, in dieser ernstesten Angelegenheit zuhören. Auch wir haben Kinder und machen uns Sorgen, was diese Kinder, wenn sie ins Berufsleben eintreten, machen werden.

Und jener Bewerber, der immer wieder abgewiesen wird, dem immer wieder gesagt wird: Wir brauchen niemanden!, dem das ein Jahr, eineinhalb, zwei Jahre passiert, wird in die Hoffnungslosigkeit und an den Rand der Verzweiflung getrieben. Der beginnt an der Gesellschaft, die zu bauen unsere Aufgabe ist, zu verzweifeln. *(Abg. R o p p e r t: Was hat das mit dem Stellenplan zu tun?)*

Ich gebe ein Denkmodell, ob es nicht möglich wäre, gemeinsam, das würde aber den gemeinsamen guten Willen erfordern, in den Bundesbetrieben, in der Verstaatlichten, noch in vielen Bereichen darüber hinaus ein System einer verbindlichen Vormerkung einzuführen. Damit meine ich, daß ein Bewerber mit seiner Bewerbung vom Betrieb getestet wird oder seine Unterlagen vorlegt, ob er geeignet ist. Wenn dies der Fall ist, wird er verbindlich vorgemerkt. Und dann weiß der Bewerber, daß es in dieser oder jener Branche wohl ein Jahr, zwei Jahre oder vielleicht sogar drei Jahre dauern wird, bis er drankommt. Aber es wäre ihm die Hoffnungslosigkeit genommen. Er könnte dann darauf bauen, daß er zu diesem Zeitpunkt, wenn er dran ist, dann auch aufgenommen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube und möchte damit schließen, um meine Redezeit nicht zu weit zu überschreiten, daß das, was ich jetzt vorgetragen habe, doch ein gemeinsames Anliegen sein könnte, mit dessen Verwirklichung wir wohl keine neue Arbeitsplätze schaffen, aber der Jugend ein bißchen mehr Hoffnung geben könnten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{17.10}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Prechtl zum Wort gemeldet. Ich mache auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

^{17.10}

Abgeordneter **Prechtl** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bezüglich des Anrufes hat es sich überhaupt nicht um Dienstkleider für Bedienstete der Österreichischen Bundesbahnen gehandelt, sondern für Bedienstete der

Privatfirma Stern & Hafferl, die von den Österreichischen Bundesbahnen Dienstkleider beziehen wollten.

Wir haben in der Gewerkschaft der Eisenbahner einen sozialpolitischen Ausschuß. Hier wären die Österreichischen Bundesbahnen zu den Konditionen herangezogen worden, die es nur für ihre Bediensteten gibt, was für ein drittes Unternehmen gesetzlich nicht zulässig ist.

Aus diesem Grund hat der Herr Hofrat dem Herrn Bergsmann gesagt, er möge sich an die Gewerkschaft der Eisenbahner wenden. Ob das der Junior ist oder der Senior, das ist völlig egal, sondern entscheidend ist hier die Gewerkschaft der Eisenbahner.

Und die Berichtigung: Hier möchte ich sagen, daß von seiten der Gewerkschaft der Eisenbahner kein wie immer geartetes Schreiben hinausgegangen ist, daß er der ÖVP angehört, sondern richtig ist, daß es ein Personalbeamter gewesen ist. Richtig ist, es war kein Eisenbahner, sondern ein privates Unternehmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{17.12}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fauland. Ich erteile es ihm. *(Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Am Wort wäre jetzt der Redner.

^{17.12}

Abgeordneter **Fauland** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Das erklärte Ziel bei der Erstellung des Bundeshaushaltes und des Bundesbudgets für 1985 war für diese Bundesregierung der gleiche Weg wie 1984, eine Konsolidierung des Budgets vorzunehmen, die Konsolidierung fortzusetzen, wie bereits 1984 begonnen, und das Nettodefizit gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt wird nach dem Voranschlag 1985 von 4,8 auf 4 Prozent zurückgehen.

Was bedeutet das? — Das bedeutet, daß auch für das Jahr 1985 die Prognosen, was die Arbeitslosenraten anbetrifft, um einige Zehntelpunkte niedriger sein werden und daß aber auch das Preisniveau, das heißt, der Preisindex von derzeit 5,5 Prozent auf ungefähr 4 bis 4,5 Prozent sinken wird.

Das hat natürlich auch seine Auswirkungen auf die Wirtschaft in Österreich. Die Regierung festigt damit aber auch die Sozialpolitik, die Familienpolitik.

Fauland

Ich bin heute sehr froh, daß gerade mit dem Kapitel Verkehr ebenfalls ein Kapitel und eine Beratungsgruppe beschlossen wird, die dazu beiträgt, daß es wieder zu großen Investitionen in Österreich kommt.

Allein im Kapitel 78, Beratungsgruppe Post- und Telegraphenverwaltung, werden 1985 14,3 Milliarden Schilling investiert werden.

Was bedeutet das? — Das bedeutet, daß damit wieder sehr viele Arbeitsplätze in Österreich gesichert werden. Und was mich besonders freut als steirischen Abgeordneten, ist, daß dadurch selbstverständlich auch steirische Arbeitsplätze gesichert sind.

Im Kapitel 79 sehen die ÖBB ein Investitionsvolumen von 9 Milliarden Schilling ausschließlich für Österreicher vor. Auch österreichische Firmen werden hier herangezogen, und das trägt auch dazu bei, daß in der Steiermark bei den Firmen Elin, SGP, Siemens und selbstverständlich auch beim Hüttenwerk Donawitz für Arbeitsplatzsicherung gesorgt wird.

Daher verstehe ich als steirischer Abgeordneter nicht, daß die Abgeordneten der ÖVP diesem Kapitel nicht zustimmen, obwohl sie genau wissen, wie notwendig es ist, daß eben diese Investitionen getätigt werden.

Besonders als Abgeordneter der Obersteiermark bin ich daran interessiert, daß der Ausbau des zweigleisigen Schienenstranges auf der Schoberpaßstrecke und selbstverständlich auch der Ausbau des Frachtenbahnhofs St. Michael vorgenommen wird.

Herr Minister! Ich möchte Sie ersuchen, Ihre ganze Kraft auch dafür einzusetzen, daß die Mittel, die notwendig sind, um all das zu erzielen, diesen Ausbau zu errichten, so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt werden, weil dadurch nicht nur Arbeitsplätze gesichert werden, sondern auch die Infrastruktur verbessert wird.

Wie heute schon gesagt worden ist, bedeutet selbstverständlich ein Mehr an „Weg von der Straße, hin auf die Schiene“ eine Entlastung für die Straße, wodurch nicht nur für eine bessere Umwelt gesorgt werden könnte, sondern auch die Gründung von neuen Betrieben erleichtert würde.

Verehrte Damen und Herren! Aber dieser wirtschaftliche Aufschwung und die Besserstellung durch ein gutes Budget sowie eine Garantie für 1985, daß es der Wirtschaft wie-

der besser gehen wird, sind gleichzeitig auch eine Garantie für unsere verstaatlichte Industrie.

Es ist auch in unseren verstaatlichten Betrieben bereits eine Verbesserung eingetreten. Wir merken besonders auch in der Eisen- und Stahlindustrie, daß es bei uns mehr Aufträge gibt, wir merken aber auch in der Finalindustrie, daß es auch in Finalindustriegruppen besser geworden ist.

Sicher gibt es noch einige Betriebe, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, aber wir glauben, daß sich das ebenfalls in der nächsten Zeit etwas bessern wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin als ein Abgeordneter aus der verstaatlichten Industrie schon enttäuscht gewesen, als 1983 die ÖVP am 20. Oktober, als es zu einer Regierungsvorlage gekommen ist, wonach im Rahmen eines Finanzierungsgesetzes für die Verstaatlichte die Strukturhilfe von 16,6 Milliarden Schilling beschlossen werden sollte, diese Strukturhilfe ablehnte. Es erfolgte nicht nur eine Ablehnung, sondern auch eine Beeinspruchung im Bundesrat. Dadurch wurde eine Verzögerung hervorgerufen, und es konnten erst später die Mittel der Verstaatlichten zugeführt werden, auf Grund eines Beharrungsbeschlusses, den der Nationalrat mit den Stimmen der FPÖ und SPÖ am 29. November gefaßt hat.

Diese 16,6 Milliarden Schilling ermöglichen es natürlich der verstaatlichten Industrie, ihre Strukturbereinigungen vorzunehmen und neue Produktionen zu errichten.

Es ist ja nicht erst jetzt durch die 16,6 Milliarden Schilling etwas geschehen, Herr Abgeordneter Löffler, es ist schon vorher etwas gemacht worden. Auch die zehn Jahre vorher wurden entsprechende Investitionen vorgenommen und die Strukturen verbessert.

Ein Beispiel dafür ist ja auch bei uns in der Steiermark gegeben. Ich denke an mein Hüttenwerk Donawitz, wo rund 7 Milliarden Schilling investiert wurden und die Strukturmaßnahmen so angepaßt wurden, daß es heute Technologien gibt, die sich international sehen lassen können und keinen Vergleich mit anderen gleichwertigen Hüttenwerken zu scheuen brauchen. Davon konnten sich ja auch schon Abgeordnete dieses Hauses überzeugen.

In den letzten zehn Jahren,werte Damen und Herren, wurden in den ÖIAG-Gruppen 28 Produktionen aufgelassen, aber im glei-

Fauland

chen Zeitraum 24 neue Produktionen geschaffen. Dies zeigt ja, daß es in der ÖIAG immer schon Konzepte und Bestrebungen gegeben hat, zugleich, wenn Produktionen aufgelassen werden, auch neue Produktionen wieder zu errichten.

Ein Beispiel ist für uns die Steiermark: In Kindberg wurde eine komplette Produktion aufgelassen und eine komplette neue Produktion errichtet, ein Nahtlosrohrwerk. Wenn ich heute sehe, daß bei uns in der Steiermark für Elektronikbetriebe bereits ganz neue Produktionen geschaffen worden sind, in der Mikroelektronik zum Beispiel bei IBM oder in Unterpremstätten, und jetzt vor kurzem erst wieder bei der VOEST-Alpine rund 1 Milliarde Schilling beschlossen worden sind, um das Werk Hinterberg auszubauen, dann, glaube ich, ist das ein Zeugnis, daß alle Anstrengungen seitens der verstaatlichten Industrie, der ÖIAG, und von dieser Bundesregierung unternommen werden, um in diesen Regionen, wo es zu Schwierigkeiten kommt, wo es strukturelle Schwierigkeiten gibt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Werte Damen und Herren! Ich habe heute hier immer wieder den Ausdruck „Subventionsbeihilfen“ gehört. Die österreichische Stahlindustrie hat keine Subventionsbeihilfe erhalten, sondern es waren echte Hilfen zur Strukturbereinigung.

In den EG-Ländern beziehungsweise in den anderen westlichen Ländern sind pro Tonne Stahl rund 750 S draufgelegt worden, Subventionen gegeben worden. Bei uns wurden diese Mittel dazu verwendet, um eben Verbesserungen herbeizuführen, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Werte Damen und Herren! Wenn ich mir anschau, wie es mit den Arbeitsplätzen in der westlichen Welt — was ja schon gesagt worden ist — in der Stahlindustrie ausschaut, dann stelle ich fest, daß im EWG-Raum die Arbeitsplätze von rund 800 000 auf 500 000 gekürzt worden sind, daß in Amerika die Arbeitsplätze in der Stahlindustrie von rund 500 000 auf 250 000 zurückgenommen worden sind.

Ich habe mir die Beschäftigten der verstaatlichten Industrie — die Ziffern von 1960 bis jetzt — in einer Tabelle angeschaut. Da mußte ich feststellen, daß 1960 rund 131 000 Beschäftigte gewesen sind, 1965 waren es noch 123 000, das bedeutet in diesem Zeitraum minus 8 000, von 1965 bis 1970 sind

wir zurückgegangen von 123 000 auf 103 000. Dann in den Jahren 1970 bis 1980 sind wir wieder angestiegen auf 117 000, und jetzt sind wir bei 107 000. Das heißt, der stärkste Abgang war eigentlich in dieser Zeit, wo es eine ÖVP-Alleinregierung in diesem Lande gegeben hat, Werte Damen und Herren.

Sicher ist in diesem Zeitraum auch die Schwachstromindustrie ausgegliedert worden, es waren aber einige Tausend und keine 20 000. Jedenfalls war der Abfall damals ein größerer als in diesem Zeitraum einer sozialistischen Alleinregierung oder jetzt eben einer Koalitionsregierung.

Werte Damen und Herren! Ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen, daß gerade in der verstaatlichten Industrie alles unternommen wurde, um Arbeitsplätze zu sichern, um auch Jugendbeschäftigung zu sichern. Es wurde heute auch schon von Kollegen Rechner hier angeführt, daß rund 5 300 Jugendliche beschäftigt sind und daß die volle Jugendbeschäftigung vollzogen wurde, das heißt, Lehrlinge voll aufgenommen wurden.

Aber ich könnte ein Beispiel bringen von unserem Bezirk Leoben, das mich ein bißchen hart getroffen hat, weil man versucht hat, in Leoben für junge Menschen Arbeitsplätze zu schaffen, und zwar durch die Hilfe unseres Sozialministers Dallinger.

Werte Damen und Herren! Anlässlich einer Betriebsversammlung im September dieses Jahres im Hüttenwerk Donawitz, wo auch Minister Dallinger anwesend gewesen ist, habe ich das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in unserem Bezirk aufgegriffen. Es stimmt, es sind dort rund 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Ich habe gebeten, er möge verstärkt Hilfen einsetzen, um den jungen Menschen Arbeit zu verschaffen.

Ich konnte feststellen, daß der Auftrag seitens des Herrn Ministers an das Arbeitsamt erging, verstärkt Hilfen einzusetzen. Es wurden 900 Briefe an gewerbetreibende Unternehmer ausgesandt mit einer Rückantwortkarte und es wurde ihnen mitgeteilt, sie können von dieser Förderung Gebrauch machen, wenn sie jungen Menschen zwischen 19 und 25 Jahren Arbeit geben und damit dazu beitragen, die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern. Von diesen 900 haben 40 Gewerbebetriebe geantwortet, das heißt, 860 haben überhaupt keine Antwort gegeben.

Es hat dann eine Diskussion gegeben zur

Fauland

Jugendarbeitslosigkeit — von der ÖVP in Leoben vor einer Woche veranstaltet —, wo auch der Abgeordnete Taus und Sie, Herr Abgeordneter Burgstaller, anwesend waren. Dort wurde vom Arbeitsamt an den Abgeordneten Kollmann die Frage gerichtet, warum für diese 900 Briefe so wenig Interesse gewesen ist. Da wurde vom Abgeordneten Kollmann, der der ÖVP zugehörig ist, geantwortet: Schauen Sie, man bekommt so viel Post, alles kann man sich nicht anschauen, man wirft so vieles weg.

Da muß ich sagen, es ist enttäuschend — wenn Sie schon so für die Jugendbeschäftigung sind; heute wollten Sie einen Antrag stellen —, wenn ein Abgeordneter aus der Steiermark dann eine solche Antwort gibt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir gemeinsam unsere ganze Kraft einsetzen, um jungen Menschen Arbeit zu schaffen.

Ich sage auch von diesem Rednerpult aus, daß es notwendig ist, in Zukunft neue Produktionen zu schaffen, daß man auch in der Zukunft die Zusammenarbeit von Industrie, verstaatlichter Industrie, privater Industrie, Bund mit den Universitäten vornimmt, daß man auch da die Verbindung zu den Universitäten aufgreift, daß wir dieses Know-how der Universitäten nützen und der Industrie zuführen. Ich glaube, das wäre auch notwendig.

Ich habe vor kurzem auch mit Leuten der ÖIAG gesprochen, Herr Minister, ob es nicht notwendig wäre, sich vielleicht mit den Universitäten, zum Beispiel Leoben, wo eine Montanuniversität ist, ins Einvernehmen zu setzen, eine Datenbank zu errichten, um mit dieser Datenbank eine große Hilfestellung für die Industrie zu erreichen.

Werte Damen und Herren! Ich wollte nur noch kurz zur Verstaatlichten sagen, daß ich heute sehr glücklich war, daß so ein Kurswechsel auch in den Reihen der ÖVP-Sprecher zur Verstaatlichten vor sich gegangen ist. Ich habe es noch in den letzten Jahren erlebt, daß hier andere Worte gesprochen worden sind zum Thema der verstaatlichten Industrie. Heute sieht man das anders.

Es hätte mich auch sehr gefreut — ich sage es noch einmal —, wenn Sie vor zwei Jahren den Mut gehabt hätten, die 16,6 Milliarden Schilling zu beschließen und dem zuzustimmen. Dann hätten Sie auch einen Beitrag geleistet zur Sicherheit der Arbeitsplätze. Das haben Sie aber nicht getan.

Ich möchte aber auf noch etwas zu sprechen kommen,werte Damen und Herren — vielleicht noch ganz kurz —, wo sich heute der Herr Abgeordnete Heinzinger so sehr aufgeregt hat: auf das ÖVP-Papier „Energie 2030“. Es gibt dieses Papier. Das ist bekannt. Wenn es dieses Papier nicht gegeben hätte, hätte nicht der Herr Abgeordnete Graf so eine Reaktion gezeigt, daß er wegen dieses Papiers „Energie 2030“ sogar zurücktreten wollte,werte Damen und Herren!

Ich möchte nur sagen, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß dieses Papier „Energie 2030“ auch bei uns in den Betrieben diskutiert wurde. Zum Beispiel im Zentralbetriebsrat der VOEST-Alpine, wo eine einstimmige Resolution verfaßt wurde — mit den Stimmen der ÖVP! —, in der man sich gegen dieses Energiepapier „2030“ ausgesprochen hat. Auch im Arbeiterbetriebsrat der Hütte Donawitz hat man gegen dieses Energiekonzept „2030“ eine Resolution verfaßt, ebenfalls mit den Stimmen der ÖVP-Vertreter, weil sie diesen Angriff auf die Grundstoffindustrie ebenso als Ungeheuerlichkeit empfunden haben.

Wenn ich denke, daß das in Donawitz durchgeführt werden würde: Wir würden rund 3 500 Beschäftigte verlieren, wir würden auf 1 000 Beschäftigte absinken.

Ich glaube, so ein Konzept ist nicht zu vertreten. Daher ersuche ich auch Sie, als Vertreter der Wirtschaft und der verstaatlichten Industrie von diesem Konzept Abstand zu nehmen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 17.28

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pranckh. Ich erteile es ihm.

17.28

Abgeordneter Pranckh (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie einladen, jetzt von der Verstaatlichten wegzugehen und mir — so wie es ausgemacht ist — ungefähr eine Viertelstunde lang in den gefährdeten österreichischen Wald zu folgen.

Ein paar Worte aber noch zu Herrn Kollegen Fauland. Sie haben uns erzählt, wie viele Arbeitsplätze in welcher Zeit verlorengegangen sind.

Ich möchte dem gegenüberstellen, daß allein in den letzten 20 Jahren in Österreich der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen, gemessen an allen Arbeitstätigen, von 16 Pro-

Pranckh

zent auf 6,1 Prozent zurückgegangen ist und daß seit vielen, vielen Jahren für Beihilfen aus öffentlichen Mitteln an Landwirtschaftsbetriebe ein Betriebskonzept verlangt wird. Ich glaube, dann sind wir dort, warum die ÖVP voriges Jahr nicht zugestimmt hat bei den 16 Milliarden Schilling, nämlich bei der Konzeptlosigkeit!

Wir haben am Dienstag gemeinsam beschlossen, den umfassenden Umweltschutz verfassungsmäßig zu verankern. Während der Diskussion darüber habe ich mit Freude festgestellt, daß die Abgeordneten aller Parteien sehr viel Wert auf gemeinsame Beschlußfassung in all diesen Fragen legen. Ich hoffe also, daß diese Konsensbereitschaft stets erhalten bleibt, wenn es um den Umweltschutz geht.

Wir alle wissen, daß Autofahren notgedrungen auch Umwelt belasten heißt. Aber wir wissen ebenso alle, daß die Autofahrer und Kraftfahrer gemeinsam nur einer von vielen Faktoren in der allgemeinen Umweltbelastung sind.

Ich komme aus dem Bezirk Murau, und dort sind über 61 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Nutzfläche Wald. Sie können daraus ermesen, welches Interesse bei uns den Fragen des Waldes zukommt. Ich glaube, es ist unbestritten, daß Wald ja schon längst nicht mehr nur Produktions- und Einkommensgrundlage für den jeweiligen Waldbesitzer ist, sondern daß Wald inzwischen viel, viel mehr geworden ist.

Wald ist heute die Grundlage des Erholungsraumes für eine Menge Gäste aus dem In- und Ausland. Wald ist — und ich glaube, das dürfen wir nie vergessen — die Grundlage für jedes Leben schlechthin. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorgestern hat der Herr Dr. Taus hier vor Fundamentalisten gewarnt im Zusammenhang mit Umweltschutz. Ich schließe mich dem voll an. Wenn man ganz speziell den Fall Hainburg beobachtet: In den letzten Wochen wurde mit nahezu fanatischen Argumenten um die Erhaltung von 360 ha Auwald gekämpft. *(Abg. Windsteig: Von welcher Seite?)*

Lassen Sie mich ausreden! Schauen Sie, ich habe gerade gebeten um ein bißchen Konsens in Umweltfragen. Ich werde schon sagen, wo überall! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Fister: Sagen Sie das der eigenen Partei!)*

Nein, nein. Schauen Sie, Österreich ist

nicht nur von einer Partei hier vertreten im Hohen Haus, sondern von dreien. Wenn die drei nicht „z'sammschaun“ können, werden es bald mehr sein, und dann wird viel ungeschickter gestritten werden hier! *(Beifall bei der ÖVP und des Abg. Weinberger.)*

Man vertritt also hier schon nahezu fanatische Standpunkte zur Erhaltung der Hainburger Auen, und das sind 360 ha. Zum gleichen Zeitpunkt wissen wir — und das wissen wir nicht erst seit den verschiedenen Streiten um Hainburg —, daß 440 000 ha Wald in Österreich gefährdet beziehungsweise schon schwer geschädigt sind.

Ich glaube also, daß man die Gewichtung doch nach den Tatsachen vornehmen müßte. Ich glaube, daß es auch nichts hilft, wenn die Presse in Österreich diese Dinge noch überall, wo sie ein Fünkchen zum Zündeln findet, weiter aufstiegt.

Wenn es uns nämlich nicht gelingt, Maßnahmen zur Sicherung unseres Waldes und der Wälder auch weit über unsere Grenzen hinaus zu finden, dann wird der Auwald von Hainburg in seiner gesamten Ausdehnung und werden alle übrigen Wälder und zuletzt auch wir Menschen zugrunde gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Notwendigkeit und die Begründung dieser meiner Behauptung möchte ich Ihnen mit ein paar Zahlen näherbringen.

In der Bundesrepublik Deutschland waren 1982 562 000 ha oder 8 Prozent der Waldfläche geschädigt, 1983 waren es bereits 35 Prozent. In Österreich hat man lesen können — und das sind sicher ernst zu nehmende Zahlen —, daß 1982 120 000 ha oder 3 Prozent der Waldfläche gefährdet oder geschädigt waren.

Eine persönliche Aussage von Minister Haiden hat 1983 360 000 ha oder 10 Prozent genannt, und 1984 wurde im Jänner die Zahl von 440 000 ha bekanntgegeben.

Diese Zahlen steigen täglich und müßten jeden Tag nach oben ergänzt werden.

In der Tschechoslowakei, in Polen und in Ostdeutschland gibt es bereits zigtausend Hektar Waldboden, der kein Leben mehr zeigt.

Seit nahezu hundert Jahren wissen wir, daß Industrieabgase dem Wald schädlich sind.

Ich glaube, daß kein Verantwortlicher in

Pranckh

diesen letzten hundert Jahren bewußt seine Pflicht verletzt hat, aufsichtig und vorsorglich zu denken in diesen Fragen.

Die Umtriebszeit im Wald liegt zirka bei hundert Jahren. Man muß bedenken, daß in diesem Zeitraum auch der sicherste Beamten-sessel mindestens dreimal neu besetzt wird, daß aber die Politikersessel bei ihrer Kurzlebigkeit viel schneller umbesetzt werden. Das hat ja leider zu einem Übel in der Politik geführt: Viele denken oft nicht länger als von einer Wahl zur anderen.

Ich bin jetzt durchaus gefaßt, daß nicht alle dem zustimmen werden, aber trotzdem, glaube ich, müßte man diese Frage sehr ernst nehmen.

Wir wissen alle auch, welch „hoher Wertschätzung“ wir Politiker uns in manchen Bevölkerungskreisen erfreuen. Gerade jüngere Bürger, für die wir glauben, gute Politik zu machen, sind von der Redlichkeit unserer Bemühungen ebensowenig überzeugt wie von ihrer Wirksamkeit. Ich glaube, daß es nicht gut ist, wenn sie weiter in immer höherem Maß ihr Glück bei den Grünen und Alternativen suchen.

Die Presse überbietet sich — ich habe schon darauf hingewiesen — in mehr oder weniger berechtigten Prügelorgien an Politikern aller Parteien. Sehr selten sind da keine Wertungen. Meistens ist die Liebe zur einen oder anderen Seite schon zu spüren.

Ich glaube, es ist nicht gut, wenn wir so wie verschreckte Kaninchen dieser Entwicklung zuschauen, bis uns die Schlange gefressen hat. Ich glaube, es liegt an uns, daß wir alles dransetzen — alle gemeinsam! —, daß Politik glaubwürdig wird und daß gerade die jüngeren Menschen wieder mit mehr Respekt und auch mit mehr Zutrauen an uns Politiker denken können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Möglichkeit, weitere Umweltschäden wenigstens einzudämmen, ist sicher gegeben. Darüber gibt es keinen Streit.

Ich glaube, daß es nicht genügt, die Umwelt-schutzmittel in einem Bundesvoranschlag zu erhöhen, aber gleichzeitig schon wesentliche Summen wieder für eine Aufblähung der Verwaltung und Bürokratie zu verwenden.

In der Regierungserklärung dieser Koalitionsregierung war die Zusicherung von Biosprit als Zusatzmittel für Autobenzin im Sinn des Umweltschutzes enthalten. Heute hören

wir nichts mehr davon, außer daß der Herr Landwirtschaftsminister nichts davon hält.

Ein Drei-Parteien-Vorschlag ist hier im Haus eingebracht worden, und die Erdölindustrie verlangt eine gesetzliche Vorlage. Der Herr Minister Haiden müßte sich also doch einmal dazu entschließen, die Interessen der Landwirtschaft und auch der gesamten Bevölkerung ernst zu nehmen. Und wenn die Regierung aktiv wird, dann werden wir auch dort weiterkommen.

Abgesehen davon, daß diese Vorgangsweise die Glaubwürdigkeit der Regierung Sinowatz in Umweltfragen sicher nicht ins Unermeßliche steigen läßt, ist diese Haltung kurzsichtig und unwirtschaftlich. Je mehr Flächen für die Erzeugung von Biosprit verwendet werden, umso schneller wird der Getreideüberschuß verringert werden und umso weniger Steuermittel und Beiträge der Landwirte werden verwendet werden, um Lagerungs- und Exportkosten zu finanzieren. Höchstwahrscheinlich würde auch der Milchmarkt durch so einen Anbau von Biosprit-Pflanzen entlastet werden. Die Abhängigkeit Österreichs von teuren Energieimporten würde außerdem auch noch verringert.

Daß der Treibstoffpreis dadurch etwas steigen würde, ist durchaus möglich. Aber ich bin überzeugt, wenn man den Kraftfahrern sagt, warum er teurer wird, werden sie nicht allzuviel dagegen haben, überhaupt wenn man das auch noch früher sagt als drei Stunden vor dem Teurerwerden, so wie es in den letzten Jahren immer wieder passiert ist. Da hat man bei den letzten Abendnachrichten erfahren, daß ab Mitternacht die Kraftstoffpreise steigen. Man hat ja nicht einmal mehr billig tanken können, es war schon zu spät. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch etwas erwähnen, was mir im Laufe meiner kurzen Anwesenheit in diesem Hohen Hause besonders aufgefallen ist. *(Der Redner trinkt einen Schluck Wasser. — Rufe bei der SPÖ: Prost!) Vergelt's Gott. Etwas anderes wäre mir lieber! (Heiterkeit und Beifall.)*

Frau Abgeordnete Mag. Ederer hat am 8. November im Zusammenhang mit Umweltschutz und Waldschutz gesagt: Einheitswerte senken hilft nicht dem Wald.

Meine sehr verehrten Anwesenden, vor allem liebe Frau Mag. Ederer und alle, die dieser Ansicht huldigen! Die Waldbesitzer Österreichs sind nicht Bürger zweiter Klasse *(Bei-*

Pranckh

fall bei der ÖVP), wenn sie auch ihr Eigentum kostenlos für alle zu Erholungszwecken zur Verfügung stellen. Die meisten Waldbesitzer sehen diese Forderung ein und akzeptieren sie, weil die Mehrheit unserer Bevölkerung eben unter schlechteren Umweltbedingungen zu leben hat als die Waldbesitzer.

Aber, meine lieben Anwesenden, wenn zur gleichen Zeit durch ständige Steuer- und Abgabenerhöhungen die Waldbesitzer belastet werden — wir wissen alle, daß die Umweltschäden den wirtschaftlichen Ertrag des Waldes auf lange Zeit sinken lassen —, dann ist das, glaube ich, doch etwas zuviel.

Ein kurzer Vergleich: Wenn bei anderen Berufsgruppen das Einkommen in gefährliche Tiefen abzusinken droht, dann wird sofort nach einer Abhilfe gerufen. Ich erinnere Sie an die doch sehr erfolgreiche Aktion des Herrn Kollegen Ruhaltinger. Wenn aber in der Land- und Forstwirtschaft das Einkommen sinkt, und es trauen sich ein paar bäuerliche Abgeordnete etwas zu sagen, dann sind das Subventionsempfänger und praktisch die Finanzkrüppel der Nation. Meine sehr Verehrten, so wird das nicht gehen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Samwald.)* Herr Kollege, ich kann mich erinnern, daß viele Ihrer Kollegen beide Hände in den Sack stecken, und sie sind trotzdem nicht davongejagt worden. Also traue ich es mir auch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eines, meine sehr verehrten Anwesenden: Bitte glauben Sie nicht, daß die österreichischen Bauern und Waldbesitzer dümmere sind als ihre Kollegen in Deutschland. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Brigitte Ederer. — Abg. Vetter: Da ist ja auch der Verkehr schuld!)* Jawohl, auch der Verkehr, ich habe das eingangs ganz deutlich gesagt. Sie bringen mich nicht aus dem Konzept. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Hört zu, und ich bin in einer Viertelstunde fertig. Wenn nicht, kann es länger dauern.

Meine sehr Verehrten! In Deutschland werden Musterprozesse angestrengt, um Waldschäden zu vergüten. Das wird Beispielsfolgen für Österreich haben. 3 bis 4 Milliarden Schilling jährlich gingen den österreichischen Waldbesitzern bisher verloren.

Und nun gestatten Sie mir, meine Lieben, einen kurzen Hinweis auf meine etwas weitere Heimat, auf Pöls. An Hand des Beispiels Pöls kann ich Ihnen nachweisen, daß trotz des Umweltschutzbeschlusses vom Dienstag die Situation in Pöls zum Himmel stinkt, und

das im wahrsten Sinne des Wortes. Meine lieben Anwesenden! Was ich im Sommer hier gesagt habe — ich habe dafür eine Rüge vom damals amtierenden Präsidenten erhalten, es sei keine tatsächliche Berichtigung —, ist eingetreten. Der Probetrieb ist angelaufen, und es stinkt von Scheifling bis Zeltweg, je nach der Windrichtung. Und es stinkt katastrophal, meine lieben Anwesenden! Wir lachen hier. Aber fragen Sie einmal die Hausfrauen, wenn sie lüften, was da hereinkommt. Das ist keine Waldluft, das sind Industrieabgase in konzentrierter Form!

30 000 Menschen und viele tausend Hektar Wald sind davon betroffen. Und damit kein Irrtum aufkommt: Alle damit bisher befaßten Instanzen haben teilweise grob versagt. *(Abg. Roppert: Alle oder teilweise? — Abg. Samwald: Teilweise alle!)* Alle, alle! Jawohl, da nehme ich nichts zurück. Und ich glaube, es ist unsere Aufgabe, hier dafür zu sorgen — nehmen Sie das von einem jungen, naiven Abgeordneten doch an —, daß wir die Interessen unserer Bevölkerung vertreten — dafür sitzen wir ja hier —, daß wir dafür sorgen, daß so etwas in Zukunft nicht mehr passiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun zum Schluß, meine lieben Anwesenden! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich möchte glauben, Politik, die Vertrauen in Anspruch nehmen will, muß auf längere Zeit konzipiert sein. Ich fordere deshalb Sie alle auf — es sind nicht sehr viele da, nur der Herr Verkehrsminister; jawohl, er ist der Zuständige dafür: Herr Bundesminister, ich bitte Sie, nehmen Sie diese Anliegen für den österreichischen Wald ernst. Vertreten Sie diese Anliegen bei Ihren Regierungskollegen!

Mit dem Abschluß Ihres Koalitionspaktes haben Sie die Verantwortung übernommen. Unsere Vorschläge liegen da. Ich erinnere zum Beispiel an die Vorschläge der Landeskammer für Steiermark. Meine lieben Damen und Herren von der Opposition und meine sehr verehrten Herren Minister... *(Heiterkeit und Widerspruch bei SPÖ und FPÖ.)* Jawohl, ich freue mich schon auf die nächsten Wahlen! Regen Sie sich nicht auf! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen doch zukunftsorientierte Politik betreiben, aber die schaut bei Ihnen so aus: Die Mehrheit ist da, und damit ist alles erledigt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Herr Minister, ohne Spaß: Die Frage ist so ernst, und es geht um so viel! Sorgen Sie dafür, daß es nicht bei Ankündigungen bleibt,

Franckh

sondern daß da wirklich rasch das Möglichste geschieht! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.47

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Heinzinger zum Wort gemeldet. Ich mache auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

17.47

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Fauland hat in durchaus beeindruckender Weise auf die Zusammenarbeit von Hochschule und Wissenschaft mit der verstaatlichten Industrie hingewiesen und gleichzeitig einen solchen Versuch der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Ergebnissen und verstaatlichter Industrie mehrfach unrichtig zitiert.

Der Herr Abgeordnete Fauland hat sich auf das Energiekonzept 2030 der ÖVP berufen. — Das ist unrichtig. Das Energiekonzept 2030 stammt von der Österreichischen Gesellschaft für Ökologie — deren Vorsitzender ich bin *(Heiterkeit bei der ÖVP)* — und ist kein Konzept der Österreichischen Volkspartei. Die Behauptung des Abgeordneten Fauland war daher unwahr.

Der Herr Abgeordnete Fauland hat weiter behauptet, der Kollege Graf hätte aufgrund dieses Papiere seinen Rücktritt angeboten. Der Herr Abgeordnete Fauland unterschätzt ungeheuer die Steherqualität des Abgeordneten Graf. Der Abgeordnete Graf hat schon längst erklärt, daß er mit dem Ablauf dieser Parlamentsperiode ... *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich danke, daß Sie dem Abgeordneten Graf applaudieren.

Drittens, und das ist der entscheidende Punkt: Herr Abgeordneter Fauland, es ist eine sehr böse Unterstellung, eine unrichtige Behauptung, die laufend wiederholt wird, daß in diesem Konzept stünde, daß Arbeitsplätze zum Beispiel in der Steiermark verlorengehen.

Wenn Sie eine Spur von intellektueller Redlichkeit besäßen, wenn Sie eine Spur mehr Achtung vor den Arbeitsplatzsorgen besäßen, dann würden Sie, Herr Abgeordneter Fauland, wissen, daß in diesem Konzept als Leitlinie ein Wachstum von 2,5 Prozent angenommen ist, daß als Grundsatz dieses Konzeptes mehr und höherwertige Arbeitsplätze im Bereich der verstaatlichten Industrie angesetzt sind und daß bei Verwirklichung dieses unabhängigen Konzeptes am Ende immer

mehr und nie weniger Arbeitsplätze herauskommen.

Ihre Behauptung, Herr Abgeordneter Fauland, ist einmal mehr unwahr! *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.50

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reicht. Ich erteile es ihm.

17.50

Abgeordneter **Reicht** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zum eigentlichen Thema des heutigen Nachmittags, zum Verkehr, zurückkomme.

Das Kapitel 78, Post- und Telegraphenverwaltung, weist wieder einen rechnungsmäßigen Überschuß von 2 433 Millionen aus. Ich lege Wert auf die Feststellung: einen rechnungsmäßigen Überschuß. Wenn wir das Teilheft einer Prüfung unterziehen, dann werden wir schon heute feststellen müssen, daß im Jahr 1985 dieser Überschuß kaum erreicht werden kann.

Aber dieses Budget für die Post- und Telegraphenverwaltung führt doch zur Feststellung, daß die Post die vor Jahren begonnene wirtschaftliche Entwicklung erfolgreich fortsetzen kann. Die Post mit ihrer modernen Unternehmenspolitik konnte in den letzten Jahren die Produktivität steigern.

Es ist natürlich bekannt, daß dieses Unternehmen sehr personalintensiv ist, und gerade deshalb ist es erfreulich, daß der Personalkostenanteil an den Gesamtausgaben reduziert werden konnte. So war der Anteil im Jahr 1983 58,7 Prozent, 1984 57,1 Prozent und wird 1985 56,4 Prozent betragen.

Die Post als gemeinwirtschaftliches Dienstleistungsunternehmen widmet sich auch der Jugendbeschäftigung. So können wir feststellen, daß die Post mit ihren rund 56 000 Mitarbeitern 894 Lehrlinge ausbildet und weitere 927 jugendliche Vertragsbedienstete und Anlernkräfte beschäftigt.

Dazu möchte ich noch feststellen, daß die Lehrlinge und die Jugendlichen, wenn sie ihre Lehre beendet haben, nicht, so wie es im Privatbereich der Fall ist, freigestellt werden, sondern die Arbeitsplätze für diese jungen Menschen sind sichergestellt.

Die Investitionen der Post erhöhen sich 1985 um 9 Prozent und werden 12 Milliarden

Reicht

Schilling betragen. Über 2 Milliarden dieser Investitionen werden dem Hochbau zufließen und damit 3 000 Arbeitsplätze in unserer Bauwirtschaft sichern.

Eine Milliarde Schilling wird im Post- und Postautodienst investiert, im Detail zur Modernisierung der Postämter und Postdienststellen, zur Humanisierung der Arbeitsplätze in diesen Dienststellen, zur Anschaffung von zweispurigen Kraftfahrzeugen für die Landzustellung, zur Anschaffung von modernen Postomnibussen und Bahnpostwagen.

Der größte Teil der Investitionsmilliarden wird für den großzügigen Ausbau des Fernmeldebereiches bereitgestellt. Darunter sind die Telephonversorgung im ländlichen Raum und die Umrüstung des mechanischen Vermittlungssystems auf Vollelektronik vorgesehen. Seit Dezember 1983 laufen bereits zwei Probeämter in Wien nach diesem neuen voll-elektronischen System.

Weiter ist festzuhalten, daß der Bau der zweiten und dritten Antenne der Erdefunkstelle Aflenz vorangetrieben wird.

Die Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse wird Ende 1984 2 638 000 betragen. Das bedeutet, daß auf 100 Einwohner bereits 35 Fernsprechanschlüsse entfallen.

Der zügige Abbau der Warteliste wird weiterhin fortgesetzt. Betrug die Zahl der auf ein Telephon Wartenden 1983 noch 71 000 und 1984 50 000, so werden es 1985 nur mehr 35 000 sein.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Durch diese hohen Investitionen sichert die Post weitere 20 000 Arbeitsplätze in der österreichischen Wirtschaft und fördert Innovationen in der Fernmeldeindustrie.

Die Inbetriebnahme des Autotelephons C vor wenigen Tagen durch Herrn Bundesminister Lacina in Fürstenfeld hat ein steirisches Werk bewogen, dieses Autotelephon in Erzeugung zu nehmen. Die Bestellung von 2 500 Geräten durch die Post sichert die Auslastung dieses Werkes auf längere Zeit.

Einer steirischen Tageszeitung habe ich entnommen, daß die Post 5 000 Mupids bei der Firma Motronic in der Steiermark in Auftrag gegeben hat. Dieser Auftrag wird für die Firma, die in letzter Zeit mit Arbeitsplatzsorgen und Auftragsschwierigkeiten gekämpft

hat, auch in den nächsten Jahren die Beschäftigung sichern.

Eine Reihe weiterer neuer Dienste wird von der Post zur Bedarfsdeckung angeboten. Ich nenne: Teletext, Datex, Sprachspeicherdienst, Anrufumleitung, Ruhe vor dem Telephon, schnurloses Telephon, die Einheitskurzrufnummern für Feuerwehr, Rettung und Polizei, den Personenrufdienst, bei dem schon 40 000 Teilnehmer festzustellen sind.

Einen großen Beitrag leistet die Post für unsere Bergbauern. Das sogenannte Bergbauerntelephon, ein Funktelephon, das die Elin Weiz herstellt, kommt der Post auf 150 000 S für die Investition. Die Post stellt es den Bergbauern oder Schutzhütten zu einem Sozialpreis von 10 000 S zur Verfügung.

Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn ich zur Gebührenpolitik der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung einige Feststellungen machen darf, so möchte ich wiederholen, daß die drei Sparten eine unterschiedliche Kostendeckung aufweisen.

Ich möchte daran die Bemerkung anschließen, daß seitens der ÖVP die Zusammenlegung der Autodienste der Bundesbahn, des KWD, und der Post gefordert wird.

Wir haben in der Steiermark vor wenigen Tagen in einer Besprechung darüber beraten, wie wir den Autodienst kostengünstiger bewerkstelligen könnten, und wir haben natürlich auch darüber beraten, welche Linien, welche Kurspaare oder welche Kurse wegen zu geringer Inanspruchnahme eingestellt werden müßten.

Hohes Haus! Bevor diese Tagung überhaupt begonnen hat, sind schon die Interventionen aus den Gemeinden gekommen, um die Herausnahme von Kursen hintanzuhalten. Das heißt, bei diesen Linien geht es uns ganz gleich wie den ÖBB bei den Nebenlinien.

Die gemeinwirtschaftlichen Lasten des Postautodienstes belaufen sich 1984 auf 310 Millionen Schilling. Diese gemeinwirtschaftlichen Lasten entstehen dadurch, daß wir im Schüler- und Berufsverkehr und den Senioren Ermäßigungen gewähren.

Lasten, die der Post aus der Aufrechterhaltung des Betriebes gering frequentierter Linien in dünnbesiedelten Gebieten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erwachsen, sind in diesen vorhin angeführten Summen nicht enthalten.

Reicht

Die Post verzichtet aus sozialen Gründen auf weitere Einnahmen.

Der Einnahmenentfall für die 332 000 Befreiungen von der Rundfunk- und Fernsehgebühr beläuft sich auf 70 Millionen.

Die Befreiungen für die 243 000 Telefonteilnehmer inklusive einer Sprechstunde kosten 1984 bereits 500 Millionen.

Somit leistet die österreichische Post- und Telegraphenverwaltung einen Beitrag für die sozial Schwachen in der Größenordnung von 880 Millionen Schilling.

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend möchte ich feststellen: Die Post erfüllt mit diesem Budget zwei Aufgaben:

1. Sie erfüllt mit ihren Einrichtungen die Aufgabe der Bedarfsdeckung der Nachrichtenversorgung mit Telefon, Fernschreiber, Funk und Bildschirm, der Beförderung und Zustellung von Briefen und Paketen, Zeitungen und anderen Postsendungen und der Personenbeförderung zu Sozialtarifen.

2. Mit den hohen Investitionen sichert sie weit über 20 000 Arbeitsplätze in der österreichischen Wirtschaft und fördert die Innovationstätigkeit der Fernmeldeindustrie.

Der Bundesbetrieb Post als gemeinwirtschaftliches Unternehmen liefert damit den Beweis, daß die gestellten Aufgaben in einer für die Bevölkerung zufriedenstellenden Form erfüllt werden, Privatisierungstendenzen also überflüssig erscheinen.

Die sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses werden diesem Kapitel gerne die Zustimmung geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.01

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Neumann. Ich erteile es ihm.

18.01

Abgeordneter **Neumann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu dieser schon späten Stunde meinem Vorredner, dem Abgeordneten Reicht, sehr gerne bestätigen, daß, wie er sagte, wie es der Tenor seiner Rede war, auf dem Fernmeldesektor in Österreich außerordentlich viel geschehen ist. Ich möchte persönlich und auch im Namen unserer Fraktion der gesamten Post, den Postbeschäftigten, dem gesamten Management bis hinauf zur

Spitze für ihre außerordentlichen Leistungen sehr herzlich und aufrichtig danken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich möchte auch sehr gerne bestätigen, wie es bei ihm auch, allerdings nur leicht angeklungen ist: Von allen Transportmitteln des Verkehrsressorts, Auto, Bahn, Autobus, ist das Telefon mit Abstand das umweltfreundlichste. Beim Transportmittel Telefon gibt es keine Stickoxide, keinen Schwefel, keine Straßenverstopfung, keine Hektik, keinen Streß, höchstens dann, wenn das Telefon gerade besetzt ist, aber auch beim Besetztzeichen kann durch den ungeheuren technischen, durch den elektronischen Fortschritt bestens abgeholfen werden.

Das Telefon ist also zusätzlich zu all den gewaltigen großen Vorteilen ein bedeutender Umweltfaktor. Das wird in der Öffentlichkeit viel zuwenig gesagt; das möchte ich daher besonders am Beginn meiner diesbezüglichen Ausführungen hervorgehoben haben.

Hohes Haus! Es hat mich drittens aber schon sehr überrascht, daß mein Vorredner als Angehöriger des Postbetriebes, sozusagen als Regierungssprecher für die Post nicht auch das Aufleuchten des roten Lichtes, das es eindeutig auch im Fernmeldebereich immer häufiger gibt, das immer häufiger sichtbar wird, in seinem Budgetbeitrag gesehen hat, daß er das vor dem Haus und damit vor der Bevölkerung Österreichs verschwiegen.

Lassen Sie mich daher einiges dazu in Stichworten sagen! Das eine Rotlicht, Hohes Haus, ist das Stagnieren, der Rückgang bei den Telefonanschlüssen, der in Österreich zu beobachten ist. Waren es nach dem Postbericht 1979 noch 148 497 ... *(Zwischenruf des Abg. Parnigoni.)* Ich sage dann etwas dazu. Ich bitte zuzuhören, dann kommen wir ohne Zeitverzögerung über die Runden.

Waren es also nach dem Postbericht 1979 noch 148 497 Nettotelefonanschlüsse, so liegen wir heuer mit 95 000 erstmals unter der 100 000-Grenze, und 1985 werden es ... *(Zwischenruf des Abg. Parnigoni.)* Wir kommen schon dazu. Bitte etwas Geduld zu haben und zuzuhören!

1985 werden es laut einer Feststellung des Verkehrsministers Lacina im Budgetausschuß gar nur 90 000 Nettotelephonneuan schlüsse sein, um fast 60 000 oder um über 40 Prozent weniger als noch 1979.

Das ist also ein Rotlicht, das der Regie-

Neumann

rungssprecher, mein Vorredner, offensichtlich übersehen hat. Und Sie wissen, meine Damen und Herren ... (*Abg. Parnigoni: Wo soll man noch Telefone hinstellen, wo fehlen Ihnen die Anschlüsse?*) Ich darf sofort dazu sagen: Die Telefondichte beträgt in Österreich erst 34 Prozent. Wir werden im Jahr 1985 auf 35 bis 36 Prozent kommen. Das heißt, es sind noch zwei Drittel der Österreicher ohne Telefonanschluß. Es ist bekannt, daß wir international hier noch gewaltig nachhinken, daß es Staaten gibt, wo bereits jeder zweite über einen Telefonanschluß verfügt. Das möchte ich Ihnen nur zwischendurch gesagt haben. Sie verlängern damit nur meinen Diskussionsbeitrag zum Budget. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Dieses Rotlicht, das Stagnieren, der Rückgang bei den Telefonanschlüssen, hat mein Vorredner offensichtlich übersehen. Sie wissen, wenn man bei Rot unbekümmert über die Kreuzung fährt, unbekümmert weitergeht, welche ungeheuren, furchtbaren Folgen das nach sich ziehen kann. Das möchte ich zu den Ausführungen meines Vorredners gesagt haben.

Das zweite Rotlicht, das mein Vorredner auch nicht beleuchtet hat, das im engsten Zusammenhang mit dem ersten steht, ist noch alarmierender. Das ist die Tatsache, daß laut Feststellung des Verkehrsministers Lacina im Budgetausschuß schon 1983 89 000 Österreicher ihr Telefon wieder abgemeldet haben. Das sind fast genau doppelt so viele als noch vor sechs Jahren, im Jahr 1978. 1984 und 1985 wird dieser Trend noch zunehmen, wie der Herr Minister im Verkehrsausschuß erklärte.

Hohes Haus! Was zeigt uns dieses zweite Rotlicht, diese Stopptafel in der österreichischen Telefongeschichte, meine Damen und Herren? — Nicht mehr und nicht weniger, als daß sich nach 14 sozialistischen Regierungsjahren eine immer größer werdende Zahl von Österreichern so wie vieles andere auch nicht mehr das zu teuer gewordene Telefon leisten kann. Wir erreichen bei den Telefonkosten leider europäische Spitzenwerte im Negativen.

Zu diesen Österreichern zählen sicher auch jene 36 Prozent der Bergbauern oder jene 240 000 Familien mit Alleinerhalter oder jene 800 000 beziehungsweise 10 Prozent aller Österreicher, die laut Sozialbericht der Bundesregierung unter dem Existenzminimum, das heißt, monatlich unter 4370 S Einkommen und damit unter der Armutsgrenze leben müssen, meine Damen und Herren!

Hier ist also der Kern dieser Abmeldungs- welle, dieser so besorgniserregend gestiegenen Abmeldungswelle, zu suchen und zu finden. (*Abg. Parnigoni: 250 000 Österreicher sind von der Telefongrundgebühr befreit!*) Das ändert nichts an der Tatsache, daß 89 000 Österreicher ihr Telefon schon 1983 abmelden mußten und daß diese Tendenz noch weiter im Steigen begriffen ist. Es gibt noch andere Ursachen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hören ja verschiedene. Im Verkehrsausschuß hörten wir: Na ja, es sind so viele übersiedelt und so viele gestorben, deshalb dieser Rückgang bei den Telefonanschlüssen.

Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß sich in Österreich in diesen letzten sechs Jahren die Sterberate verdoppelt hat. Das stimmt ja auch kaum. Das wäre ein Widerspruch zu den Aussagen des Abgeordneten Wille, des sozialistischen Klubobmannes, der das große Dilemma des Sozialgebäudes, wo wir in der internationalen Entwicklung, in der Weiterentwicklung nach 1970, nach Großbritannien bekanntlich das Schlußlicht bilden, damit begründete, daß er sagte: Die Leute leben heute um vieles länger, dadurch der größere Finanzierungsbedarf auch für das Sozialgebäude und für die Pensionsversicherung.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Regierungspartei wird sich auch hier, genauso wie bei Zwentendorf, einigen müssen: Leben die Leute jetzt länger, wie das Wille darlegte, oder sterben sie rascher, wie das der Verkehrsminister Lacina im Verkehrsausschuß sagte? (*Heiterkeit.*)

Ich komme jetzt zum Kern, Hohes Haus, meine Damen und Herren: Es ist in Wirklichkeit die Unersättlichkeit der Bundesregierung bei der Erhöhung der Fernspreckgebühren in Österreich! Bekanntlich hat sich — ich habe das anerkannt — seit 1970 die Zahl der Telefonneuanschlüsse mehr als verdoppelt, wobei sich aber die Gebühreneinnahmen in dieser Zeit mehr als versechsfacht haben, meine Damen und Herren! Für 1985 ist der Rekordbetrag von 20,4 Milliarden Schilling veranschlagt.

Das nächste Rotlicht, das mein Vorredner übersehen hat, ist, daß trotz dieser 21,5 Milliarden an Gebühreneinnahmen, dieser Rekordeinnahmen, die Post Ende 1984, wie Lacina ebenfalls im Ausschuß sagte, mit 18 Milliarden Schilling verschuldet ist.

Es ist hier, Hohes Haus, eindeutig eine

Neumann

Parallele herzustellen zur Budgetgesamtsituation, wobei 1984 die gesamte Regierung, vor allem die Freiheitlichen fälschlicherweise von einer Budgetkonsolidierung reden. Die Verschuldung nimmt jedoch in acht Monaten so viel zu wie vor 1970 in 25 Jahren, als noch der gesamte Wiederaufbau zu bestreiten war. Trotz dieses Rekordzuwachses der Gesamtverschuldung sind die Investitionen im Jahre 1985 nicht größer, sondern um 25 Prozent geringer als 1970. Es wird also nicht so viel wie nie zuvor, wie immer behauptet wird, sondern so wenig wie nie zuvor für die Sicherung der Arbeitsplätze getan, jetzt, gerade in den letzten Jahren, besonders 1985. Da muß man uns auch erklären, wie das möglich ist. Da muß man auch der Bevölkerung erklären, wie trotz dieser Budgetverschuldungsexplosion die Investitionen und damit die Mittel für die Sicherung der Arbeitsplätze Jahr für Jahr geringer werden.

Das muß der gesamten Bevölkerung erklärt werden, wie es eben auch unerklärlich ist und auch der gesamten Bevölkerung erklärt werden muß, wie es zu dieser 18-Milliarden-Verschuldung des Telefonsektors kommt, obwohl wir im Jahre 1985 auf dem Telefonsektor in Österreich über Rekordeinnahmen von 20,5 Milliarden Schilling verfügen.

Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat erklärt — und das hat auch der Herr Verkehrsminister im Ausschuß gesagt —, daß der Telefonausbau in Österreich im ländlichen Raum in fünf Jahren abgeschlossen sein wird. Ich darf dazu sagen, daß ich persönlich und daß wir alle diesem Versprechen gegenüber mehr als skeptisch sind. So wurde mir persönlich zugesagt — ich habe die Unterlagen noch bei mir —, daß im Raume Kainach in meiner Heimat die Schaltung der Fernsprechan Anschlüsse bereits Ende 1983 erfolgen werde; das wäre also vor einem Jahr gewesen. Wir haben jetzt Ende 1984, und es sind noch immer ganze Gebiete nicht eingeschaltet. Es ist unsere Hoffnung, die Hoffnung dieser Gebiete, daß es 1985 — mit zwei Jahren Verspätung — soweit sein wird, daß endlich diese Gebiete telefonmäßig erschlossen werden. Mit zwei Jahren Verspätung, meine Damen und Herren!

Ich muß sagen, daß es solch gewaltige Verspätungen nicht einmal bei den Österreichischen Bundesbahnen, die heute auch bei diesem Kapitel behandelt werden, gibt. Hohes Haus! Das alles wollte ich meinem Vorredner gesagt haben.

Meinen eigentlichen Budgetbeitrag (*Ruf bei*

der SPÖ: Der kommt erst? — Heiterkeit) zur Regionalpolitik, meine Damen und Herren, wo ich über die großen Sorgen unserer Region spreche, wo wir jetzt schon eine 7,1prozentige Arbeitslosenrate haben und wo sich mehr als deutlich zeigt, meine Damen und Herren, wie sehr wir in Österreich eine andere, eine bessere Politik brauchen würden, wie sehr also ein Kurswechsel zu Alois Mock erforderlich wäre, diesen Budgetbeitrag bringe ich ein anderes Mal, und über diese Probleme rede ich ein anderes Mal. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ein anderes Mal deshalb, meine Damen und Herren, weil ich mit allen Angehörigen des Hauses hoffe, daß die Züge in Richtung Heimat wenigstens heute pünktlich sind. (*Heiterkeit. — Beifall bei der ÖVP.*) 18.18

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

18.18

Bundesminister für Verkehr Dkfm. **Lacina**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich teile die Hoffnung des Herrn Abgeordneten Neumann und darf ganz kurz auf seinen Bericht über die Diskussion im Ausschuß und auf seine Besorgnis über die Frage der Abmeldungen und auch über den Rückgang der Zahl der neuen Telefonanschlüsse, und zwar über den Nettorückgang bei Neubestellungen, eingehen.

Wenn Sie davon sprechen, daß sich die Zahl der Abmeldungen in einem bestimmten Zeitraum verdoppelt hat, dann müssen Sie gleichzeitig auch davon sprechen, daß sich die Zahl der Telefonanschlüsse in diesem Zeitraum verdoppelt hat. (*Abg. Neumann: Nein, in dieser Zeit sind sie um 40 Prozent zurückgegangen!*)

Herr Abgeordneter! Sie müssen doch ganz deutlich sehen, daß mit der Zahl der Telefonanschlüsse natürlich auch die Abmeldungen, die Veränderungen, die Fluktuationen insgesamt steigen müssen. Sie haben sicherlich eine ganze Reihe von Zufälligkeiten in dieser Entwicklung drinnen. Wenn Sie einen Rückgang beim Nettozuwachs haben, so ist das nur ein Zeichen für eine gewisse Sättigung, die eben eintritt, wenn es in Richtung Vollversorgung geht.

Ich weiß, Herr Abgeordneter, daß es andere Länder gibt, die eine höhere Telefondichte haben als Österreich, aber einen so starken Anstieg, wie wir ihn in den letzten Jahren gehabt haben, hat kaum ein anderes Land zu verzeichnen gehabt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina

Es ist, glaube ich, bei den Telefonanschlüssen auf den Haushalt abzustellen, während Sie immer nur von den Personen sprechen. Wenn Sie also sagen, daß erst ein Drittel der Österreicher ein Telefon hat, dann heißt das, daß von 100 Personen 33 über ein Telefon verfügen. Bei den Haushalten liegt diese Zahl aber wesentlich höher. Wir haben in vielen Gebieten — wir sehen und wissen es ja, Herr Abgeordneter, und man kann es auch sagen — faktisch bereits die Vollversorgung erreicht.

Ich darf zu einer zweiten Bemerkung Stellung nehmen, und zwar zu der Bemerkung des Herrn Abgeordneten Bergsmann, der Brief, den ich ihm geschrieben hätte, sei nicht das Papier wert, auf dem er steht.

Herr Abgeordneter Bergsmann! Sie haben in diesem Zusammenhang doch auch sehr vehemente Angriffe, und zwar pauschale Angriffe gegen die Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen geäußert.

Ich kann Ihnen jetzt nur eines dazu sagen: Es ist so, und die Fachleute bei den Bundesbahnen bestätigen, daß tatsächlich St. Georgen an der Gusen, das von Ihnen erwähnte Beispiel, kein Achssprungbahnhof ist, daß es dort auch nicht die Problematik des zu hohen Energieverbrauchs oder der Verlangsamung des Verkehrs gibt, weil dort jeder einzelne Zug stehenbleibt, so wie in den echten Achssprungbahnhöfen. In St. Georgen liegt eine Gleiskrümmung vor, die Sie offenbar für etwas anderes gehalten haben. Ich kann Ihnen das als übereinstimmende Meinung der Fachleute der Bundesbahnen sagen.

Ich würde doch bitten, in den Diskussionen hier im Hohen Haus auf die Expertise, die von Beamten der entsprechenden Unternehmungen kommt, nicht mit einer derartigen Ungläubigkeit zu reagieren, sondern zu versuchen, in direktem Gespräch offene Fragen zu erledigen, bevor es hier zu nicht sehr erfreulichen Pauschalverurteilungen kommt. Das wäre meine sehr große Bitte.

Wenn es darum geht, daß eine konkrete Frage gestellt wird, so kann sie wirklich gestellt werden. Es mußte ja nicht gefragt werden, wie es mit den Achssprungbahnhöfen aussieht, wenn es nur um St. Georgen an der Gusen geht. Da kann man ja die Frage so stellen, daß sie auch vernünftig beantwortet werden kann und nicht von hinten herum erraten werden muß, was die Frage eigentlich bezweckt hat.

Erlauben Sie mir noch zur tatsächlichen Berichtigung des Herrn Abgeordneten Heinzinger eine Bemerkung. Herr Abgeordneter Heinzinger! Sie haben in Ihrer tatsächlichen Berichtigung dem Abgeordneten Fauland vorgeworfen, daß er Ihr Konzept nicht gerecht beurteilt hat. Dazu muß ich eines sagen: Dieses Konzept sagt ganz genau, welche Produktionen in Österreich nicht mehr gefragt sind, es sagt ganz genau, welche Produktionen in Österreich reduziert und eingestellt werden sollen.

Was dieses Konzept aber nicht sagt, Herr Abgeordneter Heinzinger, ist, welche neuen Produkte erzeugt werden sollen. Das steht nicht in diesem Konzept, Herr Abgeordneter Heinzinger.

Und da dürfen Sie sich nicht wundern, daß jene Menschen, die direkt davon betroffen sind, natürlich besorgt sind, wenn Sie sagen, daß wir in Ranshofen keine Elektrolyse brauchen. Das steht nämlich in diesem Konzept.

Sie sagen darüber hinaus, daß in der Grundstoffindustrie eine Situation erreicht werden soll, in der die Vollversorgung Österreichs plus 20 Prozent Export gewährleistet sind. Nun wissen wir, daß in den von Ihnen angesprochenen Bereichen sehr, sehr viele Produktionen existieren, die eine wesentlich höhere Exportquote aufweisen, daß jene Menschen, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, sowohl in den privaten wie auch in den verstaatlichten, Sorge haben — das, glaube ich, ist eine verständliche Reaktion —, über die Sie sich nicht zu wundern haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Heinzinger! Eines, glaube ich, muß man schon sagen: Es ist unser gemeinsamer Wille — und ich bin sehr dankbar, wenn darüber nachgedacht wird —, neue zukunftsreiche Produktionen zu beginnen. Und auch wir wissen, daß man den Strukturwandel angehen muß.

Aber, Herr Abgeordneter Heinzinger: Wir alle miteinander wissen, wie schwierig es ist, diese neuen Produktionen technologisch und vom Markt her kaufmännisch zu beherrschen. Und daher ist es leichtfertig — ist es wirklich leichtfertig! —, zuerst einmal in Frage zu stellen, ohne zu sagen, womit man ersetzen kann. Und damit verunsichert man Menschen, die heute Arbeitsplätze haben. Ich glaube daher, daß diese Reaktion eine durchaus verständliche war, Herr Abgeordneter Heinzinger. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

6062

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Bundesminister für Verkehr Dkfm. Lacina

Ein letztes Wort zu den Äußerungen des Herr Abgeordneten Gorton. Der Herr Abgeordnete Gorton hat das Schicksal der Elektrolyse direkt mit der Frage der Atomenergie und ihrer Nutzung in Österreich verbunden. Ich würde das nicht so machen.

Ich habe den Worten des Klubobmannes Wille am Eingang dieser Debatte zugehört, und ich glaube, aus diesen ist eines hervorgegangen: der Respekt vor jedem hier im Hohen Haus und außerhalb dieses Hohen Hauses, der eine andere Meinung hat, der zum Beispiel negativ zur friedlichen Nutzung der Kernenergie eingestellt ist.

Es ist tatsächlich keine Parteifrage, keine Farbenfrage, die hier gestellt wird. Und deswegen, Herr Abgeordneter Gorton, verstehe ich nicht, wenn Sie sich als Befürworter dieser friedlichen Nutzung der Kernenergie bekennen, daß Sie gleichzeitig sagen, Sie brauchen Beschlüsse von anderen Parteien (*Abg. Dr. Kohlmaier: Beschlüsse der Regierung, nicht anderer Parteien, weil Sie Ministerverantwortlichkeit haben für die Sicherheit!*) oder auch die der Regierung, um dieser Ihrer Meinung zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich darf vielleicht noch etwas zweites dazu sagen, Herr Abgeordneter Kohlmaier. Wovon man in diesem Hohen Haus doch ausgehen kann, ist eines (*Abg. Dr. Kohlmaier: Regiert ihr, oder regiert ihr nicht? Auf den Sesseln sitzen und die anderen arbeiten lassen!*): In diesem Lande werden eine Reihe von komplizierten und kompliziertesten Technologien angewendet. Sie werden von den österreichischen Ingenieuren, von den österreichischen Arbeitern und Angestellten beherrscht. Es ist meines Erachtens nicht einzusehen, warum man glauben sollte, daß gerade auf dem Gebiet der Kernenergie, von dem wir wissen, daß es in anderen Ländern, in unseren Nachbarländern, durchaus beherrschbar ist und beherrscht wird, das in Österreich nicht möglich sein kann. Das zur Frage der Sicherheit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Sagen Sie das dem Herrn Steger! Das ist Ihr Ministerkollege und Ihr Vizekanzler!*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Das ist nicht eine Frage, die ich an einen Minister zu stellen habe, sondern das ist eine Frage, die ich derzeit an den Abgeordneten Gorton gerichtet habe. Warum sollte es so sein, daß die Österreicher das nicht können, was die Schweizer, was die Deutschen, was die Tschechen und was die Ungarn zusammenbringen?

(*Abg. Dr. Schwimmer: Warum fragen Sie nicht Steger? Es ist Ihnen unangenehm, Steger zu fragen!*)

Ich habe vorhin gesagt, Herr Abgeordneter Schwimmer, daß ich durchaus Respekt davor habe, daß es in diesem Lande Menschen gibt, die unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit dieser Technologie mit Skepsis gegenüberstehen.

Was ich aber nicht verstehe, ist, daß man sich zu dieser Technik bekennt, aber darauf wartet, daß irgend jemand anderer aktiv werden soll oder seine Meinung ändern soll. Deswegen verstehe ich diese Haltung der Volkspartei tatsächlich nicht. — Danke sehr, Herr Präsident. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 18.29

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Heinzinger zum Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort. (*Rufe bei der SPÖ: Das ist der Berichtiger vom Dienst!*)

18.29

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage der Arbeitsplatzsicherheit ist für mich als Generalsekretär des österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes und als christlicher Gewerkschafter eine so zentrale Frage, daß ich die Versuche, mir hier Arbeitsplatzfeindlichkeit zu unterstellen, von niemandem auf mir sitzen lasse, auch dann nicht, wenn der Herr Minister diese Unwahrheiten fortsetzt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Resch: ... im Papier enthalten! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich zitiere Lacina: „Die Umstellung eines Betriebes von der Grundstoff- zur Finalgüterzeugung erfordert ein Umdenken und eine Umstülpung der gesamten Unternehmensorganisation, eine verstärkte Internationalisierung des Unternehmens, größere Marktnähe und schließlich auch die Stärkung der Verantwortung. Das Risiko darf nicht gescheut werden, aber wir haben keine andere Wahl.“

Und nun zwei Zitate aus dieser Studie, Seite 20, von der Sie immer wieder zu Unrecht behaupten, daß sie Arbeitsplätze kostet. (*Abg. Parnigoni: Ist das eine tatsächliche Berichtigung?*) Wahr ist vielmehr (*Abg. Samwald: Das ist ja keine tatsächliche Berichtigung!*), daß sogar „in größerem Maße“ — Zitat — „in Österreich Aluminium verarbeitet werden soll“.

Heinzinger

Wahr ist vielmehr, daß diese Studie nicht Arbeitsplätze kostet — Zitat von Seite 81 —: „Die Schaffung und die Sicherung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Energiemaßnahmen und durch eine höherwertige Finalindustrie.“

Ich weise daher mit aller Entschiedenheit auch die unwahren Behauptungen des Herrn Ministers Lacina bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit und meiner Äußerungen zurück. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.31

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Resch. Ich erteile es ihm.

18.31

Abgeordneter **Resch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mir erlauben, den Herrn Kollegen Heinzinger mit seiner Aussage im Papier 2030 wahrscheinlich zu einer dritten tatsächlichen Berichtigung aufzufordern. Aber sie können so oft berichtigen, wie Sie wollen: Da drinnen steht das schwarz auf weiß, Herr Kollege Heinzinger!

Und wenn Sie heute behaupten... *(Zwischenruf des Abg. Heinzinger.)* Warten Sie ein bißchen! mit ihren Zwischenrufen, sonst antworte ich Ihnen nämlich darauf!

Wenn es stimmen würde, daß, wie Sie heute behaupten, Ihnen die Beschäftigung der Menschen in diesem Lande ein ernstes Anliegen ist, hätten Sie sich schon lange von diesem Papier distanzieren müssen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber, Herr Kollege Heinzinger, ich darf Ihnen sagen: Sie haben ja wahrscheinlich keine Ahnung gehabt, was da drinnensteht, und jetzt sind Sie halt verpflichtet, dazu zu stehen.

Zirka zwei Monate nach dem Bericht des Bundeskanzlers über die verstaatlichte Industrie in Österreich befassen wir uns heute in der Budgetdebatte neuerlich mit diesem Wirtschaftsbereich. Wir blicken mit berechtigtem, wenn auch vorsichtigem Optimismus in die Zukunft.

Eine längerfristige Planung geht davon aus, daß die verstaatlichte Industrie einen Rückzug aus den Grundstoffbereichen antritt. Dort, wo es wirtschaftlich vertretbar ist, wird man auf jeden Fall im Grundstoffbereich bleiben, aber stärker in den Finalsektor einsteigen und damit neue Technologien nutzen. Auf dem Weg dorthin gibt es sicherlich noch

einige Schwierigkeiten zu meistern, denn unsere Unternehmen sind nicht stark genug, um all die Aufgaben in Forschung und Entwicklung zur Strukturänderung aus eigener Kraft zu erfüllen.

Die Organisation, die Philosophie im Bereich des Managements ist teilweise noch stark auf die Grundstoffindustrie ausgerichtet. Das größte Problem überhaupt ist die Notwendigkeit, alles gleichzeitig durchführen zu müssen.

Als Folge dieser Probleme sind wir mit der Tatsache konfrontiert, daß uns durch Rationalisierung im Grundstoffbereich Arbeitsplätze verlorengehen, die nicht immer vollständig durch einen entsprechenden Ausbau des Finalbereiches abgefangen werden können.

Man kann als Abgeordneter der Regierungspartei stolz darauf sein, daß die Bundesregierung rechtzeitig auch in ihrer Verpflichtung als Eigentümer dies erkannt hat, die Betriebe unterstützt und auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, um besser, als dies in anderen Ländern geschieht, die anstehenden Probleme zu meistern.

Wir Sozialisten haben nicht nur im Bereich der Verstaatlichten nach Diskussionen zu Ergebnissen, nach Ergebnissen zu Entscheidungen und nach Entscheidungen zu Taten gefunden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gerade die Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie haben zum Teil mit beträchtlichen Reduzierungen im Bereich der sogenannten freiwilligen Sozialleistungen, vertreten durch verantwortungsbewußte Betriebsräte, zur Gesundung ihrer Unternehmen im großen Ausmaß beigetragen.

Aber der zweithöchste Vertreter des Arbeitnehmerflügels in der ÖVP, der Generalsekretär des ÖAAB und Umweltsprecher dieser Partei, glaubt mit diesem Papier, das sinnigerweise, Herr Kollege Heinzinger, den Titel „Der sanfte Weg, Energie 2030“ trägt, Visionäres von sich zu geben.

Seine Visionen, die bei realistischen, bei den verantwortungsbewußten, umweltbewußten ÖVP-Politikern eigentlich Entrüstung, aber auch Alpträume hervorrufen müßten, wurden bis heute nicht — und das ist bedauerlich — vom Bundesparteiobermann Dr. Mock als unzumutbar, nicht durchführbar, unreal, in den Bereich der Phantasie gehörend, zurückgewiesen.

Resch

Zu sagen, daß dieses Papier mit der ÖVP nichts zu tun hat, ist eine bewußte Irreführung der Bevölkerung. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das hat niemand gesagt!*) Ich vernehme es mit Wohlgefallen, Herr Kollege Kohlmaier, daß Sie sagen, es hat niemand gesagt, daß es nichts mit der ÖVP zu tun hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Man wird doch noch nachdenken dürfen!*)

Und Ihre tatsächlichen Berichtigungen, Herr Kollege Heinzinger, diese Ihre Kindesweglegung, möchte ich fast sagen, zeigen, daß Sie sicherlich nicht gewußt haben, was und wovon Sie gesprochen haben.

Sie, Herr Kollege Heinzinger, sind ja nicht irgendwer, Sie sind als Umweltsprecher dieser Partei das, was man — Kollege Nürnberger hat das auch schon in dieser Woche erwähnt — in vielen Demokratien als „Schattenminister“ bezeichnet.

Es blieb bisher dem Kollegen Robert Graf vorbehalten, seine Meinung über diesen „sanften Weg“ klarzulegen. Ich bin trotz Ihrer in der tatsächlichen Berichtigung gemachten Aussage, Herr Kollege Heinzinger, überzeugt, daß das mit ein Grund war für die Rücktrittsabsichten des Kollegen Graf, Herr Kollege Heinzinger! Das möchte ich klar und deutlich feststellen und Ihnen hier sagen.

Aber auch Ihr Bundesfinanzreferent, Generaldirektor Dr. Gruber, bescheinigt Heinzinger laut „Wochenpresse“ profundes Nichtwissen.

Doch die berechtigte Empörung über das ÖVP-Konzept „Energie 2030, der sanfte Weg“ im Bereich der Arbeitnehmer wird nach den dürrftigen Absatzversuchen einiger weniger in der ÖVP nicht geringer.

Die betroffenen Arbeitnehmer befürchten, daß dieses Papier — übrigens das erste Papier, Herr Kollege, das einen Kurswechsel, eine „andere Politik“ konkret beschreibt — bei Verwirklichung zirka 30 000 Menschen arbeitslos machen würde, daß ganze Regionen zu Notstandsgebieten würden, daß Österreich den größten Industriefriedhof der Welt den Touristen vorführen würde. (*Abg. Helga Wieser: Das ist eine Unterstellung!*)

Die Industrie Feindlichkeit der ÖVP kam wieder einmal klar zum Ausdruck, meine Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Anscheinend vergißt man, daß es ohne Industrie in diesem Land keinen bescheidenen Wohlstand gibt. (*Zwischenruf des Abg. Kraft.*)

Wenn man sich vorstellt, daß dieses Papier unter anderem — Herr Kollege Kraft, Sie wissen es ganz genau — die Stilllegung der Aluminiumproduktion in Ranshofen zum Inhalt hat und man schwarz auf weiß liest „Rohaluminium soll importiert werden“ — Klammer auf: versteckter Engergieimport, stimmt doch, Klammer zu —, dann gewinnt die Aussage des Generaldirektors Dr. Gruber vom profunden Nichtwissen noch mehr Gewicht.

Aber ich wiederhole wie am 26. September an dieser Stelle: Wir Sozialisten garantieren diesen Standort in Ranshofen mit einer neuen Elektrolyse. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich nehme aber auch die positiven Aussagen des Kollegen Wimmersberger zur Kenntnis und fühle mit ihm, wenn er durch diesen seinen Generalsekretär leiden muß. Und es freut mich, daß immer mehr, auch von Ihrer Seite, ihre Zuneigung zur Elektrolyse in Ranshofen entdecken.

Ihr neuer Weg in dieser Frage, heute aufgezeigt vom Kollegen Dr. König, vom Kollegen Wimmersberger und Kollegen Gorton, deckt sich mit unserem.

Ihr Kurswechsel, Ihr neuer Weg in dieser Frage ist für uns eine eingefahrene Straße.

Wir heißen Sie auf dem bewährten österreichischen Weg auch in dieser Frage herzlich willkommen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Dr. Kohlmaier: Wie viele Arbeitsplätze sind schon verlorengegangen in der verstaatlichten Industrie?*)

Zu Zwentendorf, Herr Kollege Gorton, darf ich Ihnen sagen: Sie brauchen einfach nur ja zu sagen, und wir werden Zwentendorf nach Erfüllung gewisser Voraussetzungen in Betrieb nehmen können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich bin sehr froh, daß eine Sondersitzung Ihres Klubs der Vernunft eine Chance in dieser Partei gegeben hat. Doch ich weiß, Sie wollen lieber hören, wie es weitergeht in diesem Papier „Energie 2030, der sanfte Weg“.

Sie sagen dort: Reduzieren wir halt die Grundstoffindustrie, die chemische Industrie und — als Draufgabe noch — die Papierindustrie. — Es wäre besser gewesen, wir hätten weniger Papier gehabt für Ihr Papier, den „sanften Weg“, man hätte sich einiges gerade auch in Ihrer Partei erspart.

Resch

Dann fragt man sich, ich glaube, berechtigt und unwillkürlich: Was sind das für Menschen, die in dieser früher so staatstragenden Partei Führungspositionen bekleiden? — Denn auch die Reprivatisierungspläne, Herr Kollege Heinzinger, für die E-Wirtschaft weise ich auf das schärfste zurück. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)*

Herr Kollege Kohlmaier! Gerade von Ihnen weiß ich nicht, ob Sie der richtige sind, der so etwas überhaupt sagen kann. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Jawohl!)*

Lassen Sie mich doch einige Worte zum sogenannten Geheimpapier in der E-Wirtschaft sagen! Ich möchte hier ganz klar und deutlich sagen: Nicht alles, was man selbst nicht liest oder kennt, muß geheim sein. Markige Aussagen zum Zeitpunkt der Vorstellung des Energiekonzepts schaden der Sache und wecken nur Emotionen. *(Abg. Steinbauer: Empörend und abseits der Debatte ist das! — Weitere Zwischenrufe.)* Wir werden es ihm gern sagen.

Ich habe das Energiepapier „2030“, den „sanften Weg“, gründlich studiert. *(Abg. Heinzinger: und nicht verstanden!)* Es enthält mehr Schlechtes, Herr Kollege Heinzinger, denn Ihre Ideen, Rinden und Stroh zu sammeln, zu verbrennen und so einen Beitrag zur Energieversorgung im ländlichen Raum zu leisten, macht Ihren „sanften Weg“ nicht gangbarer, bringt den Unternehmen und Arbeitnehmern nicht die notwendigen Aufträge und sichert oder schafft keine Arbeitsplätze.

Die verstaatlichte Industrie, die allein für Forschung und Entwicklung 1983 2 700 Millionen Schilling ausgegeben hat, die im Bereich der Hochtechnologie in Zusammenarbeit auch mit ausländischen Partnern große Erfolge erzielt, deren Angebotspalette vom Grundstoffbereich über Umweltschutz hin bis zur Medizintechnik reicht, wobei ich an die großen Leistungen beim Bau des AKH ebenso denke wie an die Entwicklung der Wirbelschichtfeuerung, an die Zulieferung von Bauelementen für die Weltraumtechnik, an die Entwicklung von Supraleitern und an die gestern auch von der Kollegin Hosp angeschnittene Gen-Technologie, ist auf dem richtigen Weg.

Gut ausgebildete Fachkräfte, gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die diese Bundesregierung garantiert, lassen uns die Entwicklung der gesamten Wirtschaft positiv beurteilen.

Etwas mehr Selbstbewußtsein könnten wir Österreicher brauchen, denn Professor Kausel sagte nicht zu Unrecht:

„Der gelernte Österreicher hat von der wahren Stärke seiner Wirtschaft und von der wirklichen Qualität seines Schillings keine blasse Ahnung.“ *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.43

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Burgstaller. Ich erteile es ihm.

18.43

Abgeordneter Burgstaller (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Einige Sätze zu meinen Vorrednern. *(Abg. Dr. Schwimmer: Eigentlich schade!)* Bitte, ich werde nicht zum Herrn Resch etwas sagen — ich komme später vielleicht noch zurück —, sondern zum Abgeordneten Fauland.

Herr Abgeordneter Fauland! Sie haben eine schwierige Situation bei uns im Bezirk angezogen, die Jugendarbeitslosigkeit. Gerade im Bezirk Leoben hatten wir im Oktober dieses Jahres 1 423 Arbeitslose, davon mehr als 50 Prozent junge Menschen zwischen 19 und 25 Jahren.

Sie haben eine Veranstaltung angezogen, wo der Abgeordnete Taus anwesend war, wo es darum gegangen ist, daß das Arbeitsamt Briefe an Unternehmer ausgeschickt hat, um sich an einer Aktion des Sozialministeriums zu beteiligen. Sie haben gemeint, der Landtagsabgeordnete Kollmann habe es begrüßt, daß nur 40 Gewerbebetriebe geantwortet haben.

Ich darf dazu folgendes feststellen: Der Abgeordnete Kollmann hat bei dieser Diskussion gesagt, es sei richtig, daß sehr viel Post kommt. Der Abgeordnete Kollmann hat angeboten, das Arbeitsamt möge sich mit der Handelskammer zusammensetzen und eine gemeinsame Aktion daraus machen, um gerade jene jungen Menschen bei uns beschäftigen zu können, die seit vielen Jahren arbeitslos sind. Das darf ich dazu feststellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum zweiten: Herr Abgeordneter Fauland! Wenn Ihnen die Jugendarbeitslosigkeit — eine wirklich dramatische Situation! — ein so großes Anliegen ist, dann würde ich doch dem Fristsetzungsantrag zustimmen. Nur dann wäre Ihre Haltung überhaupt glaubhaft, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

6066

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Burgstaller

Es geht nicht — Herr Abgeordneter Fauland, mitstimmen, darüber reden — um punktuelle Maßnahmen, sondern es geht um eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik. Nur dann werden wir die jungen Menschen auch beschäftigen können. Das ist glaubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu zwei Punkten, die vom Abgeordneten Fauland und vom Kollegen Rechberger gebracht wurden und die immer wieder in einer verdrehten Art dargestellt werden — wir haben schon wiederholt dazu Stellung genommen —: Ich meine die Mittelzuführung im vergangenen Herbst hier im Hohen Haus.

Ich darf wieder Klubobmann Wille zitieren, der es in seiner Rede ausdrücklich begrüßt hat, daß die Volkspartei positiv zu dieser Mittelzuführung auch in dieser Höhe steht.

Meine Damen und Herren! Es ist darum gegangen, daß wir andere Vorstellungen über diese Mittelzuführung gehabt haben. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Vorstellungen wurden in einem Entschließungsantrag eingebracht. Wenn wir heute wiederum zu diesem selbständigen Entschließungsantrag Stellung nehmen — wir werden wiederum alle sieben Entschließungsanträge einbringen, damit wir das im Ausschuß diskutieren können —, so fordere ich Sie heute schon auf: Nehmen Sie doch Einfluß in Ihrer Partei, daß wir endlich darüber reden können, wie es in der verstaatlichten Industrie weitergehen soll! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben heute in Ihrer ersten Wortmeldung für mich, wie so oft hier im Haus, sehr überzeugend argumentiert. Sie haben darüber gesprochen, welche großartigen Leistungen die Menschen gerade in den letzten Jahren im Bereich der verstaatlichten Industrie erbracht haben. Sie haben darauf hingewiesen, daß wir besonders große Leistungen im Rahmen der VOEST-Alpine im Ausland erbracht haben. Sie haben auch darauf hingewiesen, unter welchen schwierigen Bedingungen diese Leistungen zustande gekommen sind, auch was den Lohn und den Gehalt anbelangt. Sehr überzeugend.

Nur: Herr Bundesminister! Ich hätte mir von Ihnen eigentlich auch erwartet, daß Sie neben diesem positiven Bild der bisher erfolgten Strukturbereinigung uns als für die Verstaatlichte zuständiger Minister auch klar sagen, wie es weitergeht, wie es vor allem auch in der Steiermark weitergeht, wie es

weitergeht bei den VEW, wo angemeldet ist — bitte nach dem Gutachten VEW 2000 — ein Finanzierungsbedarf in der Größenordnung zwischen 10 und 15 Milliarden Schilling, wie es weitergeht in der Finalindustrie.

Ich hätte mir von Ihnen auch erwartet, daß Sie zum Beispiel Stellung nehmen zum Werk Zeltweg, wo 500 Menschen nicht wissen, ob sie weiter arbeiten können oder ob sie gekündigt werden. Das hätte ich mir eigentlich von Ihnen erwartet, Herr Minister! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben, Herr Minister, Stellung genommen zur Grundstoffindustrie. Herr Bundesminister! Auch hier gibt es eine grundsätzliche Übereinstimmung, eine grundsätzliche Übereinstimmung in diesem Bereich, wo Sie meinen — und was schon zitiert wurde; ich darf das noch einmal wiederholen, was Sie anläßlich einer Enquete in der Steiermark zur Wirtschaftspolitik in Österreich, kurz- und mittelfristige Perspektiven, gesagt haben —, ich zitiere:

„Die Grundstoffindustrien schrumpfen, finden immer weniger Märkte vor. Neue Industrien können nicht ebenso viele Arbeitsplätze schaffen, wie in den alten Industrien verlorengegangen sind. Unser Ziel ist es daher, aus arbeitsmarktpolitischen und Gründen der Wirtschaftsentwicklung eine Beschleunigung des Strukturwandels unter Beachtung der gegebenen Rahmenbedingungen zu erreichen. Eine der wesentlichsten Rahmenbedingungen“, Herr Bundesminister, haben Sie gesagt, „ist Österreichs sozialer Friede.“

Herr Bundesminister! Wir bekennen uns dazu. Wir wissen ganz genau, daß die Menschen in diesen Betrieben Großartiges geleistet haben, und wir wissen ganz genau, wie wichtig dieser soziale Friede in Österreich, aber vor allem auch in diesen Betrieben ist.

Umso weniger, Herr Bundesminister, verstehe ich Ihre Pressekonferenz, die Sie zu der Studie „2030“ abgehalten haben.

Herr Bundesminister! „Sozialistische Korrespondenz“, 14. 11. 1984:

„Lacina: VP-Konzept ‚Energie 2030‘ wäre das Todesurteil für die österreichische Grundstoffindustrie.“

Herr Bundesminister, das ist falsch, und Sie wissen das! *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist kein VP-Konzept! Ich möchte das in aller

Burgstaller

Deutlichkeit feststellen. *(Abg. Rechberger: Ist der Heinzinger noch bei der ÖVP?)*

Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal den Herrn Bundesminister zitieren:

„Eine der wesentlichsten Rahmenbedingungen ist Österreichs sozialer Friede“, haben Sie gesagt.

Sie, Herr Bundesminister, gehen hinaus und stellen wissentlich ein Konzept, erstellt von einer Gesellschaft, deren Vorsitzender der Herr Heinzinger ist, als VP-Konzept dar. Damit gefährden Sie den sozialen Frieden, Herr Bundesminister! Ein ganz klarer Fall! *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Mag. Minkowitsch gibt das Glockenzeichen. — Abg. Tonn: Einmalig lustig! — Abg. Roppert: Eine Volte war das!)*

Herr Bundesminister! Sie haben weiter festgestellt — und es ist heute wiederholt gesagt worden —: Beschäftigungseinbußen von 30 000 Personen. *(Abg. Roppert: Ein Donawitzer Betriebsrat ist das?)*

Sie haben sich dann weiter ergötzt, indem Sie die Standorte aufgezählt haben, wo, wenn dieses Konzept verwirklicht wird, Beschäftigungseinbußen erfolgen würden.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie noch einmal: Wie ist das in Einklang zu bringen mit jener Äußerung von der Gefährdung des sozialen Friedens?

Sie haben im Ausschuß, Herr Bundesminister — wie mir berichtet wurde, ich war selbst nicht dabei —, erklärt, daß einige Punkte in dieser Studie, vor allem den Verkehr betreffend, durchaus diskussionswürdig sind.

Aber in einer Presseerklärung und in einer Pressekonferenz — ich darf da etwas sehr Persönliches sagen, und ich habe mir diese Pressekonferenz mehrmals angeschaut — haben Sie für mich dort den Eindruck erweckt, als wenn Sie der Pressereferent vom Herrn Ruhaltinger und vom Herrn Rechberger wären. Ich darf das in aller Deutlichkeit hier sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Es ist nicht Ihre Aufgabe, als verantwortlicher Minister sich vor einen Parteikarren spannen zu lassen, sondern es ist Ihre Aufgabe, Möglichkeiten zur Bewältigung der positiven Umstrukturierung zu suchen. Und wenn in einer Studie auch nur

eine kleine Möglichkeit einer Verbesserung enthalten ist, dann haben Sie die Verpflichtung, diese aufzugreifen, um zusätzliche Umstrukturierungsmaßnahmen zu schaffen. Das wäre Ihre Aufgabe, nicht Verunsicherung unter die Leute zu bringen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Niemand, meine Damen und Herren, Hohes Haus, wird von mir annehmen, daß ich diese Studie unterstütze. Es ist nicht meine Studie, es ist nicht die Studie der Volkspartei, der Vorsitzende ist Mitglied der Volkspartei. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Aber, meine Damen und Herren, jeder Österreicher — und das werden wir uns weder von den Sozialisten noch von den Freiheitlichen verbieten lassen — hat das Recht, die Arbeit einer Gesellschaft, einer Gemeinschaft in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Und jeder in Österreich hat das Recht, daß diese Arbeit einer ordentlichen Diskussion unterzogen wird. Jeder hat das Recht, daß diese Diskussion fair und sachlich und nicht polemisch und nicht diskriminierend geführt wird. Na selbstverständlich! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Roppert: Ist das in der ÖVP auch diskutiert worden?)*

Meine Damen und Herren! Zur Elektrolyse, weil das heute auch angezogen wurde: Ich habe hier den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1978. Ich darf daraus zitieren, meine Damen und Herren. Tätigkeitsbericht über Ranshofen:

„In Anbetracht dieser Situation und des Umstandes, daß schon anlässlich der vorangegangenen Gebarungsüberprüfung für einen Elektrolysenneubau keine Rentabilität errechnet werden konnte, erschien es dem Rechnungshof nicht verständlich, daß sich der neue Vorstand ab 1969 neben der Planung für den Ausbau der Preß- und Walzwerkanlagen auch mit einem Elektrolysenprojekt befaßte. Damit wurden vorübergehend Planungskapazitäten und finanzielle Mittel blockiert, was letztlich Auswirkungen auf die Investition des Walzwerkes West hatte.“

Meine Damen und Herren! Sie haben seit Jahrzehnten eine neue Elektrolyse für Ranshofen versprochen. Sie hätten sie vor zehn Jahren bauen müssen, nicht diskutieren, dann würde es heute keine Diskussion sein. Wir wären einen wesentlichen Schritt weiter zu einer Gesundung jener Grundstoffindustrie, die Sie heute auf Grund dieses Konzeptes in Frage stellen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

6068

Nationalrat XVI. GP — 69. Sitzung — 30. November 1984

Burgstaller

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wir werden uns als Volkspartei von Ihnen nicht bezichtigen lassen, daß wir die Industriepolitik behindern. Gerade die Volkspartei — an der Spitze die Wirtschaftssprecher Graf und Taus (*Abg. Schemer: Sie vergessen den Heinzinger!*) — hat immer wieder konstruktive Vorschläge für eine fortschrittliche, technologisch richtige Industriepolitik hier im Hohen Hause eingebracht, seit vielen, vielen Jahren. Hätten Sie nur, meine Damen und Herren, gerade auf jene Vorschläge reagiert, die die Volkspartei zur Gesundung der verstaatlichten Industrie im Jahre 1978, im Jahre 1979 hier eingebracht hat, dann hätten wir heute in der verstaatlichten Industrie mit Sicherheit nicht 20 000 Beschäftigte weniger, sondern wir wären einen wesentlichen Schritt weiter in einem sehr, sehr schwierigen Bereich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben heute für mich überzeugend Ihre persönliche Haltung zur Frage des Atomstroms dargelegt. Ich habe eine ähnliche Haltung.

Der Herr Bundesparteiobermann hat vor wenigen Tagen hier im Hohen Haus ganz klar den Standpunkt der Volkspartei dargelegt.

Herr Bundesminister! Wenn Sie für die friedliche Nutzung der Kernenergie eintreten, dann ist es Ihre Aufgabe, als zuständiger Minister dafür zu sorgen, daß rasch eine Regierungsvorlage hier im Hause eingebracht wird. Das ist Ihre Aufgabe, Herr Minister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat der Abgeordnete Nürnberger hier gesprochen. Der Abgeordnete Nürnberger hat in seinen Ausführungen unter anderem gesagt, daß er Papiere, die von der Opposition kommen, durchaus ernst nimmt, und er meinte auch, wenn sie vom politischen Gegner kommen, dann ist er auch bereit, darüber politische Diskussionen zu führen. Wenn einmal von der Opposition oder von der anderen Seite vernünftige Vorschläge kommen, soll man sich damit auseinandersetzen. (*Zwischenrufe. — Abg. Dr. Gradenegger: ... ob das von der ÖVP oder Privatkonzerte sind! Jetzt kennen wir uns gar nicht mehr aus! Dem Heinzinger sein Konzept ist ein Privatkonzert!*) Herr Hofrat, ich werde das für dich noch einmal wiederholen!

Herr Hofrat! Es gibt eine Gesellschaft. Der Herr Heinzinger ist der Vorsitzende der

Gesellschaft. (*Abg. Dr. Gradenegger: Ist ein Privatkonzert!*) Wir haben ein Gegenstück hier herüber (*zur SPÖ gewendet*), meine Damen und Herren! Wir haben ein Gegenstück (*Zwischenrufe*): Der Abgeordnete Tieber ist Vorsitzender einer Gesellschaft, die sich schon lange mit der Problematik der verstaatlichten Industrie auseinandersetzt. (*Ruf bei der SPÖ: Aber nicht mit der ...!*) Ich habe alle Papiere dieser Gesellschaft, wo der Abgeordnete Tieber Vorsitzender ist, sehr genau studiert. (*Abg. Dr. Gradenegger: Der macht keine Regierungskonzepte!*) Herr Hofrat, zuhören, sonst verstehst du wieder etwas nicht! (*Heiterkeit.*) Es wäre mir niemals eingefallen, Hohes Haus, daß ich die Arbeit des Abgeordneten Tieber und seiner Arbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit derartig diffamiere. Niemals.

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns, meine Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP*): eine faire Behandlung, nicht Unterstellungen (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), noch dazu von einem Minister! So geht das nicht! So kann man keine Industriepolitik betreiben! So kann man den Menschen in den Betrieben nicht Hoffnung vermitteln! Das ist nicht der Weg, meine Damen und Herren! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Ihr müßt jetzt Privatkonzerte ...!*)

Ich wollte zum Abgeordneten Nürnberger zurückkommen und ihn auffordern, seine vor wenigen Tagen hier im Hohen Haus gemachten Aussagen ernst zu nehmen.

Wir haben einen Selbständigen Entschließungsantrag eingebracht. Wir haben alle Entschließungsanträge — insgesamt sieben — wiederum angeführt. (*Abg. Graf: Der Ruhaltner glaubt, er ist am Kirtag! Sie sind ja nicht auf dem Sportplatz! Man geht auf den Fußballplatz, Herr! Wirklich! In dieser Position!*) Wir haben wachstumsfördernde Maßnahmen, wir haben regional- und sozialpolitische Konzepte dargestellt.

Meine Damen und Herren! Ich fordere die Regierungsparteien auf, ich fordere auch den Abgeordneten Nürnberger auf, diesen eingebrachten Entschließungsantrag zum Wohle und zur Gesundung der Industrie, vor allem auch der verstaatlichten Industrie, in rascher und in zügiger Form zu diskutieren und zu beraten. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) 19.04

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Präsident Mag. Minkowitsch

Der Herr Spezialberichterstatler verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe X des Bundesvoranschlages 1985.

Diese umfaßt die Kapitel 65, 78 und 79 samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 400 der Beilagen in der Fassung des Ausschlußberichtes 470 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Abstimmung über Fristsetzungsantrag

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag, dem Ausschuß für soziale Verwaltung zur Berichterstattung über den Antrag 108/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine Frist bis 23. Jänner 1985 zu setzen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen

zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt. (*Ruf bei der ÖVP: Nürnberger, ...!*)

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 119/A bis 121/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 1021/J bis 1038/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für Montag, den 10. Dezember, um 13 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (400 und Zu 400 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1985 samt Anlagen (470 der Beilagen).

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-69 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1985) (455 der Beilagen).

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 06 Minuten